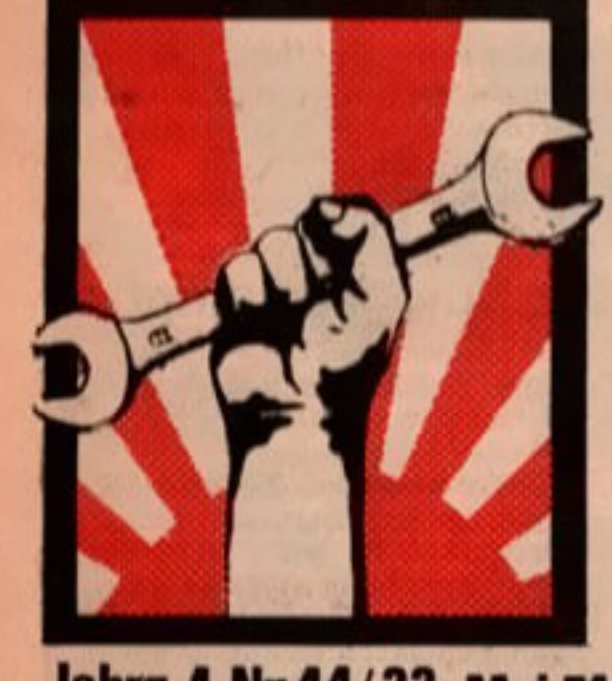
C21734 E



KAMPF DEM FASCHISMUS! 17 | FRANKREICH NACH DER WAHL 24 | RACAG: MAULKORB FÜR LINKE 8

Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 44/22. Mai 74
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

SCHMIDT – NEUER KANZLER DES KAPITALS

Die immer rasantere Talfahrt Brandts in den letzten Monaten erreichte am 6. Mai mit seinem Rücktritt als Bundeskanzler ihren Tiefpunkt. Mit Helmut Schmidt, der nicht zufällig oft mit dem Arbeiterschlächter Noske („Einer muß den Bluthund machen") verglichen wird, hat das Kapital einen Mann an die Stelle Brandts gesetzt, der für eine schärfere Gangart der Faschisierung einstehen soll.

Dieser Wechsel wurde, der ganzen bisherigen Rolle Brandts gemäß, in die äußere Form einer Schmierenkomödie gekleidet: die „Aufdeckung" eines Spions, den man mindestens seit einem Jahr schon erkannt hatte; die „ehrenwerte" Handlung Brandts, der mit großer Geste die Verantwortung auf sich nahm; schließlich wilde Gerüchte und „Enthüllungen" um Brandts „Privatleben", das auch schon lange bekannt war.

Es sei „grotesk", einen Bundeskanzler für erpreßbar zu halten, sprach Brandt mit großem Pathos. Nun, „erpreßbar" gewiß nicht durch den Spion Guillaume und seine Chefs in der DDR – wohl aber „erpreßbar" durch die Bourgeoisie. Brandt war ein Spielball in den Händen derjenigen, die nicht erst seit dem 29. Mai 1973 (als Brandt offiziell vor Guillaume „gewarnt" wurde), sondern mindestens schon bei Übernahme der Kanzlerschaft 1969 über das „Kuckucksei" Guillaume Bescheid wußten, die auch Brandts „Privatleben" kannten und fortwährend bespitzelten – die westdeutschen Geheimdienste und hinter diesen die Bourgeoisie. Als Brandt 1969 Bundeskanzler wurde, lag die „Zeitbombe" schon im Nest, das wissen wir heute.

Bezeichnend ist der Zeitpunkt, an dem die Bourgeoisie die Bombe dann platzen ließ, nämlich nach Erledigung wichtiger Aufgaben („neue Ostpolitik", Aufrüstung des staatlichen Unterdrückungsapparats) und zu einem Zeitpunkt, wo die Wahlergebnisse in Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zeigten, daß Brandt schon auf der abschüssigen Bahn war. In einer Situation des Aufschwungs des Vertrauens zu Brandt – wie zur

Forts. Seite 2



Die Gründung des „Irischen Rates": Irische Bourgeoisie und Imperialisten an einem Tisch

Es lebe der Befreiungskampf des irischen Volkes

Im ersten Teil des Artikels (AK 43) gingen wir auf den geschichtlichen Verlauf des irischen Befreiungskampfes seit dem zwölften Jahrhundert, auf die Bürgerrechtsbewegung, die Spaltung der IRA sowie auf den Kampf im Norden und Süden ein. Im zweiten Teil befassen wir uns mit dem politischen Vorgehen des Imperialismus, mit der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Politisches Vorgehen des Imperialismus

Nicht nur durch militärische Repression (Stationierung von Soldaten) versucht der britische Imperialismus seine Macht über Irland zu halten.

In London haben sich in der letzten Zeit die „Klugen Köpfe" durchgesetzt, die nach einer „politischen Lösung" des Konflikts suchen, um so das irische Volk zu „beruhigen".

Im März 73 legte der damalige Nordirlandminister W. Whitelaw das „Weißbuch zu Nordirland" vor. Es wurde von der bürgerlichen Presse als „diplomatisches Meisterwerk" und als „wegweisendes Dokument" gefeiert. Doch das „Weißbuch" zielt nur auf eine weitere Verschärfung der Unterdrückung durch den britischen Imperialismus und auf eine weitere Spaltung der protestantischen und katholischen Arbeiter ab. So wurden natürlich sämtliche Forderungen der Bürgerrechtsbewegung und der IRA/Sinn Fein nicht berücksichtigt.

Der Forderung nach Abzug aller britischen Truppen wird „entgegenge-

Forts. Seite 22

MACHTWECHSEL IN PORTUGAL



700 000 Menschen – fast die Hälfte der Einwohner der Stadt – waren am 1. Mai zu Demonstrationen und Kundgebungen auf den Beinen. Mit roten Nelken in den Gewehrläufen solidarisierten sich die Soldaten mit der jubelnden Bevölkerung. Viele Soldaten waren auch in Demonstrationszügen zu sehen.
Auf Kundgebungen vor zehntausenden von Menschen sprachen Soares und Cunhal, die Führer der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei.

Innerhalb von nur einem Tag gelang es am 25. April putschenden Teilen der portugiesischen Armee, die älteste faschistische Diktatur Westeuropas (Salazars Terrorherrschaft begann 1926) in einem fast unblutigen Handstreich zu stürzen. „Regierungstreue" Truppen, die sich den putschenden Soldaten und Offizieren entgegenstellen sollten, liefen stattdessen geschlossen über.

Über eine besetzte Rundfunkstation wurde verkündet, eine „Bewegung der Streitkräfte" sei aufgestanden, um *„das Land zu befreien"*. Der Führer der „Bewegung der Streitkräfte", der im Kolonialkrieg hochdekorierte General Antonio de Spinola, rief dann die neue Regierung des „Nationalen Heils" aus und versprach: *„Diese Regierung wird die Freiheit des Denkens, der Rede und der Tat garantieren."* Die faschistische Regierung unter Ministerpräsident Caetano (seit 1968) dankte noch am selben Tag ab und wurde ins Exil geschickt.

Die erste Reaktion der portugiesischen Massen war Freude und Jubel. Tausende von Menschen begrüßten die in Lissabon einmarschierenden Soldaten mit Rufen wie „Es lebe die Armee", „Es lebe die Freiheit", „Nieder mit dem Faschismus".

Die wesentliche Ursache für den Zusammenbruch des alten faschistischen Regimes ist das Scheitern der traditionellen portugiesischen Kolonialpolitik in den „Überseeprovinzen" Mozambique, Angola und Guinea-Bissao. Der seit dreizehn Jahren mit grenzenloser Brutalität geführte Vernichtungskrieg (vgl. bekanntgewordene Massaker an der einheimischen afrikanischen Bevölkerung) hat den siegreichen Vormarsch der Befreiungsbewegungen nicht verhindern können. Große Gebiete stehen unter Kontrolle der afrikanischen Revolutionäre, Guinea-Bissao konnte vor kurzem sogar seine Unabhängigkeit erklären.

Die Erkenntnis, daß dieser Krieg mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen ist, war zwar schon vor Jahren keine Neuigkeit mehr; die „Ultrarechten" in Portugal, die die Interessen der weißen Siedler in den Kolonien vertreten, weigerten sich jedoch, daraus die Schlußfolgerungen zu ziehen. Anfang des Jahres versuchten sie sogar durch einen Rechtsputsch die Regierung Caetano zu stürzen, weil ihnen seine Kolonialpolitik noch „zu lasch" war. Dieser Putsch scheiterte jedoch von Anfang an.

Um die Widersprüche des alten Regimes auf die Spitze zu treiben, mußte erst der im Guinea-Bissao-Krieg hochdekorierte General de Spinola kommen und in seinem Buch *„Portugal und die Zukunft"* die Aussichtslosigkeit dieses Krieges massenwirksam nachweisen. Seine auf sein Buch hin verfügte Absetzung bewirkte eine rasche Polarisierung innerhalb der Armee.

Der Kolonialkrieg Portugals scheiterte jedoch nicht nur in den Kolonien selber, sondern stieß auch auf Grenzen und Widerstand im eigenen Land. Portugal wandte zuletzt über die Hälfte seiner Staatsausgaben für militärische Zwecke auf, ohne sichtbaren Erfolg und absehbares Ende. Trotz finanzieller und technischer Unterstützung durch die NATO lastet die Hauptlast des Krieges auf Portugal, das nur eine sehr unterentwickelte Industrie besitzt und das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen Westeuropas hat. Von den 9 Millionen Einwohnern sind allein etwa 1,5 Millionen emigriert, weil sie in Portugal nicht leben und arbeiten können. Tau-

Forts. Seite 23

'Mitbestimmung'

Ärzte-Streit am Krankenbett des Kapitalismus

Scheinbar ist über die Frage der 'Mitbestimmung' seit mehreren Monaten zwischen Regierung und Opposition, zwischen SPD und FDP, zwischen DGB und Kapitalisten, zwischen DGB und Regierung, aber auch innerhalb der Parteien, ein lebhafter Streit im Gange, der möglicherweise nach dem Rücktritt Brandts und dem damit verbundenen Rechtsruck der SPD noch einmal neue Nahrung bekommen wird.

SPD und FDP haben sich inzwischen weitgehend auf einen „Kompromiß"-Entwurf zur 'Mitbestimmung' geeinigt, von dem SPD-Sprecher sagen, er sei „die ganz große Chance für eine offensive Arbeitnehmerpolitik" (Staatssekretär Matthöfer), während die FDP darin „einen großen Schritt in unsere (!) Richtung" sieht (Genscher).

Zu diesem Regierungsentwurf erklärte DGB-Chef Vetter, er enthalte „in entscheidenden Fragen schwerwiegende Mängel, die wir als Gewerkschafter nicht hinnehmen können". Auch „linke" Sozialdemokraten, so der Bezirksparteitag der südhessischen SPD im April, erklärten sich mit dem Regierungs-„Kompromiß" unzufrieden.

Andererseits wurde der Regierungs-Entwurf im April durch die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat (Vertretung der Bundesländer) als zu weit gehend zurückgewiesen. In der CDU/CSU hat sich auf dem Hamburger Parteitag im letzten November der von Partei-Manager Biedenkopf (ehem. Manager des Waschmittel-Konzerns Henkel) geprägte Entwurf durchgesetzt, den jedoch die CDU-„Sozialausschüsse", unterstützt von Teilen der Jungen Union, für „inkonsequent" erklärt haben. Der 'Wirtschaftsrat' der CDU wiederum – ein extrem reaktionäres und kapitalhöriges Gremium – erklärte, der Biedenkopf-Entwurf würde die „Tür zur paritätischen Mitbestimmung" öffnen, diese aber führe zur „Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des 'demokratischen Sozialismus' ".

Einige Kapitalisten gar, wie der Erzreaktionär Schleyer – Chef des Kapitalistenverbandes BDA – haben ein Gezeter angestimmt, als würde ihnen

Forts. Seite 9

Forts. Schmidt

Zeit des gescheiterten Mißtrauensvotums der CDU/CSU 1972 – hätte ein „Fall Guillaume" Brandt eher noch stärkere Sympathie bringen können („Jetzt erst recht!"); in einer Situation des Niedergangs aber war diese „Affäre" tödlich. Schmidt und Wehner blieb es nur noch überlassen, das von der Bourgeoisie zur Verfügung gestellte, von der CDU/CSU und der bürgerlichen Presse gewetzte Messer schließlich zuzustoßen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in der Mai-Nummer der Kapitalistenzeitschrift „Capital", die wenige Tage vor Brandts Rücktritt erschien, bereits Brandt und sein kommender Nachfolger Schmidt einander gegenübergestellt wurden: **„Ab in die Resignation – Warum Willy Brandt nicht regieren kann"** und **„Warten auf die Flut – Kann Helmut Schmidt regieren? "**. Das „Capital" (und das Kapital!) bejahten vorerst diese Frage: Schmidt sei *„Einpeitscher"* und *„Weichensteller"*. Von ihm wird erwartet, daß er *„Volkes (?) Wille vollstreckt, die längst geahnten Wahrheiten (?) ausspricht, vorhandene Opferbereitschaft abfordert ..., Schwätzer feuert, Köpfe rollen läßt"*; *„Nur ein Macher wie Schmidt kann die SPD vom Makel der Handlungsunfähigkeit befreien ..."* (Zitate aus „Capital"). Schmidt soll der „forsche Pragmatiker" sein, der „Aktenstudium" und „Theoriediskussion" haßt („Spiegel" 20/74). „Notstands"-Spezialist und -Fan, ehemaliger Minister der „Verteidigung".

Als Hamburger Innensenator, als „Notstands"-Spezialist und -Befürworter, als Minister für „Verteidigung" scheint Schmidt der richtige Mann als Kanzler des Übergangs zwischen dem zum gütigen, aber allzu weichen „Gottvater über den Wolken" stilisierten Brandt und den auf Abruf bereitstehenden Rechtsaußen von der CDU/CSU – Strauß, Dregger, Carstens, Kohl und Biedenkopf. Ob diesem Übergangskanzler mehr als nur ein paar Monate beschieden sein werden, ist ungewiß. Die Möglichkeit von Neuwahlen ist sichtbar.

Schmidt hat angekündigt, in der „Westpolitik" stärker aktiv werden zu wollen (Stabilisierung der EG), die „Ostpolitik" zwar „fortzusetzen", aber „ohne finanzielle Zugeständnisse". Die „Ostpolitik" des BRD-Imperialismus ist ganz offenbar aus der Phase heraus, wo die Imperialisten durch demonstrative Kniefälle und Friedens-Salbaderei etwas zu erreichen hofften: auch auf diesem Gebiet wird die Tonart schärfer. Das zeigt sich nicht zuletzt auch an der Instrumentalisierung der „Affäre Guillaume" im Sinne des „Kalten Krieges" und antikommunistischer Hexenjagd.

Innenpolitisch will Schmidt dem „Bedürfnis der Deutschen nach Recht und Ordnung" stärker entsprechen. Innerhalb der Partei wird sich die Jagd auf „linke" Sozialdemokraten ebenfalls verschärfen.

Das „Bedürfnis nach Recht und Ordnung" ist sicher kein bloßes Phantasieprodukt. Es ist eine reale, politisch desorientierte Reaktion von Teilen des Volkes, vor allem im Kleinbürgertum, aber sicher nicht nur dort, auf die zunehmende gesellschaftliche Verunsicherung, die mit der Spätphase des Kapitalismus und seiner Krisenentwicklung einhergeht: Gefährdung des erreichten Lebensstandards, Gefährdung des Arbeitsplatzes, „Gewalt und Kriminalität", Kriegsgefahren. Diese Verunsicherung wird von der Bourgeoisie und ihren Parteien, einschließlich der SPD, noch durch übertriebene Darstellungen der Lage verstärkt. Man denke nur an Ex-Kanzler Brandt, der während der „Ölkrise" sich mit bierernster Miene hinstellte und verkündete: *„Wir haben eine Anstrengung vor uns, die vergleichbar ist mit den Anstrengungen, die unser Volk nach dem Krieg auf sich nehmen mußte."* (Zitat nach „Welt" vom 28.11.73)



Im Auftrag des Kapitals

Solange es der Bourgeoisie noch gelingt, die wachsende soziale Unzufriedenheit und Unruhe zu einem großen Teil in den Ruf nach „Recht und Ordnung", nach dem „starken Mann" münden zu lassen, kann von einer bedeutenden „Linksentwicklung" nicht ernsthaft die Rede sein.

Was sich aber zeigt, ist die Verschärfung und Zuspitzung aller gesellschaftlichen Widersprüche. Bundeskanzler zu sein ist heute selbst in der BRD keine Lebensstellung mehr wie zu Adenauers Zeiten. Sieht man über die Grenzen der BRD hinaus, so zeigt sich fast in allen imperialistischen Ländern der Staat in ständiger „Regierungskrise". „Regierungskrisen" in Dänemark, Belgien, Kanada und Israel; „Regierungskrise" als Dauereinrichtung in Italien; das Ende des Gaullismus in Frankreich; der Sturz Caetanos in Portugal; der Sumpf um Nixon und „Watergate"; eine Labour-Regierung in Großbritannien, die nur eine hauchdünne Mehrheit hat.

Nicht „unregierbar" werden heute schon die bürgerlichen Staaten, wie manch Berufsoptimist voreilig verkünden mag, aber doch schwerer regierbar. Manche seit Jahren auf Regierung abonnierte Partei gerät in die Krise – der Gaullismus, die italienische Christdemokratie und zeitweise auch die CDU/CSU in der BRD, die „Arbeiterpartei" in Israel, die Sozialdemokratische Partei Schwedens u.a. Dies bedeutet aber noch nicht eine Krise des bürgerlichen Staats und der bürgerlichen Macht, solange sich im besten Fall nur reformistische Scheinalternativen anbieten („Linksunion" in Frankreich, PCI und „historischer Kompromiß" in Italien) oder gar zunächst einmal die Parteien der erklärten Rechten gestärkt werden (die CDU/CSU in der BRD, die Likud in Israel, die „bürgerlichen Parteien" in Schweden).

Überwindung der politisch-ideologischen und organisatorischen Zersplitterung der revolutionären Linken und der Arbeiterlinken, Aufbau kommunistischer Parteien der Arbeiterklasse, Zusammenarbeit der revolutionären Linken auch, international, um den sich verschärfenden Klassenkämpfen eine revolutionäre, nicht reformistische und erst recht nicht reaktionäre Alternative zu öffnen – dafür gilt es angesichts des beschleunigten Tempos der Faschisierung verstärkt zu kämpfen. ●

„Linke" Kleinbürger über Spionage empört

Mit bemerkenswerten Beiträgen zur „Affäre Guillaume" warteten der KBW und die „KPD/ML" auf.

In der „KVZ" des KBW versichert ein gewisser W. Maier mit großartigem moralischen Pathos, daß *„die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten . . . diese Spionagemethoden nicht imponierend, sondern verächtlich"* finden. *„Bürgerliche Staaten verfahren so gegeneinander, auch in Friedenszeiten. Sie betreiben bedenkenlos die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Staates . . . Die herrschende Arbeiterklasse unterhält keine Vorzimmerschnüffler in anderen Ländern."* („KVZ", 9/74)

Während die „KVZ" auf die moralische Entrüstung ihrer sozialen Basis, nämlich des „links"-liberalen Kleinbürgertums – vorwiegend in der „werktätigen Intelligenz" – spekuliert, macht die „KPD/ML", entsprechend dem ihr verbliebenen politischen „Reservoir", wieder einmal offen in Antikommunismus.

Der „Rote Morgen" der „KPD/ML" erschien mit der Schlagzeile **„Kein Pardon für Moskauer Spione!"** – Kein Wort im ganzen Artikel über die Spitzel- und Provokateurs-Tätigkeit der westdeutschen Bourgeoisie gegen die DDR seit deren Gründung, sondern stattdessen sogar noch Entrüstung, weil **„die Bonner Regierung noch nicht einmal offiziell gegen die Spionagetätigkeit Moskaus protestiert"** hat.

„Seit die sowjetischen Sozial-Imperialisten den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt gegen die US-Imperialisten aufgenommen haben, gehören Spionage und Agententätigkeit zu den Mitteln, mit denen sie in die Einflußgebiete des US-Imperialismus einzudringen versuchen." Das sei *„eine Warnung an das ganze deutsche Volk"*. („RM" 18/74)

KBW und „KPD/ML" treten der klar antikommunistischen Stoßrichtung der bürgerlichen Kampagne um den „Fall Guillaume" nicht nur nicht entgegen, sondern versuchen, mit dem Strom zu schwimmen.

Jeder weiß, daß die Kommunisten die Spionage nicht erfunden haben. Es sollte aber für einen Kommunisten klar sein, daß ein sozialistischer Staat sich auf allen Ebenen gegen die Imperialisten zur Wehr setzen muß. Der sozialistische Staat unterhält eine schlagkräftige Armee (entgegen pazifistischen Wunschträumen mancher Kleinbürger), er unterhält einen schlagkräftigen Apparat gegen konterrevolutionäre Verschwörungen und er arbeitet selbstverständlich auch im imperialistischen Ausland, um die Kriegs- und Konterrevolutionspläne des Klassenfeindes auch auf dieser Ebene zu vereiteln.

Solchen Menschen, wie z.B. dem Ehepaar Rosenberg, die der damals noch sozialistischen Sowjetunion halfen, das Atomwaffen-Monopol des US-Imperialismus zu brechen (und deswegen in den USA als „Spione" hingerichtet wurden), wird die revolutionäre Arbeiterbewegung immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Nun ist allerdings die DDR kein sozialistischer Staat unter der Herrschaft der Arbeiterklasse – und das muß der entscheidende Punkt für eine klassenmäßige Einschätzung der Sache sein, und nicht „moralische" Empörung über den „Schnüffler".

Liest man zudem etwa in der „Bild" vom 29. April, daß Guillaume durch seine Tätigkeit Einblick in eine Liste **„mit Namen von mehr als hundert BND-Mitarbeitern in der DDR"** hatte (BND = Bundesnachrichtendienst; westdeutsche Spionageorganisation) und daß durch seine Hinweise **„vier Spitzenagenten und rund 20 weitere BND-Mitarbeiter in der Zone verhaftet"** werden konnten, so scheint seine Arbeit auch im Interesse der Arbeiterklasse der DDR und der Verteidigung von deren noch verbliebenen gesellschaftlichen Errungenschaften nicht völlig nutzlos gewesen zu sein. ●

FÄLSCHER AM WERK!

Die beiden hier abgedruckten Fotos – Original und Fälschung – zeigen die Demonstration und Kundgebung der Metallarbeiter in Bremerhaven während des dreiwöchigen Streiks im Unterwesergebiet. Diese Massendemonstration war nun einer Organisation gerade gut genug, um den versammelten Arbeitern ihre Organisationspolitik auf's Auge zu drükken. Geschickt wird das im Mittelpunkt des Bildes stehende Transparent mit der Parole „Streik bis zum 1. Mai. – dann legen wir 6 Wochen Urlaub dabei" kurzerhand etwas „verändert" und plötzlich heißt die Parole: „Für Mitbestimmung gegen Unternehmerwillkür!"

Erschienen ist diese Fälschung in einer Auflage von zigtausend Exemplaren zum 1. Mai in Hamburg.

Veröffentlicht wurde das ganze nicht etwa von den DGB-Führern, sondern verantwortlich sind hierfür Vertreter der „einzigen Partei der Arbeiterklasse", der DKP, die mit dieser Fälschung die Titelseiten ihrer Betriebszeitungen zierten.

Offensichtlich fehlte der Partei ein Foto, auf dem Arbeiter in Massen für das Mitbestimmungsgedudel der DKP- und DGB-Führer demonstrierten. Kein Wunder – wenn es den Gewerkschaftsführern zwar noch gelingt, Illusionen über die Mitbestimmung zu verbreiten, so haben sie es bis heute aber nicht geschafft, die Arbeiter hierfür zu begeistern.

Solche Fälschungen scheinen inzwischen zum festen Bestand der DKP zu gehören. So sind in einem Flugblatt der Hamburger DKP nach dem 1. Mai gleich zwei Fotos „bearbeitet" worden: Ein Foto, das die Demonstration zeigen soll, ist in Wahrheit aus zwei Teilen zusammengeklebt worden – nur mit DKP-genehmen Parolen, versteht sich. Auf ein Foto von der Abschlußkundgebung sind plump die Worte „DGB" und „Für Mitbestimmung" auf zwei Transparente gekrizelt worden.

Die DKP-Führer erweisen sich einmal mehr als die treuesten Anhänger der Gewerkschaftsführer. Dabei bedienen sie sich so übler Methoden, wie der Fälschung und Täuschung der Leser ihrer Betriebszeitungen. ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg



ORIGINAL

Demonstration und Kundgebung der Metaller in Bremerhaven

(dies Original stammt aus einer DKP-Betriebszeitung, die während des Streiks in Bremen erschien)



FÄLSCHUNG

So hätten's die DKP-Führer gern: Für Mitbestimmung

Wie aus einem Kommunisten ein 'Rauschgifthändler' gemacht wurde

Mit Schlagzeilen wie „Regierungsinspektoranwärter als Rauschgifthändler verhaftet" berichtete die bürgerliche Presse in den Monaten Januar bis März über das Vorgehen der Polizei gegen den ehemaligen Vorsitzenden des Stadtjugendringes von Arnsberg (NRW).

Peter T. war in Arnsberg als Kommunist bekannt, er gehörte einer fortschrittlichen Jugendgruppe an und war als Delegierter der DGB-Jugend zum Vorsitzenden des Stadtjugendrings gewählt worden. Von der katholischen Kirche und der Stadtbürokratie wurde Peter T. besonders heftig angefeindet. Ende Dezember wurde Peter T. nach Dortmund versetzt, so daß er durch die lange Fahrzeit täglich 12 - 13 Stunden aus Arnsberg entfernt war.

Im Januar gelang es dann der Jungen Union, aufgrund der vorangegangenen Hetzkampagne gegen Peter T., eine knappe Mehrheit bei der Neuwahl des Jugendring-Vorstands zu gewinnen.

Eine Woche später, am 15. Januar drangen Leute vom 'Verfassungsschutz' und 'Rauschgiftdezernat' ohne Durchsuchungsbefehl in Peters Wohnung ein, um angeblich „einige 1.000 LSD-Trips" zu suchen, die laut einer anonymen Zeugenaussage in der Wohnung versteckt sein sollten. Beschlagnahmt wurden linke Bücher sowie politische und persönliche Aufzeichnungen. Peter wurde zunächst nach Dortmund verschleppt und am nächsten Tag wurde gegen ihn ein Haftbefehl „wegen Fluchtgefahr" ausgestellt. Trotz mehrerer Beschwerden wurde diese Haft fast drei Monate aufrechterhalten.

Gleichzeitig entfaltete die Bourgeoisie eine systematische Kampagne zur Kriminalisierung aller fortschrittlichen Arnsberger Jugendlichen und zur Verhetzung der Bevölkerung. Insgesamt wurden fünf Hausdurchsuchungen durchgeführt, wobei jedesmal die „Suche nach Drogen" als Vorwand diente.

Tatsächlich wurden aber offenbar Drogen weder gesucht noch gefunden, sondern die Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf politische Literatur, Aufzeichnungen, Feststel-lungen politischer Aktivitäten. Außerdem wurden über 4o Genossen und Sympathisanten verhört, wozu man sie ohne weiteres von ihrem Arbeitsplatz oder aus ihrer Schule fortschleppte.

In der Presse wurde Peter als *„gefährlicher, linksextremer Rauschgifthändler mit wirren politischen Ideen"* diffamiert, bei dem 1.000 LSD-Trips gefunden worden seien, mit denen er sogar Kinder „auf die Reise geschickt" habe usw.

Am 3. April war der Prozeß gegen Peter. 100 Jugendliche hatten sich aus Protest dagegen und aus Solidarität mit Peter im Amtsgericht versammelt; nur 15 wurden aber als Zuhörer in den Saal gelassen. Obwohl die Anklage wegen Rauschgifthandel offensichtlich zusammenbrach und die Zeugen berichtet hatten, wie sie von der Polizei unter Druck gesetzt worden waren, meinte das Gericht, Peter doch wegen „Besitz von Rauschgift" zu einem Jahr Gefängnis (auf zwei Jahre zur „Bewährung" ausgesetzt) und zu einer Geldstrafe von 1.5oo Mark verurteilen zu können.

Eine detaillierte Schilderung dieser Vorgänge erscheint in den nächsten Wochen in Form einer Dokumentation, die direkt von uns oder über das 'Arbeiterbuch' bezogen werden kann. Sie enthält u.a. auch die wichtigsten Presseartikel.

Voraussichtlicher Preis: –,60 DM + Porto.

Unsere Anschrift: IKG, 577 Arnsberg, Altes Feld 3.

Um die 1.500,– DM Geldstrafe aufbringen zu können, bitten wir um eine Solidaritätsspende auf das Konto 43o 1o16 – a. Gollnick – bei der Städt. Sparkasse Arnsberg.

Initiative für eine Kommunistische Gruppe (Arnsberg/Neheim-Hüsten) ●



Leubastallbrücke – für ihn und acht seiner Kollegen kam jede Hilfe zu spät

Neue schwere Arbeitsunfälle

Das Leben eines Arbeiters ist den Kapitalisten einen Dreck wert

Am 18. April wurde der Polizist Uwe Faden während eines Schußwechsels bei einem Banküberfall getötet.

Dieser junge Polizist wurde nicht zuletzt das Opfer einer Polizei-Politik, bei der die „Colts" immer lockerer sitzen, bei der immer mehr Menschen „irrtümlich" oder „versehentlich" von der Polizei erschossen werden und bei der die einzelnen Polizisten vom Staat animiert werden, sich mit ihren Schießeisen wie wildgewordene Wildwest-Helden aufzuführen.

Die Bourgeoisie aber will den toten Polizisten nachträglich dazu mißbrauchen, um für eine weitere Verstärkung der Polizei, für einen noch zügelloseren Schußwaffengebrauch Stimmung zu machen. Diesem Zweck diente z.B. eine Serie in der „Bild", wo 19 seit 1945 in Hamburg im Dienst ums Leben gekommene Polizisten als Helden gefeiert wurden.

Wie aber verhält es sich mit dem „Berufsrisiko" eines gewöhnlichen Arbeiters, der nicht mit einem Schießeisen ausgerüstet ist, sondern „nur" an schadhafte und ungenügende Maschinen, auf mörderische Baustellen usw. geschickt wird? Alle zwei Stunden ein tödlicher „Arbeitsunfall" (für den oft das Wort M o r d zutreffender wäre), alle sieben Minuten ein schwerer Unfall und alle 13 Sekunden ein „normaler" Unfall (nach IGM-Zeitung „Gewerkschafter" 4/73).

Einsturz der Leubastalbrücke

Neun Arbeiter wurden getötet und 13 zum Teil schwer verletzt, als am 30. April 1974 die im Bau befindliche Leubastalbrücke bei Kempten im Allgäu einstürzte. Die Autobahnbrücke der Linie Ulm-Kempten sollte vierspurig ausgebaut werden. Das Leergerüst stand, und am Morgen des 30.4. um 3.00 Uhr begannen die Betonierungsarbeiten. Um 6.45 Uhr, als etwa 140 Kubikmeter Beton, das ist ein Achtel der vorgesehenen Menge, auf der Verschalung lagen, brach das Gerüst zusammen und riß 22 Arbeiter 15 Meter in die Tiefe. Noch am Vortage war das Baugerüst von einer Ingenieursfirma überprüft worden, allerdings hatte diese nur die Ausführung mit den Plänen zu vergleichen (Fehler in den Pläne zu beanstanden, gehörte nicht zur Überprüfung), und ga gab es keine Beanstandungen, obwohl einer der Bautechniker gesagt haben soll: „Da würde ich nicht raufgehen". („Süddeutsche Zeitung" vom 2.5.74)

Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die für das Leergerüst verantwortliche Firma einen Tag vor dem Unglück zwei Monteure und einen leitenden Angestellten zur Baustelle schickte, um zehn am Brückengerüst festgestellte Mängel zu beseitigen. Offensichtlich waren die Reparaturarbeiten noch nicht beendet, als die Brücke einstürzte. Allerdings soll das nicht die alleinige Ursache des Unglücks sein. Der mit der Ursachenforschung beauftragte Münchner TU-Professor Latzin soll weitere Mängel bei der Besichtigung der Baustelle festgestellt haben. (Angaben nach „Kölner Stadtanzeiger" vom 10.5.74)

Dieses ist innerhalb von zweieinhalb Jahren der dritte schwerwiegende Brückeneinsturz. Beim Bau der Koblenzer Rheinbrücke kamen 1971 13 Arbeiter ums Leben und 1972 sechs Arbeiter bei einem anderen Bauabschnitt der gleichen Brücke.

Explosion bei Dynamit Nobel

Am 4. März 1974 explodierten im Zweigwerk der Dynamit Nobel AG in Burbach-Würgendorf (Kreis Siegen) 250 kg Sprengstoff, wobei fünf Arbeiter getötet wurden; der ganze Bunker flog in die Luft. – In fahrbaren Kesselwagen wurde Nitroglyzerin mit Pulver gemischt und von Hand mit Stangen umgerührt. Die Umstellung auf Fernsteuerung eines Mischhauses würde 1,5 Millionen DM kosten, das ist den Kapitalisten zu

Mischhauses würde 1,5 Millionen DM kosten, das ist den Kapitalisten zu

teuer.

Zynischerweise wurde von einigen Leuten behauptet, am Unglück solle ein Flugzeug schuld sein, das die Schallmauer über dem Werksgelände durchbrach; dabei ist dies nicht das erste tödliche Unglück in dieser Firma. 1970 und 72 starben insgesamt fünf Arbeiter bei Explosionen. Seit 1948 verunglückten 19 Arbeiter allein in diesem Werk tödlich! Der Sprengmeister des Werkes Karl Diehl erklärte die Unfälle auf seine Art: *„Das ist wie Autofahren, jeder weiß, daß er jede Minute verunglücken kann".* („Kölner Stadtanzeiger" vom 6.5.74) Damit wären natürlich alle Fragen nach den Schuldigen geklärt: das ist eben „Berufsrisiko". Laut Diehl wird die Ursache des letzten Unglücks ebenso ungeklärt bleiben wie bei den vorhergehenden Katastrophen. **„Nach so einer Explosion bleibt nichts mehr übrig."** („UZ" vom 7.5.74) ●

Betriebszelle Roentgenmueller
KB/Gruppe Hamburg

HSW – Prozeß:

Erste Runde an die Kollegen

Im Prozeß der aus dem Betrieb gefeuerten drei Mitglieder der Vertrauenskörperleitung in den Hamburger Stahlwerken (wir berichteten in AK 42 und 43 hierüber) ist in erster Instanz der Urteilsspruch gefällt.

Danach muß die Geschäftsleitung der HSW die drei zu Unrecht Gekündigten wieder einstellen und die Kosten des Verfahrens übernehmen.

In der mündlichen Begründung des Urteilsspruchs führte der Arbeitsrichter hierzu aus:

▷ **„Die Arbeit des VK-Vorstandes, insbesondere der offene Brief, ist durch das Grundgesetz (freie Meinungsäußerung) voll gedeckt. Jeder, der dieses Recht nicht anerkennt oder sogar mit Entlassung ahndet, zeigt damit, daß er dieses Recht einschränken will."**

Zum Verhalten der Gewerkschaftsführung:

▷ **„Spannungen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb einer Belegschaft, des Betriebsrats und der IGM müssen auf demokratischem Wege behoben werden. Der Ausschluß einer anderen Meinung zählt nicht mehr zu einer demokratischen Auseinandersetzung."**

Zum Auftreten des Betriebsrats:

▷ **„Die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im BR sind sicherlich am wenigsten für die Interessenvertretung der Kollegen geeignet."**

Dem Urteilsspruch ging die 3. Verhandlung voraus.

Auch diesmal begann der Prozeß damit, daß zusätzliche Zuschauerbänke und Stühle in den Saal getragen werden mußten. Ca. 40 Kollegen, Freunde und Verwandte waren erschienen, um die Gekündigten zu unterstützen und um zu lernen.

Die drei waren „Sand im Getriebe des Betriebes"

Die HSW-Vertreter hatten offensichtlich einen Erfolg in erster Instanz abgeschrieben und gaben sich keinerlei Mühe, ihre wahren Entlassungsgründe zu verbergen.

Die drei in dieser Verhandlung aufgefahrenen „Zeugen" waren durchweg ein Reinfall für sie:

▷ da war zunächst der Sekretär der IGM-Ortsverwaltung Erhardt Prehm, der die Übereinstimmung in der Beurteilung der Entlassung zwischen IGM-Führung und HSW-Kapitalisten bezeugen sollte . Unter dem Gelächter aller Zuschauer verkündete der Richter: „Der Zeuge Prehm hat sich für heute entschuldigen lassen. Er hat eine wichtige Sitzung bei der AOK." Beim jetzigen Stand der Verhandlungen und bei der regen Beteiligung von Zuschauern hatte er es offensichtlich vorgezogen, zu kneifen.

▷ der „Zeuge" S. wußte zu einem der Hauptvorwürfe gegen die drei Vertrauensleute, sie hätten für ihren Offenen Brief „unter falschen Angaben während der Arbeitszeit" Unterschriften gesammelt, nur zu sagen, daß das nicht so war und er die Unterschrift in der Mittagspause geleistet habe.

▷ der „Zeuge" M. schließlich wußte nur mitzuteilen: „Mir wurde ein solcher Brief nie vorgelegt."

Das Zeugengebäude war zusammengebrochen, es blieb allein noch die Schlußbegründung des HSW-Anwalts:

„Die Kläger haben sich zwar ‚rechtlich' nichts zuschulden kommen lassen (!!). Durch ihre ständigen Diskussionen und Meinungsäußerungen waren sie 'Sand im Getriebe' des Betriebes. Mein Mandant (Die HSW-Kapitalisten, die Red.) verlangt aber Ruhe im Betrieb!
Deshalb gehört Politik, noch dazu solche, wie sie die Kläger vertreten, nicht in den Betrieb."

Das war eindeutig und deckt sich mit der Aussage des Betriebsratsvorsitzenden Venohr vom 21. März:

„Die drei Gekündigten hatten eine politische Meinung, die sie verbreiten wollten, deshalb mußten wir ihnen kündigen."

Das Ziel der HSW-Kapitalisten ist es, mit diesen eindeutig politischen Entlassungen ein abschreckendes Exempel zu statuieren.

Das Urteil: ein politischer Erfolg

Mit diesem Urteilsspruch haben die drei Vertrauensleute einen Erfolg errungen. Es ist ihnen gelungen, die Praktiken und die wahren politischen Ziele der HSW-Kapitalisten offenzulegen und durch die rege Beteiligung an dem Prozeß und die Veröffentlichung der Ereignisse, diese Erfahfahrungen einem größeren Kreis von Kollegen zur Verfügung zu stellen. Die Praxis der politischen Entlassungen bloßgelegt und das Zusammenspiel zwischen Kapitalisten, reaktionären Betriebsräten und partnerschaftlichen Gewerkschaftsführern aufgedeckt zu haben, darin besteht der Erfolg dieses Prozesses.

Das konkrete Urteil, Wiedereinstellung, ist dabei untergeordnet, da es bei allen Erfahrungen mit der bürgerlichen Klassenjustiz nur auf dem Papier steht. Nach der Anfechtung des Urteils durch HSW beginnt jetzt der lange Weg durch die Instanzen. Bereits jetzt sind seit der Entlassung der drei fast vier Monate vergangen, weitere 3 – 4 Monate werden bis zur Berufungsverhandlung vergehen. Selbst bei günstigem Verlauf der weiteren Prozesse würde bestenfalls ein 'großzügiger' Vergleich für die Drei herausspringen: eine Abfindungssumme. Eine Wiedereinstellung nach so langer Zeit wird es nicht geben, da sie „der Unternehmensleitung nach so langer Zeit nicht mehr zumutbar ist" (ähnliche Urteile mit dieser Begründung wurden wiederholt gefällt).

Eine weitere Erfahrung – und daher erklärt sich auch dieses positive Urteil – ist es, daß die Bourgeoisie in den unteren Instanzen der Arbeitsgerichte ohne weiteres liberale Richter und solche Urteile duldet, um das Bild einer klassenunabhängigen, „über den Dingen stehenden" Justiz zu malen.

Dennoch sind solche Prozesse – vor allem ihre Veröffentlichung – ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen die politischen Entlassungen und die Unternehmerwillkür in den Betrieben.

Betriebszelle HSW
KB/ Gruppe Hamburg ●

Druckerei Severin Schmidt 3. Lehrjahr auf die Straße gesetzt

Seitdem die Flensburger Druckerei Severin Schmidt im März letzten Jahres den Konkursbetrieb Christian Wolff „übernommen" hat, sind die Kollegen beider Werke fortwährend durch Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen bedroht. Durch die Anfang dieses Jahres erfolgte Zusammenlegung (hauptsächlich der Setzerei, Druckerei und Buchbinderei) wurden zahlreiche Kollegen „eingespart", d.h. auf die Straße gesetzt.

Kürzlich nun erhielten alle 10 Auszubildenden, die im Juni ihre Prüfung machen, ein „vorsorgliches" Kündigungsschreiben. Darin wird ihnen mitgeteilt, daß sie „wegen Arbeitsmangel" nicht in ein ordentliches Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Mit verächtlichem Zynismus wird den Kollegen am Schluß des Briefs für ihr weiteres Berufsleben „alles Gute" gewünscht. Die meisten haben jedoch bei der derzeitigen Arbeitslosenziffer in der Flensburger Druckdustrie keine Chance, in ihrem Beruf unterzukommen. Hinzu kommt, daß viele der jungen Kollegen im Herbst mit ihrer Einberufung zum Militär bzw. Ersatzdienst rechnen müssen, so daß deren Möglichkeiten, für diesen kurzen Zeitraum Arbeit zu finden, noch geringer sind. Diese Kündigungen bedeuten also für viele dieser Kollegen Arbeitslosigkeit bei einer „Unterstützung" von ca. 5 DM täglich.

Es gehört zur Politik dieses „ehrwürdigen" Flensburger Druckbetriebes, in jedem Jahr alle Ausgelernten auf die Straße zu setzen. Vor allem weil die Lehrlinge zu den fortschrittlichsten Kollegen im Betrieb zählen, versuchen die Kapitalisten, sich rechtzeitig auf elegante Weise möglicher späterer „Störfaktoren" zu entledigen. Die Rechte der jungen Kollegen wurden in der letzten Zeit stark eingeschränkt. So wurden die Lehrlingsversammlungen, die einen Ansatz zu fortschrittlicher Jugendarbeit waren, abgeschafft zugunsten „reiner" Jugendversammlungen. An ihnen dürfen nur noch Kollegen, die jünger als 18 Jahre sind, teilnehmen. Dies betrifft hauptsächlich Kollegen des 1. Lehrjahres, die wegen ihrer Unerfahrenheit bei betrieblichen Auseinandersetzungen leichter von den anderen Kollegen zu trennen sind.

Nach dem geltenden bürgerlichen „Recht" haben die Auszubildenden keinerlei Möglichkeit, gegen diese Kündigungen vorzugehen. Im Gegenteil: War im alten Manteltarifvertrag der Druckindustrie die, allerdings beiderseitige, Verpflichtung zu einer Weiterbeschäftigung von einem halben Jahr festgelegt, so sagt das neue Berufsbildungsgesetz: „Das Berufsausbildungsverhältnis endet mit dem Ablauf der Ausbildungszeit", d.h. nach dem Tage der bestandenen Prüfung. Das neue Gesetz enthält weder eine vorherige Mitteilungspflicht, noch braucht in diesen Fällen der Betriebsrat gehört zu werden. Es stellt eine weitere Einschränkung der Rechte der Auszubildenden dar.

Die Geschäftsleitung (GL) und ihr Sprachrohr, BR-Vorsitzender Marquardsen, rechtfertigen die Kündigungen mit folgenden Begründungen:

Severin Schmidt ist ein Ausbildungsbetrieb, es wird also nicht nur für den „Eigenbedarf", sondern vor allem für den „Arbeitsmarkt" ausgebildet.

Das heißt: Severin Schmidt setzt nach der Prüfung ständig fast alle Lehrlinge wegen angeblichen Arbeitsmangels auf die Straße, stellt aber auch in diesem Sommer wahrscheinlich wieder etliche Auszubildende als billige Arbeitskräfte ein. Die Kapitalisten sind nicht vorrangig interessiert an der Ausbildung der Lehrlinge zu qualifizierten Facharbeitern, sondern an der Ausbeutung der Lehrlinge mit ihren relativ niedrigen Vergütungen.

Zweitens, so die GL, würde eine Weiterbeschäftigung der gekündigten Kollegen den Profit des Betriebs und seine „Wettbewerbsfähigkeit", also unser aller Arbeitsplätze, gefährden.

VK und BR gegen die Kollegen!

Mit der richtigen Einschätzung, daß ihre Kräfte alleine, ohne die älteren Kollegen, zu schwach sind, um den Entlassungen effektiv entgegentreten zu können, beschlossen die Jugendlichen des Werks, eine Unterschriftensammlung durchzuführen. Zumal die Entlassungen der 10 Lehrlinge sich ja nicht grundsätzlich unterscheidet von der Entlassung bei Hilfs- oder Facharbeitern.

Obwohl sich die meisten Kollegen einig sind in der Ablehnung der Entlassungen, kam eine breite Solidarität nicht zustande. Die Unterschriftenaktion wurde wieder eingestellt.

Ein Grund dafür war, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute (VL) nicht mit einbezogen werden konnten. Wie schon zur Mantel- und Lohntarifrunde und anderen wichtigen Fragen boykottierte der VL-Sprecher die Aktivitäten der Kollegen, indem er sich weigerte, eine Sitzung einzuberufen. BR-Vorsitzender Marquardsen und Freigestellter Stock versuchten gar, die Kollegen dadurch einzuschüchtern, daß sie die Unterschriftensammlung als „spalterisch", als „Hetze und Aufwiegelei" beschimpften. Jede selbständige Regung der Belegschaft wird von der Mehrheit des BR illegalisiert, um die Kollegen vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten. Sie sehen ihre Aufgabe darin, für die Kapitalisten sog. „Rädelsführer" ausfindig zu machen und richten ihre Angriffe auch verstärkt gegen fortschrittliche BR-Mitglieder, die versuchen, eine Politik im Interesse der Belegschaft zu entwickeln.

Ein weiterer Grund für das Zurückweichen vieler Kollegen vor den Schlägen der Kapitalisten besteht in den negativen Erfahrungen, die viele beim Wolff-Konkurs und in der nachfolgenden Zeit machen mußten. (Wolff ist ein Druckbetrieb, der von Severin aufgekauft wurde und wo dann scharf rationalisiert und gefeuert wurde.)

Es wird den Severin-Kollegen allerdings nichts nutzen bei Angriffen der GL zurückzuweichen, da diese Haltung die Kapitalisten nur zu weiteren Übergriffen ermuntert. ●

Druckzelle, KB-Gruppe Flensburg

5. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier

Unter dem 'Motto' „Solidarität ist unsere Kraft" fand vom 22.-24. März im zentralen Schulungsheim der IG DruPa in Springen/Taunus die 5. DruPa-Bundesjugendkonferenz statt. 55 Delegierte reisten an, um über die Politik von gut 30 arbeitenden DruPa-Jugendgruppen zu beraten. Hinzu kamen „kraft Amtes" die Mitglieder des Hauptjugendausschusses (HJA). Als Gäste nahmen u.a. teil: Loni Mahlein (1. Vorsitzender der IG DruPa), Heinz Müller (Hauptvorstand), hohe Jugendfunktionäre des DGB, der IG Chemie usw.

Die „Jugendpolitik" des Vorstandes ...

Die DruPa-Führer messen der Jugendarbeit große Bedeutung bei. Der Tätigkeitsbericht des HJA drückt dies so aus:

„Wenn gewerkschaftliche Bildungsarbeit letztendlich erfolgreich sein soll, muß Gewerkschaftsarbeit auch dahin verstanden werden, daß die heute noch Unbewußten an die Organisation herangeführt werden. Auch sie müssen erkennen, daß der organisierten Macht des Kapitals nur die organisierte Macht aller Lohnabhängigen wirksam gegenübertreten kann. Die Jugendlichen von heute sind das Potential (!) der Organisation von morgen!"

Es sind heute aber gerade noch die jungen Kollegen, die ihre Interessen am konsequentesten vertreten; klassenbewußte Kollegen, oft Kommunisten, die die arbeitenden Jugendgruppen anleiten. Anders als noch Mitte der sechziger Jahre sind die Kollegen in den Jugendgruppen nicht mehr bereit, sich auf die Bildung von Hobbygruppen und Werbeaktionen für die Gewerkschaften zu beschränken. Um die jungen Kollegen als „Potential der Organisation von morgen" zu gewinnen, läuft die Jugendarbeit an der langen Leine, poliert die Gewerkschaftsführung hier ein klassenkämpferisches Image auf, peinlich darauf achtend, daß es nicht zur „Gefahr" auswächst. Dazu der HAJ-Tätigkeitsbericht:

„Gewerkschaftliche Jugendarbeit geht nicht von irgendeiner Form von Sozialpartnerschaft aus, sondern vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital."

Dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführer bestärkt zudem bei vielen jungen Gewerkschaftern Illusionen in die Reformierbarkeit der Gewerkschaften; die Illusion in eine „linke, sozialistische Fraktion" beim Vorstand. So wird verschleiert, wie objektiv die eine Figur der anderen beim Arbeiterverrat in die Hände arbeitet.

Solche Jugendkonferenzen dienen der Gewerkschaftsführung weiter zur genauen persönlichen Einschätzung der Jugendfunktionäre, zur Auswahl der Arbeiterverräter von morgen.

Drupa-Vorsitzender Mahlein machte dann auch in seiner Begrüßungsrede deutlich, wofür die Gewerkschaft eintritt: „*...um das Leben der abhängig Beschäftigten humaner, menschlicher zu machen...Machtpositionen zu erwerben, die die Macht des Kapitals einschränken.*" Gemessen an den „Kämpfen" dieser „Arbeitnehmervertreter" (Mantel- u. Lohntarifabschluß) eine ‚linke' Rede. Verglichen mit dem HJA-Bericht: kein Wort mehr von der Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, der Arbeiter bleibt abhängig Beschäftigter, dessen Los im Kapitalismus erleichtert werden soll. Orientierung auf die ‚Mitbestimmung', die Sozialpartnerschaft mit den Kapitalisten! Die jungen Kollegen mit scheinradikalen Phrasen, anknüpfend an ihre Interessen in die Organisation, bringen, und sie dort langsam auf die bürgerliche Sozialpartnerschaft trimmen, das ist der Handlangerdienst der Gewerkschaftsführer für den Klassenfeind.

...und ihre Unterstützung durch die DKP-Karrieristen

Doch nicht nur die Gewerkschaftsführung, auch die DKP maß dieser Konferenz besondere Bedeutung bei. Durch ihre bekannte Gremienschleicherei hatte sie bei den Wahlen in den Landesbezirksjugendausschüssen (!) die stärkste Fraktion errungen, vor allem in Hessen und Westberlin (SEW). In zwei Grußadressen, eine von der SDAJ, die andere von Parteivorsitzendem Mies persönlich, wurde den Delegierten „viel Erfolg" gewünscht. Zusammen mit einigen Juso's verfügte die DKP über eine große Mehrheit, die sie besonders in der Behandlung der Anträge in übelster Weise gegen konsequente, klassenbewußte Kollegen ausspielte.

Die über 80 Anträge aus den Landesbezirken stellten größtenteils fortschrittliche Forderungen zur Ausrichtung des gewerkschaftlichen Kampfes, zur innergewerkschaftlichen Demokratie, zu Fragen des proletarischen Internationalismus. Doch die Gewerkschaftsführung hatte vorgebeugt, da auch ein angenommener Antrag für sie keinen verbindlichen Charakter erhält, sondern nur als „Vorschlag" an den Gewerkschaftstag, den Vorstand, den DGB usw. weitergeleitet wird. So wird wahrscheinlich der Antrag auf Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, der auf der Konferenz angenommen wurde, verschwinden, ohne daß den Gewerkschaftsmitgliedern je darüber Rechenschaft abgelegt wird. Diesem Antrag stimmte auch die DKP-Fraktion zu, „da die Satzung zum Ausschluß von Gewerkschaftsfeinden ausreicht." Einerseits stimmte die DKP durchaus Anträgen zu, die den Machenschaften der Gewerkschaftsführung entgegenstehen, andererseits waren diese „Genossen" ständig bemüht, sich durch versöhnende Worte einzuschmeicheln und sich insbesondere durch eine schweinische „Abgrenzung" von den anwesenden Kommunisten bei der Gewerkschaftsführung zu empfehlen. Klassenbewußte Kollegen wurden als „Chaoten" beschimpft, HJA-Redner der DKP mit ständigem Rederecht machten hiervon zu üblen Beschimpfungen gegen Kommunisten Gebrauch, Abstimmungen wurden vom Vorstandstisch durch Handzeichen gesteuert usw. So schaffte es die DKP, den hessischen Antrag auf Durchsetzung der ‚Mitbestimmung' durchzubringen, den sie als Hebel „zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Erhöhung der Löhne und zur Durchsetzung stabiler Preise" verkauft. So schaffte sie es, den Antrag „1. Mai – Kampftag der Arbeiterklasse" aus Nordrhein-Westfalen zu Fall zu bringen. Als der Freiburger Delegierte von der klassenkämpferischen gewerkschaftlichen Mai-Demonstration '73 und ihrer Stärke berichtete, fragte ein DKP'ler demagogisch, ob Freiburg nicht Universitätsstadt sei! So werden von der DKP Aktionen klassenbewußter Kollegen diffamiert, wenn sie nicht in ihre Politik des Zurückweichens und der Sozialpartnerschaft passen. In einem Initiativantrag forderte ein Kollege von Bauer-Druck Köln den Ankauf des Films „Die Maschine" zu Schulungszwecken. Der Film berichtet über den Kampf der Kölner Bauer-Kollegen um die Besetzung der Tiefdruckrotation, über den spontanen Streik aller Kollegen dieses Betriebes zur Verhinderung von 120 Entlassungen und Umbesetzungen. Ein SEW'ler brachte den Antrag zu Fall mit der Behauptung, der Film enthalte antigewerkschaftliche Tendenzen (gemeint ist die richtige Kritik der Betroffenen am Vorgehen der Gewerkschaftsführung).

Es wird klar, in welche Kerbe die DKP, die auf der Konferenz z.T. von führenden ‚Genossen' vertreten wurde, schlägt. Sie erfüllt nur zu genau die Anforderungen der Gewerkschaftsführer in der Jugendarbeit. Sie kann linke Phrasen vertreten, durch Aktionen zahlende Mitglieder gewinnen und diese dann Schritt um Schritt an die sozialdemokratische Ideologie der Sozialpartnerschaft und des Arbeiterverrats binden. Hier arbeiteten Arbeiterverräter mit verteilten Rollen Hand in Hand gegen die Kollegen. ●

Druck-Kollegen

NSI-Hamburg: Statt Kündigungsschutz Antikommunismus

Anfang April wurden bei der „Norddeutschen Schleifmittelindustrie" (NSI) 13 Arbeiterinnen gekündigt.

Als Kündigungsgrund gab die Geschäftsleitung „Auftragsmangel in der Konfektionsabteilung" an.

Diese 13 Kündigungen dürften nur der Anfang einer großangelegten Umstrukturierung des NSI-Konzerns sein. Dabei soll die gesamte Produktion in Hamburg stillgelegt werden (derzeit arbeiten dort ca. 1.100 Arbeiter und Arbeiterinnen) und in die „Niedriglohnländer" Spanien, Griechenland etc.) in denen die faschistischen Regimes den westdeutschen Kapitalisten die niedrigen Löhne garantieren) verlagert werden. Seit dem Aufbau des Unternehmens im Jahre 1922 hat sich die NSI zum größten Schleifmittelproduzenten Europas entwickelt, der stolz verkündet: „Wir beherrschen die gesamte Oberfläche".



NORDDEUTSCHE SCHLEIFMITTEL-INDUSTRIE
CHRISTIANSEN & CO.
2 HAMBURG 53
GESCHÄFTSLEITUNG

Dezember 1973

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbei[illegible]

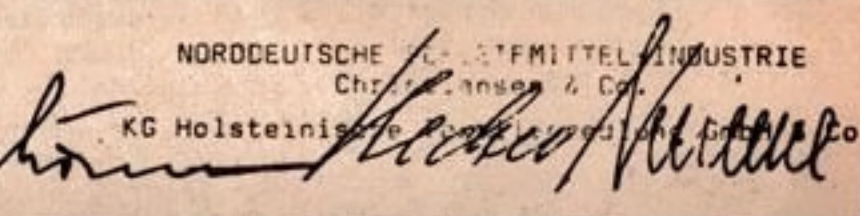
Das Jahr 1973 liegt hinter uns. Al[illegible] zur Neige ging, hat es uns gezeigt, daß Wohlergehen und h[illegible]r Lebensstandard keine Selbstverständlichkeit sind, [illegible] immer wieder erarbeitet werden müssen.

Diese Erkenntnis ist in fünfundzwanzig [illegible] Nachkriegsgeschichte, die gekennzeichnet waren [illegible] fortwährend steigende Ansprüche im privaten und [illegible] Bereich, in den Hintergrund getreten.

Das Jahr 1974 wird uns lehren, daß Gruppenegoismus Wirtschaft und Gesellschaft zerstören kann. Nur Besinnung auf das Gemeinwohl und nicht Klassenkampf kann diese Entwicklung verhindern. Nach dieser Leitlinie wollen wir gemeinsam mit Ihnen in unserem Unternehmen handeln und wir sind sicher, daß wir dann allen kommenden Schwierigkeiten erfolgreich begegnen können.

Das gibt uns den Mut, Ihnen und uns trotz aller düsteren Aussichten ein gutes und erfolgreiches neues Jahr zu wünschen.

NORDDEUTSCHE [illegible]FMITTEL-INDUSTRIE
Chr[illegible]ansen & Co.
KG Holsteinis[illegible]o.



Mit dem „Gemeinwohl" können „wir gemeinsam" „alle kommenden Schwierigkeiten erfolgreich begegnen" – Zynischer gehts nimmer anbetracht der Entlassungen!

Bereits heute gibt es in 61 Ländern Produktionsbetriebe des NSI-Konzerns. Hamburg soll demnächst ausschließlich die „zentrale Verwaltung des Konzernes" beherbergen.

Betriebsrat schlägt Kollegen zur Kündigung vor

Bereits auf der Betriebsversammlung im Dezember 73 kündigte die Geschäftsleitung „Maßnahmen" an, um aus den angeblich „roten Zahlen des Hamburger Hauses" herauszukommen.

Bis zur Kündigung der 13 Kolleginnen wurden allerdings weder von den Kapitalisten noch vom Betriebsrat (BR) irgendwelche konkreten Informationen gegeben.

Doch in einer anderen Frage wurde der BR aktiv. Als es darum ging, wer „in den sauren Apfel beißen" sollte, gab die Geschäftsleitung den rechten sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten das Vorschlagsrecht – was diese dankend annahmen und ausführten. Offensichtlich sieht so die Mitbestimmung sozialdemokratischer Coleur aus.

Wer ist hier gewerkschaftsfeindlich?

Auf einer gewerkschaftlichen Wochenendschulung stellte eine Kollegin den Antrag, über die bevorstehenden Kündigungen bei der NSI zu diskutieren. Mit formalem Geschwätz suchten die Herren Sozialdemokraten jede Debatte über ihre Praktiken zu verhindern. Als die Kollegin daraufhin ihren Antrag schriftlich faßte und den versammelten Betriebsräten und Vertrauensleuten vorlegte, packte den BR-Vorsitzender Günter Paulsen, stadtbekannter Kommunistenfresser der IG Chemie (u. a. stellvertretender Vorsitzender der Verwaltungsstelle Hamburg, Mitglied des ehrenamtlichen Hauptvorstandes etc.) die Wut. Er warf der Kollegin *„Verletzung gewerkschaftlicher Prinzipien"* (schöne Prinzipien) und letztlich gar *„Gewerkschaftsschädigung"* vor. Die Kollegin hatte richtig in ihrem Antrag geschrieben, daß das Vorgehen des BR *„verantwortungslos"* sei und die *„partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung"* kritisiert.

Einige Tage später, auf der Vertrauensleuteversammlung am 3. Apr., peitschten die rechten Demagogen sogleich den Beschluß durch, die „aufmüpfige" Kollegin rauszuwerfen, da *„jemand, der die Gewerkschaft in dieser Weise angreift, in diesem Vertrauensleutekörper keinen Platz hat."*

Den versammelten Kollegen wurde vom rechten Vertrauensleutevorstand das Recht abgesprochen, über diesen Antrag zu diskutieren. Trotz Protesten einzelner Kollegen setzten sich die rechten Vögel durch.

Ermuntert durch das Abstimmungsergebnis wetterte Paulsen sodann seine auf Hamburger Chemieveranstaltungen bekannten faschistischen Hetztiraden gegen die Kommunisten, Chaoten und Kojoten, ganz im Stile seines Lehrmeisters Freiherrn von Kodolitsch herunter.

Dabei ging er schon so weit, allen Kollegen, die nicht „aktiv" die Kommunisten verteufeln, ein *„falschverstandenes Demokratieverständnis"* vorzuwerfen. Auch die berühmten „DDR-Fahrkarten-Verkäufer" krochen wieder aus ihren Löchern („Geh doch rüber") und selbst die schon modrigen Kamellen von der angeblich *„bitteren Not unserer Brüder und Schwestern im Osten"* wurden auf der Vertrauensleuteversammlung wieder aufgewärmt.

Unter der orangefarbenen Maske einiger SPD-Demagogen schillert die braune Grundierung immer deutlicher hervor. ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Iduna Hamburg „Von euch Holzköpfen wähle ich keinen"

Am 7. Mai fanden Aufsichtsratswahlen bei der Hamburger Großversicherung Iduna statt. Auf dem ersten Blick scheint alles beim alten geblieben. Drei von vier Vertretern wurden wiedergewählt. Kandidaten waren im wesentlichen DAG-Betriebsräte, die auch in der Hauptverwaltung in Hamburg die Mehrheit im Betriebsrat innehaben. Die Kapitalisten-Zeitung „Weg und Ziel" bei Iduna machte den großen Werberummel für diese Wahlen. Der gewählte Kandidat Paul Fechner konnte offen für „partnerschaftliche Zusammenarbeit" werben. Die Betriebsgruppe der Gewerkschaft HBV („Handel, Banken und Versicherungen" - im DGB), die keinen Kandidaten aufgestellt hatte, war auf der vorausgegangenen Betriebsversammlung gegen Mitbestimmungsillusionen vorgegangen. Zur Wahl war eine ZUR SACHE, Branchenzeitung des KB, erschienen. Aufgestellt wurden die Forderungen: *„Keine Stimme für den Aufsichtsrat"* und *„Rüber mit den Schmiergeldern"*. Von den HBV-Betriebsräten war die Forderung aufgestellt worden, die DM 100.000,- „Vergütung" für den Aufsichtsratsposten in einen Fond für einen Betriebskindergarten einzuzahlen.

Von den betroffenen Kandidaten wurde sinnigerweise behauptet, daß diese Forderung ungesetzlich sei, obwohl ein Teil der Gelder erwiesenermaßen in den DAG-Fond fließt. Doch gleichzeitig war auch aufgedeckt worden, in welcher Weise sich die Kandidaten zu bereichern gedenken. „Schulden-Paule", den Namen wird Paul Fechner noch des öfteren zu hören bekommen, hatte bereits angeschafft, er muß jetzt Schulden abtragen.

DAG-Betriebsrat Bentin baut Häuser im Grünen und Arndt (ebenfalls DAG-BR), wie die beiden anderen gewählt, hat mehrere Eigentumswohnungen?

Bei der Wahl wurde in der Hauptverwaltung von 80 - 100 Kollegen aktiv gegen die Aufsichtsratswahlen Stellung bezogen. Etwa 50 Kollegen wählten ungültig mit zahlreichen Kommentaren auf den Wahlzettel geschrieben, wie etwa: *„Mir schenkt auch niemand mein Geld"* oder *„Von euch Holzköpfen wähle ich keinen."*

Weiterhin hatten eine Reihe Kollegen, wie in ZUR SACHE aufgerufen worden war, die Wahl boykottiert, d.h. sich gar nicht erst beteiligt. So war auch die Wahlbeteiligung erheblich gesunken, gegenüber den letzten Betriebsratswahlen mit einer Wahlbeteiligung von 80 %. Diesmal gingen in der Hauptverwaltung nur noch 60 % überhaupt zur Wahl. Das stellt angesichts der Tatsache, daß hier zum ersten Mal gegen die Mitbestimmungs-Illusionen zu Felde gezogen worden war, einen nicht unbeträchtlichen Erfolg dar. Diese Entwicklung hatte sich auch schon auf der Demonstration zum 1. Mai gezeigt, wo mehrere hundert HBV-Kollegen riefen: *„Mitbestimmung hat kein Zweck, das Kapital muß restlos weg"*. ●

Betriebszelle Iduna
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM



Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 13 500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Hamburg:

Entlassungen bei „Heidenreich & Harbeck"

Auf der Betriebsversammlung vom 27. März wurden die Gerüchte um Kündigungen bei H & H offiziell bestätigt. Nach den Angaben der Geschäftsleitung sollen zunächst 30 Kollegen durch „Änderungskündigungen" innerhalb des Betriebes „umgesetzt" werden. 43 Kollegen, vorwiegend Angestellte, sollen gekündigt werden. Einzelne sind schon gefeuert worden.

Generalbevollmächtigter Klemme gab die Zielsetzung der Unternehmer so an: Kostensenkung – dazu müsse H & H 5.- 6 Millionen Mark einsparen, (Das entspricht nach ihrer Planung der „Einsparung" von etwa 170 Kollegen) und Rationalisierung, d. h. Verschärfung des Arbeitstempos und Raussäubern derjenigen Produktionsteile, die nicht genug Gewinn abwerfen.

Und das sind die bisher erkennbaren Auswirkungen der Vorstandspolitik:

- ▷seit dem ersten März werden für die Kegelradfertigung keine Fremdaufträge mehr übernommen. Ende 1974 sollen nur noch 3 Kegelradhobelmaschinen für die eigene Fertigung in Betrieb sein.
- ▷in der Dreherei wurden 2 Arbeiter entlassen – jetzt ist nur noch 1 Arbeiter für Dreherei und Flachschleiferei zuständig.
- ▷neuerdings tauchen fertig bearbeitete Zahnräder aus Jugoslawien auf, obwohl in der Zahnradfertigung nicht genügend Arbeit ist.

Kapitalistische Rationalisierung für den Profit

Spätestens mit Übernahme von H & H in den Gildemeister-Konzern Mitte 1970 waren derartige Einsparungen beschlossene Sache. Zur Sicherung des Marktanteils beschlossen die Kapitalisten schon damals: „Ausschöpfung aller Rationalisierungsmaßnahmen in allen 5 Werken". Die bisherigen Ausläufer dieses Vorhabens waren:

- ▷Verschärfung des Arbeitstempos bei H & H.
- ▷Einbußen der Kollegen beim Jubiläumsgeld und der bebetrieblichen Rentenzahlung.

Alle diese Maßnahmen werden durchgeführt, um den Kapitalisten höheren Profit zu sichern, dabei wird auf die Lage der hiervon betroffenen Arbeiter und Angestellten nur so weit „Rücksicht" genommen, wie es zur Vermeidung von größeren Unruhen nötig ist. Eine wichtige Rolle spielen hierbei für die Kapitalisten sozialdemokratische Betriebsräte und Gewerkschaftsführer, die mögliche Kampfmaßnahmen der Arbeiter gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik in die Sackgasse von Verhandlungen um Sozialpläne und Verhinderung der „allerschlimmsten Auswirkungen" dieser Politik führen sollen.

Spiel mit verdeckten Karten

Schon auf der Vertrauensleutesitzung Anfang März warb der Betriebsrat um Verständnis für die Maßnahmen der Geschäftsleitung: *„Der Wasserkopf muß schrumpfen"* hieß es da, und *„rechtlich gibt es keine Möglichkeit, Kündigungen zu verhindern"*, da dies *„eine unternehmerische Entscheidung"* sei. Während die Kollegen über den Umfang der Entlassungen im Unklaren gelassen wurden, haben sich offensichtlich schon einige Betriebsräte mit der Geschäftsleitung geeinigt. So wird z. B. in einem Schreiben des Betriebsrats an die Geschäftsleitung vom 10.4.74 von einer *„größeren Einschränkung in dem schon wiederholt (!) protokollierten Umfang von ca. 170 Mitartern (!)"* gesprochen.

Und was geschieht an konkreten Maßnahmen?

DKP-Betriebsrat Gutzeit stellte die „großartige" Forderung auf, *„das Senken der Gemeinkosten darf nicht auf einen Betrieb abgewälzt werden"*, sondern muß *„gleichmäßig auf alle Gildemeister-Betriebe verteilt werden"*! Außerdem fordert er, daß *„auch einmal die Aktionäre in so einer Situation auf ihre Dividende verzichten können"* und bejammert das Fehlen der Mitbestimmung.

SPD-Betriebsrat Herzberg gar übt sich in Zynismus. Die Umbesetzung von 30 Kollegen lobte er so: *„keiner erhält Lohneinbußen ... es geschieht nichts gegen den Willen des Einzelnen, nur mit seiner Einwilligung."* Ja, was bleibt den Kollegen bei „freier" Wahl zwischen Entlassung oder anderem Arbeitsplatz wohl anderes übrig, als das kleinere Übel zu wählen? Auf der Betriebsversammlung setzte Herzberg sich sogar sehr kämpferisch in Positur und verkündete, daß der Betriebsrat eine „Spezialliste" aufgestellt habe, auf der leitende Angestellte zur Kündigung und Einsparung vorgesehen seien – nur auf diese Art und Weise können Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten jedoch nicht verhindert werden.

Mittlerweile hat sich auch die IGM-Ortsverwaltung eingeschaltet. Der ehemalige H & H-Betriebsrat Otto Mohr, jetzt Sekretär der IGM-Ortsverwaltung, und IGM-Rechtsexperte Engelmann ließen den Kollegen mitteilen: *„Die Rechtsstelle der IGM steht voll hinter euch"*. Dazu Engelmann schriftlich an die Geschäftsleitung, die IGM fordere, daß *„im Fall einer doch realisierten größeren Entlassungswelle aus Gründen des alsbaldigen Rechtsfriedens die Einigungsstelle den Interessenausgleich mit einem Sozialplan beraten und beschließen sollte ... es erscheint wirtschaftlich vernünftig, sich bald zu einigen."*

Es wird deutlich, daß von diesen sogenannten Interessenvertretern eine wirksame Unterstützung und Vertretung der Arbeiterinteressen nicht zu erwarten ist. Für sie sind die Pläne der Kapitalisten gelaufen und sie arbeiten allein daran, aufkommende Wogen zu glätten (Sozialplan, Gerede von der Mitbestimmung usw.). In keiner Situation haben sie auch nur jemals die Möglichkeit eines Kampfes gegen die Maßnahmen der Kapitalisten erwogen, geschweige denn, daß sie es für nötig hielten, die Belegschaft über alle Pläne und Maßnahmen offen und vorbehaltlos zu informieren.

Seine ganze üble Gesinnung offenbart Betriebsrat Herzberg, wenn er auf der Betriebsversammlung erklärt:

„Bringen Sie (gemeint ist die Geschäftsleitung) die Führungsspitze wieder in Ordnung, zeigen Sie, wo es längs gehen soll, dann wird die Belegschaft die Karre wieder aus dem Dreck ziehen."

„Die Karre wieder aus dem kapitalistischen Dreck ziehen", um früher oder später wieder dort zu landen. So hätten's die Kapitalisten gern! Angeschmiert sind dabei aber immer die Arbeiter und Angestellten.

Wir sprechen uns nicht dagegen aus, daß man sich bemüht, für die von Entlassungen und Rationalisierungen betroffenen Belegschaften z. B. auch über Sozialpläne etwas herauszuholen. Man kann aber nur dann optimal etwas erreichen, wenn man auch bereit ist, hierfür einzutreten und die Belegschaft eines Betriebes hierauf vorbereitet – d. h. sie über alle Pläne und Folgen aufzuklären und deutlich zu sagen, daß das, was heute passiert, morgen ohne weiteres wieder eintreten kann. Dazu benötigen wir eine Gewerkschaft, die sich als eine Kampforganisation für die Interessen der Arbeiter und Angestellten versteht.

Stattdessen erleben wir, wie Betriebsräte und Vertreter der IGM bemüht sind, abzuwiegeln, zu beschönigen, zu verschweigen und hinter dem Rücken der Kollegen fertige Pläne auszuarbeiten. Auf diese Art und Weise erleichtern sie den Kapitalisten ihr Geschäft und stehen einer wirksamen Vertretung von Arbeiter-Interessen im Weg.

Wer auf den Kampf gegen die kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen von vornherein verzichtet, der ist auch nicht in der Lage, in Verhandlungen für die Belegschaft mehr herauszuholen als faule Kompromisse auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. ●

Betriebszelle H & H
KB – Gruppe Hamburg

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSS IN WESTBERLIN

Wir drucken hier einen Brief nach, den die ÖTV Westberlin an ihre Mitglieder schickte, um den Ausschluß eines Kollegen aus der ÖTV zu „begründen".

Grund ist, wie da zu lesen ist, daß der betreffende Kollege im letzten Jahr die Mai-Demonstration der SEW unterstützt hat.

Dieses Beispiel aus der „Frontstadt", in der das antikommunistische Klima schon immer rauher war als in der BRD, zeigt auch, daß die DKP sich im Irrtum befindet, wenn sie meint, sich als eifrigster Chaotenjäger in Empfehlung bringen zu können. Bourgeoisie und DGB-Führer lieben den Verrat, aber nicht den Verräter.

Sind erst – mit Hilfe der DKP! – die „Chaoten" aus der Gewerkschaft gekegelt, so sind die Kollegen von der DKP als nächste dran. Die Begründung dürfte ähnlich aussehen wie im folgenden Schreiben.

Gewerkschaft ÖTV
Bezirksverwaltung
Berlin *11. März 1974*

Betr.: Ausschlußantrag des Bezirksvorstandes Berlin gegen Dieter Gleibs

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

In vielen Protesten, aber auch Befürwortungen in Sachen Gleibs, haben Kompetente und weniger Kompetente Stellung genommen. Alle Proteste gehen davon aus, daß der Bezirksvorstand Berlin den Ausschluß beantragt habe, weil Dieter Gleibs die Durchführung des 1. Mai 1973 kritisiert habe. Dies ist schlicht und einfach falsch.

Dieter Gleibs hat im Bezirksamt Tempelhof seine Jugendgruppe aufgefordert, an einer Demonstration um 10.30 Uhr im Bezirk Neukölln teilzunehmen, deren Treffpunkt und Marschroute mit einer SEW-Demonstration identisch waren.

Es geht also um einen Aufruf zu dieser SEW-Demonstration. Wer unter dem Emblem der ÖTV zu solch einer Demonstration aufruft, erweckt nicht nur den Eindruck, daß die ÖTV – Berlin mit dieser antidemokratischen Organisation gemeinsame Sache macht, sondern sich durch die Teilnahme an solchen Demonstrationen mit den Zielen dieser Partei identifiziert. Hier kann und wird die ÖTV - Berlin nicht folgen.

Wenn unser ständiges Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD ein echtes Bekenntnis ist, sollten alle, die die Satzung der ÖTV anerkennen, sich nicht zu „nützlichen" Idioten machen lassen. Wer schriftlich per Aufruf denen Unterstützung angedeihen lassen will, die den von uns anerkannten Staat beseitigen wollen, der hat mit einer demokratischen Gewerkschaft nur solange Gemeinsamkeiten, solange sie ihm Möglichkeiten bietet, politische Ziele zur Beseitigung des demokratischen Staates zu verfolgen. Wer dies verkennt, wird sich nicht wundern dürfen, daß eines Tages ohne ihn Politik gemacht wird.

Und wundern möchten wir uns nicht!

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Hackbarth ●

George Meaney was here

Folgende kleine Zeitungsnotiz fanden wir auf der Wirtschaftsseite von Springer's „WELT" am 29.4.74:

> **Gemeinsames Seminar Arbeitgeber – Gewerkschaft**
>
> dpa, **Freiburg**
>
> Ein gemeinsames Betriebsräteseminar hat der Wirtschaftsverband Steine und Erden Baden-Württemberg mit der IG Bau, Steine, Erden in Freiburg durchgeführt. Wie in Freiburg mitgeteilt wurde, handelte es sich dabei um die erste derartige Veranstaltung in der Bundesrepublik. Anlaß für das Seminar war die Bestimmung des Betriebsverfassungsgesetzes, nach der „Unternehmensleitung und Betriebsrat zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs vertrauensvoll zusammenarbeiten sollen".

Die unter ihrem ehemaligen Vorsitzenden Georg Leber – heute „Verteidigungsminister" – stramm antikommunistisch ausgerichtete Führung der IG Bau, Steine Erden hat wieder zugeschlagen: das gemeinsame Betriebsräteseminar auf dieser Ebene ist unseres Wissens beispiellos in der BRD. Bisher gab es nur vom BDA (Arbeitgeberverband) organisierte Betriebsräteschulungen, auf denen auch gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte vertreten waren, ohne daß die Führer der DGB-Gewerkschaften hiergegen protestierten.

Während die Bauarbeiter im letzten Jahr mit Lohnerhöhungen von 9 Prozent abgespeist wurden, während Massenentlassungen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zusehends die Existenz der Bauarbeiter gefährden, gehen die Führer ihrer Gewerkschaft eilfertig daran, diese mehr und mehr zu einem Musterexemplar einer sauberen ‚Arbeitnehmerorganisation' zu entwickeln: gesäubert von allen Elementen einer konsequenten Interessenvertretung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Angestellten.

Wohlgemerkt: dieses Seminar fand nicht in Chicago unter Führung Georg Meaney's statt, sondern im April 1974 in Freiburg/BRD unter Führung der IG Bau! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg:

ÖTV-Arbeitskreis Gesundheitspolitik aufgelöst

Ende April wurde der Arbeitskreis Gesundheitspolitik (AKGP) vom Hamburger Bezirksvorstand der ÖTV für aufgelöst erklärt. Als Begründung wurde den empörten Kollegen mitgeteilt: Der Arbeitskreis habe

- **▶nur nutzlose politische Diskussionen geführt,**
- **▶keine Arbeitsergebnisse vorgelegt, gegen die Satzung verstoßen, und gewerkschaftsfeindliche Positionen vertreten.**

Diese Vorwürfe wurden allerdings nur zur Rechtfertigung des bereits gefällten Beschlusses nachgeliefert. In den 4 Monaten des Bestehens des AKGP wurde eine entsprechende Kritik nie offen geäußert, eine inhaltliche Auseinandersetzung fand nicht statt. Der Auflösungsbeschluß ist ein völliger Willkürakt. Die Beschuldigten hatten nicht mal die Gelegenheit, sich zu verteidigen: Als die Kollegen von dem bevorstehenden Beschluß Wind bekommen hatten, versuchten sie mehrfach erfolglos, ihren Standpunkt dem Vorstand nochmal vorzutragen!

So undemokratisch der Beschluß gefällt wurde, so verlogen ist seine Begründung. Der Arbeitskreis hat in der kurzen Zeit eine Menge für die Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit getan, aber nichts, was einer guten Interessenvertretung schaden könnte:

Seit Ende letzten Jahres haben bis zu 130 ÖTV-Mitglieder aus nahezu allen Krankenhäusern Hamburgs, darunter Schwestern, Pfleger, Ärzte und technisches Personal im Arbeitskreis Gesundheitspolitik mitgearbeitet. Die Gründung hatte unter anderem den Zweck, die Zersplitterung der im Gesundheitswesen Beschäftigten aufzuheben. Bisher gab es ständische Vertretungen für die einzelnen Berufsgruppen: die ÖTV-Ärzte waren im „Bund gewerkschaftlicher Ärzte", das Pflegepersonal im „Bund freier Schwestern und Pfleger" organisiert usw. Ziel des AKGP war und ist es, aktive gewerkschaftliche Arbeit an den Krankenhäusern auf die Beine zu stellen (z.B. Lohnkampf, Arbeits- und Ausbildungsbedingungen), als auch gesundheitspolitische Fragen im Sinne einer Verbesserung der medizinischen Versorgung zu diskutieren.

So wurde versucht, den von der ÖTV vor einem halben Jahr beschlossenen Aufbau von Betriebsgruppen voranzubringen, nachdem dies von den Vertrauensleuten der meisten Krankenhäuser bisher hintertrieben wurde.

Zur Tarifrunde wurden den spalterischen Prozentforderungen der Gewerkschaftsführung lineare Forderungen entgegengesetzt und eine Demonstration der im Gesundheitswesen Beschäftigten beschlossen, die der Abteilungsvorstand jedoch platzen ließ.

In einer Resolution wurde die ersatzlose Abschaffung des § 218 gefordert (Daraus leiteten die ÖTV-Führer einen Satzungsverstoß ab, da sich die DGB-Führung „demokratisch" auf die Fristenlösung festgelegt habe.).

Der Vorwurf der „nutzlosen politischen Diskutiererei" bezieht sich vor allem auf die ausführliche Diskussion über die Pläne der Gesundheitsbehörde, die Krankenhäuser auf Kosten der Patienten und des Pflegepersonals zu „rationalisieren". So sollen in Hamburg mindestens 2.000 Betten eingespart werden, vor allem indem der „Durchlauf" der Patienten beschleunigt wird. Das heißt, die Liegezeiten werden verkürzt, die Patienten einfach früher rausgeschmissen, ohne, daß Nachsorgekliniken eingerichtet werden und ohne, daß die ambulante Versorgung verbessert wird. Gegen diese kriminellen Pläne des Hamburger Senats und gegen die in diesem Zusammenhang beabsichtigte Schließung des „Allgem. Krankenhauses Heidberg" protestierte der AKGP entschieden. Der Vorwurf von seiten der ÖTV-Führung, die Diskussion über die geplante „Stillegung" von 2.000 Krankenhausbetten und der Protest dagegen seien „fruchtlos", ist umso unverschämter, als die DGB-Führung in konkreter Gesundheitspolitik völlig inaktiv ist.

Die ÖTV-Arbeit kam in den letzten Jahren immer mehr zum Erliegen, die Mitgliederzahlen sanken, Mitglieder- und Vertrauensleuteversammlungen fanden teilweise schon seit Jahren nicht mehr statt. In dieser Situation versuchten 130 meist junge Kollegen, wieder mit aktiver



Gewerkschaftsarbeit anzufangen, was natürlich nicht ohne Kritik an der Bremserfunktion der ÖTV-Führung abging. Diese reagierte zunächst garnicht, dann aber ruck-zuck über die Köpfe hinweg mit der Auflösung des AKGP.

Wieder einmal bestätigt sich hier das gewerkschaftsschädigende Verhalten der SPD-Gewerkschaftsführer, denen jedes Mittel, – Gewerkschaftsausschluß, Auslösung ganzer Gremien, Spaltung der Gewerkschaft – recht ist, wenn sie ihren Kurs der Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie sowie der aktiven Unterstützung sozialdemokratischer Kommunalpolitik durch die Arbeit aktiver Gewerkschafter bedroht sehen.

Der AKGP hat sich nicht aufgelöst. Er setzt seine Arbeit fort und kämpft im Moment durch eine Unterschriftensammlung darum, als offiziell anerkannter gewerkschaftlicher Arbeitskreis weiterarbeiten zu können. ●

Genossen der Bezirksorganisation
KB/Gruppe Hamburg

HDW – Hamburg

Die große Säuberung

Die Werft-Bosse wollen es jetzt offenbar wissen: Nachdem Ende März 74 bereits zwei Jugendvertreter der HDW fristlos entlassen worden sind, mußten noch weitere sechs Kollegen des 1. Lehrjahres dran glauben, die ihre dreimonatige Probezeit noch nicht hinter sich gebracht hatten.

Der Kapitalist ist bei Kündigungen dieser Art in der angenehmen Lage, keinerlei Begründungen mitliefern zu müssen.

Da der größte Teil der gekündigten Lehrlinge weder durch schwache Leistungen und Versäumnisse anderer Art (Zuspätkommen, unentschuldigtes Fehlen etc.) – noch durch besonders „radikales" öffentliches Auftreten aufgefallen war, können Geschäfts- und Ausbildungsleitung ihre Kündigungsgründe nur von angeworbenen Denunzianten – oder dem Verfassungsschutz selbst besorgt haben. Daß das keine Spekulation „ins Blaue" ist, wird u. a. auch daran deutlich, daß z. T. die Ausbildungsmeister der betroffenen Lehrlinge bei diesem Coup nicht ins Vertrauen des Ausbildungsleiters gezogen wurden – obwohl ja gerade sie am ehesten wissen müßten, wie es um die Leistungen „ihrer Zöglinge" bestellt ist.

Kurzum: Hier geht es um eine zentral eingefädelte und auf langfristige Wirkungen bedachte Säuberungswelle, wobei u. E. vor allem drei Ziele anvisiert werden:

1. Die Liquidierung der klassenkämpferischen Jugendvertretung durch Kündigung – wenn nötig a l l e r im Oktober des vergangenen Jahres gewählten Lehrlingsvertreter.

Zwei von ehemals fünf Jugendvertretern wurden (wie berichtet) im März 74 fristlos gefeuert. Vor wenigen Tagen hat noch ein weiterer Kollege die Jugendvertretung verlassen, nachdem er von der Geschäftsleitung „verwarnt" und von seinen Eltern zur Aufgabe seines Engagements gezwungen wurde.

2. Mit den erwähnten Kündigungen der Lehrlings-Anfänger wird offenbar bezweckt, jeden auch nur scheinbar „unsicheren Kandidaten" von vornherein von der Ausbildung und damit vom Betrieb fernzuhalten.

Nach dem Vorbild der „Berufsverbots"-Praxis im Öffentlichen Dienst (Lehrer etc.) wird jeder Bewerber auf „Herz und Nieren" geprüft, wobei erwiesenermaßen die fachliche Qualifikation – hier wie dort – vergleichsweise gering bewertet wird.

Allemal wird in Zukunft für den „Lehrherrn" die „Gesinnung" im Mittelpunkt des Interesses stehen – und darüber entscheiden, ob ein Schüler auf der HDW eine Lehrstelle erhalten oder/und die Probezeit „überstehen" wird.

3. Die Masse der Lehrlinge soll durch den Terror gegen Einzelne eingeschüchtert werden.

Neben gezielten Schlägen gegen Einzelne wurde die Masse der Lehrlinge auch d i r e k t angegriffen: Rund 80 Kollegen wurden schriftlich „verwarnt", nachdem sie im März eine Versammlung – gegen den erklärten Willen von Ausbildungsleitung und Betriebsrat – in eigener Regie durchgeführt hatten (siehe hierzu auch AK 42!).

Darüber hinaus wurde fast allen Eltern der nahezu 200 HDW-Lehrlinge ein erpresserischer Brief der Geschäftsleitung zugestellt, in dem unverhohlen die Kündigung des Lehrverhältnisses angedroht wird. Die Eltern der Lehrlinge werden an ihre „erzieherischen Aufgaben" erinnert und ermahnt, stärker auf das Wohl- (bzw. Fehl-) verhalten ihrer Kinder zu achten.

Die Absicht der HDW-Kapitalisten, die innerbetrieblichen Repressalien gegen die Lehrlinge noch durch Zunder aus dem Elternhaus zu ergänzen, ist zumindest teilweise aufgegangen: Mehrere Kollegen wurden von ihren Eltern „ins Gebet" genommen (z. B. wurde einigen verboten, sich auch nur noch einmal mit den Jugendvertretern „einzulassen").

Die Haltung des von reaktionären Sozialdemokraten beherrschten Betriebsrats war in den jüngsten Auseinandersetzungen wieder einmal äußerst „prinzipienfest": Diese Leute haben a l l e n Maßnahmen der Geschäftsleitung (Kündigungen, Verwarnungen ..) durch Unterschrift ihre Zustimmung gegeben – und darüber hinaus die Unternehmenspolitik in der Belegschaft unterstützt und gegen Kritik verteidigt (das gilt insbesondere für die Auseinandersetzung im Vertrauenskörper der IG Metall).

Der Regisseur im Hintergrund: Personalchef Heinz Scholz

Die oben geschilderten Säuberungsmaßnahmen, die gegenwärtig noch fast ausschließlich auf den Ausbildungsbereich beschränkt sind, fallen in den Verantwortungsbereich des neuen HDW-Personalchefs Heinz Scholz, IG Metall-Bezirksleiter a. D.

Dieser Mann, der seit Juli letzten Jahres Vorstandsmitglied der Werft ist, wurde bestimmt nicht von ungefähr mit dem bedeutenden Ressort „Personalfragen" betraut:

Scholz hat jahrelang die „Arbeitnehmerinteressen" als Gewerkschaftsführer verwaltet – in einer Art, die ihm zwar die Verachtung der klassenbewußten Metaller Norddeutschlands einbrachte (bei Klöckner in Bremen z. B. konnte sich dieser Kerl nicht mehr auf Betriebsversammlungen blikken lassen!), die ihn aber bei den Kapitalisten als „Spezialisten" in Empfehlung brachten.

Dieser sozialdemokratische Gewerkschaftsführer wechselte just in dem Moment seine Firma, als die HDW-Konzernleitung die ehemals größte Werft der Welt, das Werk Hamburg Finkenwerder, dichtgemacht und Erweiterungsinvestitionen großen Stils für die verbliebenen Werftanlagen in Kiel und Hamburg in Aussicht genommen hat.

Die Kapitalisten brauchten gerade für die Hamburger Werke Ross und Reiherstieg einen „Kenner" von der Art des Heinz Scholz, weil hier Rationalisierungen anstehen, die für die Werftarbeiter bedeutende „Umstellungen" mit sich bringen werden.

Vermutlich nach dem Vorbild der Kieler HDW-Werke, wo die Arbeiter schon heute nach mörderischen Programm- und Prämienlohnsystemen ausgequetscht werden, sollen auch in Hamburg die Arbeitsprozesse „rationeller" (sprich: profitabler) organisiert werden. Die Pläne hierfür liegen gegenwärtig noch in der Schublade – aber die Bildung eines „Arbeitskreises Lohnfindung" beim Betriebsrat (der dem Vernehmen nach das bestehende „Lohnsystem" überarbeiten soll!) sollten aufhorchen lassen ...!

Als qualifizierter Vertreter seiner Klasse machte sich der Personalchef H. Scholz zunächst jedoch daran, die p o l i t i s c h e n Angriffe gegen die Positionen der Arbeiterschaft einzuleiten und so weit als möglich durchzusetzen:

1. „Säuberung" der Werft von den Linken – vornehmlich durch Kündigungen (siehe AK 42).
2. Schaffung einer neuen Arbeitsordnung, die in ihren reaktionären Bestimmungen weit über den allgemeinen Rahmen des BetrVG's hinausgeht – und an die Stelle der bisherigen, vergleichsweise harmlosen Verhaltensregeln von 1951 tritt; speziell hierzu wird im folgenden noch einiges zu sagen sein.
3. Reorganisation der „Sicherheits"-Einheiten Feuerwehr und „Werkschutz". Parallel zur Neufassung der Arbeitsordnung wurden unlängst beide Einheiten personell aufgegliedert und organisatorisch verschiedenen Leitungen unterstellt. Der Werkschutz kann auf diese Weise effektiver ausgebaut, trainiert und zur Durchsetzung der hausgemachten „Betriebsjustiz" (Arbeitsordnung) eingesetzt werden.

Entwurf einer „Arbeitsordnung" für die HDW – Hamburg/Kiel – bei den Faschisten abgeschrieben

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Nazis verordnete der faschistische Staat der Bourgeoisie, daß *„im Betrieb ... der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Arbeiter und Angestellten als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwekke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat (arbeiten)"* („Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit", 1934).

Bekanntlich sind die Paragraphen 2 und andere des geltenden Betriebsverfassungsgesetzes in Anlehnung an dieses faschistische Grundprinzip formuliert worden – und schränken die Vertretung der Arbeiter und Angestellten entsprechend ein.

Was außerhalb des allgemeinen Gesetzes in „freier Vereinbarung" zwischen Betriebsräten und Kapitalisten an „Arbeitsordnungen" für Einzelbetriebe abgeschlossen wird, geht erfahrungsgemäß noch deutlicher in Richtung der Einschränkung demokratischer Rechte!

So auch jetzt bei der HDW!

Hier soll in Zukunft jeder Kollege verpflichtet sein, *„zum Schutze des betrieblichen (!) und persönlichen Eigentums"* und *„zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Betrieb (!) ... nach besten Kräften beizutragen."* („Entwurf")

„Der Arbeitnehmer hat alles zu unterlassen, was den Betriebsfrieden (!) oder den Betriebs- und Arbeitsablauf (!)... stören oder gefährden kann (!)." („Entwurf")

„Es ist insbesondere nicht gestattet: ... das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Propagandamaterial .." (das geht noch weit über das reaktionäre BetrVG hinaus, das in § 74 „nur" dem Betriebsrat die „parteipolitische Betätigung" verbietet).

„Er darf sich nur in den Teilen des Werkes aufhalten, in die ihn seine Beschäftigung oder ein diesbezüglicher Auftrag führt", er ist zu *„einem korrekten Verhalten ... gegenüber seinem Vorgesetzten verpflichtet"*, *„Er ist verpflichtet, die Anordnungen der Vorgesetzten und der mit Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben betrauten Personen zu befolgen."* usw. usf. („Entwurf")

Um die Kontrolle über die Arbeiter und jedes der Geschäftsleitung „anrüchig" erscheinende Belegschaftsmitglied nunmehr auch perfekt zu machen, verschafft die neue Arbeitsordnung den Kapitalisten auch noch das „Recht", auf dem Werksgelände Kontrollen durchzuführen, die *„sich auf Spinde und Werkzeugbehälter, auf mitgeführte Gegenstände, Taschen und sonstige Gepäckstücke sowie auf Fahrzeuge"* bis hin zur *„körperlichen Durchsuchung"* erstrecken können.

Zur Ahndung von Verstößen gegen diese Arbeitsordnung sind abgestufte Strafen vorgesehen – Verweise, Verwarnungen, fristlose Kündigungen ...

Die hier wiedergegebenen Auszüge aus dem „Entwurf einer Arbeitsordnung für die HDW" – der Entwurf wurde vom sozialdemokratischen Personalchef redigiert und von den rechten SPD-Betriebsräten mitberaten (und für gut befunden!) – sollten deutlich machen, daß in Zukunft eine konsequente Klassenpolitik in diesem Betrieb wesentlich schwieriger zu machen sein wird. Nicht nur der Spielraum der revolutionären Arbeiter wird enger gezogen sein (wie dies bereits heute im Ausbildungsbereich der Fall ist), sondern j e d e r klassenbewußte und kämpferische Gewerkschafter wird mit Repressalien bedroht, da sich gewerkschaftliches Engagement zum Wohle der Arbeiter und Angestellten naturgemäß „störend" auf die „Ordnung" des Betriebes auswirkt.

Aufgabe der KB-Betriebszellen wird es namentlich in den nächsten Monaten sein, den klassenbewußten Kollegen auf der Werft die Zusammenhänge von politischen Entlassungen, „Arbeitsordnung" und den weitgesteckten Rationalisierungsplänen der HDW-Bosse klarzumachen – und gemeinsam mit diesen Kollegen die Kampffront gegen die Maßnahmen und Pläne des Kapitals aufzubauen.

Zellenleitung Werften
KB/Gruppe Hamburg •

DKP – Von den Kollegen gefeuert, von den Bossen gewählt!

Nachdem mehrere hundert Jugendvertreter nach Beendigung ihrer Lehrzeit von den Kapitalisten entlassen wurden, führte die Gewerkschaftsjugend eine (laue) Kampagne unter dem Motto „Von den Kollegen gewählt, von den Bossen gefeuert".

Die DKP macht es bei HDW genau umgekehrt: Nachdem „Mügo", früherer „Jugendvertreter", Mitglied des Parteivorstandes der DKP und berüchtigter Amokläufer auf Chaotenjagd, bei den letzten Jugendvertreterwahlen durchfiel und von den Kollegen nicht wieder in die Jugendvertretung (JV) gewählt wurde, darf er nun automatisch in die JV „nachrücken", nachdem die Kapitalisten ihm durch Entlassung zweier kämpferischer Jugendvertreter Platz geschaffen haben.

Entsprechend kann die DKP in ihrem antikommunistischen Schmierblättchen „Werft Echo" ihren Triumph über die Entlassung der beiden Kollegen auch nicht verbergen: *„Wieder einmal mehr haben sich kommunistisch nennende Linkssektierer den Beweis geliefert, wie sich ihr Wirken gegen die Interessen der arbeitenden Menschen richtet."*

Wie das? Nun, die Kollegen haben sich vom Kapitalisten kündigen lassen: *„Der HDW-Vorstand hat die Jugendvertreter W.M. und H.S.* (die Namen sind im „Werft Echo" ausgeschrieben, mit der Behauptung, sie seien Mitglieder des KB bzw. der „KPD/ML") *fristlos entlassen, damit ist die Arbeit der im Oktober neugewählten HDW-Jugendvertretung wie ein Kartenhaus zusammengebrochen."*

Die gefeuerten Kollegen sind also selbst schuld an ihrer Entlassung und damit auch schuld am „Zusammenbruch" der Jugendvertretung. Klar, warum wollten die gefeuerten Kollegen auch ausgerechnet die Interessen ihrer Kollegen vertreten, statt sich mit der Geschäftsleitung im Stil eines „Mügo" zu arrangieren?

An anderer Stelle heißt es: *„Nutznießer der chaotischen und gefährlichen Jugendvertreterarbeit war der HDW-Vorstand ..."* – Bloß gut, daß diese „chaotischen" und „gefährlichen" (!!) Jugendvertreter jetzt wenigstens zum Teil aus dem Werk gekegelt sind!

Wer den Kapitalisten jedoch wirklich nutzt, zeigt die schweinisch zur Schau getragene Schadenfreude der DKP über die Entlassungen ebenso wie die „Nachwahl" „Mügos" durch die Bosse in die Jugendvertretung.

Gegen Gewerkschaftsausschlüsse und Reverse-Erpressung

Zwei IG-Metaller, die Genossen R. Strojec und Uwe Maack, haben sich mit offenen Briefen an die Bochumer und Dortmunder Arbeiter und die Ortsverwaltungen der IGM gewandt. Aktueller Anlaß zu diesem Schritt ist für beide, daß sie „Reverse" zugeschickt bekommen haben, in denen sie aufgefordert werden, sich von der KPD zu distanzieren. Wie viele andere klassenbewußte und kommunistische Arbeiter lehnen sie das ab.



Uwe Maack spricht auf der Bochumer Mai-Kundgebung

Der entlassene Opel-Kollege Uwe Maack entlarvt in seinem offenen Brief die Machenschaften der Perschke-Clique, die für seinen Rausschmiß und für seinen Gewerkschaftsausschlußantrag verantwortlich ist. Zu dem Schreiben der Bochumer IGM-Ortsverwaltung, in dem ihm vorgeworfen wird, daß er sich mit der Betriebszeitung unserer Zelle bei Opel-Bochum identifiziere und vor allem, daß er auf der Bochumer Mai-Kundgebung eine „gewerkschaftsfeindliche" Rede gehalten hätte, erklärt er:

„...ich werde mich nicht dazu benutzen lassen, einen Revers zu unterschreiben, in dem ich mich von der KPD oder anderen fortschrittlichen Parteien und Organisationen distanziere. Wenn Wirtz (IGM-Ortsbevollmächtigter in Bochum) am liebsten die IGM-Mitgliedsbücher durch SPD-Ausweise ersetzen will, dann soll er es gleich sagen. Er muß nur wissen, daß er sich damit in die übelste Tradition der Kommunistenverfolgung seit Bestehen der Bundesrepublik stellt. (...) Jeder Opel-Arbeiter, der mich kennt, kennt auch meine politische Auffassungen (...) Ich kann mich nicht von einer Partei distanzieren, die mit ihrem Programm das Ziel angibt, welches alle klassenbewußten, auch unzählige sozialdemokratische Gewerkschafter, seit über 100 Jahren wollen: einen Ausweg aus dem kapitalistischen System, das uns jahrzehntelange CDU-Herrschaft oder SPD-Herrschaft gebracht hat. Ich kann mich nicht von einer Partei distanzieren, die die Arbeitereinheit und Volkseinheit für den Sozialismus auf ihre Fahnen schreibt.

Kolleginnen und Kollegen, Gewerkschafter in Bochum! Von niemandem erwarte ich, schon gar nicht von Wirtz, daß er meine politischen Auffassungen teilt. Ich erwarte aber von jedem aufrechten Kollegen, daß er dafür eintritt, daß kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter zusammen in einer Gewerkschaft sind, und sich nicht zum Vorreiter der Kommunistenverfolgung und Ausschlußwelle gegen oppositionelle Gewerkschafter macht.

(...) Protestiert – über alle politischen Differenzen hinweg – gegen diesen Abbau gewerkschaftlicher Rechte! Unterschreibt die Protestresolution!"

Der IGM-Vertrauensmann auf der Hoesch-Westfalenhütte Strojec weist in seinem offenen Brief das Revers zurück: „Niemand kann einen Arbeiter zwingen, sich von seinen Ansichten zu distanzieren. Und ich denke nicht daran, von meiner sozialistischen Weltanschauung abzurücken, die ich nach drei Jahren Tätigkeit als Jugendvertreter und als Vertrauensmann der Elektriker-Lehrlinge tagtäglich bestätigt gesehen habe. (...)

Ich bin mir mit zahlreichen Gewerkschaftern darin einig, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse einen unerhörten Abbau der gewerkschaftlichen Rechte darstellen, der entschlossen bekämpft werden muß. Man kann aber die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht bekämpfen, wenn man sich den von ihnen diktierten Spielregeln beugt. Darum unterschreibe ich nicht!"

★

Am 10. Mai trat der Betriebsrat der Hoesch-Westfalenhütte zusammen. Sein Thema: Die Nichtübernahme des Kollegen, dessen Ausbildungsverhältnis am 15. Mai beendet ist; das heißt, der Kollege soll vor den Facharbeiterprüfungen und den anstehenden Jugendvertreterwahlen rausgeschmissen werden!

Für den Kollegen Strojec zu kämpfen, kam diesen Herrn nicht in den Sinn. Sie beschlossen lediglich, sich dafür einzusetzen, daß Rolf seine Prüfung noch machen darf, damit Ruhe herrscht.

Gegen politische Entlassungen und Unvereinbarkeitsbeschlüsse gibt es nur ein Mittel: die Solidarität aller klassenbewußten Kollegen! Die wirklichen Gewerkschaftsfeinde sind die IGM-Bonzen, die SPD-Berufsbetriebsräte, die – wie im Fall Uwe Maack – den Rausschmiß selbst in die Wege leiteten, weil der Kollege den „Betriebsfrieden stört", die sich einen bewaffneten Polizeiüberfall am Tor auf den Kollegen mitansehen.

Nachdruck eines Artikels aus der „Roten Fahne" der „KPD" (Nr.20/74)

Pierburg, Neuß:

Die entlassenen Betriebsräte wurden wiedergwählt

Bei den Betriebsrätewahlen am 2.Mai wurden die entlassenen Betriebsräte des Autogeräteherstellers Pierburg von der Belegschaft wieder in den Betriebsrat gewählt.

Bei der ersten Verhandlung vor dem Düsseldorfer Arbeitsgericht vertagte man sich ohne eine Entscheidung. Wie in AK 43 berichtet, will die Unternehmensleitung den deutschen Betriebsratsvorsitzenden und seinen Stellvertreter, sowie einen spanischen Betriebsrat und einen griechischen Vertrauensmann wegen Vorbereitung und Unterstützung des „wilden Streiks" im letzten Sommer entlassen.

Die Strafexpedition der Pierburg Bosse kannte damit jedoch kein Ende. Eine Jugendvertreterin, die am 1.Mai Solidaritätsflugblätter für die Entlassenen verteilte, wurde prompt fristlos gekündigt. Ganz offensichtlich war diese fristlose Entlassung aber nicht haltbar, denn kurze Zeit später wurde sie aus „persönlichen Gründen" zurückgezogen. •

Metall-Komitee,
KB-Gruppe Hamburg

Auer-Druck, Hamburg:

BR-Mitglied soll fristlos gekündigt und aus der DRUPA ausgeschlossen werden!

Wie wir zuletzt im AK 41 berichteten, will die Führung der SPD-eigenen AUER-DRUCK GmbH im Rahmen einer groß angelegten „Rationalisierung" vorerst 200 Arbeiter und Angestellte rausschmeißen. 170 Entlassungen hatte das Arbeitsamt der AUER-DRUCK schon vor ca. 10 Wochen „genehmigt".

Wie der „Berliner Extradienst" in seiner jüngsten Ausgabe berichtet, soll die „Hamburger Morgenpost" (SPD) scheinbar ganz und gar dicht gemacht werden. (Die „Morgenpost" wird bei AUER-DRUCK hergestellt.) Daß in diesem Rahmen mit mehr als „nur" 170 Entlassungen zu rechnen ist, kann nicht ausgeschlossen werden. Von den bisher 170 vorgemerkten Entlassungen sind bisher ca. 120 erfolgt.

Gleichzeitig mit der Welle von Massenentlassungen in der Hamburger Druckindustrie nehmen auch die politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse zu.

Nach der Zerschlagung des Betriebsrates und der politischen Kündigung eines Vertrauensmannes bei Springer, nach der ebenfalls politischen Kündigung des VK-Sprechers bei Broschek, versuchte nun auch die SPD-Geschäftsleitung von AUER-DRUCK, dem linken BR-Mitglied Karl-Heinz W. zu kündigen.

Der gekündigte Betriebsrat ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern ging seinerseits mit einer Erklärung in die Gegenoffensive, die er veröffentlichte und in der er den politischen Charakter der Kündigung enthüllte. Gleichfalls legte er dar, daß er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen werde.

Gegen dieses Rundschreiben vom 16.4. setzte die AUER-Leitung beim Arbeitsgericht eine „einstweilige Verfügung" durch.

Begründung des AUER-Anwaltes: „... *(W.) kündigt im letzten Absatz ... an, er werde die im Rundschreiben angestrebten Maßnahmen in einer VK-Sitzung diskutieren ...*" und W. lasse „... *weiterhin eindeutig erkennen, daß er auf der Sitzung einen Ausschluß des Hauptabteilungsleiters Doming aus der Gewerkschaft betreiben werde.*" (Doming hatte Lügen und Unterstellungen im Betrieb verbreitet, die von der Geschäftsleitung als Vorwand zur Kündigung benutzt wurden.)

als Vorwand zur Kündigung benutzt wurden.)

Wie zuletzt die HSW-Kapitalisten blasen auch die SPD-Chefs zum Angriff auf die Gewerkschaften, indem sie sich erdreisten, darüber zu befinden, was in gewerkschaftlichen Gremien behandelt werden darf.

Gegen diese einstweilige Verfügung legte W. durch seinen Anwalt Widerspruch ein.

Inzwischen hatte auch die Hamburger DRUPA-Führung die öffentliche Erklärung W.'s zum Anlaß genommen, beim Hauptvorstand der DRUPA Antrag auf Ausschluß W.'s aus der DRUPA zu stellen. Im Schreiben der Hamburger DRUPA-Chefs an W. heißt es, in W.'s Öffentlicher Erklärung „*werden nicht nur Mitglieder der IG Druck und Papier* (Doming, d. Red.) *der falschen Aussage und der Lüge bezichtigt, sondern darüber hinaus ... der Ortsvereinsvorstand verunglimpft, ... u. a. behauptet, daß der OVV ... den Mitgliedern bei Auerdruck die gewerkschaftliche Solidarität verweigert habe ....*"

Im Stile der schon bekannten „Begründungen" wird auch hier nicht der Schimmer eines Beweises gegen die Behauptungen W.'s angeführt, was auch schwerfallen dürfte. Vielmehr „erfüllt" die Existenz der Behauptungen „*den Tatbestand ... – gewerkschaftsschädigendes Verhalten*".

Arbeitsgericht: 1. Akt

Am 10.5. fand die erste Verhandlung vor dem Arbeitsgericht statt, bei der erneut veranschaulicht wurde, was Klassenjustiz ist.

Zu Anfang versuchte der „Gesetzesmann", W. davon abzubringen, gegen die einstweilige Verfügung der AUER-Chefs anzugehen. „*Wir können die einstweilige Verfügung ja bis zur Hauptverhandlung belassen ...*", in der die AUER-Leitung die fristlose Kündigung durchsetzen will.

Als W. auf diesen „Vorschlag" nicht einging, meinte der Richter: „*Ich bin am Überlegen, wie ich für den Betriebsfrieden etwas tun kann. Das muß das Arbeitsgericht ja!*"

Damit war die Sache gelaufen, zumal W.'s Anwalt auch noch verantwortungslos schlecht vorbereitet war.

Im Urteil schloß sich der Richter der Auffassung der AUER-Geschäftsleitung an, d. h. die einstweilige Verfügung bleibt wirksam.

leitung an, d. h. die einstweilige Verfügung bleibt wirksam.

W. darf nur noch behaupten, daß die Arbeit des VK durch die Entlassung von Vertrauensleuten angegriffen wurde.

Arbeitsgericht: 2. Akt

Am 15.5. fand der Termin in Sachen fristloser Kündigung gegen W. statt.

Nachdem die anfänglichen Kündigungsgründe der rechten BR-Mehrheit „zu dünn" waren, um eine Zustimmung vor der Belegschaft „glaubhaft" machen zu können, kam das Arbeitsgericht erneut zum Zuge.

Die AUER-Chefs gaben sicherheitshalber gleich mehrere Kündigungsgründe an:

1) „*beharrliche Arbeitsverweigerung und Betrug*
2) „*Störung des Betriebsfriedens und beleidigende Angriffe auf die Geschäftsleitung durch die persönliche Erklärung* (W.'s) *vom 16.4.*"

Von der Stichhaltigkeit dieser „Gründe" scheinbar selber nicht überzeugt, knallte der AUER-Anwalt dem Richter zu Beginn der Verhandlung die neuesten „Erkenntnisse" auf den Tisch:

W. sei mit den Kommunisten im Bund und spiele dem DRUCKARBEITER (Zeitung des KB für die Hamburger Druckarbeiter) betriebsratsinterne Informationen zu. (!)

Hier sah sich der Richter veranlaßt, ein „Zwischenspiel" zu geben. Mit „Befremden" stellte er fest, die neueren Kündigungsgründe seien ihm nur aus dem DRUCKARBEITER bekannt. Die AUER-Geschäftsleitung solle doch mehr die Form wahren, den BR von neuen Vorwürfen offiziell unterrichten und dem Gericht rechtzeitig entsprechende Anträge einreichen, auch wenn das mit Arbeit verbunden sei.

Danach verlas der Arbeitsrichter den neuesten Schriftsatz der AUER-Anwälte, in dem es heißt:

„*W. ... hat ... vertrauliche Schreiben sodann an die Kommunistische Zeitung, DER DRUCKARBEITER, weitergeleitet und veröffentlichen lassen.*"

Und weiter: „*Es ergibt sich hieraus (!) ..., daß W. auch nicht die geringste Loyalität gegenüber der Antragstellerin* (gemeint sind die Auer-Chefs) *empfindet* (!), so daß ein weiteres Verbleiben der Beteiligten (W.) *im Betrieb ... unmöglich ist.*"

Genau das waren die Punkte, bei denen sich Klassenjustiz, Geschäftsleitung, und ihre Helfer in der DRUPA und dem AUER-BR die Bälle zuspielten.

und dem AUER-BR die Bälle zuspielten.

So hatte der BR in einer seiner letzten Sitzung versucht, W. darauf zu verpflichten, die Kollegen des Betriebs nicht mehr über die „Arbeit" des BR zu informieren. Es offenbart sich hier ein schon perverses Verhältnis der BR-Mehrheit zu denen, die den BR gewählt haben und denen er Rechenschaft über seine Arbeit geben muß.

Der BR W. tat in dieser Situation das einzig Richtige: Er wandte sich mit einer weiteren öffentlichen Stellungnahme an die Kollegen, enthüllte das ungeheuerliche Ansinnen und legte gleichzeitig seine Vorstellungen dar, wie sich ein Betriebsrat gegenüber den Arbeitern und Angestellten zu verhalten hat. Unter anderem schreibt W.: *Ich bin nicht der Auffassung, daß ein Betriebsrat seine ohnehin schon beschränkten Möglichkeiten der Informationspolitik noch zusätzlich durch selbst auferlegte „Maulkörbe" einschränken darf!..... In diesem Sinne halte ich es für richtig, den Kollegen Material ... aus der BR-Arbeit zugänglich zu machen, damit die BR-Arbeit für die Kollegen durchsichtig und kontrollierbar wird. ...Sollten die Geschäftsführung oder einige BR-Mitglieder der Meinung sein, daß ich gegen die Interessen der Kollegen oder schwerwiegend gegen das BVG verstoße, so steht ihnen jederzeit der Weg zum Arbeitsgericht offen.*

Andernfalls sollen sie, um meine BR-Arbeit nicht weiter zu stören, ungerechtfertigte Anschuldigungen und Drohungen unterlassen."

In der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht griffen die AUER-Anwälte auch diese Stellungnahme des Karl-Heiz W. auf:

„*Aus der Stellungnahme ergibt sich eindeutig, daß (W.) nicht gewillt ist, vertrauliche Mitteilungen des BR bei sich zu behalten, sondern daß er diese politisch auszuschlachten gedenkt, wie er es bisher getan hat und sie sogar in die Öffentlichkeit gelangen läßt!*

Dem ganzen Schmutz setzen diese Vögel – gewissermaßen zur Ab - rundung – den Schlußsatz nach:

„*Es fragt sich, was noch passieren muß, bevor (es) möglich wird, (W.) zu kündigen!*"

Der Richter – immer in Wahrung seiner „Neutralität" – möchte dieser so plump, offenherzigen „Argumentation" nicht unmittelbar folgen. Ihm fiel was anderes ein:

„*Wir kommen heute nicht zu Ende, schlage vor, in 14 Tagen weiterzumachen.*"

Der AUER-Anwalt begriff sofort und zog noch eine Schau ab, blätterte heftig im DRUCKARBEITER und protestierte mit dem Hinweis, da könnten doch jeden Tag neue Sa-

protestierte mit dem Hinweis, da könnten doch jeden Tag neue Sa-

chen (DRUCKARBEITER) kommen, gegen eine Vertagung.

Noch am selben Tag stimmte der AUER-BR der fristlosen Kündigung zu und gab W. damit zum Abschluß auch nach außen hin frei. Wenige Stunden später sprachen die AUER-Chefs ein generelles Hausverbot gegen W. aus .

Bleibt anzumerken, daß der AUER-Anwalt, Stehr, der Rechtsvertreter der Gewerkschaft NGG in der Hauptverwaltung ist.

Widerstand regt sich

Trotz der verschärften Situation in der Hamburger Druckindustrie, die durch u.a. Massenentlassungen gekennzeichnet ist, hat es sowohl in den Betrieben, als auch in der DRUPA eine Reihe von positiven Entwicklungen gegeben, die den sich herausbildenden Widerstand gegen den zunehmenden Druck seitens der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführer widerspiegeln.

So haben die AUER-Kollegen für ihren angegriffenen Betriebsrat spontan einen größeren Geldbetrag gesammelt, der dazu dienen soll, daß W. seinen Anwalt bezahlen kann, da ihm durch den beantragten Gewerkschaftsausschluß auch der gewerksc haftliche Rechtsschutz in seinem Arbeitsgerichtsprozeß vorenthalten wird.

So hat die letzte Delegiertenversammlung der Hamburger DRUPA mit deutlicher Mehrheit einen Beschluß angenommen, der sich gegen den Ausschlußantrag des Ortsvereinsvorstandes gegen W. wendet und gewerkschaftliche Solidarität für die von politischen Entlassungen und Massenentlassungen bedrohten Kollegen fordert.

Inzwischen hat sich auch eine Aktionseinheit der DRUPA-Linken in Hamburg gebildet, von der eine Kommission mit der Ausarbeitung einer Dokumentation beauftragt wurde, die sich mit den politischen Entlassungen, den Gewerkschaftsausschlüssen und Fragen der durch die kapitalistische Rationalisierung drohenden Massenentlassungen befassen soll, um auch die Solidarität in der Hamburger DRUPA voranzutreiben.

Der Erlös aus dem Vertrieb der Broschüre soll zu einem Teil den Betroffenen zugute kommen.

Im nächsten ARBEITERKAMPF werden wir uns mit der Arbeit dieses Kreises in der Hamburger DRUPA näher befassen, der jetzt auch begonnen hat, eine Unterschriftenaktion gegen den Ausschluß des AUER-BR W. zu organisieren. ■

Druck-Komitee,KB/ Gruppe Hamburg

Druck-Komitee,KB/ Gruppe Hamburg

Broschek, Hamburg: VK-Sprecher gewinnt in erster Instanz

Am 8. Mai fand vor dem Arbeitsgericht die Hauptverhandlung des von Broschek gefeuerten VK-Sprechers gegen die Kapitalisten statt. Seit des Rauswurfes am 15. November 1973 ist über ein halbes Jahr (!) vergangen (siehe AK 37).

In der Begründung für den Rausschmiß fällt ein charakteristisches Merkmal auf, daß sich durch alle Schriftsätze zieht:

„*Die Absicht des Klägers* (des VK-sprechers), *den Betriebsfrieden zu stören, zeigen im übrigen zwei Veröffentlichungen..*" (gemeint sind der DRUCKARBEITER und ein Blatt des KBW, d.Red.).. „*Aus dem Inhalt der Flugblätter wird deutlich, welche Ziele der Kläger* (? ?) *mit seinem Rundbrief verfolgt hat und daß dieser Rundbrief nur ein Teil eines langfristigen Programms ist.*"

Dort, wo die Kapitalisten dem VK-Sprecher in der Sache Recht geben müssen, wird sofort das antikommunistische Strickmuster benutzt, daß selbst wenn die Kommunisten die Wahrheit sagen, sie das nur tun, um ihre langfristigen dunklen Ziele durchzusetzen. Und weil man die eben nicht beweisen kann – da diese ja dunkel sind – braucht man das auch nicht zu beweisen!

In diesem Sinne sollte auch der Abteilungsleiter des VK-Sprechers als Zeuge auftreten:

„*Der vom Kläger verfaßte Rundbrief... paßt in das Beurteilungsbild des* (VK-Sprechers), *der in der Zeit... wiederholt von seinem Abteilungsleiter aufgefordert werden mußte, politische und klassenkämpferische Agitationen... zu unterlassen.*"

Der Richter schien sich der Auffassung des VK-Sprechers angeschlossen zu haben, der darauf hinwies, daß die Broschek-Vertreter die wahrheitsgemäßen Aussagen des Rundbriefes nicht widerlegen können, und deshalb Unterstellungen und Spekulationen über angebliche Hintergedanken des VK-Sprechers zum besten geben und diese als Kündigungsgrund angeben.

So fragte der Richter den Zeugen der Geschäftsleitung Görlitzer, ob er denn den Inhalt der Reden des VK-Sprechers dem Gericht darstellen könne. Nach einigem Drucksen mußte Görlitzer zugeben, daß er zum Inhalt der Reden nichts sagen könne.

Daraufhin stellte der Richter fest, dieser Zeuge der Geschäftsleitung könne zur Behauptung der Broschek-Vertreter gar keine inhaltlichen Aussagen machen und schickte den ziemlich verdutzten Görlitzer weg.

Auch der zweite Zeuge der Geschäftsleitung, das dritte Mitglied der VK-Leitung als BR-Mitglied (!) konnte nichts zur Sache beitragen! Auch er wurde schnell beiseitegestellt.

Da aber auch keine Möglichkeit bestand, dem VK-Sprecher in der Sache an den Wagen zu fahren, war dem Richter wohl nicht recht wohl dabei, offen die politische Gesinnung des VK-Sprechers verurteilen zu müssen. Diesen „Schwarzen Peter" wird er der nächsten Instanz überlassen.

Er beschloß, die „Politik außen vor" zu lassen und sich nur an Tatsachen zu halten. Ergebnis:

Die fristlose Kündigung sowie eine hilfsweise fristgemäße Kündigung ist nicht gerechtfertigt! Der VK-Sprecher hat zu den alten Bedingungen wieder eingestellt zu werden.

Die Kosten des Verfahrens trägt Broschek.

Der Streitwert liegt bei 4.350,- DM. Die Kapitalisten gehen mit Sicherheit in die Berufung, denn: „*Aufgrund der gesamten Ereignisse halten wir eine weitere Zusammenarbeit mit dem Kläger* (VK-Sprecher) *für die Beklagte* (Broschek) *für unzumutbar.*"

So das Schlußwort des Broschek-Anwalts.

Die Kapitalisten sind sicher unzufrieden mit diesem „unpolitischen" Richter, aber sie können zuversichtlich sein:

Die Justiz ist ein Instrument der herrschenden Klasse und wird als solches auch letztendlich die Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse wieder „vollständig" wahrnehmen. ■

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Kontaktadresse Hannover:
Buchhandlung Ernst-Thälmann
Grotestraße 13
Dienstag 16.00 - 18.30 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 322 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Reichhold, Hamburg:

Maulkorb für die Linken — Die Prozeßwelle rollt an

Wie bekannt, besiegelte der Beschwerdeausschuß der IG Chemie mit seiner Entscheidung vom 21.3.74 den Ausschluß von 11 linken Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen aus der Gewerkschaft. (siehe Berichterstattung in AK 42)
Damit begnügt sich die Gewerkschaftsführung allerdings nicht. Sie versucht jetzt die Auseinandersetzung mit den Linken bei Reichhold um eine Arbeiterpolitik in den Gerichtssaal zu verlagern. Ziel dabei ist, jedem einzelnen betroffenen Kollegen langwierige, teure Prozesse anzuhängen und zu erreichen, daß der eine oder andere vor diesen Konsequenzen zurückschreckt und klein beigibt. Letztendlich soll jeder vor die „Alternative" gestellt werden, entweder seine materielle Existenz zu gefährden oder seiner politischen Überzeugung abzuschwören.
Zwei Prozesse stehen den Reichhold-Linken ins Haus:

Der 1. Prozeß

Die IG Chemie hat jetzt Einspruch gegen die im Dezember erlassene einstweilige Verfügung erhoben, die es ihr verbot, die linken Gewerkschafter von der Beteiligung an der Vertrauenskörper-Wahl durch Ausschlußverfahren abzuhalten. (Daraufhin verschob die IG Chemie-Führung die Wahl auf unbestimmte Zeit!)

Nachdem jetzt der Hauptinhalt der einstweiligen Verfügung nicht mehr zur Debatte steht (die ausgeschlossenen Kollegen sind ohnehin von jeder zukünftigen VLK-Wahl ausgeschlossen) – will die Verwaltungsstelle nun juristisch feststellen lassen, daß die Verfügung ohnehin zu Unrecht erlassen worden ist.

Zu diesem Zweck versucht sie in einem dickleibigen Schriftsatz dem Gericht nahe zu bringen, daß die Antragsteller der einstweiligen Verfügung (die Linken) „Gewerkschaftsfeinde" sind, und also von der Teilnahme an der Wahl zu Recht ausgeschlossen worden sind. Sinn und Zweck dieser Aktion liegt darin, den Kollegen die Kosten für die einstweilige Verfügung, die Anwälte, das Gericht usw. aufzubrummen – denn wird eine einstweilige Verfügung abgelehnt oder aufgehoben, zahlt der Antragsteller.

Abgesehen von dieser finanziellen Seite ist es sehr interessant, sich die politischen Argumente der Verwaltungsstelle in ihrer Prozeß-Schrift näher anzusehen. (Folgendes ist aus dem insgesamt 21 Seiten starken Schriftsatz zitiert):

„3. . . *Die Gewerkschaften sind berechtigt, zu verhindern, daß Mitglieder sich in einer Weise betätigen, die den gemeinsamen Interessen der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Antragsgegnerin zuwider laufen (vgl. BAG E 10, 223, 230). Gerade aber derartige Aktivitäten waren Gegenstand des Ausschlußverfahrens. Durch ihre Aktivitäten haben die Antragsteller gegen die Bestimmungen der Satzung (§ 7 Ziff. 1 a und c) sowie des Anhangs 3 zur Satzung (Ziff. 1) verstoßen. Die gegenwärtige politische Lage in den Gewerkschaften ist so beschaffen, daß Kommunisten, und zwar gerade solche, die noch links von der DKP stehen, die Gewerkschaften unterwandern und im Sinne ihrer Ziele umfunktionieren wollen. Beweis: Leitsätze des kommunistischen Bundes Westdeutschlands zur Arbeit in den Gewerkschaften*

– ANLAGE L –

In dieser für die Zukunft der Gewerkschaften entscheidenden Situation muß es den Gewerkschaften gestattet sein, im eigenen (!) Hause für klare Verhältnisse zu sorgen (!!). Es hieße die Dinge auf den Kopf stellen, die Anwendung der satzungsmäßigen Regeln als undemokratisches Verhalten zu diffamieren.

Die Suspendierung der Mitgliedschaft trifft die Antragsteller weder in beruflicher noch in wirtschaftlicher Hinsicht; (Das behauptet die Führung einer Organisation, die eigens zum Schutz der Arbeiterklasse gegen die wirtschaftlichen und politischen Angriffe seitens der Kapitalisten geschaffen wurde!!!) *in dem Vorgehen der Antragsgegnerin kann daher weder eine offenbare Unbilligkeit oder ein grober Mißbrauch der Vereinsgewalt noch ein Verstoß gegen § 826 BGB erblickt werden. Eine weitergehende gerichtliche Nachprüfung wäre unzulässig (!). (vgl. Denecke, BGB-RGRK, 11. Aufl., § 39 Anm. 9)*

IV.

Es ist nicht Aufgabe dieses Verfahrens, zu klären, ob die Einleitung des Ausschlußverfahrens berechtigt war. Da der Ausschluß sowie die Suspendierung von den Mitgliedsschaftsrechten in den gültigen Bestimmungen der Satzung der Antragsgegnerin ihre Stütze finden, ist eine weitere sachliche Nachprüfung der Vereinsstrafe durch das Gericht nicht gestattet (vgl. BGHZ 29, 352, 361 f; 36, 105). Allenfalls kann geprüft werden ob die Tatsachenfeststellung oder die Subsumtion offensichtlich willkürlich waren oder ob das Vorgehen der Antragsgegnerin offenbar unbillig war (vgl. Sauter-Schweyer, Der eingetragene Verein, 8. Aufl. 1972, S. 57 f.; Schlosser, Vereins- und Verbandsgerichtsbarkeit, 1972, S. 94 ff.). Wenn – wie hier – das Ausschlußverfahren damit begründet wurde, die Antragsteller hätten durch ein näher dargelegtes Verhalten gröblich gegen die Gewerkschaftsinteressen verstoßen, so hat das Prozeßgericht nur zu prüfen, ob ein gröblicher Verstoß gegen die Gewerkschaftsinteressen in der Satzung als Ausschlußgrund vorgesehen ist. Dagegen hat es nicht zu prüfen, ob das Mitglied die ihm zur Last gelegten Handlungen tatsächlich begangen hat (!) und ob diese als gröblicher Verstoß gegen die Gewerkschaftsinteressen zu bewerten sind (vgl. Sauter-Schweyer, aaO.)."

Selbstherrlicher geht's wohl nicht! Ganz offensichtlich würde es der Gewerkschaftsführung wenig in den Kram passen, wenn selbst ein bürgerliches (!) Gericht die „Ausschlußgründe" einmal nachprüfen würde! Dies allerdings sollte man ihr nicht ersparen!

Der 2. Prozeß

Die juristische Attacke der Verwaltungsstelle gegen die Linken ist noch unverschämter und politisch weitreichender. Per einstweiliger Verfügung wurde Mitte Mai den Linken unter Androhung hoher Geldstrafen verboten, bestimmte Aussagen über die Gewerkschaftsführung zu machen. Wir zitieren wichtige Auszüge aus dieser einstweiligen Verfügung:

„Im Wege einer einstweiligen Verfügung – der Dringlichkeit wegen ohne mündliche Verhandlung – wird den Antragsgegnern bei Vermeidung einer vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten

v e r b o t e n

1. Seit über einem Jahr hätten die Hamburger Gewerkschaftsführer, allen voran Kodolitsch und Holst, bei der Reichhold-Albert-Chemie AG die „Gewerkschaft" im Betrieb zerschlagen.
2. Der Verwaltungsstellenvorstand habe den Vertrauensleutekörper wegen angeblicher kommunistischer Unterwanderung aufgelöst.
3. Die Gewerkschaftsfürsten hätten bis heute die Neuwahl des Vertrauensleutekörpers sabotiert.
4. Als die Herausgeber des Flugblatts auf der zentralen Vertrauensleutekonferenz 1973 drei bestimmte Anträge gestellt hätten, hätten die Gewerkschaftsführer gleich von kommunistischen Forderungen gesprochen.
5. Die Gewerkschaftsführer hätten die Tarifrunde 1973 zu einem „Kommunisten- und Chaotentribunal" umfunktioniert.
6. Die Holst, Kodolitsch & Co. hätten auf über 170.000 bedruckten Seiten übelste Kommunistenhetze im Stil von Strauß und Springer betrieben.
7. In den Gewerkschaften würden zunehmend demokratische Rechte abgebaut.
8. Dieser Abbau ende mit der Diktatur der Vorstände über die Mitglieder.
9. Der Gewerkschaftsvorstand habe angedroht, den Vertrauensleutekörper bei der Texaco aufzulösen.
10. Der Gewerkschaftssekretär Kodolitsch habe eine persönliche Hetze gegen einzelne Kollegen betrieben.
11. Die Vorstände der Gewerkschaft setzten allmächtig und ohne Kontrolle gemeinsam mit den Unternehmern Löhne und Gehälter fest.
II. Die Kosten des Verfahrens fallen den Antragsgegnern als Gesamtschuldnern nach einem Streitwert von DM 50.000,– zur Last."

Vertreter der Gegenseite ist direkt der Hauptvorstand der IG Chemie, vertreten durch Hauenschild (1. Vorsitzender) und Vitt (stellvertretender Vorsitzender) – der berühmte „Linke" im Vorstand.

Diese „einstweilige Verfügung" bedeutet eine neue Qualität des Vorgehens der Gewerkschaftsführer. Es ist durch zahlreiche Zeugen belegbar, daß es sich bei den meisten der aufgeführten zu „unterlassenden Behauptungen" um die Feststellung von T a t s a c h e n handelt. Andere Äußerungen sind durch das Recht auf Meinungsäußerung gedeckt.

Die IG Chemie Führung spekuliert demgegenüber offenbar darauf, daß sie es mit dem Riesengewicht des – von den Mitgliedern zusammengetragenen! – Gewerkschaftsvermögens schaffen kann, einen notfalls sehr langen Prozeß zu führen, bei dem sie sogar die offenkundige Wahrheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung unterdrücken kann. Ziel ist wiederum die Einschüchterung linker Gewerkschafter, die vor dem Gespenst eines langen, kostspieligen Prozesses zurückschrecken und kapitulieren sollen.

Dem kann in zweierlei Hinsicht entgegengewirkt werden: breitest mögliche Veröffentlichung dieser neuerlichen Sauereien. Dabei muß in Diskussionen besonders darauf hingewiesen werden, daß der Gewerkschaftsapparat mit Millionen Beitragsgeldern im Rücken, teure Prozesse gegen einfache Lohnabhängige (z.T. Lehrlinge!!) führt. Zweitens wird die Frage der unmittelbaren Solidarität wieder aktuell. Die Reichhold-Linken brauchen unter anderm Geld, um diesen Kampf – auch vor dem Gericht – durchzustehen. Wir veröffentlichen deshalb nochmal das Solidaritätskonto: ●

Hamburger Sparcasse „Unterstützungskonto Reichhold" –
12 90/ 120 060 c/o M. Jenschke und H.J. Bock
Betriebszelle Reichhold, KB/Gruppe Hamburg

Rentenwillkür in der BRD

Am Beispiel des Kraftfahrers Georg K. enthüllte die Fernsehsendung „Report" am 22.4.74 die ungeheuerliche Praxis westdeutscher Rentenbehörden. Der Arbeiter hatte Durchblutungsstörungen am Bein, war damit erwerbs- und berufsunfähig und bekam Rente. Die Durchblutungsstörungen wurden allerdings so stark, daß ihm das Bein abgenommen werden mußte. Und jetzt bekam er plötzlich keine Rente mehr, da er ja auch keine Durchblutungsstörungen mehr hatte – ohne Bein!
Unglaublich, aber wahr. Bein weg – Rente weg!

Georg K. (53) kam 1949 aus der DDR und war zunächst Hilfsarbeiter. Seit 1954 war er nachweisbar ununterbrochen bis zu seiner Krankheit für eine Firma als Lastkraftwagenfahrer tätig. Aufgrund der Durchblutungsstörungen wurde Georg K. erwerbsunfähig, konnte seinen Beruf nicht mehr ausüben und bekam Rente.

Die Krankheit verschlimmerte sich soweit, daß ihm das Bein am Oberschenkel amputiert werden mußte.

Nun passierte das Unglaubliche. Die Rentenversicherung entzog Georg K. seine Rente. Im Rentenbescheid hieß es: „*Die zuerkannte Rente wird Ihnen mit Ablauf des Monats August 1967 entzogen.*"

In der Begründung hieß es: „*Nach § 1246 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung ist berufsunfähig ein Versicherter, dessen Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Da nach diesem Verzeichnis die Tätigkeit eines Kraftfahrers aber weder als Lehr- noch als Anlernberuf anerkannt ist, kann er für sich nicht den Berufsschutz des § 1246 der Reichsversicherungsordnung in Anspruch nehmen.*"

Georg K. sagt dazu: „*Ich kann das nicht verstehen. Man hat mich nun 100 % erwerbsfähig gemacht, obwohl ich durch die Amputation 70 % schwerbeschädigt bin.*" „*Ich werde um meine Rente betrogen, weil Kraftfahrer damals nicht als Beruf galt. Obwohl ich jahrelang Invalidenmarken geklebt habe.*" (Report) Heute arbeitet Georg K. als Karteiführer. Für die Rentenbehörde heißt das, ein 100 % erwerbsfähiger Karteiführer.

- Daß Georg K. Invalide ist,
- daß er keine beruflichen Aufstiegschancen hat,
- daß er DM 500,- weniger als zuvor mit nach Hause bringt,

interessiert die Rentenversicherung nicht.

Georg K. verklagte daraufhin die Rentenbehörde. Seine Klage wurde ohne wirkliche Begründung lapidar abgeschmettert: „*Die Einlassung des Klägers, daß er als Kraftfahrer wesentlich mehr verdienen würde und daher die jetzt von ihm ausgeübte Tätigkeit als Karteiführer einen sozialen Abstieg zur Folge habe, kann der Klage keine Stütze geben.*" !!

Georg K. fürchtet inzwischen auch um sein zweites Bein. Wegen Knochendurchschuß im zweiten Weltkrieg ist sein Bein schon einmal „berentet" worden. Doch auch diese Rente strich die Behörde Georg K., weil das Bein angeblich „von medizinischer Seite gut verheilt sei". Durch die Amputation ruht aber das gesamte Körpergewicht auf dem einen Bein.

„*Es sind erhebliche Schmerzen wieder aufgetreten. Ich habe versucht, was in die Wege zu lenken, aber mir ist alles abgelehnt worden. –*

Zu den 70% schwerbeschädigt kommt noch einiges durch das andere Bein hinzu." (Georg K. in „Report")

Für die Behörde zählt dies alles nicht. In der Ablehnungsbegründung drückt sich die ganze Unmenschlichkeit der kapitalistischen Gesundheits- und Rentenpolitik aus. Jede Hintertür der Gesetzgebung wird gegen die Arbeiterklasse angewandt, um nur möglichst wenig von den Millionen der Arbeitersteuern (!) rauszurücken.

Für die Rentenbehörde besteht Georg K. aus Einzelteilen. Daß zwei Beine zu einem Menschen gehören, zählt nach den Richtlinien nicht.

„*Die Mehrbelastung des rechten Beines ist nur auf die Amputation zurückzuführen, die keine Schädigungsfolge ist. Im übrigen waren diese Verwundungsfolgen am rechten Bein vor der Amputation so gering, daß keine wesentliche Gehbehinderung bestand.*" (Versorgungsamt in „Report")

Georg K. ist kein Einzelfall. Tausende Arbeiter müssen jahrelang prozessieren, großenteils ohne Erfolg, um wenigstens teilweise die über -zig Jahre eingezahlten Rentenversicherungsbeiträge auch zu bekommen. Fast jede zweite Rente in der BRD ist vorzeitig fällig. Die Arbeitshetze führt zu immer früherem „Rentenalter".

Für die Behörden heißt dies, noch mehr auf Beschiß zu arbeiten, damit ja nicht von staatlicher oder gar Unternehmerseite „Rentenzuschüsse" oder ähnliches bezahlt werden müssen. Jeder, der noch aufrecht gehen kann, soll arbeiten und damit nicht der Rentenbehörde auf der Tasche liegen. Georg K. wurde nicht „ungesetzlich" behandelt. Nach Gesetz und Richtlinien ist ihm sogar „Recht" geschehen. Wessen Recht und Richtlinien das allerdings sind, zeigt wieder einmal die Praxis.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalistische Rationalisierung im Brauerei-Gewerbe

Am 22.2. dieses Jahres erfuhren die Kollegen der Karlsburg-Brauerei in Bremerhaven auf einer Betriebsversammlung, was schon am Vortage als Gerücht durch den Betrieb ging: der Brau- und Abfüllbetrieb wird eingestellt, der Betrieb in eine Niederlassung umgewandelt. Damit verloren 34 Kollegen ihren Arbeitsplatz. Der Betriebsrat war im Stile einer Überrumpelungstaktik ganze zwei (!) Tage vorher von den geplanten Maßnahmen unterrichtet worden.

Die Karlsburg-Brauerei mit ihren rund 100 Beschäftigten gehört zur Bremer Haake-Beck-Brauerei AG, die wiederum zu 51 % von der Beck's Brauerei gehalten wird. Mit einem jährlichen Ausstoß von 56.000 hl ist sie ein relativ kleiner Betrieb (jährlicher Gesamtausstoß der Beck's-Gruppe: 850.000 hl).

Als Gründe für die Stillegung führte Haake-Beck- Vorstandsmitglied Gribkowsky an, daß bei der Betriebsgröße der Karlsburg „*die Produktionskosten zu hoch*" seien: in Bremerhaven erzeuge ein Brauereiarbeiter durchschnittlich 1.500 hl, in Bremen dagegen über 3.000 hl. Deshalb werde das Karlsburg-Bier zukünftig in den Bremer Betriebsstätten gebraut werden.

Hier wird deutlich, was sich auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen zeigt: daß der Kampf um eine Steigerung des Marktanteils zu immer größeren Betriebseinheiten führt, die in der Lage sind, billiger zu produzieren; um die Profite zu erhöhen natürlich, nicht etwa, damit die Bierpreise sinken.

Für die Karlsburg-Kollegen bedeutet das, daß sie in Zukunft zur Arbeit nach Bremen fahren „dürfen", oder, wenn sie diese erhebliche Verlängerung ihres Arbeitstages nicht auf sich nehmen wollen, mit einer finanziellen Abfindung aus dem erstellten Sozialplan sich nach einer neuen Arbeit in Bremerhaven umsehen müssen.

Bei der Erstellung des Sozialplans hatten die Haake-Beck-Kapitalisten Gelegenheit, ihre „soziale Gesinnung" zu beweisen. Der vom Betriebsrat in Abstimmung mit der Belegschaft erstellte Entwurf wurde vom Tisch gefegt und die Kapitalisten setzten schließlich ihren Entwurf durch, der – versteht sich – erheblich unter dem BR-Entwurf liegt.

Die Stillegung bei der Karlsburg ist nicht die erste einschneidende Rationalisierungsmaßnahme der Haake-Beck-Kapitalisten: bereits 1972 wurde in gleicher Weise bei der Winterhuder Brauerei in Hamburg vorgegangen, auch dort wurde der Brau- und Abfüllbetrieb eingestellt. Und die weitere Marschroute ist offensichtlich auch schon festgelegt: wenn die „schlechte Geschäftslage" anhält, wäre als nächstes die ebenfalls zum Konzern gehörende Hemelinger Brauerei (Bremen) dran, so Gribkowsky.

Was auf die Kollegen im Brauereigewerbe noch zukommen wird, kann man auch daraus ersehen, daß es bereits Brauereien mit einem pro-Kopf-Ausstoß von 7.000 hl gibt. Die Rationalisierung und Konzentration steht also praktisch erst am Anfang und wird sich in Zukunft noch erheblich verschärfen und damit der Druck auf die Kollegen in Form von verschärfter Arbeitshetze und Unsicherheit über den Fortbestand des Arbeitsplatzes.

Wie sich die ständige Bedrohung des Arbeitsplatzes durch kapitalistische Rationalisierung zusätzliche gegen die Kollegen wenden läßt, zeigt ein Ausspruch von Haake-Beck-Manager Gribkowsky. Mit Blick auf die anstehende Tarifrunde drohte er gegenüber Betriebsräten: „*Wenn Ihr Euch nicht zurückhaltet mit Lohnforderungen, dann fliegen noch mehr Kollegen raus.*" ●

Auffang-Zelle
KB/Gruppe Bremerhaven

Forts. Mitbestimmung

das Messer schon an der Kehle sitzen.

Tatsächlich wird diese – ohnehin von der arbeitenden ‚Öffentlichkeit' losgelöste – „Mitbestimmungs"-Diskussion nicht um weltbewegende Fragen geführt, sondern um D e t a i l - Fragen einer „Reform", die an den wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen nichts ändern wird.

Die Entwürfe

Der vorläufige Regierungs-Entwurf sieht vor, daß die „Mitbestimmung" ab Anfang 1975 in etwa 650 Betrieben mit mehr als 2.000 Beschäftigten eingeführt wird.

In den Aufsichtsräten sollen dann zehn Kapital-Vertreter und zehn „Arbeitnehmer-Vertreter" sitzen. Diese sollen sich folgendermaßen zusammensetzen: sieben müssen aus dem Betrieb sein, darunter jeweils mindestens ein Arbeiter, ein Angestellter und ein „Leitender Angestellter". Die anderen drei Vertreter sind außerbetriebliche Gewerkschafts-Funktionäre. Die zehn „Arbeitnehmer-Vertreter" sollen i n d i r e k t gewählt werden. D.h. die Beschäftigten des Betriebs wählen ein „Wahlmännergremium", das dann seinerseits die „Arbeitnehmer-Vertreter" zu bestimmen hat.

Im Normalfall würde zumindest der „Leitende Angestellte" mit der Kapitalseite stimmen, sodaß das wirkliche Verhältnis im Aufsichtsrat zumindest nicht ‚Parität' (zehn : zehn) wäre, sondern eine Mehrheit von elf : neun für die Kapitalseite. (dies würde voraussetzen, daß die übrigen neun „Arbeitnehmer-Vertreter", einschließlich mindestens ein Angestellter, geschlossen gegen die Kapitalseite stimmen; in der Regel wird die Mehrheit für die Kapitalseite größer sein als elf : neun).

Falls es jedoch wirklich einmal zu einem ‚Unentschieden' (zehn : zehn) im Aufsichtsrat kommen sollte, ist im Regierungs-Entwurf die zusätzliche Bestimmung eingebaut, daß dann die Aktionärs-Hauptversammlung (also das Kapital) die Entscheidung zu treffen hat.

Die DGB-Führung kritisiert an diesem Entwurf, daß die Zahl der außerbetrieblichen Gewerkschafts-Funktionäre im Aufsichtsrat (drei) zu gering sei; sie bringt Einwände im Detail gegen die Definition des „Leitenden Angestellten"; sie fordert, daß bei Stimmengleichheit im Aufsichtsrat nicht die Aktionärs-Hauptversammlung, sondern der Aufsichtsrats-Vorsitzende das letzte Wort haben müsse.

Diese Einwände wären aber überhaupt nur unter der Voraussetzung von Belang, daß die zehn „Arbeitnehmer-Vertreter" (einschließlich des „Leitenden") eine konsequente einheitliche Frontstellung gegen die Kapital-Vertreter beziehen würden, denn andernfalls ist die Kapital-Mehrheit ja

heitliche Frontstellung gegen die Kapital-Vertreter beziehen würden, denn andernfalls ist die Kapital-Mehrheit ja

ohnehin gesichert. Alle bisherige Erfahrung mit der „Mitbestimmung" in der Montan-Industrie lehrt aber das Gegenteil. Im Übrigen dürften auch die außerbetrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre in der Regel alles andere als konsequente Arbeiter-Vertreter sein.

Es geht also bei der Diskussion zwischen SPD- und DGB-Vertretern darum, wie s t a r k die z u s ä t z l i c h e n Sicherungen sein müssen, die für den „Notfall" die dominierende Rolle des Kapitals im Aufsichtsrat sichern sollen. Die SPD-Führer, bestärkt von den FDP-Führern, hätten die Sicherungen gern etwas stärker. DGB-Führer wie Vetter und Loderer meinen dagegen, daß kleinere Sicherungen auch ausreichen und netter aussehen – denn schließlich wird es i h r e Aufgabe sein, der Arbeiterklasse die „Mitbestimmung" als großen gesellschaftlichen Fortschritt zu „verkaufen".

Der rechte FDP-Flügel hätte es dagegen lieber, wenn z w e i „Leitende Angestellte" in den Aufsichtsrat kämen, um die sichere Position des Kapitals auszubauen.

Auf dem Hamburger Bundesparteitag der CDU im letzten November wurde folgendes „Mitbestimmungs"-Modell geschlossen: Der Aufsichtsrat besteht aus einer gleichen Zahl von Vertretern des Kapitals und „Arbeitnehmer-Vertretern". Unter diesen müssen mindestens ein Arbeiter, ein Angestellter und ein „Leitender" sein. Zwei der „Arbeitnehmer-Vertreter" d ü r f e n „außerbetrieblich" sein; für diese haben sowohl die Gewerkschaft wie der Betriebsrat bei der Wahl ein Vorschlagsrecht.

Kommt es im Aufsichtsrat zu einem „Unentschieden", so entscheidet der Vorstand. Bei der Besetzung des Vorstands hat jedoch im Zweifelsfall die Aktionärs-Hauptversammlung das letzte Wort.

Vom Regierungs-Entwurf unterscheidet sich der CDU-Entwurf im Wesentlichen also nur in der Frage der Gewerkschafts-Vertreter. Der Regierungsentwurf g a r a n t i e r t der Gewerkschaft drei Sitze im Aufsichtsrat, während der CDU-Entwurf der Gewerkschaft nur die Möglichkeit zu W a h l v o r s c h l ä g e n geben will, wobei dann die im Betrieb Beschäftigten diese Vorschläge durch Wahl unterstützen können oder auch nicht. Dahinter steckt die Hoffnung der Kapitalisten, daß sie es mit aus dem Betrieb rekrutierten Gefolgsleuten leichter haben als mit außerbetrieblichen Gewerkschafts-Funktionären.



Gemeinsames Ziel: Rettung des Kapitalismus

Aus der Gegenüberstellung der Entwürfe von Regierung und Opposition wird deutlich, daß die zum Teil sehr hochgespielten Unterschiede nur Details betreffen, aber nicht das W e s e n der Sache.

Nicht umsonst drehen sich alle Detail-Auseinandersetzungen darum, den Kapitalisten in jedem Fall das Entscheidungsrecht zu sichern. Wie könnte es auch anders sein, da die Kapitalisten doch noch n i e bereit waren, kampflos wirtschaftliche und

Kapitalisten doch noch n i e bereit waren, kampflos wirtschaftliche und

damit politische Macht abzutreten.

Hier ist an die von der Bourgeoisie festgestellten „positiven" Erfahrungen mit der bereits bestehenden „Mitbestimmung" im Bereich der Montanindustrie zu erinnern. Vor einigen Jahren kam die noch unter der Regierung Kiesinger eingesetzte „Biedenkopf-Kommission" (unter Führung des jetzigen CDU-Chefmanagers Biedenkopf) zur Schlußfolgerung, daß die Montan-„Mitbestimmung" von den befragten Kapitalisten *„überwiegend positiv beurteilt"* werde und sich *„bewährt"* habe. Die *„freie Unternehmerinitiative"* (d.h. das kapitalistische Profit-Streben) sei *„nicht beeinträchtigt"* worden. Die Gewinnverteilungs-Vorschläge der Kapitalisten seien bei den *„Arbeitnehmervertretern"* in der Regel *„nicht auf Widerstand gestoßen"*. Negative *„Auswirkungen auf das Lohnniveau"* seien von der „Mitbestimmung" auch nicht zu befürchten.

Der Vorteil der „Mitbestimmung" sei – so die Biedenkopf-Kommission – daß sie *„geeignet"* sei, *„dem Arbeitnehmer das Gefühl des ‚Ausgeliefertseins' an eine von ihm nicht beeinflußbare Leitungs- und Organisationsgewalt zu nehmen und es durch ein Gefühl der Mitwirkung und Mitbestimmung abzulösen."* – Es geht also, wie hier klar ausgesprochen wird, darum, den Arbeitern das illusionäre G e f ü h l zu geben, sie hätten irgendetwas „mitzubestimmen", und damit der Unzufriedenheit mit Zuständen der kapitalistischen Gesellschaft die Spitze zu nehmen. Kein Wunder, daß die Biedenkopf-Kommission abschließend zur Feststellung kam: *„Die institutionelle Mitbestimmung der Arbeiter im Unternehmen ist geeignet, die Marktwirtschaft ... auch politisch zu sichern."*

Wenn auch ein Reaktionär namens Eick in der „Frankfurter Allgemeinen" („FAZ") vom 20.11.73 die schwachsinnige Behauptung aufstellte, die „Mitbestimmung" sei *„ureigenstes deutsches Gewächs, entsprungen dem Nährboden marxistischer Ideologie"*, so gehört sie in Wirklichkeit in den Bereich jener famosen Rezeptchen, mit denen eifrige Ärzte das Leben des Kapitalismus zu verlängern trachten.

Das Programm der italienischen Faschisten enthielt bereits 1919 die Forderung nach **„Kontrolle moralisch und sachlich geeigneter Arbeiterkomitees über Betriebe der öffentlichen und privaten Wirtschaft"**. Mussolini erklärte 1920: *„Die Arbeiter sollen nicht nur die Fabriken besetzen, sondern auch das Mitbestimmungsrecht an der Betriebsführung erhalten."*

In diesem Satz wird unmittelbar deutlich, daß die „Mitbestimmungs"-Demagogie nichts anderes war als eine R e a k t i o n von Teilen der italienischen Bourgeoisie auf einen revolutionären Aufschwung der italienischen Arbeiterbewegung, vor allem auf eine Welle massenhafter Betriebs-Besetzungen. Die Arbeiter, die begonnen hatten, die Betriebe selbst in die Hand zu nehmen, sollten mit „Mitbestimmungs"-Versprechen verschaukelt werden.

In Deutschland war es besonders Hugenberg, Besitzer eines rechtsradikalen Presse-Konzerns, Führer der

Hugenberg, Besitzer eines rechtsradikalen Presse-Konzerns, Führer der

ebenfalls rechtsradikalen Deutschnationalen Partei und Verbündeter der NSDAP in der „Harzburger Front" (1931), der sich für ähnliche Projekte stark machte. *„Wir wollen die kapitalistische Wirtschaft marschfähig erhalten, indem wir die Notwendigkeit der Abschneidung etwaiger Auswüchse betonen"*, sagte Hugenberg im März 1919 vor der Nationalversammlung. Er meinte, die Kapitalisten sollten *„den Arbeitern und Angestellten einen Teil der Fabrik geben"*, um eine *„engere Gemeinschaft mit dem Werk"* zu schaffen. Dies sollte durch die Ausgabe von Kleinaktien geschehen – also ein Vorläufer heutiger Pläne zur sogenannten „Vermögensbildung".

Daß „Vermögensbildung" und „Mitbestimmung" den Kapitalismus retten sollen, wird vor allem von der CDU/CSU offen gesagt. Jakob Kaiser, ehemaliger Vorsitzender der CDU-„Sozialausschüsse", sagte dazu Anfang der 50er Jahre: *„Mit der Praxis der Mitbestimmungsrechte wird der Klassenkampfgedanke endgültig zu Grabe getragen werden müssen ... Das Schwergewicht des Mitbestimmungsrechts liegt darin, daß eine neue Brücke des Vertrauens zwischen dem Arbeiter und seinem Betrieb gebaut wird."*

In den „programmatischen" Äußerungen des Hamburger Parteitags der CDU vom letzten November zur „Vermögensbildung" heißt es, dieses „Programm" sei *„eine Kampfansage an die Gegner unserer Gesellschaftsordnung; es ist überzeugende Antwort und konsequente Alternative zu den kollektivistischen Vorstellungen und Plänen der Marxisten"*. Dies gilt natürlich sinngemäß auch für die „Mitbestimmung", von der es in einem Beschluß des CDU-Parteitags heißt, sie sei *„Ausdruck christlich sozialen Gedankengutes"* und *„eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft"*, sie solle *„ein partnerschaftliches Verhältnis"* zwischen „Arbeitnehmern" und Kapitalisten *„gewährleisten"*.

Die DGB-Führer betonen entsprechend ihrer politischen Funktion natürlich mehr die angeblich fortschrittliche Seite der „Mitbestimmung", die die Macht des Kapitals einschränke, dem Arbeiter neue Rechte bringe etc. Immerhin gibt es aber auch auf Seiten des DGB klare politische Eingeständnisse des w i r k l i c h e n Sinns der „Mitbestimmung":

„Das Montanmitbestimmungsgesetz aus dem Jahre 1951 war ein erster Schritt auf dem Wege zur Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital. Es hat sich auch in schweren Zeiten hervorragend bewährt. Die großen Strukturveränderungen in der deutschen Montanindustrie (Zechen-Stillegungen und Entlassungen zehntausender Bergleute! – Anm. AK) *hätten ohne die qualifizierte Mitbestimmung zu ernsten sozialen und politischen Folgen geführt. Der DGB und seine Gewerkschaften erklären sich bereit, den durch das Montanmitbestimmungsgesetz vorgezeichneten Weg der Zusammenarbeit fortzusetzen und damit die Stabilisierung und Fortentwicklung unserer demokratischen Ordnung zu sichern."* So steht es in einer Entschließung des 7. Ordentlichen Bundeskongresses des

es in einer Entschließung des 7. Ordentlichen Bundeskongresses des

DGB, 1966.

Die Aufgaben der Linken

Die DKP beteiligt sich eifrig am „Mitbestimmungs"-Theater. Die „Mitbestimmung" wird marktschreierisch angepriesen als „Waffe zur Einschränkung des Großkapitals", „Instrument zur Veränderung der Machtverhältnisse in der BRD", „Mittel zur Durchsetzung einer demokratischen Wirtschaftspolitik" etc. Das ist dieselbe Politik wie 1971, als den Arbeitern in Zusammenhang mit den „Ostverträgen" von der DKP das Blaue vom Himmel runtergelogen wurde – sichere Arbeitsplätze, Frieden und Entspannung und sogar Fortschritte bei der Krebs-Bekämpfung.

Man könnte erwarten, daß die DKP zumindest irgendwelche e i g e n e n Vorstellungen zur „Mitbestimmung" entwickelt hat. Dies ist aber nicht der Fall. Zwar gab es kurz nach Gründung der DKP noch einige „linke" Revisionisten, die ein eigenes Modell zur „Mitbestimmung" entwerfen wollten, das sich von den Vorstellungen der DGB-Führer unterscheiden sollte. Stattdessen setzte sich die Linie durch, sich schlicht an den DGB anzuhängen.

Heute vermeidet es die DKP sogar, in der betrieblichen Agitation klar gegen den Regierungs-Entwurf Stellung zu nehmen, sondern meint offenbar, sie hätte ihre Pflicht getan, wenn sie „wirksame Mitbestimmung" fordert – worunter sich ja jeder vorstellen mag, was er will.

In einer Situation, wo sich a l l e bürgerlichen Parteien zur „Mitbestimmung" bekennen, wo sich die Entwürfe der Regierung und der Opposition zur „Mitbestimmung" wirklich nur in unwesentlichen Details unterscheiden, halten sich die Revisionisten anscheinend trotzdem für ungeheuer kämpferisch, wenn sie – wie z.B. am 1. Mai in Hamburg – die Parole rufen: „Wir haben es kapiert – für Mitbestimmung wird marschiert!" – Da marschiert sogar die CDU mit.

Auch in ihrer schwächlichen „Kritik" am Regierungsentwurf wagen die DKP-Revisionisten sich nicht weiter vor als es ihnen DGB-Führer wie Vetter, Loderer u.a. vormachen, die den Regierungsentwurf bereits als „Sache, die wir nicht tolerieren können" (Vetter), bezeichnet haben. Diese Kritik, die nicht mit Taten verbunden ist, die vor allem nicht mit einer Massenmobilisierung verbunden ist – was von den DGB-Führern nicht zu erwarten wäre, die selbst bei der Annahme der „Notstandsgesetze" die Massenmobilisierung nicht entwickelten, sondern abbremsten – diese Kritik ist etwas Theater, mit dem die Anpassung an den Regierungsentwurf verschleiert wird. Es ist bezeichnend, daß die DGB-Führer nicht und auch nicht die DKP eine breite politische Aufklärungskampagne gegen den Regierungsentwurf führen.

Es wäre allerdings falsch, wenn w i r uns nun darauf b e s c h r ä n k e n würden, den illusionären, letztlich betrügerischen Charakter der „Mitbestimmung" aufzuzeigen. Wir müssen zugleich deutlich machen, daß DGB- und DKP-Führer n o c h n i c h t zugleich deutlich machen, daß DGB- und DKP-Führer n o c h n i c h t e i n m a l bereit sind, für ihre angeblich „reformistischen" Vorstellungen zu k ä m p f e n, sondern gegenüber den Kapitalisten und ihrem Staat z u r ü c k w e i c h e n, indem sie den Regierungsentwurf (der sich seinerseits kaum von dem der CDU unterscheidet) allenfalls gelegentlich in Worten kritisieren, aber weder eine politische Kampagne noch gar eine Massenmobilisierung dazu zu führen versuchen. Sie sind also, wie sich hieran wieder einmal zeigt, noch nicht einmal ehrliche Reformisten.

Weiterhin ist zu sehen, daß zwar die „Mitbestimmung" p r i n z i p i e l l im besten Fall eine Illusion, im schlimmeren Fall ein Betrug ist; dennoch wäre es falsch, die Differenzierungen und taktischen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien, zwischen DGB und Regierung u.a. für g ä n z l i c h bedeutungslos zu halten und darzustellen. Auch die Auseinandersetzung um die „Mitbestimmung" ist ein Kampffeld, auf dem die Bourgeoisie die Linke, in diesem Fall die reformistische Linke vor allem in den Gewerkschaften und in der SPD, zu schlagen und zurückzudrängen versucht. Der Regierungsentwurf ist eine eindeutige

ten und in der SPD, zu schlagen und zurückzudrängen versucht. Der Regierungsentwurf ist eine eindeutige

Niederlage für diejenigen, die an die „Mitbestimmung" reformistische Illusionen knüpften. Der Entwurf der CDU versucht dies noch ein kleines Stück weiter zu treiben. Die „Mitbestimmungs"-Auseinandersetzung ist insofern auch Bestandteil der angeheizten Kampagne gegen die reformistische Linke innerhalb der SPD.

Schließlich muß auch festgestellt werden, daß es sich bei der von monopolkapitalistischen Kräften geführten Kampagne gegen die „Mitbestimmung", vor allem gegen den Regierungsentwurf (man bedenke aber, daß z.B. der „Wirtschaftsrat" der CDU sogar den CDU-Entwurf scharf abgelehnt hat) nicht n u r um ein Ablenkungsmanöver mit verteilten Rollen handelt. Vielmehr kommt darin auch die politische Tendenz starker kapitalistischer Kreise zum Ausdruck, die noch nicht einmal zu „Zugeständnissen" auf dem Gebiet reformistischer Illusionen bereit sind, sondern deren Kurs besonders scharf auf die rein gewaltsame (und nicht so sehr demagogische) Seite der Faschisierung gerichtet ist.

Dieser Aspekt, der für die Einstellung mancher kämpferischer Arbeiter zur „Mitbestimmung" bestimmend ist (die f ü r die „Mitbestimmung" sind, weil Kapitalisten wie Schleyer & Co. d a g e g e n sind), muß von uns berücksichtigt werden. Als Kommunisten haben wir diesen Arbeitern nicht n u r zu sagen, daß die „Mitbestimmung" illusionär ist, sondern müssen gleichzeitig die r i c h t i g e antikapitalistische kämpferische Haltung dieser Kollegen aufnehmen und unterstützen. ●

1. MAI INTERNATIONALER

Berichte

Bielefeld

In Bielefeld fand die Demonstration der Gewerkschaftsjugend eine für die hiesigen Verhältnisse gute Beteiligung, mit 1.200 Demonstranten. KBW (Ortsaufbaugruppe), KJV (Jugendorganisation der „KPD"), Liga gegen den Imperialismus und KAB„D" nahmen mit eigenen Parolen an der Demonstration teil. Unter diesen Parolen marschierten auch zahlreiche nicht politisch organisierte Arbeiterjugendliche, Schüler und Studenten mit.

Natürlich waren aber auch die gewohnten ‚Mitbestimmungs'-Slogans („Mitbestimmung – Macht gewinnen!") vertreten.

Die Rede von Oberbürgermeister Hinnendahl auf der Abschlußkundgebung ging im lautstarken Protest eines größeren Teils der Anwesenden unter, so daß er seine Rede abbrach.

Der zweite Redner, Schmidt vom DGB-Bundesvorstand, setzte sich besser durch und bekam für „linke" Einlagen (z.B. die Aufforderung, der Innenminister von NRW, Weyer, – ein berüchtigter Kommunistenfresser –, möge doch zum Sportbund abwandern) sogar Beifall.

Auch in Bielefeld zeigte sich die Notwendigkeit einer Aktionseinheit der Linken, diese wurde aber vom KBW (AOG) mit der irrsinnigen Begründung abgelehnt: der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse hätte einen so allgemeinen Charakter, daß eine Aktionseinheit für konkrete Teilziele nicht angebracht sei. Und da der KBW sowieso die allgemeinsten und weitgehendsten Forderungen propagiere, brauche man sich nur auf das Programm des KBW zu stellen...

Der – zumindest optisch – relativ starke Einfluß der Linken auf der Demonstration der Gewerkschaftsjugend führte zur Ankündigung „gewerkschaftsinterner Konsequenzen" von Seiten der Funktionäre: Zum 1. Mai 75 soll jede Parole erst durch den KJA genehmigt werden; „nicht genehmigte" Parolen sollen durch Schlägertrupps (rechte Betriebsräte u.ä.) aus dem Zug geholt werden. Wahrscheinlich wird diesem bislang nur geplanten Vorgehen die Mehrheit des KJA zustimmen. ●

Ein Sympathisant

Bremen



Bremen



Zynischer Mißbrauch des 1. Mai: in Bremen demonstrierten rechte Gewerkschafter (?) für die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst

In Bremen hatte die DGB-Führung im letzten Jahr am 1. Mai eine böse Überraschung erlebt: der sich formierende Zug war von roten Fahnen und kämpferischen Parolen dominiert gewesen, und die DGB-Führung sagte die Demonstration ab – die dann unter Führung der Genossen des KBW dennoch erfolgreich durchgeführt wurde.

In diesem Jahr hatte die Bremer DGB-Führung von Anfang an in Bremen-Stadt nur eine Kundgebung vorgesehen. Lediglich in Bremen-Nord sollte, auf Initiative von Kollegen der Vulkan-Werft, eine Demonstration stattfinden.

Die Kundgebung in Bremen-Stadt an diesem 1. Mai wurde für die DGB-Führung eine *„böse Schlappe"*, wie die (SPD-freundliche) „Morgenpost" in der Bremer Ausgabe am 2. Mai schrieb. *„Die Gewerkschafter waren gestern bei der Maikundgebung auf dem Domhof gegenüber den Mitgliedern und Sympathisanten des ‚Kommunistischen Bundes' eindeutig in der Minderheit." „Chaoten beherrten das Feld."*

Unter den 2.500-3.000 Teilnehmern der Kundgebung waren die Genossen des KBW mit ihren Parolen vorherrschend, die anfangs auch die provokatorischen Reden der DGB-Führer durch Sprechchöre unterbrachen.

Im Anschluß an die DGB-Kundgebung nahmen etwa 1.500 Menschen an einer Demonstration teil, zu der der KBW aufgerufen hatte.

In Bremen-Nord waren knapp 2.000 Kollegen zur DGB-Demonstration gekommen. Gleich zu Anfang wurden Genossen der „KPD" tätlich von „Ordnern" angegriffen und zeitweise gezwungen, ein Transparent zusammenzurollen.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen in provokatorischer Weise ausgerechnet IGM-Führer Otto von Steeg (einer der zahlreichen „Kollegen" vom verarmten Adel, die als Gewerkschaftsführer den Arbeitern das Leben schwer machen; verantwortlich für den von der großen Mehrheit der Bremer Metall-Arbeiter abgelehnten Tarifabschluß dieses Jahres) und SPD-Justizsenator Kahrs (über den der KBW in einem Flugblatt treffend schrieb, er habe „mit den Arbeitern bloß was zu tun, wenn er sie verurteilen oder verfolgen läßt.").

Nach der Abschlußkundgebung des DGB in Bremen-Nord führten noch etwa 100 Mitglieder und Sympathisanten des KBW eine eigene Demonstration und Kundgebung durch. ●

Bremer Sympathisanten des KB

KBW gegen Aktionseinheit

„Zur Vorbereitung und Durchführung der Maidemonstration bildet der KBW keine sogenannten gewerkschaftlichen Maikomitees oder Aktionseinheiten mit anderen Organisationen. Am 1. Mai gibt es nur zwei Möglichkeiten: Maidemonstration der Gewerkschaften, an der sich die Kommunisten mit selbständigen Parolen beteiligen oder Maidemonstration, zu der die Kommunisten als Vorhut der Arbeiterklasse aufrufen."

So steht es in einer Anweisung des ZK des KBW zum 1. Mai 74. Woraus auch hervorgeht, daß die Herrschaften unter „die Kommunisten" nur noch ganz allein sich selbst verstehen.

Das ZK des KBW tritt mit diesem Aktionseinheits-Verbot würdig in die Fußstapfen entsprechender Beschlüsse der SPD- und DKP-Führer. Sie alle konnten aber nicht verhindern, daß sich gerade an diesem 1. Mai der Gedanke der Aktionseinheit verstärkt durchsetzte.

Örtliche KBW-Führer unternahmen zusätzliche „politische" Verrenkungen, um das Aktionseinheits-Verbot irgendwie auch für die besondere Situation am Ort zu „begründen".

In Hamburg z.B. führten die KBW-Größen an, die Parolen der Aktionseinheit von KB, „KPD", RBJ, Liga gegen den Imperialismus u.a. zum 1. Mai seien schlecht. Die Herren hatten allerdings auf allen vorbereitenden Gesprächen, wo diese Parolen diskutiert und festgelegt wurden, trotz mehrfacher Einladung durch Abwesenheit geglänzt. Was blieb ihnen auch anderes übrig, da ihr ZK die Beteiligung an Aktionseinheiten generell verboten hatte? Nur soll man sich dann nachher nicht auf die „schlechten Parolen" rausreden.

sprächen, wo diese Parolen diskutiert und festgelegt wurden, trotz mehrfacher Einladung durch Abwesenheit geglänzt. Was blieb ihnen auch anderes übrig, da ihr ZK die Beteiligung an Aktionseinheiten generell verboten hatte? Nur soll man sich dann nachher nicht auf die „schlechten Parolen" rausreden.

Ein gewisser „Leo" hatte sich für einen Artikel in einer Zeitung des Hamburger KBW noch eine kleine Schweinerei ausgedacht: KB und „KPD" würden auf der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration einen eigenen Block bilden und das bedeute doch „Absonderung und Isolierung".

Dazu ist zu sagen, daß wir erstens auf der DGB-Demonstration keinen „eigenen Block" gebildet haben (vgl. Bericht dazu), und daß vor allem zweitens es im letzten Jahr gerade der KBW selbst war, der in Hamburg als „eigener Block" hinter der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration hertrottete, von einem dünnen Ordner-Kettchen der SDAJ in respektvollem Abstand vom Rest des Zuges gehalten! (Was von uns in UNSER WEG 20/21 kritisiert wurde!)

Das jämmerliche Schauspiel der KBW-Führer beweist einmal mehr: gegen die Aktionseinheit gibt es keine Argumente, sondern nur faule Ausreden. ●



Zahlen-Akrobaten
Der KBW „interpretiert" seine Niederlage

Die Hamburger Ortsgruppe des KBW kam zum 1. Mai gegenüber den Gruppen der Aktionseinheit (u.a. KB, RBJ „KPD" u.a.) in arge Bedrängnis und baute ihre Isolierung und ihren schlechten Leumund tatkräftig aus: Gegenüber der sozialistischen Mai-Demo (der Aktionseinheit) mit über 4.000 Teilnehmern, brachte der KBW nur ein kleines Häuflein von knapp 200 Menschen zu seiner Kundgebung zusammen, die überdies noch den angestauten Ärger von DKP- und SPD-Leuten über sich ergehen lassen mußten.

Wie hat nun der KBW seine Niederlage verarbeitet ?

1. Akt: Nach den Aktionen, aber noch am 1. Mai, gaben „einfache" und führende („mittlere Ebene" ?) Genossen des KBW unumwunden und mit belämmerten Gesichtern eine Zahl von „knapp 200" zu. *(„Ich glaube, da waren nicht mal alle, die bei uns organisiert sind. Vielleicht haben sie uns nicht gefunden ?")*.

2. Akt: Nach dem 3. Mai wird in der KBW-Buchhandlung „offiziell" eine Zahl von *„knapp 400"* verkündet. Diese Übertreibung hält sich im üblichen Rahmen von KBW-Mitteilungen. Bei den schriftlichen Äußerungen ist man allerdings noch vorsichtig. Ein „Extra-Blatt" der „KVZ" (Zeitung des KBW), das sofort nach dem 1. Mai in hoher Auflage verteilt wird, vermeidet jede „Festlegung" (KBW-Jargon) auf der Ebene von Teilnehmer-Zahlen. In einer am 3. Mai herausgebrachten „Betriebs"-zeitung am „Desy" (das ist ein wissenschaftliches Institut), versucht sich der KBW durch bewußt schwammige Formulierung etwas im Erfolg der Aktionseinheit zu sonnen. Es heißt da: *„Mehrere Tausend Menschen schlossen sich der Kundgebung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und der von KPD und KB an."* Kein Wort vom inneren Kräfteverhältnis und davon, daß es hier ausdrücklich um zwei alternative Veranstaltungen ging.

3. Akt: Es erfolgt der „Eingriff der Ortsleitung". Festgelegt wird: *„Auf der Kundgebung des KBW waren 1.500 bis 2.000 Menschen!"* Zu Befehl ! Ab jetzt verkündet ein Plakat im Buchladen diese stolze Zahl.

4. Akt: Offenbar gab es einige Bedenken aus der Organisation. So wurde erneut etwas manikürt und in der „KVZ" (Nr. 10 vom 15. Mai) war denn endgültig (?) zu lesen, daß *„ein fester Kern von 1000 Menschen"* an der Kundgebung teilnahm, aber *„zeitweise"* waren es auch *„bis zu 2.000 Menschen"*. Das ganze wurde dann mit etwas scheinheiliger „Selbstkritik" garniert. Man habe *„nicht rechtzeitig* (das eigene) *Vorgehen öffentlich dargelegt"*, wodurch dann *„zeitweise die Initiative gegenüber der Gruppe Rote Fahne und dem Kommunistischen Bund Nord verloren"* ging. Das ist überhaupt so einer der Lieblings-Schnacks vom KBW: Die Politik („politische Linie") war zwar richtig, man habe sie nur nicht genug „bekannt gemacht", nicht genug „mobilisiert". Die hinter diesen Schnacks stehende Absicht der KBW-Führer ist klar: einen Grund zur kritischen Überprüfung der „politischen Linie" gibt es nicht, kritisiert werden muß die „Basis", die zu wenig mobilisiert hat, zu wenig Flugblätter verteilt, zu wenig Plakate geklebt hat usw. – Tatsächlich ist es der KBW, der bei jeder Gelegenheit den größten Wirbel macht, so natürlich auch wieder zu diesem 1. Mai. „Abgerundet" wird die „Bericht"erstattung in der „KVZ" schließlich mit dem Hinweis auf eine Teilnehmerzahl von 2.000 auf der Demo der Aktionseinheit. Diese Angabe hat der KBW aus Springers „Bild"-Zeitung entnommen. Prost! ●

Sammlung am 1. Mai verboten

Das „Initiativkomitee Arbeiterhilfe" (IKAH) Hamburg stellte bei der Arbeits- und Sozialbehörde Anfang April Antrag auf Genehmigung einer Sammlung während der Demonstration am 1. Mai. Der Erlös der Sammlung war für Kollegen bestimmt, die von den Hamburger Stahlwerken (HSW) und der Howaldt-Werft (HDW) aus politischen Gründen entlassen worden waren und außerdem von Gewerkschaftsausschlüssen betroffen sind.

Die Arbeits- und Sozialbehörde weigerte sich, eine Genehmigung zu erteilen. Es sei nämlich „zu befürchten", daß diese Sammlung „zu Tätlichkeiten ausarten" könnte, falls sich rechte Gewerkschaftsfunktionäre „provoziert" fühlen würden. Wie die Behörde dazu mitteilte, sei das auch die Auffassung des DGB.

Nach dem Verbot einer Solidaritäts-Sammlung für Chile vor einigen Monaten ist dies ein weiterer Fall, wo das Recht zu Sammlungen ausgehöhlt wird.

Entsprechend kann die Behörde willkürlich jede nicht genehme Sammlung mit dem Hinweis verbieten, daß sich irgendwelche Reaktionäre oder Faschisten dadurch „provoziert" und zu „Tätlichkeiten" gereizt fühlen könnten.

Wie aus gewerkschaftlichen Kreisen berichtet wird, benutzte Hamburgs DGB-Chef Saalfeld gleich die Gelegenheit, um eine von der Gewerkschaftsjugend beabsichtigte Sammlung für Chile am 1. Mai zu verbieten. Die Polizei könne ja sonst nicht unterscheiden, welches die „verbotenen" Sammler seien, um diese festzunehmen.

Trotz Verbot spendeten Teilnehmer der Mai-Demonstration spontan etwa 500 Mark für die entlassenen Kollegen. ●

KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE

– Ein Leserbrief –

Zum Verhalten von DKP/SDAJ auf der Hamburger Mai-Demonstration

Ich befand mich im sehr lautstarken Berufsschulblock von G 1, G 10 und Berufsschule Schlankreye. In diesem Block von fast 150 Lehrlingen befanden sich eine große Zahl unorganisierter Lehrlinge, die zum Teil das erste Mal auf einer Demonstration waren. Sie waren aber sehr aktiv und unterstützten die fortschrittlichen Parolen.

Vor uns liefen etwa 20 bis 30 SDAJ-Schüler, die wiederholt von SDAJ und MSB sowie DGB-Ordnern – teilweise mit Megaphonen zum Übertönen unserer Parolen – verstärkt wurden (die Zahl der Störer betrug bis zu 100). Mehrfach versuchten diese Vögel,uns abzupalten: sie wollten uns abdrängen und eine Lücke zwischen uns und den vor uns gehenden aufzureißen. Dieser Versuch scheiterte zweimal, da wir mehrere Reihen mit roten Fahnen und dem G 1 Schild an den Seiten vorbeischleusten und die Provokateure wiederum einkesselten, was ihnen absolut nicht behagte, sodaß sie jeweils nach kurzer Zeit diese Manöver einstellten.

Nun aber das Schärfste: Unsere antifaschistischen Parolen waren diesen Jung-Revis Anlaß, ihrerseits üble Parolen auszuhecken. Da brachten es diese SDAJ-Schüler doch tatsächlich fertig, mehrfach folgende Sprechchöre anzustimmen: „Linksfaschismus hat keinen Zweck, die Chaoten müssen weg"!!! und „Faschismus hat keinen Zweck, die Chaoten müssen weg".

Derartige Verkommenheit sogenannter Kommunisten auf einer Demonstration zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse ist wohl kaum zu übertreffen! Deutlich wird auch, wie weit die Verhetzung geht, wenn man bedenkt, daß die Sprechchöre von Leuten kommen, die gerade erst am Beginn der Entwicklung politischen Bewußtseins stehen (Schüler).

Unsere Kritik daran (später auch die Androhung von Schlägen, die ihre Wirkung nicht verfehlten) wurde immerhin von drei der Leute aufgenommen, die ihre „Genossen" baten, die Sprechchöre einzustellen.

Noch ein Vorkommnis: auf dem Legienplatz stand ich mit etwa acht Lehrlingen von der Berufsschule G 10 zusammen und wir riefen lautstark die Parole „Lohnraubkanzler" und diskutierten zwischendurch über die Brandt-Mai-Provokation. Da schiebt sich auf einmal ein mir bekannter (leider nicht namentlich) MSB-Student an uns vorbei – ihm war es zu laut – und geifert uns an: „ihr solltet lieber mal arbeiten!" Die acht – durchweg nicht-organisierten Lehrlinge waren empört, und der eine wollte am liebsten gleich hinterher und dem „Pinkel" eins „vor's Schott hauen". Ich erzählte ihnen, was das für ein MSB-Vogel ist, wir diskutierten dabei auch noch einmal das Verhalten von DKP/SDAJ an diesem ersten Mai. ●

Ein Metall-Genosse

DGB-Führer und Bullen – Hand in Hand

Auf der Hamburger 1.Mai Demonstration der DGB-Jugend führte ich zur Unterstützung der Rufparolen ein Megaphon mit. Als wir im Demonstrationszug vor dem Legienplatz ankamen, wurden wir durch mehrere auf der Straße stehende DGB-Ordnerblöcke getrennt.

Diese Situation wurde zur „Säuberung" des Demonstrationszuges ausgenutzt. Auf mich stürmten ca. 6 Bullen los, zerrten mich an den Straßenrand und nahmen mir das Megaphon ab, das ich in einer Tasche trug.

Wie mir ein Genosse erzählte, waren die Bullen gezielt von einem DGB-Ordner auf mich gejagt worden.

Scheinbar war die Befürchtung vorhanden, daß Brandt's Worte – mit mehreren tausend Watt über den Platz ausgestrahlt – nachhaltig zurückgewiesen werden könnten.

Auf mein mehrfaches Fragen nach der Begründung für diesen Überfall wurde zuerst festgestellt, ob ich „Widerstand gegen die Staatsgewalt" geleistet hätte. Das verneinten die Bullen, die meine Arme noch fest im Griff hatten.

Schließlich wurde mir erklärt, es sei aufgefordert worden, Megaphone abzugeben, was nicht stimmt; sie seien für die Kundgebung nicht genehmigt. Nach der Kundgebung würde ich es wieder erhalten.

Das Megaphon wurde beim DGB-Ordner-Wagen abgegeben, wo sich Harry v. Bargen (KJA-Vorsitzender und DKP-Student) und Marianne Lohse (Leiterin der Demonstration und Verantwortliche für DGB-Jugendbildung) sehr schwer mit einer Begründung taten. Sie tischten dieselben „Argumente" wie die Polizei auf. Um die „antigewerkschaftlichen Chaoten", also uns Kommunisten, mundtot zu machen, scheuen sich H.v.Bargen und M. Lohse nicht, diesen Polizeiüberfall nachträglich zu rechtfertigen und im Sinne der Polizeimentalität zu begründen.

Ein Ende fand diese Geschichte vorerst, als die Polizei erneut gerufen wurde, da man sich die Auseinandersetzung mit den „Chaoten" über den Diebstahl des Megaphons schenken wollte.

So nahm schließlich der Einsatzleiter für die Demonstration Burkhardt (Dienstnummer 8635) die Verantwortung auf seine Kappe und das Megaphon war erst einmal „sichergestellt".

Nach einigem Hin und Her zwischen DGB und Polizeiwache fand sich mein Megaphon in trauter Eintracht mit zwei anderen einkassierten in den Räumen der DGB-Jugend wieder. ●

Ein Genosse der Bezirks-Organisation



DGB-Führer und Bullen – Hand in Hand

Eiertanz des KBW

In Göttingen bemühte sich die mit dem KB sympathisierende Kommunistische Arbeitergruppe (KAG) um das zustandekommen einer Aktionseinheit zum 1. Mai. An den vorbereitenden Gesprächen nahmen außer der KAG Vertreter des KBW, des KSV (Studentenverband der „KPD") und der IK/KHB (eine örtliche Studentengruppe) teil.

Man kam zunächst überein, im Anschluß an die DGB-Kundgebung eine eigene Kundgebung durchzuführen, auf der Vertreter des KBW, der KAG und des KSV sprechen sollten (in dieser Reihenfolge).

Nach Zustandekommen dieser Vereinbarung verließ der KBW-Vertreter die Sitzung, um wenig später zusammen mit einem Vertreter der KBW-Ortsleitung zurückzukommen und die Vereinbarung wieder aufzuheben. Dies wurde vor allem mit der Teilnahme des KSV „begründet" – ein „Studenten-Redner" habe auf einer „Arbeiterkundgebung" nichts zu suchen, sagte der „ehrenproletarische" KBW-Führer, der seine eigene Klassenherkunft aus der „werktätigen Intelligenz" nicht völlig verleugnen kann. In der sich anschließenden Diskussion stimmten die KBW-Vertreter jedoch der Vereinbarung erneut zu, da ihre mageren „Argumente" ihnen wohl selbst peinlich waren.

Daß diese Zustimmung jedoch ein opportunistischer Schritt war, zeigte sich, als wenige Tage später ein Brief vom KBW eintraf, in dem es hieß:

„Werte Genossen,

bei den Absprachen bezüglich der Kundgebung am 1. Mai sind von den von uns dafür Beauftragten Fehler gemacht worden, die wir hiermit korrigieren. Der Auftrag der Ortsleitung des KBW lautete dahingehend, daß über die Koordination der von uns im Anschluß an die DGB-Kundgebung geplanten Kundgebung und einer möglicherweise von Euch geplanten Kundgebung gesprochen werden sollte, damit im allseitigen Interesse auf dem Kundgebungsplatz kein Gerangel entsteht.

Herausgekommen ist aus den Besprechungen mit Euch jedoch keine Koordination von Kundgebungen, sondern eine Kundgebung, die die Darstellung verschiedener politischer Richtungen zum Inhalt hat. Eine solche Kundgebung halten wir für falsch und schädlich; wir meinen, sie kann auch gar nicht in Eurem Interesse liegen.

Bei dieser Sache kann es sich offenkundig nicht um eine Aktionseinheit handeln, denn Aktionseinheiten schließen wir auf der Grundlage von begrenzten Teilforderungen mit dem Ziel gemeinsamer Aktion ab. Es wäre widersinnig, Aktionseinheiten zwecks gemeinsamer Propaganda für unterschiedliche Auffassungen zu schließen. Ebensowenig kann es das Ziel einer Kundgebung sein, unterschiedliche Auffassungen zu propagieren.

Wir werden wie geplant im Anschluß an die DGB-Kundgebung eine KBW-Kundgebung durchführen, in der wir unsere Auffassungen über die gegenwärtige Lage im Klassenkampf und die Aufgaben der Arbeiterklasse darlegen werden. Euch bleibt es unbenommen, eine eigene Kundgebung durchzuführen."

Zu diesem sophistischen Schwachsinn ist anzumerken, daß es das W e s e n von Aktionseinheiten ist, daß unterschiedliche Auffassungen in einer Reihe von Fragen bestehen, und daß diese Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Aktionseinheit auch öffentlich dargestellt – also nicht verschwiegen – werden.

Der KBW verließ sich in diesem Fall – erfolgreich – auf die größere Phon-Stärke seines Lautsprechers, mit der er nach Schluß der DGB-Kundgebung die Abhaltung einer halbstündigen Rede erzwang, in deren Verlauf die meisten Teilnehmer der DGB-Kundgebung angeödet das Feld räumten, bevor dann noch „gnädigerweise" vor etwa 3-400 verbliebenen Menschen Vertreter des KSV und der KAG sprechen „durften".

Die Herrschaften vom KBW sollten sich allerdings auf die Dauer an den Gedanken gewöhnen, daß nicht a l l e politischen Auseinandersetzungen durch die Stärke des Lautsprechers entschieden werden. ●

Berichte

Bremerhaven

Den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern ist es gelungen, eine Demonstration an diesem 1. Mai zu verhindern. Erklärtes Ziel ihrer Anstrengungen: zu verhindern, daß die „Roten mit ihren Parolen" den 1. Mai zu dem machen, was er seiner Tradition und aktuellen Bedeutung nach sein muß – Kampftag der Arbeiterklasse!

Was sie wollten, war etwas anderes: den 1. Mai „umzufunktionieren" zu einer Feierstunde der Klassenharmonie, zu einer „Kampfveranstaltung" für die abgewirtschaftete SPD-Regierung.

Die DGB-Maifeier im Parkhotel war gekennzeichnet von „einem unüberhörbaren Bekenntnis zur Politik der sozialliberalen Regierung", wußte die 'Nordsee-Zeitung' zu berichten.

Und in der Tat: der als Redner engagierte NGG-Vorsitzende Stadelmaier bestritt den größten Teil seiner Rede mit der Hochjubelei der angeblichen Reform- und Arbeiterfreundlichkeit der SPD-Regierung.

Nicht fehlen durfte aber auch das übliche Beiwerk solcher Veranstaltungen: ein bißchen auf die Kacke hauen, ein bißchen scheinradikales Gerede gegen Preistreiberei der Kapitalisten und einige andere „Auswüchse der Marktwirtschaft" – wie die Sozialdemokraten sich auszudrücken pflegen.

Wer des Geredes der DGB-Führer überdrüssig war, wer sich, statt Loblieder auf die Regierung anzuhören, lieber an Diskussionen über die aktuellen Probleme der Arbeiterbewegung beteiligen wollte, der hatte in diesem Jahr Gelegenheit dazu. Der KB führte am Nachmittag des 1. Mai eine Veranstaltung durch, an der sich knapp 90 Kollegen und Genossen beteiligten. Neben der wichtigen Auswertung der Erfahrungen der jüngsten Kämpfe in Betrieb und Stadtteil, neben der Einordnung dieser Erfahrungen in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und Bestimmung der nächsten Aufgaben der Arbeiterbewegung hatte diese Veranstaltung noch ein weiteres positives Ergebnis: über DM 220,- wurden zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes gegen die faschistische Terrorherrschaft gesammelt. ●

KB/Gruppe Bremerhaven

Flensburg

Die Flensburger DGB-Führung hielt es auch in diesem Jahr wie schon in den Jahren zuvor nicht für nötig, den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse zu begehen.

Statt einer gewerkschaftlichen Mai-Demonstration oder Kundgebung veranstaltete sie wiederum einen „Tanz in den Mai" am 30. April.

In Flensburg fanden bis zum Anfang der sechziger Jahre regelmäßig Mai-Demonstrationen mit über 10.000 Teilnehmern statt. Dann „ersetzten" die Gewerkschaftsführer die Demonstrationen durch Kundgebungen, und schließlich ließen sie auch diese fallen und veranstalteten ihre flotten „Mai-Tänze".

Angeblich hätten nämlich die Kollegen kein Interesse mehr an einer Demonstration ihrer gewerkschaftlichen Forderungen.

Angesichts der Politik der Gewerkschaftsführer ist das „sinkende Interesse" der Kollegen auch kein Wunder. So machte sich der Flensburger DGB-Vorsitzende, Heinz Podschun, in seiner Rede auf dem Mai-Tanz Sorgen um die Zukunft der „freien Marktwirtschaft".

Wie schon in den letzten beiden Jahren war auch in diesem Jahr der KB die einzige Organisation, die am 1. Mai die Forderungen der Arbeiterklasse in Flensburg propagierte.

Vor dem 1. Mai waren verschiedene linke Organisationen angeschrieben und zur Aktionseinheit aufgefordert worden.

Erwartungsgemäß schickte uns die DKP keine Antwort. Wie wir hinterher von DKP-Genossen erfuhren, wurde der Brief nicht einmal den Mitgliedern vorgelegt. Die Aktivitäten der Flensburger DKP zum 1. Mai beschränkten sich im wesentlichen darauf, die „UZ" am 30. April für 10 Pf. zu verkaufen.

Die Jusos schrieben einen „empörten" Antwortbrief und verwahrten sich gegen den *„Versuch, einen Keil zwischen DGB und Jusos zu treiben"*.

Die dem KBW nahestehende SSG war der Ansicht, der 1. Mai sei für Schüler nicht so wichtig.

Allein die Rote Hilfe erklärte sich zur Teilnahme an der KB-Kundgebung bereit.

Erwähnung finden sollte noch die Provokation der Gruppe „KPD/ML", die vor dem 1. Mai unsere Plakate überklebt und sich auf einer Veranstaltung offen zu ihrer Provokationstätigkeit bekannt hatte. Wir werden die Provokationen dieser Gruppe künftig entsprechend beantworten.

An der Mai-Kundgebung des KB nahmen ca. 200 Menschen teil, was ungefähr unseren Erwartungen entsprach. Darunter waren eine Reihe von Kollegen, die zum ersten Mal einer KB-Veranstaltung beiwohnten und trotz des schlechten Wetters bis zum Schluß blieben. Zur anschließenden Filmvorführung des „Arbeiterfilm" kamen 120 Menschen.

Insgesamt ist die Mai-Veranstaltung als ein kleiner Erfolg zu bewerten. ●

KB/Gruppe Flensburg

Frankfurt

Etwa 10 000 Menschen demonstrierten in Frankfurt am 1. Mai vom Opernplatz aus zur Abschlußkundgebung auf dem Römerbert.

Der Zug lief, wie in den letzten Jahren, auch diesmal durch die menschenleeren Geschäftsstraßen der Innenstadt. Er war geprägt, stärker noch als im letzten Jahr, von roten Fahnen und kämpferischen Parolen.

Auch die ausländischen Kollegen waren in diesem Jahr wieder mit eigenen starken Blocks, zahlreichen Fahnen und Transparenten vertreten. Die griechischen Kollegen traten unter der Parole „Nieder mit dem Faschismus und seiner Junta - Vorwärts für ein freies, unabhängiges Griechenland" auf.

Auf der Abschlußkundgebung sprach unter starkem Beifall zuerst Frau Allende, Vorstandsmitglied der chilenischen Gewerkschaft CUT. Sie dankte für die bisherige Unterstützung des chilenischen Widerstands und bat „im Namen Tausender Kollegen meiner Heimat um aktivste Solidarität."

Protestrufe erntete dagegen Heinz Wolf, Landesvorsitzender der ÖTV in Hessen, der nach Frau Allende sprach und eine Wahlrede für die SPD mit eingebauten Seitenhieben gegen die „Chaoten" halten wollte.

Die „KPD", die in einem eigenen Block in der Demonstration mitgezogen war, führte anschließend noch eine eigene Demonstration mit etwa 100 Teilnehmern durch das Nordend und Bornheim durch. Der KBW veranstaltete nach Schluß der DGB-Kundgebung eine Kundgebung.

KB/ Gruppe Frankfurt

1. MAI

Göttingen



Kommunistische Arbeitergruppe Göttingen

Etwa 2.000 Menschen demonstrierten am 1. Mai in Göttingen. Aufgerufen hatte die DGB-Führung, die sich jedoch öffentlich von Aufrufen kommunistischer Gruppen distanziert und auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse hingewiesen hatte. Auch die 'Kommunistische Arbeitergruppe' (KAG) hatte zur DGB-Demonstration und Kundgebung aufgerufen und demonstrierte unter politischen Parolen gemäß der Mai-Plattform des KB. Die große Mehrheit der Demonstranten forderte in Sprechchören: „Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen weg!" und „Weg mit den Berufsverboten!". Viele Demonstranten riefen die Sprechchöre der KAG: „*Gewerkschaftsführer und Bourgeoisie bekämpfen Arbeiterdemokratie!*", „*Das Streikrecht wird mit Füßen getreten – dagegen die Kampffront aller Proleten!*", „*Nationalismus und Rassismus sind Verrat am Proletariat!*".

Eine Gruppe von Kollegen der Firma Hubert & Co. trug aus Anlaß der Entlassung eines fortschrittlichen Vertrauensmannes das Transparent: „*Gegen politische Entlassungen fortschrittlicher und konsequenter Kollegen.*"

Der gewerkschaftliche Arbeitskreis der Göttinger DruPa-Jugend führte mehrere klassenkämpferische Transparente mit, darunter: „*Gegen den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie – gegen Extremistenerlasse!*".

Auf der Kundgebung am Markt waren 2.500-3.000 Menschen versammelt. Der Göttinger DGB-Kreisvorsitzende S. Krüger erlaubte sich am Anfang der Kundgebung die Provokation zu behaupten, der Jugendsprecher, der die Jugendrede halten sollte, hätte „abgesagt". Tatsächlich war es jedoch so, daß Krüger die Jugendrede so stark zensiert hatte, daß der KJA es ablehnte, eine solch verstümmelte und sozialpartnerschaftlich umgetextete Rede zu halten. Sie wurde von S. Krüger verlesen. Vor zwei Jahren hatte sich schon einmal das Gleiche abgespielt. Krüger erhielt den verdienten „Applaus": massenweise Pfiffe und Buh-Rufe. Ebenso erging es dem „Starredner" der DGB-Führung, dem 2. Vorsitzenden der GEW, Helmut Lohmann, dessen reaktionäres Gewäsch in der üblichen Kapitalistenlüge gipfelte, „unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung" sei die denkbar beste, „wir" hätten eine „gute Regierung", und es gelte, sie gegen alle „Feinde" zu verteidigen. – Die kleine Schwester der SPD, die DKP, beschränkte sich am 1. Mai nicht auf den Verkauf von roten Nelken mit einer „UZ-Extra" dabei: einer SDAJ-Singegruppe war es gerade recht, mit jämmerlichen Songs à la „*Hätten wir die Mitbestimmung, wär das nicht passiert ...*" das offizielle Kundgebungsprogramm der rechten DGB-Führer abzurunden.

Im Anschluß an die DGB-Kundgebung sollte ursprünglich auf Initiative der KAG eine oppositionelle Kundgebung stattfinden, auf der mehrere revolutionäre Organisationen zu Wort kommen sollten. Die Leitung der KBW-Ortsgruppe schnappte jedoch – wie gewohnt – im letzten Moment über, fuhr nach dem Motto „Wir sind die Größten" mit einer Anlage mit zehn Lautsprechern auf und ödete die Kundgebungsteilnehmer über eine halbe Stunde lang mit noch größeren Plattheiten an, als wir es aus „KVZ" und Göttinger Ortsbeilage ohnehin kennen.

Immerhin konnte die KAG danach ihre Mai-Rede noch gut 300-400 Menschen zu Gehör bringen. Über die Anlage der KAG sprachen ferner Vertreter der Sympathisantengruppe des KSV und des Antiimperialismus-Komitees. Zum Abschluß wurde eine Grußadresse an die palästinensischen Genossen verlesen.

Am Abend des 1. Mai führte die KAG eine Saalveranstaltung durch, die von gut 100 Menschen besucht wurde. In drei Referaten wurde der Standpunkt des Kommunistischen Bundes zu den zentralen Fragen des Klassenkampfes dargelegt. Das erste Referat behandelte schwerpunktmäßig die Faschisierung von Staat und Gesellschaft; es ging hier in erster Linie darum, das Gesicht, die Absichten und die Verbündeten des Klassenfeindes zu enthüllen, um deutlich zu machen, daß sowohl die Verhinderung des Faschismus als auch die Erkämpfung des Sozialismus kein gradlinig vorwärtspräschender Sturmmarsch ist (wie es der KBW den Arbeitern mit immer neuen Plattheiten und Haarspaltereien vorgaukelt) – sondern daß in erster Linie durch konkrete Enthüllung der wirklichen Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates in der Arbeiterklasse das politische Bewußtsein von der praktischen Notwendigkeit, zu kämpfen, sich zusammenzuschließen, zu lernen und vorwärtszuschreiten, entwickelt werden muß. Diese Frage stand auch im Mittelpunkt der Referate zur Gewerkschaftsfrage (Ausschlußpolitik) und zur Frage der Schaffung der Kommunistischen Partei.

Die KAG gab insbesondere den anwesenden KBW-Vertretern reichlich Gelegenheit, ihre politische Linie vorzuführen. Man höre: die Bourgeoisie ist in der Defensive, die Massen wollen nach links, die Wahlerfolge der CDU seien Ausdruck der Unzufriedenheit der Massen, Zeichen des Abwirtschaftens der SPD, die Kommunisten müssen den demokratischen Kampf „offensiv" führen, denn er sei das „Hauptkettenglied" zur Erreichung des Sozialismus. In dieser Diskussion gelang es den KAG-Rednern und einem Redner des IK/KHB, der überwiegenden Mehrheit der Versammelten den illusionistischen und bei allem „linken" Theaterdonner in der praktischen Konsequenz rechtsopportunistischen Charakter der KBW-Politik deutlich zu machen. Zugleich gelang es, eine Reihe von politisch Interessierten für die organisierte Arbeit mit dem ARBEITERKAMPF zu gewinnen.


Mai-Kundgebung in Göttingen

War es bisher fast stets so, daß sich die KAG aus der öffentlichen Diskussion in der Göttinger Linken „heraushielt", so gelang es diesmal, offensiv die Positionen des Kommunistischen Bundes darzulegen.

Anläßlich der 25 Jahr-Jubelfeier des BRD-Imperialismus wird die KAG in einer größer angelegten Veranstaltung die Auseinandersetzung um die richtige revolutionäre Linie im Klassenkampf fortsetzen. ●

KAG-Göttingen

Hamburg

In Hamburg hatten sich dieses Jahr der KB, die „KPD", der Ring Bündischer Jugend (RBJ), die Liga gegen den Imperialismus und einige andere Organisationen auf ein gemeinsames Vorgehen zum 1. Mai geeinigt:

- **Teilnahme an der Demonstration der Gewerkschaftsjugend mit eigenen Parolen –**
- **Teilnahme an der DGB-Kundgebung (Hauptredner: Ex-Kanzler Brandt) mit Protestrufen und Sprechchören –**
- **Nach der Brandt-Rede (also noch während der DGB-Kundgebung) Formierung zu einer eigenen Demonstration mit gemeinsamer Abschlußkundgebung.**

Die DGB-Führung hatte ihre Ordner vorher angewiesen, Gruppen mit nicht genehmen Parolen aus der Mai-Demonstration der Gewerkschaftsjugend „abzudrängen": „*Es ist ja so, daß wir starke Ordnergruppen haben und daß wir diese Pläne* (der Aktionseinheit – Anm. AK) *ohne weiteres verhindern können,*" hatte Hamburgs DGB-Chef Saalfeld vorher auf einer „Ordner-Besprechung" in völliger Verkennung des realen Kräfteverhältnisses geprahlt. Bei dieser Gelegenheit deutete Saalfeld auch die Möglichkeit an, „nach Ermessen" die Polizei „einzuschalten", um oppositionelle Gruppen aus dem Zug zu prügeln. Wenn der Zug ein „*chaotisches Bild*" bieten würde, so Saalfeld, **„müssen wir ihn auflösen".**

Tatsächlich hütete sich die DGB-Führung, am 1. Mai ihre kraftmeierischen Drohungen in die Tat umzusetzen. Abgesehen von einigen Vorstößen wildgewordener Ordner, die rasch „abgedrängt" wurden, verlief der Zug ohne handgreifliche Auseinandersetzungen.

Umso stärker war allerdings die p o l i t i s c h e Konfrontation. Über die ganze Länge der Demonstration von etwa 10.000 Menschen waren Parolen gegen Faschisierung und Abbau demokratischer Rechte, gegen die Lohnraub-Politik der Regierung, gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse zu sehen und zu hören. Den vor allem von den Jungrevisionisten der SDAJ gerufenen „Mitbestimmungs"-Parolen („Wir haben es kapiert: für Mitbestimmung wird marschiert") antworteten Sprechchöre wie „Wir haben es kapiert, mit Mitbestimmung sind wir angeschmiert" und „Mitbestimmung hat kein' Zweck, das Kapital muß restlos weg!"

Unter diesen Umständen hielt es die Gewerkschaftsführung für geraten, die Demonstration immer wieder von der Polizei aufhalten zu lassen und die Kundgebung mit Brandt vorzeitig beginnen zu lassen, um wenigstens diese möglichst „störungsfrei" über die Bühne gehen zu lassen: als die Kundgebung eröffnet wurde, marschierte gerade die Spitze der Demonstration auf den Platz ein. Als Brandt seine Rede begann, war noch nicht einmal die Hälfte des Zuges auf den Platz gelangt.

Dies hinderte aber nicht, daß dieser (letzte) Profilierungsversuch von Brandt in Sprechchören und anderen Kundgebungen des Protests unterging.

Zudem dürfte die Teilnehmerzahl der Kundgebung (maximal 15.000, nachdem der Zug vollständig auf den Platz gelangt war) eine arge Blamage sein (die DGB-Führung hatte Brandt vorher mindestens 30.000 Kundgebungs-Teilnehmer versprochen, wovon 20.000 Sozialdemokraten direkt zur Kundgebung erwartet wurden, ohne sich zuvor an der Demonstration zu beteiligen.

Unmittelbar nach der Rede Brandts, während DGB-Chef Vetter sprach, strömten Tausende vom Platz, um sich in der Nähe zur sozialistischen Mai-Demonstration zu formieren. Es waren mehr als 4.000 Menschen, die durch St. Georg zur Abschlußkundgebung auf dem Hansa-Platz zogen, wo Vertreter der „KPD", des KB, des RBJ und der Liga gegen den Imperialismus sprachen.

Dieser Verlauf des 1. Mai ist zweifellos ein Sieg der revolutionären Kräfte, der ihre zunehmende politische Stärke bestätigt, und eine Niederlage der DGB- und SPD-Führer, deren Vorstellungen von einem 'Regierungs-Mai' durchkreuzt wurden.

Ihr eigenes Süppchen kochten an diesem 1. Mai die „KPD/ML" und der KBW.

Die „KPD/ML" rief lächerlicherweise dazu auf, die beim DGB demonstrierenden Arbeiter „allein zu lassen" und „einen deutlichen Trennungsstrich" zu ihnen zu ziehen. Etwa 150 Menschen schlossen sich dieser Aufforderung zur Kapitulation vor den DGB-Führern an.

Der KBW rief zu einer Kundgebung im Anschluß an die DGB-Kundgebung auf. Obwohl der Kundgebungsplatz des KBW direkt neben der DGB-Kundgebung lag und von den meisten Teilnehmern dieser Kundgebung auf dem Heimweg zwangsläufig passiert werden mußte, blieben nur etwa 350 Menschen stehen, um den Worten des KBW zu lauschen, darunter ein Großteil von Buhrufern der SDAJ und SPD, die auf diese Weise ihren Ärger über die „Chaoten" abreagierten. Dies hindert den KBW nicht, nachträglich von 1.500 - 2.000 Teilnehmern zu sprechen.

Ein wichtiger Fortschritt, außer dem für die revolutionäre Linke erfolgreichen Verlauf des 1. Mai, war das gemeinsame Vorgehen von „KPD" und KB. Dieses drückte sich nicht nur in solidarischen Vorbesprechungen und im erfolgreichen gemeinsamen Vorgehen am 1. Mai aus, sondern auch in einer gemeinsamen Veranstaltung gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse einige Tage vorm 1. Mai, an der weit über 2.000 Menschen teilnahmen.

Vertreter von KB und „KPD" brachten zum Ausdruck, daß sie die Aktionseinheit zum 1. Mai nicht als „Eintagsfliege" betrachten, sondern die Zusammenarbeit fortsetzen wollen.

Es wäre jedoch unrealistisch, die noch bestehenden großen Meinungsverschiedenheiten sowohl in den allgemeinen Linien unserer Politik wie auch in der praktischen Anwendung zu unterschätzen. Die „KPD" stellte z.B. unseren Parolen gegen die Faschisierung und „Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse" ihre Parolen gegenüber: „Gegen Monopolkapital und Brandt-Regierung – Arbeitereinheit, Volkseinheit – Für den Sozialismus" und „Hinein in die Gewerkschaft – stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung".

Wir meinen, daß unsere erste Parole klar eine bestimmte Richtung bürgerlicher Politik angibt, gegen die es zu kämpfen gilt (Faschisierung), während die Parole der „KPD" die Stoßrichtung des Kampfes künstlich einengt auf eine bestimmte Regierung (die es heute schon nicht mehr gibt!) und auf einen T e i l der Kapitalistenklasse, wenn auch deren mächtigsten (Monopolkapital).

Zur Gewerkschaftsparole meinen wir, daß die Parole der „KPD" im ersten Teil sich nur an n i c h t - organisierte Arbeiter zu wenden scheint („Hinein ...") und im zweiten Teil zur S t ä r k u n g einer „revolutionären Gewerkschaftsbewegung" aufruft, die es nach unserer Einschätzung noch gar nicht gibt. Immerhin verstehen wir es aber als einen Schritt in die richtige Richtung, daß die Genossen der „KPD" ihre früheren Parolen zur „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO) zurückgestellt haben.

Wir werden uns zukünftig stärker als bisher geschehen mit der Politik der „KPD" befassen; zunächst in einem Artikel in der nächsten Nummer von UNSER WEG. Wir hoffen, daß auch die Genossen von der „KPD" verstärkt die politisch-ideologische Auseinandersetzung suchen werden. ●



1. MAI

Hannover

Etwa 4.000 Menschen folgten am 1. Mai dem Aufruf des DGB, in mehreren Demonstrationszügen zur offiziellen Kundgebung zu marschieren.

Der DGB verteilte ein schwarz-rot-golden umrahmtes Flugblatt, auf dem es, neben kräftiger Wahlpropaganda für die SPD, hieß: *„Wir bekennen uns zu unserem Staat, wir werden seine Grundordnung zu verteidigen wissen."* DGB-Funktionäre rannten an den Demonstrationszügen längs, um „gewerkschaftsschädigende" Parolen zu suchen. ÖTV-Führer Kreiwanger wollte gar im politischen Amok ein Transparent zerstören, auf dem ÖTV-Kollegen aus Burgdorf geschrieben hatten: *„Für innergewerkschaftliche Demokratie – für mehr Mitgliederversammlungen"*. Kreiwanger blitzte jedoch ab.

Es war auch in Hannover versucht worden, ein gemeinsames Vorgehen der Linken zu erreichen. Jedoch war der KBW – entsprechend dem von seinem ZK verhängten Verbot – von vornherein gegen eine Aktionseinheit.

Zu einer Absprache kam es aber zwischen den Sympathisanten des KB in Hannover und dem KJV (Jugendorganisation der „KPD"). In der DGB-Demonstration bildeten sie einen gemeinsamen Block mit etwa 200 Teilnehmern. Die geplante gemeinsame Kundgebung scheiterte jedoch, da der von den KJV-Genossen vorgesehene Lautsprecherwagen nicht rechtzeitig eintraf. Genossen der „KPD", die länger ausgeharrt hatten, führten aber später doch noch eine Demonstration durch, an der nach Angaben der „Roten Fahne" über 300 Menschen teilnahmen.

Der KBW führte in Hannover eine Demonstration mit etwa 300 Teilnehmern durch. ●

SdKB/Hannover

Kassel

In Kassel fand nach sechsjähriger Pause wieder eine große Mai-Demonstration des DGB statt, an der sich ca. 4.000 Arbeiter und Angestellte, Schüler und Studenten beteiligten.

Ein gemeinsames Vorgehen der linken Gruppen Kassels an diesem 1. Mai war leider nicht möglich, da die Vor-



stellungen des „Rote Fahne-Freundeskreises Kassel" (RFFK; der „KPD" nahestehend) von einem „oppositionellen Block" keine Zustimmung fanden und da die studentischen Sympathisanten des KBW (KSB) von ihrem ZK von vornherein auf einen sektiererischen Kurs und auf das Verbot einer Aktionseinheit eingeschworen waren.

Die Kommunistische Arbeiterjugend/Aufbaugruppe (KAJ/AG), eine noch kleine Gruppe von Lehrlingen, jungen Arbeitern und Angestellten, die in den Berufsschulen, den AEG-Fabriken Kassel und in der HBV und IGM ansatzweise – ihren Kräften entsprechend – arbeitet, verteilte zum 1. Mai ein Flugblatt und führte eine Veranstaltung durch.

In unserem Flugblatt, das vor allen Berufsschulen, einigen Metallbetrieben, in der Innenstadt und während der Abschlußkundgebung des DGB am 1. Mai verteilt wurde, versuchten wir darzustellen, wie die westdeutsche Bourgeoisie gezwungen durch die internationale Entwicklung, immer schneller und umfassender die Rechte und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung angreift. Daß zwar der Widerstand in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen dagegen wächst, aber vorerst noch spontan, unorganisiert und vereinzelt ist. Und wenn die Arbeiterklasse und die übrigen Teile des Volkes den Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie führen will, zum Kampf um mehr Rechte und um den Sozialismus, muß sie die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse machen und die Kommunistische Partei aufbauen.

An der Demonstration des DGB nahm die KAJ/AG teil mit den Parolen „Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Lebensbedingungen der Werktätigen", „Für die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse", „Gegen den beschleunigten Abbau demokratischer Rechte und die Militarisierung von Staat und Gesellschaft".

KJA-Vorsitzender Caro und DGB-Jugendsekretär Kaiser waren erfolglos bemüht, die Parolen der KAJ/AG ans Ende des Zuges zu drängen. Caro hielt es außerdem für nötig, sich durch Daß Zerreißen von „ARBEITERKÄMPFEN", die am Rande der Demonstration verkauft wurden, in Szene zu setzen. ●

KAJ/AG

Kiel

In Kiel hat der DGB in diesem Jahr nach langer Zeit wieder eine Kundgebung auf dem Rathausplatz durchgeführt.

„Für die jugendlichen Kollegen" fand darüber hinaus eine gewerkschaftliche Mai-Demonstration statt. Obwohl die rechten Gewerkschaftsführer aktiv demobilisierten, die Herausgabe eines KJA-Aufrufs verhinderten und mit dem Einsatz von Polizei gegen „Störer" und „Chaoten" drohten, beteiligten sich 8-900 Jugendliche an der Demonstration. Auch der KB, die Genossen der ehemaligen „KPD/ML-ZB", die zuvor auf einer gemeinsam ausgearbeiteten Plattform eine Aktionseinheit bildeten, und die „Ortsaufbaugruppe" des KBW hatten zu dieser Demonstration aufgerufen.

Ganz entgegen dem Geschmack der DGB-Ortsmächtigen wurde die Demonstration eindeutig beherrscht von roten Fahnen, klassenkämpferischen Parolen und Transparenten.

Auf der Kundgebung des DGB sprach der Chef der IG Bau-Steine-Erden, Sperner, der Pfiffe und Protestrufe erntete.

Da auf dieser „offiziellen" Gewerkschaftskundgebung die tatsächlichen Interessen und Forderungen der Kollegen nicht zur Sprache gebracht werden konnten, führte der KB (in Aktionseinheit mit der ehemaligen ZB-Gruppe) und der KBW im Anschluß daran eine sozialistische Kundgebung mit mehreren hundert Teilnehmern. ●

Lübeck

In diesem Jahr rief die Gewerkschaftsführung in Lübeck erstmals wieder zu einer Kundgebung unter freiem Himmel auf. Obwohl die DGB-Führung fast gar nicht mobilisiert hatte, kamen immerhin etwa 2.500 Menschen.

Trotz vorheriger gewaltiger Sprüche, es seien eine starke „Ordnertruppe" und einige Dutzend zivile Bullen bereitgestellt, um gegen rote Fahnen und kämpferische Parolen vorzugehen, verlief die Veranstaltung ohne Zwischenfälle.

Der KB hatte andere linke Gruppen aufgefordert, gemeinsam vorzugehen. Darauf hatte nur die „KPD/ML" geantwortet – und zwar mit einer Ablehnung.

So führte der KB allein nach der DGB-Veranstaltung eine Kundgebung durch, an der etwa 200-250 Menschen teilnahmen. Die DGB-Führer versuchten, zeitweise nicht ganz ohne Erfolg, die Kundgebung des KB mit dem Orchester zu übertönen.

Die „KPD/ML" machte in Lübeck-Moisling eine eigene Demonstration unter dem Motto: ‚Reform oder Revolution'. Sie meinten, es müßte ein ‚klarer Trennungsstrich' gezogen werden, der letzten Endes darauf hinauslief, dort die Arbeiter und ganz woanders die „KPD/ML". 50 Menschen folgten dem Aufruf der „KPD/ML"; wie zu hören ist, war auch eine schwarz-rot-goldene Fahne als Zeichen des „Kampfs gegen die Supermächte" im Haufen der „KPD/ML" zu sehen.

Am 22. April hatte der KB in Lübeck zur Vorbereitung des 1. Mai eine Saalveranstaltung durchgeführt, an der etwa 65 Menschen teilnahmen. ●

KB/Gruppe Lübeck

Oldenburg

Wie schon in den letzten Jahren führte die Oldenburger DGB-Führung auch dieses Mal wieder eine Mai-„Feier" in der Weser-Ems-Halle durch. Als Starredner wurde Arbeitsminister Arendt präsentiert, neben ihm der Oldenburger DGB-Chef Bittner und Oberbürgermeister (und Kapitalist) Fleischer, sowie ein Sprecher des KJA.

Von der DKP war nicht zu erwarten, daß sie dem Humbug einer solchen Mai-„Feier" seitens der DGB-Führung entgegentreten würde. Sie hatte bereits einige Tage vor dem 1. Mai eine eigene Veranstaltung durchgeführt, zu der ein derart kleiner Raum gewählt wurde, daß er nicht einmal die eigenen Mitglieder fassen konnte. Und da die DKP-Führer sich auf dem Boden des Klassenkampfes wohl selbst auch nur noch so wohl fühlen, wie der Esel auf dem Eis, schwangen sie denn auch nach einer einleitenden Rede lieber das Tanzbein als die Faust zu ballen. Sicherlich ist das im „Zeitalter der Entspannung" auch angepaßter.

So gab es denn nur zwei Veranstaltungen in Oldenburg, die dem 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse mehr oder weniger gerecht wurden. Zum einen eine Veranstaltung des KBW, zwei Tage vor dem 1. Mai, mit ca. 70 Teilnehmern, auf der allerdings in der vom KBW bekannten Manier allerlei weihräuchernde Hochstimmung über die gegenwärtige Situation des Klassenkampfes in unserem Land verbreitet wurde.

Zum anderen eine Veranstaltung am Abend des 1. Mai, zu der gemeinsam vom Ring Bündischer Jugend (RBJ), dem Oldenburger Jugendarbeitskreis „Werkstatt" und der Oldenburger Gruppe des KB aufgerufen wurde, und an der ca. 110 Freunde und Genossen teilnahmen. Mitglieder der Hamburger RBJ-Gruppe führten hier ihr Informations- und Lieder-Programm „Freiheit für Griechenland – Solidarität im antifaschistischen Kampf" auf, das auch schon in anderen Orten mit viel Erfolg stattfand. Anschließend hielt der KB einen Redebeitrag über die Faschisierung in der BRD, woran sich noch mehrere weitere Diskussionsbeiträge zu diesem Thema knüpften. Da an diesem Tag bei weitem nicht alles „ausdiskutiert" werden konnte, aber durchaus noch Interesse dazu bestand, wurde die Diskussion über diese Fragen am nachfolgenden Sonnabend (4. Mai) weitergeführt. ●

KB/Gruppe Oldenburg

Westberlin

In Westberlin ist es in Jahren zur Tradition geworden, daß am 1. Mai eine große Demonstration in den Arbeiterbezirken Neukölln und Kreuzberg durchgeführt wird.

Außer der „KPD" und der „KPD/ML" – die jeweils eigene Demonstrationen machten – beteiligten sich daran alle bedeutenden Organisationen verschiedener politischer Richtungen in der Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsjugendgruppen und andere oppositionelle Gruppierungen in den Gewerkschaften, Organisationen ausländischer Arbeiter und Studentenorganisationen.



Westberlin: Kopf des KB-Blocks

Der DGB hatte seit Jahren, seit es ihm nicht mehr gelang, den 1. Mai zum „Kampftag" des Antikommunismus und der Feindschaft gegen die DDR zu gestalten, auf Straßendemonstrationen verzichtet.

Unter der Parole „Überlaßt die Straße nicht den Kommunisten" trauten sich die DGB-Führer in diesem Jahr erstmals wieder aus ihren Rattenlöchern, was promt „voll in die Hosen" (Westberliner „Bild"-Zeitung, 2. Mai) ging.

Die DGB-Führung hat in ihrer Art auf die aus den Betrieben kommenden Forderungen nach einer DGB-Demonstration am 1. Mai und auf den von den Demonstrationen in Neukölln und Kreuzberg ausgehenden Druck reagiert. Mit antikommunistischen Parolen, mit der Aufstellung von 500 „Ordnern", z.T. gegen Bezahlung angeheuert, mit kraftmeierischen Drohungen, „Störer", rote Fahnen und kämpferische Parolen aus dem Zug holen zu lassen, sollten die Weichen für einen halbwegs unter Kontrolle der DGB-Führung bleibenden Verlauf gestellt werden. In letzter Minute brachte die bürgerliche Presse außerdem in großer Aufmachung die Lügen-„Meldung", daß der Westberliner DGB-Chef Sickert von der „KPD" Morddrohungen erhalten habe.

Die Westberliner SEW-Führung hatte zuerst eine Aufforderung zur „Aktionseinheit" an Sickert gerichtet, war aber abgeblitzt. So rief die SEW auch in diesem Jahr wieder zur zur Demonstration in Neukölln und Kreuzberg auf.

Fast alle anderen Organisationen der Westberliner Linken riefen zur Beteiligung an der DGB-Demonstration auf (mit Ausnahme der „KPD/ML", die auch in Westberlin den „Trennungsstrich zwischen Reform und Revolution" zu ziehen wünschte). So die „KPD" (die in diesem Jahr ihre eigene Demonstration auf den Nachmittag verschob), der KBW (der auf eigene Parolen verzichtete und dazu aufrief, sich unter „fortschrittlichen" Parolen, die vielleicht aus Betrieben oder Gewerkschaftsgremien kämen, „einzureihen") und die Trotzkisten (die in ihren Erklärungen die SEW als „Spalter" beschimpften, weil diese in Neukölln und Kreuzberg demonstrierte).

Auf der DGB-Demonstration waren etwa 30.000 Menschen, davon gut zwei Drittel – nach bürgerlichen Angaben die Hälfte – „Chaoten". Die Rede von Sickert auf der Abschlußkundgebung ging in Sprechchören und Protestrufen unter. Während der Demonstration war ein Haufen von CDU-Leuten, die sich mit provokatorischen, antikommunistischen Parolen in den Zug mogeln wollten, entschlossen abgedrängt worden und hatten sich schließlich unverrichteter Dinge trollen müssen.

Der Kommunistische Bund Westberlin und die Arbeitergruppe Westberlin hatten sich zur Teilnahme an der SEW-Demonstration entschlossen und mit Flugblättern dazu aufgerufen. Sie waren von der Notwendigkeit ausgegangen, die traditionelle Mai-Demonstration in den Arbeitervierteln zu verteidigen (die DGB-Demonstration fand fern von Arbeiterwohnungen statt). In ihren Flugblättern hatten KB und AG zugleich die Scheinheiligkeit der SEW kritisiert, die mit der Gewerkschaftsführung im Betrieb und in der Gewerkschaft beim Kampf gegen links eng zusammenarbeitet, Ausschlußanträge gegen kämpferische Gewerkschafter unterstützt oder selbst beauftragt (wie bei Krone, wo der VLK-Vorsitzende, SEW-Mitglied, einen Revers an alle IGM-Mitglieder zur Unterschrift verteilen wollte, daß sie keinen „gewerkschaftsfeindlichen" Gruppen angehören).

Etwa 15-20.000 Menschen nahmen an der SEW-Demonstration teil, darunter etwa 200 in einem Block des KB und AG. Während bürgerliche „Beobachter" auf der SEW-Demonstration nur 10.000 oder höchstens 12.000 Teilnehmer zählen mochten, schrieb die SEW in ihrer „Wahrheit" (!!) vom 2. Mai, es seien „über 80.000" (!!!) auf ihrer Demonstration gewesen.

Nach dem 1. Mai ist einzuschätzen, daß es zweifellos ein Erfolg war, daß die DGB-Führer die gewünschte antikommunistische Stoßrichtung auf



Mai-Demonstration der SEW in Berlin

„ihrer" Demonstration nicht durchsetzen konnten. Geplatzt ist allerdings das Argument mancher Organisationen, man müsse zum DGB gehen, weil dort „die Massen" seien. Soweit dort „Massen" waren, so fast ausschließlich deshalb, weil linke Organisationen und gewerkschaftsoppositionelle Gruppen sie dorthin mobilisiert hatten. Daß die Mobilisierungsfähigkeit der DGB-Führer zu solchen Gelegenheiten nahezu gleich Null ist, hat sich erneut gezeigt.

Die DGB-Demonstration bestimmt und Sickert am Reden gehindert zu haben, ist ein Erfolg. Politisch sinnvoller aber wäre es nach unserer Auffassung, wenn die Westberliner Linke o h n e Sickert, Schütz & Co. gemeinsam in Neukölln und Kreuzberg demonstriert hätte und damit zugleich das reale Kräfteverhältnis noch deutlicher sichtbar gemacht hätte. ●

KB/Westberlin

§ 218: DIE HOHENPRIESTER DER MEDIZIN KÄMPFEN UM IHRE PRIVILEGIEN

Die Ärzteorganisationen haben sich ebenso wie die Kirchen in die Diskussion um den § 218 besonders lautstark eingeschaltet. Die Ärzte begründen ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Liberalisierung des § 218 damit, daß ihnen der Schutz des Lebens, auch des „ungeborenen", anvertraut sei. Sie können es angeblich nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, zum „Erfüllungsgehilfen für den Willen der Frau" zu werden.

Daß die Ärzte immer dann von ihrem Berufsethos reden, wenn sie das Geschäft mit der Krankheit meinen, soll dieser 2. Teil des Artikels zeigen (vergl. 1. Teil in AK 43).

Bei der „Fristenlösung" wird an der Substanz des § 218 nichts geändert. Das betonten die Vertreter der Regierungskoalition in der Schlußdebatte des Bundestages immer wieder.

Wilderich Freiherr Ostmann von der Leye (SPD) brachte es auf den Punkt: Die Fristenlösung sei wegen Beratungszwang und ärztlicher Weigerungsmöglichkeit keine „Freigabe zur Tötung".

Beratungsstellen: Abraten statt beraten!

Bei der Fristenlösung wird die Kontrolle und Einschüchterung der Frauen, die bisher über die Strafandrohung funktionierte, durch die modernere, psychologische Kontrolle der Zwangsberatung ersetzt. Die Aufgabe der Beratungsstellen ist es nicht, die Schwangere über die beste Methode der Schwangerschaftsunterbrechung zu beraten, sondern ihr davon abzuraten! „... *wird die Ärzteschaft sich mit aller gebotener Intensität der ... Aufgabe widmen, die Bevölkerung über Fragen der Empfängnisregelung und Familienplanung verantwortungsbewußt zu beraten, um auf diesem Wege dazu beizutragen, daß die Zahl unerwünschter Schwangerschaften und damit die Zahl medizinisch nicht angezeigter Abtreibungen gesenkt werden kann.*" (Votum der Bundesärztekammer, März 74) Nicht nur der gesetzliche Auftrag der Beratungsstelle, sondern auch ihre personelle Besetzung läßt die Vorhersage zu, daß sie der Bevormundung, Erniedrigung und Einschüchterung der Frauen dienen sollen.

Der Arzt: Erst rät er ab — dann treibt er ab !!!

Der Arzt: Erst rät er ab — dann treibt er ab !!!

Wer führt die Zwangsberatung durch?
Der Arzt.
Wer führt die Abtreibung durch?
Der Arzt.
Der Staat hat also die Beratung und die Schwangerschaftsunterbrechung gerade in die Hände derer gelegt, die zu den übelsten Gegnern der Rechte der Frauen zählen. Praktisch alle ärztlichen Standesorganisationen haben sich gegen die Fristenlösung und auch gegen die „Soziale Indikation" des Indikationsmodells ausgesprochen.

Daß die meisten Ärzte die Frau von einem Schwangerschaftsabbruch, den sie für „unüberlegt" halten, abhalten werden, daran dürfte es bei ihrer Einstellung keinen Zweifel geben. Dazu, wie sie über die Risiken des Eingirffs informieren werden, nur zwei Beispiele aus der bisherigen Abschreckungspraxis:

Eine Arbeiterfrau mit zwei kleinen Kindern (Nettoeinkommen: 1.200 DM, Zwei-Zimmerwohnung, Gesundheitsgefahr für das Kind, negativer Rhesusfaktor) bat ihre Frauenärztin um Hilfe. Diese schrie sei an: „*Was, wollen Sie sich denn total zugrunde richten? Sie machen sich durch eine Abtreibung den ganzen Unterleib kaputt!*"

Als Reaktion auf den abgesetzten Panorama-Film warnten führende Ärzte davor, die Absaugmethode als harmlos hinzustellen.

In Wirklichkeit ist eindeutig nachgewiesen, daß die Absaugmethode die schonendste und risikoärmste ist.

Die Verteufelung und auch der praktische Boykott dieser Maßnahme in der BRD dient allein der Abschreckung der Frauen.

D.h. die meisten Ärzte sind für eine objektive Beratung nicht nur ungeeignet aufgrund ihrer arroganten Haltung, sondern sind meist auch fachlich nicht qualifiziert.

Denn eine ihrer Freiheiten besteht auch darin, daß es ihnen freigestellt ist, ob und wie sie sich weiterbilden. Nur wenige nehmen an regelmäßigen Kursen teil, die mit Kreuzfahrten auf Luxusdampfern kombinierten Ärztekongresse dagegen sind gut besucht. Kein Wunder, daß viele Praktiker abenteuerliche Vorstellungen von Empfängnisverhütungs- und Abtreibungsmethoden haben.

Im Durchschnitt wickelt der Arzt eine Behandlung in drei Minuten ab. Wie soll da noch genügend Zeit für eine gründliche Beratung bleiben!

Dienstverpflichtung der Ärzte?

So wie bei der Beratung bleiben die Frauen auch bei der Durchführung des Eingriffs von eben diesen Ärzten abhängig. Viele Ärzte, ganze konfessionelle Krankenhäuser, Schwesternorganisationen, haben angedroht, sie würden keine Abtreibungen durchführen.

Die Bundesärztekammer betonte, die Mitwirkung an einem Schwangerschaftsabbruch dürfe niemals zur ärztlichen Pflicht erklärt werden. Die Ärzte behaupten, ärztliche Leistung sei keine Dienstleistung, der Arzt dürfe zu keiner Handlung verpflichtet werden, die er mit dem „Berufsethos" und seinem „Gewissen" nicht vereinbaren könne.

Hier wird das „ärztliche Gewissen" vorgeschoben, um zu rechtfertigen, daß die Ärzte es ablehnen, auf Verlangen der Patienten pflichtgemäß Hilfe zu leisten, hier müssen „Berufsethos" und der „Eid des Hippokrates" dazu herhalten, um zu verschleiern, daß die Ärzte nur ihrem eigenen Sonderinteresse zu dienen bereit sind.

Anstatt die Ärzte an ihre Pflicht zu erinnern, den Frauen zu helfen, hatte die SPD/FDP-Regierung nichts Eiligeres zu tun, als zu beteuern, daß weder Ärzte noch Schwestern noch Krankenhäuser durch das neue Gesetz unter „Gewissenszwang" gestellt würden. Bezüglich der Krankenhäuser bedeutet das: Ist der Chef katholisch, werden im Krankenhaus keine Abtreibungen durchgeführt!

Welche Auswirkungen diese Gewissensklausel haben wird, kann man sich anhand folgender Beispiele aus England leicht vorstellen:

Obwohl die dortige Ärzteschaft insgesamt liberaler ist, spielt die ablehnende Haltung in bestimmten

sich anhand folgender Beispiele aus England leicht vorstellen:
Obwohl die dortige Ärzteschaft insgesamt liberaler ist, spielt die ablehnende Haltung in bestimmten

Gegenden offenbar eine große Rolle. So kommen in London 10,6 Abtreibungen auf 100 Geburten, in Birmingham sind es nur 3,2! Eine Frau wandte sich mit folgendem Hilferuf an die Öffentlichkeit: „*Hier die Details über meine Tochter: C. ist jetzt gerade siebzehn. Ihre Krankengeschichte weist seit ihrem 12.Lebensjahr eine Reihe von Nervenzusammenbrüchen und anderen Störungen auf. Mit 16 Jahren bekam sie ein mongoloides Kind. Als das Baby 5 Monate als war, wurde sie erneut schwanger. Ihr Arzt dachte nicht daran, eine Abtreibung in Betracht zu ziehen. Er bestand darauf, ihren Fall einem Kollegen im städtischen Krankenhaus zu überweisen, der den Eingriff schließlich ebenfalls verwarf. Sie sagten dort zu meiner Tochter, daß sie mit dem mongoloiden Baby so fabelhaft zurechtgekommen sei, daß sie offenbar imstande sei, ein zweites Kind ausreichend zu versorgen...*"

Die Unterstützung durch einzelne fortschrittliche Ärzte ist für die Arbeiterklasse wichtig.

Nicht alle Ärzte stehen hinter der Politik der Standesorganisationen. Im März führte eine Berliner Ärztegruppe vor der Fernsehkamera eine Abtreibung nach der Absaugmethode durch. Sie wollten damit „*endlich mit der Heuchelei brechen und den § 218 öffentlich ad absurdum führen*" und sich gleichzeitig gegen die einseitige Repräsentation durch die ärztlichen Standesorganisationen stellen.

Außerdem sollte demonstriert werden, daß der Eingriff nach dieser Methode kaum weh tut, ambulant durchführbar und praktisch gefahrlos ist. Einige Tage vor der geplanten Sendung hatten sich über 300 Ärzte aus der ganzen BRD und Westberlin bezichtigt, Abtreibungen ohne finanziellen Vorteil vorgenommen zu haben und weiter vorzunehmen. Mit dieser Selbstbezichtigung einer strafbaren Handlung setzten sich diese Ärzte nicht nur der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus, sondern müssen auch damit rechnen, von den ärztlichen Standesorganisationen mit Strafen belegt zu werden, die bis zum Berufsverbot gehen können.

In der Abtreibungsfrage haben sich diese Mediziner für die Interessen der unterdrückten Frauen eingesetzt. Ebenso beteiligt sich eine Reihe von Ärzten an den Kämpfen für staatliche Ambulatorien und gegen die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung.

Die Zahl der Ärzte, die sich so im Gegensatz zu ihrem eigenen Klasseninteresse auf die Seite der Arbeiterklasse stellt, ist gering. Der Anteil der fortschrittlichen Ärzte an der Gesamtärzteschaft wird im Kapitalismus immer winzig klein bleiben. Solange die Ärzte Selbständige sind (bzw. als angestellte Ärzte jederzeit die Möglichkeit haben, sich selbständig zu machen) entspricht ihre Identifikation mit dem Kapitalinteresse ihrer eigenen Klassenlage. Aber selbst wenn es nur noch noch angestellte Ärzte in einem vollständig verstaatlichten Gesundheitssystem gäbe (was es übrigens in keinem kapitalistischen Land gibt), würde es die Kapitalistenklasse durch alle möglichen Privilegien verstehen, sich die Ärzte als zuverlässigen Bündispartner zu erhalten.

Ganz abgesehen davon sorgt das kapitalistische Bildungssystem dafür, daß sich die Ärzteschaft weitgehend aus „gehobenen Schichten" rekrutiert.

Die Arbeiterklasse wird in ihrem Kampf für den Sozialismus also nicht mit einem Bündnis mit der Ärzteschaft rechnen dürfen, die Unterstützung durch einzelne fortschrittliche Ärzte wird allerdings sehr wichtig sein.

Die Hohepriester der Medizin bangen um ihre Privilegien

Wie läßt sich die Einstellung der Ärzte zum § 218 erklären?

Subjektiv spielt sicher für viele Ärzte eine Rolle, daß durch die Liberalisierung des Abtreibungsparagraphen ihr Magierkostüm etwas fadenscheiniger werden könnte.

„ „*Die Patienten wollen den souveränen Führer*", erklärte der Präsident der Internationalen Gesellschaft für Allgemeinmedizin, Geiger, „*sie wollen diesen Arzt täglich und stündlich spüren. Diese zum Teil bescheidene Führerrolle muß der Arzt spielen. Sonst bleiben die Patienten sozial unbefriedigt. Der Patient ist zum Gehorsam bereit, er wünscht geführt zu werden und wünscht gehorchen zu dürfen.*" Und der Ehrenpräsident des 74. Deutschen Ärztetages, Hen-

horsam bereit, er wünscht geführt zu werden und wünscht gehorchen zu dürfen." Und der Ehrenpräsident
des 74. Deutschen Ärztetages, Hen-

nes, faßte die Selbsteinschätzung deutscher Ärzte in den Worten zusammen: „*Arztsein ist in Wahrheit ein Priesteramt*".

Bei der Fristenlösung wäre es immerhin denkbar, daß eine Frau sich dem gottbegnadeten Ratschluß des „Priesters" nicht mehr unterwirft, sondern auf ihrer eigenen Entscheidung beharrt. Nicht auszudenken, wohin das führen könnte: Heute entscheidet die Frau selbst, ob sie ein Kind will oder nicht, morgen wird sie dem Arzt vorschreiben, daß er sie krankschreiben oder zur Kur schicken soll!

Objektiv ist die Ablehnung jeder Liberalisierung des § 218 seitens der Ärzteschaft nur zu verstehen, wenn man sie als Bestandteil des allgemeinen ideologischen Kampfes begreift, den der Ärztestand zur Erhaltung und Erweiterung seiner Privilegien führt.

Das parasitäre Dasein der Ärzteschaft

Ein niedergelassener Arzt verdient heute durchschnittlich 8.000 DM, ein Klinikchef kommt in manchen Fällen sogar auf das zehnfache. Das Verhältnis zwischen dem mittleren Einkommen eines Lohnabhängigen und dem mittleren Arzteinkommen im Jahr 1962 betrug 1 : 6,2 gegenüber 1 : 7,8 im Jahr 1967. Auch die angestellten Ärzte verdienen nicht schlecht. Ein Assistenzarzt fäng mit 3.000 DM an. Aber der Unterschied zum Einkommen des niedergelassenen Arztes ist so groß, daß die meisten Krankenhausärzte (über 50% aller Ärtze) ihre dortige Arbeit nur als Durchgangsstation zum Praktiker oder Facharzt betrachten und schon ganz das Bewußtsein des ‚Freiberuflichen' haben.

Der parasitäre Extraanteil am gesellschaftlichen Reichtum, den sich die Ärzte aneignen, beruht auf dem Monopol der ambulanten Krankenversorgung, das sich die niedergelassenen Ärzte und Chefärzte erpreßt haben.

Die parasitären Ärzteeinkommen treiben die Krankenkassenbeiträge und damit die Lohnnebenkosten in die Höhe, schmälern also die Profite der Kapitalisten, trotzdem ist die Bourgeoisie von ihrem politischen Interesse her durchaus bereit, diese Parasitenschicht, zu der auch die Kirchen gehören, auszuhalten. Denn diese Gruppen, die quasi von des Kapitals Gnaden leben, sind seine treuesten Speichellecker und Diener als Propagandisten der reaktionärsten Ideologie

Natürlich dürfen die Kosten dieser Kaste nicht ins Unermeßliche steigen, und die Funktion der ambulanten Medizin, Reparatur der Arbeitskraft, darf nicht völlig auf den Hund kommen. Deswegen droht das Kapital mit den Verstaatlichungsplänen der SPD, um die Ärzteschaft zur Rationalisierung und Verbesserung ihrer Leistungen zu zwingen. So ist der von den Ärztekammern geförderte Trend zu Praxisgemeinschaften und Facharztzentren (z.B. Hamburg-Altona) zu erklären.

Natürlich leben solche Parasiten nur scheinbar auf Kosten der Bourgeoisie, in Wirklichkeit aber auf Kosten (finanziell und gesundheitlich) der Arbeiterklasse. Mit Hilfe geschlossener Standesorganisationen und mit dem Mittel des Behandlungsboykotts von Kassenärzten, gelang es ihnen, in den letzten hundert Jahren sich immer mehr Freiheiten auf Kosten der allgemeinen medizinischen Versorung zu „erkämpfen".

Vor wenigen Wochen drohten die Standesorganisationen erst wieder mit Boykott, als die Krankenkassen es wagten, an der Niederlassungsfreiheit zu rütteln.

Der Abbau der Rechte des Volkes geht einher mit der Anhäufung von Vorrechten für den Ärztestand

1919 gelang es den Ärzten mit der Drohung eines totalen unbefristeten „Streiks", die „freie Arztwahl„ durchzusetzen. Bis dahin konnten die Kassenpatienten nur zu speziell von den Kassen angestellten und damit abhängigen Ärzten in Behandlung gehen. Damit war der freiberufliche Arzt als Kassenarzt anerkannt und jeglicher Kontrolle entzogen.

Im Inflations- und Hungerjahr 1923 widersetzten sich die Ärzte einer Notverordnung der Krankenkassen, die ihre Einkünfte zu beschränken drohte, ebenfalls mit der Weigerung, Kassenpatienten zu behandeln. Die Reaktion der Krankenkassen auf diesen Boykott, die Ein-

kassen, die ihre Einkünfte zu beschränken drohte, ebenfalls mit der Weigerung, Kassenpatienten zu behandeln. Die Reaktion der Krankenkassen auf diesen Boykott, die Ein-

richtung kasseneigener Ambulatorien (ähnlich wie heute die Polioklinik), wurde zum Zankapfel der nächsten 30 Jahre, da die Ärzte darin die Einschränkung ihres Monopols durch lästige und qualitativ bessere Konkurrenz befürchten.

Tatsächlich waren die Ambulatorien in der Weimarer Zeit und im Berlin der Nachkriegsjahre sehr beliebt.

1931 wurde die Forderung der Ärzte nach einem kollektiven Honorarvertrag mit den Kassen durch eine Notverordnung Brünings erfüllt. Bei den davor gültigen Einzelverträgen hatten die Ärzte eine wesentlich schwächere Position. 1932 versprach Göring, ein künftiges NS-Regime werde „den Saustall der roten Ortskrankenkassen schon ausmisten". In der Tat wurden nach '33 all jene Forderungen der Ärzteschaft verwirklicht, die sie in der Weimarer Zeit vergeblich gestellt hatten.

1934 wurde die Kassenärztliche Vereinigung eingerichtet, die dem Zweck diente, die Position der Ärzte gegenüber den Kassen noch weiter zu stärken.

1935 bekamen die Ärzte eine eigene Vertretungskörperschaft, die Reichs-Ärzte-Kammer, deren Verwaltung und Gerichtsbarkeit alle Ärzte unterstanden. Es wurde gesetzlich festgelegt, daß der Arztberuf kein Gewerbe sei, sondern „dem Wesen nach ein freier Beruf". Diese Grundsatzentscheidung legte den Grundstein für die Honorar-Millionen der nächsten Jahrzente.

Noch heute sind die Ärzte aufgrund dieser Entscheidung von der Umsatz- und Gewerbesteuer befreit. - Als Gegenleistung lieferten Teile der Ärzteschaft dem Nationalsozialismus die „Wissenschaftlichkeit" für seine Bevölkerungspolitik und seinen Rassenwahn.

Nach 1945 setzte sich diese Entwicklung kontinuierlich fort. Entsprechend der relativen Schwäche der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie in den Westzonen, erhielten die Krankenkassen nach dem Kriege nicht die Rechte zurück, die man ihnen im Faschismus genommen hatte.

1955 trat das Gesetz über das Kassenarzt-Recht in Kraft. Mit diesem Gesetz übertrug der Staat den Kassenärzten das Behandlungsmonopol im ambulanten Bereich. Dieses Gesetz zementierte die Profite der niedergelassenen Ärzte. Es entzog sie jeglicher Kontrolle durch den Staat oder durch die Kassen, und überließ die Kontrollfunktion den Standeskörperschaften.

Dieses Gesetz legte den Grundstein für die katastrophalen Verhältnisse in der ambulanten Gesundheitsversorgung, die heute in der BRD und West-Berlin als „normal" gelten.

Damit war auch der Schlußstrich gezogen unter die Auseinandersetzung um die Ambulatorien, die nach dem Krieg in West-Berlin von den Kassen wieder eingerichtet worden waren und auf Druck der Ärzte schließlich geschlossen werden mußten.

1960 setzten die ärztlichen Standesorganisationen die sogenannte Niederlassungsfreiheit mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichtes durch.

Sorgte vor 1960 ein vorgeschriebener Schlüssel dafür, daß nicht alle Ärzte sich in den lukrativsten Gebieten niederlassen, so hat die Niederlassungsfreiheit genau das bewirkt:

In den 15 Stadtteilen Hamburgs mit den höchsten Facharztdichten (zentrale und „feine" Stadtteile) befinden sich 44 % aller Fachärzte, dort wohnen aber nur 15 % aller Einwohner Hamburgs.

Noch extremer: Im Zentrum Harburgs (einem Stadtteil an der Peripherie Hamburgs) sind fast 2/3 aller Fachärzte des Bezirks Harburgs konzentriert, während dort nur ein Achtel aller Bewohner des Bezirks wohnen ! Für die Stadtteile Wilstorf (17 000 Einwohner) und Finkenwerder (14 000 Einwohner) gibt es keinen Facharzt ! In Wilhelmsburg und Neugraben ist jeweils nur ein Frauenarzt niedergelassen.

1971 setzten die Ärzte durch, daß ihr Monopol auch auf die von den Kassen gezahlten Vorsorgeuntersuchungen ausgedehnt wird, und das, obwohl sie schon für die Normalbehandlung nicht genug Zeit haben.

Z.Zt. ist ein Betriebsärztegesetz in der Diskussion. Die Ärzte fordern, daß ihre „Unabhängigkeit" gewahrt bleiben müsse, eine Kontrolle durch den Betriebsrat käme auf keinen Fall in Frage.

Als Reaktion auf die zunehmende Kritik an der Monopolstellung der niedergelassenen Ärzte und der daraus folgenden immer schlechteren Gesundheitsversorgung, riefen die ärztlichen Standesorganisationen 1972 mit einem Startkapital von Millionen DM die Aktion „Freiheit für Arzt und Patient" ins Leben. In der Zeitschrift „Medizin heute", die in vielen Exemplaren in den Wartezim-

mit einem Startkapital von Millionen DM die Aktion „Freiheit für Arzt und Patient" ins Leben. In der Zeitschrift „Medizin heute", die in vielen Exemplaren in den Wartezim-

mern rumliegt, ziehen die Ärzte gegen alle Verstaatlichungspläne zu Felde und versuchen ihren Patienten weis zu machen, daß ihre unabhängige Stellung zum Vorteil der Patienten sei.

Es ist offensichtlich: Bei dem „Kampf" um die „Freiheit von Arzt und Patient" geht es ausschließlich um die Freiheit des Arztes, astronomische Einkommen zu erzielen. Das Recht der Patienten auf eine gute ärztliche Versorgung ist den meisten Ärzten scheißegal.

Der Spruch von der „Sorge um den Schutz des ungeborenen Lebens" wird vor dem Hintergrund ärztlicher Standespolitik in seiner ganzen Demagogie erkennbar. Das zweite „Argument" der Ärzte gegen die Reform des § 218, daß durch die neue Regelung ihre „Unabhängigkeit" bedroht sei, sie zur Dienstleistung gezwungen werden können, ist genauso verlogen, denn ihre „Gewissensfreiheit" ist ihnen ja verbürgt.

Die Diskussion um den § 218 war im Grunde nur ein willkommener Anlaß, um zu demonstrieren, daß die Ärzte ihre „Freiheit" und „Unabhängigkeit", sprich: ihr Parasitendasein mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Der Arzt im Sozialismus

Wie sieht dem gegenüber die Rolle der Ärzte in der sozialistischen Gesellschaft aus ?

Die Ärzte werden im wesentlichen aus der Arbeiterklasse kommen und sich in ihrem Lebensstandard nicht von den übrigen Werktätigen unterscheiden. Denn nur so ist gewährleistet, daß sie deren Probleme wirklich kennen und verstehen.

Die Ausbildung wird sich auch wesentlich an den häufigsten Volkskrankheiten ausrichten. Es wird keine starre Trennung zwischen Ärzten und medizinischem Pflege- und Hilfspersonal geben. Die Patienten werden ihre Ärzte sehr genau kontrollieren und darauf achten, daß sie wirklich dem Volke dienen. ■

Genossinnen der Bezirksstellen St. Georg und Harburg-Wilhelmsburg KB-Gruppe Hamburg

Stimmen die Profite nicht, machen die Kapis den Laden dicht

Weitere Betriebsstillegungen und Rationalisierungen

Unvermindert rollt eine Welle von Rationalisierungsentlassungen über die kapitalistischen Betriebe. Führend sind hierbei die großen Konzerne und Monopole (Vergleiche hierzu AK 42).
Doch noch auf andere Weise äußert sich der verschärfte Konkurrenzkampf der Kapitalisten untereinander und fordert seine 'Opfer' im kapitalistischen Lager: zunehmend sind Klein- und Mittelbetriebe von Konkursen betroffen und über Nacht wird der Laden dichtgemacht.
Gleichwohl, ob nun die Konzerne unrentable Betriebsteile zur Stärkung ihrer Marktposition stillegen oder ein Familienunternehmen der Konkurrenz der Großkonzerne nicht mehr gewachsen ist, in allen Fällen wird der Konkurrenzkampf der Kapitalisten um marktbeherrschende Stellungen und den höchsten Profit auf Kosten der Arbeiter und Angestellten der Betriebe ausgetragen.
Sie sind es, die von heute auf morgen auf der Straße sitzen, vielfach steht ihnen noch zurückliegender Lohn zu, eine neue Stellung zu finden wird im Augenblick immer schwieriger und auf eine gleichwertige Arbeit muß in den meisten Fällen verzichtet werden.

– Die konkreten Gründe für die Zunahme der Konkurse sind vor allem folgende:
- Klein- und Mittelbetriebe werden von den Konzernen aufgekauft und hinterher stillgelegt, nur einzelne Betriebsteile werden übernommen (besonders im Maschinenbau und in der Metallindustrie),
- zunehmende Konzentration in Branchen, die bisher noch hauptsächlich aus einer Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben bestehen (Textilindustrie, vgl. AK 41),
- zunehmender Kapitalexport – Errichtung von Produktionsstätten im Ausland – die Zunahme der Auslandinvestitionen verdoppelte sich 1973 gegenüber dem Voriahr auf mehr als 32 Milliarden Mark (betroffen ist hiervon vor allem die Textilindustrie, die Stahlindustrie und mehr und mehr die Automobilindustrie, VW; man beachte auch die rege Geschäftigkeit von über 100 Vertretern der westdeutschen Kapitalisten im Iran),
- strukturelle Schwächen nach Jahren des Booms und dauernder großzügiger Investitionen (Bauindustrie).

Es ist sicherlich falsch, aus den zunehmenden Meldungen über Betriebsstillegungen, Rationalisierungsentlassungen etc. zu schlußfolgern, der westdeutsche Kapitalismus befinde sich in einer schweren Krise. Vielmehr wird daran ein allgemeines Gesetz des Kapitalismus deutlich: zunehmende Konzentration und Monopolisierung der Produktion, zunehmender Kapitalexport. Diese Entwicklung wird zur Zeit durch den verschärften Konkurrenzkampf der imperialistischen Länder untereinander beschleunigt und verschärft (EG, USA, Japan).

Schrittmacher der Monopolisierung: das Finanzkapital

Eine wesentliche Rolle bei dieser Entwicklung spielen die Vertreter des Finanzkapitals in den Banken. Sie steuern und regulieren diesen Prozeß durch ihre Kreditpolitik (zur Zeit die „Politik des harten Geldes") – d.h. durch Verweigerung von Krediten für in rote Zahlen gelangte Klein- und Mittelbetriebe, durch großzügige Kredite beim Firmenaufkauf, bei Fusionen und beim Kapitalexport.

In einem Interview mit der „Welt am Sonntag" gab der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Ulrich, an, in welchen Fällen diese Entwicklung gefördert wird: bei Betrieben, in denen „geschäftspolitische Fehler und Mängel in der Unternehmensführung" bestehen (eine freundliche Umschreibung der 'Opfer' des Konkurrenzkampfes) und dort, wo sich Firmen „zum Aufgehen in einem großen Unternehmen – sei es durch Verkauf oder Fusion – oder auch zur Liquidation" entschließen.

„Das ist oft kein Versagen, sondern eine vernünftige Reaktion aufgrund höherer Gewalt (!). Eine stille Abwicklung bringt manchmal einen guten Nutzen für alle Beteiligten einschließlich der Mitarbeiter (!), wenn dadurch ein befriedigender Sozialplan ermöglicht wird."

Letzteres wurde überall dort deutlich, wo Großkonzerne fusionierten und kleinere Unternehmen aufkauften, um sie hinterher zu liquidieren: bei Thyssen-Rheinstahl (die stille Abwicklung vollzieht sich hier über mehrere Jahre), bei Krupp, Flick, Mannesmann und Klöckner etc. Die „höhere Gewalt" war hier die erdrückende Konkurrenz der Monopolbetriebe.

In allen diesen Fällen wurde auch versucht, mit „befriedigenden und großzügigen" Sozialplänen die Belegschaften vom Kampf gegen die Rationalisierungsentlassungen abzuhalten.

Die großzügige Unterstützung des Finanzkapitals ist ihnen gewiß. So schreibt das „Handelsblatt" vom 3. Mai hierzu:

„Zu lange haben wohl auch die Banken, und das gilt nicht nur für diese Fälle, immer mehr gutes Geld dem Schlechten nachgeschmissen."

und die WamS vom 5. Mai:

„Die Härte der Bundesbankiers bei ihrer Politik des teuren Geldes brachte Schwächen der Unternehmen und Fehler ihrer Führung, bis dahin von Jahren des Booms gnädig gedeckt, brutal ans Licht."

Lenin beschrieb 1917 in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" die Bedeutung der Banken bei der Monopolisierung:

„Aus den zersplitterten Kapitalisten entsteht ein einziger kollektiver Kapitalist. Die Bank, die das Kontokorrent für bestimmte Kapitalisten führt, übt scheinbar eine rein technische, eine bloße Hilfsoperation aus. Sobald aber diese Operation Riesendimensionen annimmt, zeigt sich,

➔



15. Mai '74: Etwa 1.500 Arbeiter der zum Rheinstahl-Konzern gehörenden Edelstahlwerke Witten legten spontan die Arbeit nieder, um zum Tagungsort der gerade stattfindenden Aktionärs-Hauptversammlung zu marschieren.
Der Protest der Arbeiter richtet sich gegen den Plan, mehrere hundert Kollegen ‚wegzurationalisieren', wie es die Konzernherren mit der Mammutfusion Thyssen/Rheinstahl beschlossen haben.
Am selben Tag fand ein Warnstreik gegen Rationalisierungsentlassungen bei den Edelstahlwerden in Remscheid statt.

Dortmund: An der Spitze des Zuges die Solidaritätsbekundung mit den 1700 Arbeitern, die nach der Pohlschröder-Pleite den Erhalt ihrer Arbeitsplätze fordern.

1973/74: das Jahr der Konkurse

– 1973 stieg die Zahl der Konkurse gegenüber dem Vorjahr um 20% und 1974 ist der Anstieg bisher noch wesentlich größer (genauere Zahlen sind noch nicht veröffentlicht). Allein die Zahl der Millionenpleiten hat sich verdoppelt (Angaben nach „Welt am Sonntag" vom 4.5.74).

NACHRUF

20-jährig verstarb unser Genosse

Hartmut

am 20.4.74 infolge eines Motorradunfalls.

In Trauer um den Verlust einer der Sache der Arbeiterklasse ergebenen, hoffnungsvollen Kraft – KB/Gruppe Eutin und Kiel.

KAMPF seit März 72
44 Seiten — DM 1,50

Forts. Profite

daß eine Handvoll Monopolisten sich die Handels- und Industrieoperationen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft unterwirft, indem sie – durch die Bankverbindungen, Kontokorrente und andere Finanzoperationen – die Möglichkeit erhält, sich zunächst über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten genau zu informieren, dann sie zu kontrollieren, sie durch Erweiterung oder Schmälerung, Erleichterung oder Erschwerung des Kredits zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal restlos zu bestimmen, die Höhe ihrer Einkünfte zu bestimmen, ihnen Kapital zu entziehen oder ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Kapital rasch und in großem Umfang zu erhöhen usw."

An einigen der folgenden Beispiele von Betriebsstillegungen und Entlassungen im Maschinenbau und in der Metallindustrie wird dies deutlich.

POHLSCHRÖDER, Dortmund

In den beiden Werken der Büromöbelfabrik in Dortmund-Asseln und -Körne wurde seit Januar kurzgearbeitet. Ende April erfuhren die 1.7oo Beschäftigten des Büromöbelherstellers mit dem zweitgrößten Umsatz in der BRD über Nacht und durch Zufall von der völligen Stillegung des Betriebes. Schon im Mai wurde nicht mehr gearbeitet.

Die Firma hat zur Zeit etwa 6o Millionen Mark Bankschulden, noch 1973 erhielt Pohlschröder einen Bankkredit von 22,5 Millionen Mark aufgrund einer Bürgschaft des Landes Nordrhein Westfalen, mit der „hier ein wesentlicher Beitrag der Firma zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im östlichen Ruhrrevier honoriert werden sollte." („Welt" vom 26.4.74).

Mittlerweile haben die Banken jede weitere Unterstützung verweigert: Pohlschröder lohnte aufgrund von Fehlinvestitionen nicht mehr. Wir zitieren im folgenden eine Stelle aus dem „Handelsblatt" vom 25.4. zum Pohlschröder-Konkurs, die die kapitalistischen Gesetze des Profits und der Rücksichtslosigkeit gegenüber den Arbeitern der Betriebe verdeutlicht:

„Da die Unternehmenspolitik ganz auf Expansion ausgerichtet war, ist seinerzeit ein Investitionsprogramm von 45 Mill. DM beschlossen worden. Davon ist mit einem Aufwand von 35 Mill. DM eine neue Produktionsstätte ... in Dortmund-Asseln gebaut worden, was auch durch die Enge des alten Werkes unbedingt notwendig war, aber dann durch die verschlechtere Marktsituation nicht voll ausgelastet werden konnte. Das Unglück (!) wollte es, daß das neue Werk gerade in dem Moment zu produzieren begann, als schlechtere Zeiten angebrochen waren."

Außer roten Zahlen war nicht mehr viel drin. Die Banken ließen Pohlschröder fallen.

Was kümmert die Kapitalisten die Situation der 1.7oo Beschäftigten!

Damit wird die Belegschaft auf 1.9oo sinken (1971 waren es noch 3.ooo).

Als Ziele und Gründe gaben die Kapitalisten offiziell an: *„Die Entlassungen sind keine Folge der konjunkturellen Entwicklungen"*, sondern man vollziehe lediglich *„Strukturveränderungen"* durch den *„Übergang zu rationeller produzierbaren ... Großuhren"*. Trotz Reduzierung der Belegschaft soll der Umsatz jedoch um 15% auf 1oo Millionen Mark steigen (nach „Handelsblatt v. 2o.2.74).

Der Betriebsrat verweigerte die Zustimmung zu den Entlassungen. Doch Geld und Macht der Kapitalisten suchten und fanden auch hier einen Ausweg. Man erfang einen tollen Clou: Der Hauptaktionär (9o%) und mehrfache Fabrikant Kreidler zieht mehr als 8 Mill. DM aus dem Stammkapital zurück, dadurch gerät die Firma in Schwierigkeiten, ihre Investitionen zu finanzieren – es ist den Kapitalisten ein leichtes, jetzt die „Notwendigkeit" von Entlassungen nachzuweisen (nach „UZ" vom 24.4.).

Strebelwerke, Mannheim

„Ein Konkurs nach Art des Hauses – Für Mannheims Strebelwerker ist der Ofen aus" (Welt der Arbeit, 22.2.74) In der Tat ... 2.4oo Arbeiter und Angestellte werden auf die Straße gesetzt, nur 250 (10%) von ihnen haben bisher neue Arbeitsplätze gefunden – dies jedoch auch nur mit Lohneinbußen, denn die Strebelwerke zahlten übertariflich. Für die anderen 2.15o Kollegen sieht die Lage außerordentlich düster aus. In Mannheim (wo die Strebelwerke sitzen) ist die Arbeitslosenquote auf 2,2% (über 5.ooo) geschnellt und steigt weiter! Vom Arbeitslosengeld kann niemand leben – ein Arbeiter mit fünfköpfiger Familie bekommt beispielsweise 87,4o DM (!). Ein Kollege kennzeichnete die Lage auf einer Protesversammlung so: ich weiß nicht mehr wovon ich meine Familie ernähren soll ...

Alle 2.4oo Strebelwerker sind einer besonders üblen und zynischen Stillegung zum Opfer gefallen. Die Strebelwerke gehören zu den führenden Heizkesselherstellern und standen auf dem Weltmarkt an zweitbester Position. Aufträge waren vorhanden – die Produktion von daher also gesichert. Allerdings geht es auf dem Heizkesselmarkt nicht mehr so rapide bergauf wie vor einigen Jahren, und die Konkurrenz von Stahlkesseln (Strebel baut Gußkessel) wird stärker.

Es war also längerfristig abzusehen, daß die Produktion hier nicht mehr so viel Profit wie sonst abwerfen würde. Interessant ist, nicht mehr so viel Profit wie sonst abwerfen würde. Interessant ist, wie die Stillegung bzw. der Konkurs durchgesetzt wurde. Es gab beispielsweise durchaus Bestrebungen, den Betrieb weiterzuführen, diese Bestrebungen scheiterten letztlich an der Deutschen Bank, die weitere Unterstützung verweigerte und für 45 Mill. DM Kredite im Werke stecken hatte. Der größte Konkurrent der Strebelwerke, Buderus, gehört zum Flick-Konzern; zwischen Flick und der Deutschen Bank bestehen nun bekanntlich sehr „enge" Bindungen. Es liegt auf der Hand, daß hier kaltblütig im Interesse des höchstmöglichen Profits 2.4oo Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden. Die Deutsche Bank, die in den beiden größten Heizkesselproduzenten direkt oder indirekt drinsitzt, entscheidet „souverän" über Produktion und Stillegung.

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg



Die Wilhelmshütte-Belegschaft protestiert

Maybaum Elektrogerätefabrik, Sundern

Anfang Mai eröffnet die Firma aus dem Sauerland ein Konkursverfahren, wenige Tage später heißt es in einer kurzen Meldung des Kölner Stadt Anzeiger vom 8.5. nur: die über 5oo Beschäftigten werden wegen Stillegung am 1o.5. entlassen.

Wilhelmshütte, Wetzlar

Für die 73o Beschäftigten der zu den Buderus'schen Eisenwerke (Flick-Konzern) gehörenden Gießerei ist an ihrem alten Arbeitsplatz Feierabend. Die Gießerei wird Anfang nächsten Jahres stillgelegt. Die Eisenwerke planen eine „Konzentration und Umstrukturierung der Fertigung im Bereich der sogenannten Hinterlandwerke" heißt es lapidar in einer Presseerklärung („Welt" 4.4.74). Flick's Lakaien hatten „Trost" für die Beschäftigten parat: durch die Umstrukturierung würden auch einige zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen!!

Kienzle, Schwenningen

Schon im Februar beschloß die Unternehmensleitung der Uhrenfabrik: Rationalisierungsentlassungen. 5oo Kollegen sollen gefeuert werden.

Maschinenfabrik Weipert, Heilbronn

17o Arbeiter demonstrierten Anfang Mai in Heilbronn gegen die Schließung des Werkes, das schon vorher nach und nach 29o Kollegen entließ.

A. Rentropp GmbH

Nach der Kurzarbeit im Februar entläßt der Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie 3oo der 1.7oo Beschäftigten in den Werken Stadthagen und Neustadt.

Stahlwerke Mannheim

Spätestens bis zum 3o. Juni soll die Stahlgießerei geschlossen werden und die 3oo Beschäftigten sitzen auf der Straße.

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

Kampf dem Faschismus

Wir veröffentlichen hier eine Reihe von Berichten über antifaschistische Aktionen. Es zeigt sich hier, daß wir es oft mit einem bürgerlich-liberalistischen und pazifistischen Herangehen an den antifaschistischen Kampf zu tun haben: gegen faschistische Zusammenrottungen dürfe man zwar „friedlich und diszipliniert" demonstrieren, man dürfe aber nicht versuchen, sie zu verhindern, denn dies sei „undemokratisch", man dürfe den Faschisten „nur mit den Waffen des Geistes" entgegentreten etc.
Weit verbreitet ist offenbar die Sehnsucht, mit den Faschisten zu „diskutieren". Die „KPD/ML" treibt das so weit, daß sie faschistischen Hetzreden gegen die DDR begeistert zustimmt: da sei man sich ja einig. Der KBW wiederum wünscht anscheinend, die Faschisten für die Wählbarkeit der Offiziere durch das Volk zu gewinnen.
Ähnlich versuchte der KBW z.B. in Hamburg schon während der Bürgerschaftswahlen die (nicht sehr zahlreichen) Besucher von CDU-Veranstaltungen für das imperative Mandat zu gewinnen, was zur humoristischen Aufheiterung dieser Veranstaltungen sehr beitrug.
Dieses bürgerlich-liberale Herangehen geht von einer völligen Verkennung des Wesens des Faschismus aus.

Die Faschisten sind nicht irgendeine Gruppe, die man reden lassen und „mit Argumenten bekämpfen" muß. Die Faschisten sind der terroristische Vortrupp der äußersten Reaktion, die Nachfolger der Hitlerdiktatur, die Freunde der Mörder unserer chilenischen Klassenbrüder. Hier gilt die alte Arbeiterweisheit, daß vorbeugen (dem Faschismus!) besser ist als heilen und daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört.

Man darf sich auch nicht davon irritieren lassen, daß die Faschisten gegenwärtig bei solchen Gelegenheiten meist „friedlich" auftreten und scheinheilig auf ihr „demokratisches Recht" pochen. Wenn diese Leute heute auf offenen Terror verzichten, dann nur unter taktischen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses. Es sei daran erinnert, daß unter anderen Bedingungen in Italien kaum ein Tag ohne faschistischen Mordanschlag vergeht. Erinnert sei auch daran, daß letztes Jahr in Frankreich mehrere arabische Kollegen von Faschisten ermordet wurden, die damit ihren Rassismus blutig austobten.

Wo die Faschisten heute schon das Kräfteverhältnis auf ihrer Seite haben, verfahren sie auch in der BRD mit äußerster Brutalität. Das berüchtigste Beispiel ist der NPD-Krawall im Frankfurter Cantate-Saal vor einigen Jahren, wo einige bürgerliche Demokraten, die in pazifistischer Absicht gekommen waren, von den NPD-„Ordnern" blutig zusammengeschlagen wurden. Es gibt darüberhinaus zahlreiche Beispiele, wo die Faschisten in dieser Weise vorgingen.

So versuchte z.B. auch 1971 nach der Verhinderung einer NPD-„Großveranstaltung" (als Redner war Thadden vorgesehen gewesen) durch 1.500-2.000 Antifaschisten in Hamburg einen Haufen faschistischer Schläger in voller Kriegsbemalung nachträglich noch eine Schlägerei anzuzetteln. Die Faschisten wurden daraufhin durch die Straßen gejagt und – soweit sie nicht von der Polizei in ‚Schutzhaft' genommen wurden – gestellt und entwaffnet. Hier wurde allerdings ein Fehler gemacht: die Faschisten wurden mitsamt ihren Waffen (Stahlruten, Gummiknüppel, Schlagringe) der Polizei übergeben, die sie natürlich laufen ließ. Hier wäre es richtig gewesen, die Waffen der Faschisten sicherzustellen und zu Dokumentationen (Veröffentlichung von Fotos) für die antifaschistische Propaganda zu verwenden; außerdem hätte man versuchen können, selbständig die Personalien der ergriffenen Faschisten festzustellen, da die Polizei dies sowieso meist nicht tut.

Bei den faschistischen Zusammenrottungen sind – um auf ein weiteres Argument der Liberalisten einzugehen – bisher auch in der Regel durchaus noch nicht „die Massen" festzustellen, vor denen diese linksliberalen Kleinbürger ihren „Kampf der Argumente" aufführen möchten.



Stattdessen sind auf den faschistischen Veranstaltungen fast immer dieselben vernagelten „harten Kerne" anzutreffen, bei denen nicht lange Reden, sondern eine militante Abfuhr am besten anschlägt.

Wir müssen die Faschisten als eine feindliche Armee betrachten und sie entsprechend behandeln. Ebenso wie im Kampf gegen eine feindliche Armee sind dabei Schlachten „um jeden Preis", auch unter krass ungünstigen Bedingungen, zu vermeiden. Als Beispiel sei die „KPD/ML" erwähnt, die Anfang Mai in Hamburg, an einem Sonntag, wo kaum jemand auf den Straßen war, und ohne die geringste öffentliche Mobilisierung, unbedingt mit 40 Mann einen NPD-‚Parteitag' verhindern wollte. Mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen, hätte dieselbe Wirkung gehabt.

Im Kampf gegen eine feindliche Armee spielt neben der rein militärischen Seite (d.h. hier: die militante Auseinandersetzung, Verhinderung faschistischer Zusammenrottungen, Entwaffnung und Bestrafung faschistischer Schläger) auch die politische Zersetzung des Gegners eine Rolle – und es wäre ein Fehler, diese Seite außer Acht zu lassen.

Es gibt durchaus Gelegenheiten, bei denen junge Menschen, die von der faschistischen Demagogie eingefangen worden sind, politisch angesprochen werden können und müssen. Dies darf aber der militanten Konfrontation nicht e n t g e g e n g e s t e l l t werden. Ein entschlossenes antifaschistisches Auftreten ist oft ein Hebel, um bei jungen Gefolgsleuten des Faschismus die ihnen eingeimpfte Mentalität von der – auch kräftemäßigen – Überlegenheit des Faschismus aufzubrechen. Es ist selbstverständlich, daß wir in der politischen Arbeit gegenüber solchen Leuten keinerlei Zugeständnis an den Antikommunismus machen (‚Über die DDR sind wir uns natürlich einig' o.ä.), sondern ihnen offensiv entgegentreten und vor allem die arbeiter- und volksfeindliche Konsequenz ihres Treibens aufzeigen.

Es ist so, daß wir a l l e Kampfmittel gegen den Faschismus einsetzen müssen, miteinander kombinieren müssen, ohne entweder die rein gewaltsame Seite oder die rein ‚politische' Seite dabei einseitig zu betonen. ●

Hamburg Altona:

Spitzel mattgesetzt

Etwa 200 Personen besuchten die 1.Mai-Veranstaltung der KB-Bezirkszelle Altona am 24.4.74 in der „Rathaus-Gaststätte" in der Altonaer-Bahnhofstraße.

Unter den Veranstaltungsteilnehmern befand sich auch ein Herr im mittleren Alter, der sich interessiert handschriftliche Notizen macht. Wegen seiner Geschäftigkeit war er bereits mehreren Genossen aufgefallen, ohne daß etwas gegen ihn unternommen wurde.

Als er kurz vor Ende der Veranstaltung den Saal verließ, folgten ihm einige Genossen und stellten ihn am Ausgang der Gaststätte.

Der Herr wurde aufgefordert, Unterlagen, die bei ihm bemerkt worden waren, herauszugeben, ebenso seine Notizen. Sichtlich überrascht über das plötzliche Auftauchen und die drohende Haltung der Genossen, ließ er sich seine Papiere aus der Hand reißen, bis auf einen Zettel, den er, wenn auch beschädigt, retten konnte. Wütend fuhr er die Genossen an und fauchte: *„Lassen Sie das sein; Sie wissen doch wohl, wer ich bin"* (erraten!).

Darauf ging der Spitzel in die Gaststube, um angeblich zu telephonieren. Da man ihn jedoch nicht aus den Augen ließ, gab er es auf und verschwand.

Hinterher erst wurde klar, daß er in der Gaststube weniger telephonieren als sich in die Gesellschaft eines zweiten (verdeckten) Spitzels begeben wollte, wie wir den ihm abgenommenen Unterlagen entnehmen konnten.

Bei den Unterlagen handelte es sich um zwei Mitteilungen und eine Photokopie des zu dieser Veranstaltung aufrufenden Flugblatts.

Die erste Mitteilung war an Herrn D u n i n g gerichtet mit folgendem Text:

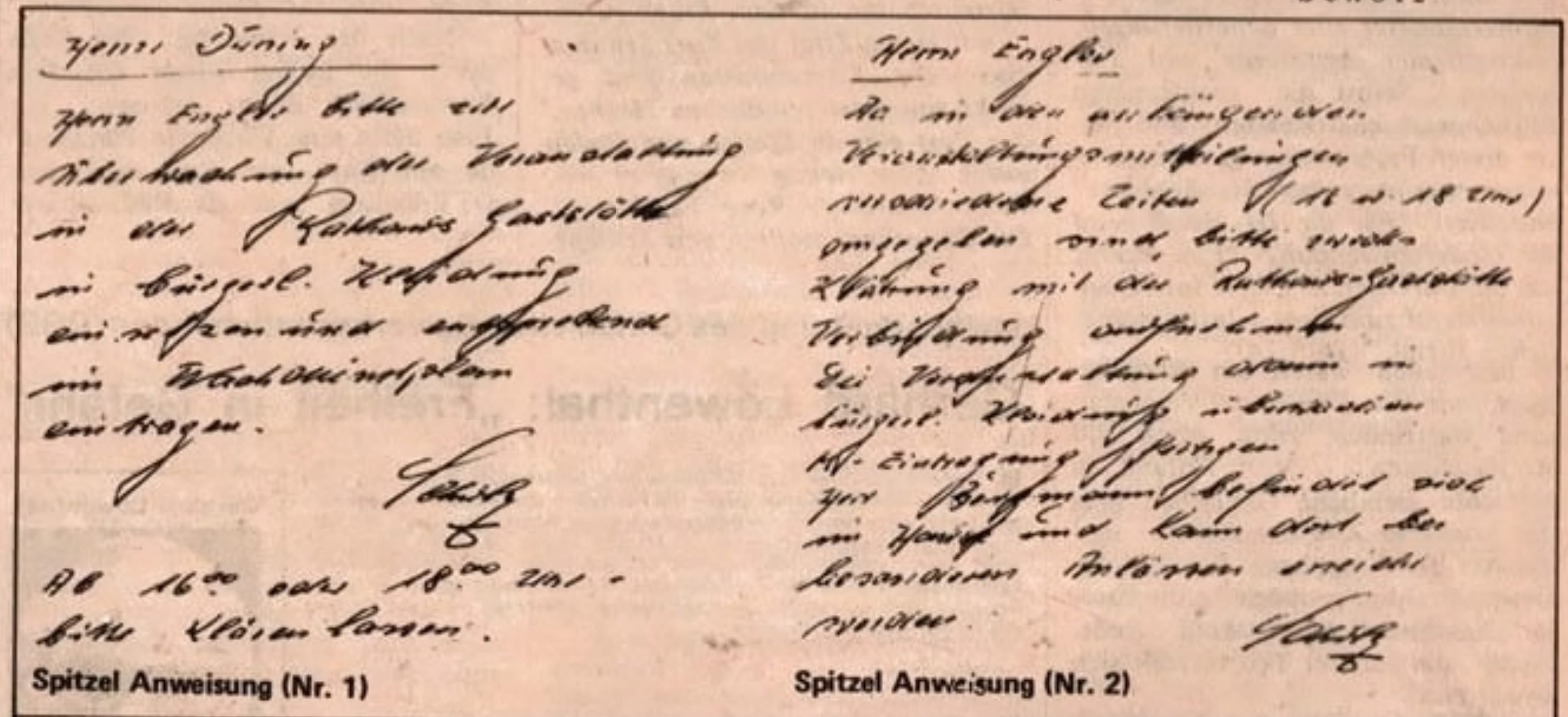
„Herrn E n g l e r bitte zur Überwachung der Veranstaltung in der Rathaus-Gaststätte in bürgerlicher Kleidung einsetzen und entsprechend im Wacheinsatzplan eintragen.

S c h o l z

Ab 16.00 oder 18.00 Uhr – bitte klären lassen."

Die zweite Mitteilung ist ebenfalls handgeschrieben und wie die erste von dem gewissen Herrn S c h o l z unterzeichnet. Scholz ist offensichtlich der Vorgesetzte, der den Duning anweist, wen dieser mit dem Einsatz zu beauftragen hat. Scholz hat Duning das Schreiben an Engler gleich beigelegt:

„Herrn E n g l e r
Da in den anhängenden Veranstaltungsmitteilungen verschiedene Zeiten (16.00 oder 18.00 Uhr) angegeben sind, bitte zwecks Klärung mit der Rathaus-Gaststätte Verbindung aufnehmen.
Die Veranstaltung dann in bürgerlicher Kleidung überwachen. MV-Eintragungen fertigen.
Herr B i r k m a n n befindet sich im Hause und kann dort bei besonderen Anlässen erreicht werden.
S c h o l z"



Spitzel Anweisung (Nr. 1) **Spitzel Anweisung (Nr. 2)**

Eine anliegende Fotokopie des Flugblattes der Bezirkszelle Altona die ebenfalls dem Spitzel abgenommen wurde, trägt die handschriftliche Eintragung:
„Herrn Manfred F r i t z, 43 99 537".

Als Engler vor der Gaststättentür angehalten wurde, befand sich ein zweiter – verdeckter – Spitzel wahrscheinlich der genannte Birkmann, in seiner Nähe, vermutlich im Kneipen-Vorraum. Dementsprechend haben wir davon auszugehen, daß jeweils der sich im Einsatz befindliche Spitzel durch einen oder mehrere „Verdeckte" geschützt wird. ●

Bezirkszelle Altona
KB-Gruppe Hamburg

Gaststube, um angeblich zu telepho- | offensichtlich der Vorgesetzte, der | KB-Gruppe Hamburg

FASCHISTISCHER GEHEIMDIENST TERRORISIERT DIE BEVÖLKERUNG IN KASSEL

Überall *„wo wir hinkommen, ist Ruhe."* Und: *„So was braucht die Stadt"* sagte der Einsatzleiter der faschistischen „Abwehrorganisation Gerd MIHM und Sohn". Und führte eine nachtlang eine militärisch gerüstete Übung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Kasseler Innenstadt durch.

15 uniformierte Faschisten der „privaten" Killertruppe, dazu sieben Funkwagen und fünf Hunde, die aussehen „wie kleine Kälber" übten auf öffentlichem Gelände *„Häuserfronten und Gebäude abriegeln"* und *„Straßen durchqueren"*.

Wenn sich bislang diese faschistische Terrorgruppe auf „Objektschutz" „Industriespionage" und „Bespitzelung" (wofür Kapitalisten pro tausend Arbeitnehmer jährlich 156.000 DM plus Spesen" bezahlen) „beschränkt" hat, so gingen sie in dieser jüngsten Nachtaktion dazu über, die nichtsahnende Bevölkerung zu terrorisieren. Ihr Übungsziel, im Rahmen einer Ausbildung für „Agenten im gehobenen Dienst" lautete: Wie umstellt man ein Haus? Wie durchgeht man eine Gasse? Diese Aufgabe wurde gelöst.

Auf Anfrage sagte der Kasseler Polizeipräsident Herbert Ahlborn (SPD): *„Wir haben keine Möglichkeit, in die Maßnahmen (!) einer Privatfirma (!!!!) einzugreifen. Der Einsatz war uns vorher bekanntgegeben worden".* Immerhin sei es aber noch möglich, daß das Gewerbeaufsichtsamt (!!!!) etwas beanstande. – Tatsächlich geschah von dieser Seite her gar nichts.

Hiermit wurde die Zusammenarbeit zwischen Staatsapparat und „privaten" faschistischen Militärorganisationen wieder mal deutlich. ●

Genossen der Bezirksorganisation,
KB-Gruppe Hamburg

Cuxhaven:

Spontane Aktion gegen Faschisten

Vor einigen Wochen hatten Stader NPD-Faschisten einen Stand vorm Cuxhavener Kaufhaus Karstadt aufgebaut. Die „Jungen Nationaldemokraten" (JN) verteilten Flugblätter und sammelten auch noch für ihre Organisation Geld. Das war natürlich ein Anstoß für viele fortschrittliche Menschen, und als dann ein Arbeiter beim Anfassen eines ihrer Plakate von einem JN-Schläger Prügel bezog, kam es unter etwa 30 - 40 Jugendlichen zu spontanen Reaktionen. Man bildete einen Sprechchor und rief z.B.: *„Nieder mit der braunen Pest!"* Viele Passanten beschimpften die JN. Die Plakate wurden abgerissen und der Stand immer mehr bedrängt. Einige schnappten sich das Propagandamaterial und warfen es durch die Luft. Die Faschisten, die nur mit drei Mann angetreten waren, hatten es mit der Angst bekommen und die Polizei gerufen, die auch sofort mit zwei Wagen aufkreuzte und die Faschisten freundlich begrüßte. Man griff sich dann auch zwei Kollegen heraus, um ihre Personalien aufzunehmen; gegen sie läuft inzwischen eine Anzeige. Als der verprügelte Arbeiter den Faschisten anzeigen wollte, sagten die Bullen damals nur: *„Den kennen wir, da brauche ich keine Personalien."* Als dieser Kollege sich am nächsten Tag auf der Wache meldete, sagte man ihm: *„Eine Anzeige* (gegen den Faschisten) *liegt nicht vor, und auch seine Personalien sind unbekannt."*

Die spontanen Aktionen der fortschrittlichen Passanten gegen diese Faschisten waren noch unentschlossen; viele Menschen blieben passiv. Für die beteiligten Antifaschisten zeigte sich sehr deutlich, daß man organisiert gegen die JN vorgehen muß. Das heißt u.a., die aktiven Demonstranten gemeinsam vor Übergriffen der Faschisten und der Polizei zu schützen. Ebenfalls notwendig ist zukünftig eine breitere antifaschistische Aufklärung und Agitation, Entlarvung der Faschisten.

Erfolgreiche Verhinderung einer Nazi-Veranstaltung

Nach dem Protest gegen die NPD-Stände, wurde die für den 14. Mai geplante Veranstaltung der NPD eine Pleite. Frühzeitig riegelten etwa 30 Antifaschisten den Eingang zum Veranstaltungslokal ab und blieben gegenüber allen Versuchen, die Demonstranten einzuschüchtern und die Absperrung zu durchbrechen (u.a. auch durch einen zivilen Trupp der Politischen Polizei) konsequent und hielten die Reihen geschlossen. Trotz angestrengter Bemühungen der NPD-Nazis, die uniformierte Polizei herbeizuholen, griff diese diesmal nicht ein. Obwohl später noch einige Faschisten auf abenteuerlichen Umwegen ins Lokal gelangen konnten, bleiben sie mit rund 15 Leuten doch unter sich und konnten ihre Versammlung erst mit 1 Std. Verspätung und nur in dieser kleinen Besetzung beginnen. Damit war zumindest erreicht, daß die Nazis an diesem Abend ihre Hetze nicht über den eigenen Kreis hinaus an den Mann bringen konnten. ●

KB-Sympathisanten
in Cuxhaven

Oberhetzer Löwenthal am 1. Mai in Hannover

Am 1.Mai rief das „Gewerkschaftliche Maikomitee" (in dem auch die Sympathisanten-Gruppe des KB mitarbeitet) mit einem Flugblatt auf: „Stoppt Löwenthal am 1.Mai!" Der SDS Hannover verteilte ebenfalls Handzettel ähnlichen Inhalts. Es galt die Provokation des gewerkschaftsfeindlichen CGB (christlicher Gewerkschaftsbund) zurückzuweisen. der diesen Reaktionär auf einer „Mai-Kundgebung" sprechen lassen wollte. Thema: „Freiheit in Gefahr." Aus dem Aufrufflugblatt ging hervor, daß es sich hier um eine Hetzveranstaltung in faschistischem Stil handeln würde: die „Kritik an der SPD-Mitbestimmung", die der CGB hier verbrät, richtet sich nicht gegen die Mitbestimmungsillusion, die von SPD und Gewerkschaftsführung verbreitet wird, sondern ist Hetze gegen die Gewerkschaften überhaupt, gegen diese Sammelbecken *„der Systemveränderer aller Schattierungen, linksradikaler Agitatoren und Terroristen."* Selbst die reaktionären SPD-Gewerkschaftsfürsten sind unter diesen Prädikaten sogar miteinbezogen, wie etwa das „Handelsblatt" andeutet: *„Für die IG Metall wird die Gewaltanwendung (!) im Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen zunehmend zum ganz selbstverständlichen Mittel."* (28.3.74).

Erschienen waren am Künstlerhaus, wo die Löwenthal-Veranstaltung stattfinden sollte, etwa 200 Antifaschisten. Von Anfang an herrschte ziemliche Unklarheit über das konkrete Ziel der Aktion und die Art des Vorgehens. Ein Teil der Demonstranten propagierte die Parole „Faschisten haben kein Rederecht!", ein anderer Teil verhielt sich abwartend.

Es zeigte sich aber, daß auch der aktive Teil der Demonstranten nicht so radikal war wie sein Schlachtruf. Er war gespalten in diejenigen, die schon im Saal auf den Beginn der Veranstaltung warteten und die, die an der Tür Löwenthal abfangen wollten. Löwenthal erschien – und wurde „kampflos" durchgelassen. Lediglich im Vorraum des Künstlerhauses rief ein Genosse: *„Löwenthal – Faschist! Raus aus Hannover!"* Löwenthal drehte sich um und fragte: *„Wer hat mich eben Faschist genannt? Ich werde Sie anzeigen!"* Sprach's und drehte sich um und verschwand im Versammlungsraum. Im Vorraum hatte sich zuerst eine fast betretene Stille ausgebreitet. Löwenthal war schon aus der Reichweite, als die Überraschung über sein freches Auftreten überwunden war: die Demonstranten setzten wütend ein: „Löwenthal – Faschist! Raus aus Hannover!" Die Chance, Löwenthal am Betreten des Saals zu hindern, war vergeben.

Bis zum Erscheinen Löwenthals hatten nur vier bis fünf ältere Ordner vor der Tür des Versammlungsraumes gestanden, während vor einem Seiteneingang des Künstlerhauses zwei Zivilfahrzeuge mit je vier uniformierten Polizisten standen. Kurz nach dem Eintreffen Löwenthals fuhren mehrere Streifenwagen der Polizei vor, aus denen scheinbar friedlich Polizisten mit Dienstmützen und ohne „Kampfausrüstung" stiegen.

Ein Augenzeuge berichtet: *„Nur wenige vor dem Künstlerhaus bemerkten die (anderen) Bullen, die durch die Einfahrt neben dem Haus liefen. Ich rief: „Bullen am Seiteneingang!" und rannte hinterher. Die Bullen waren schon durch einen Kellereingang ins Haus. Ich lief auf den Hof und auf die Terrasse, die hinter dem Löwenthal-Saal lag. Drinnen war es unwahrscheinlich laut. Löwenthal kam gar nicht zum Reden. Einmal hörte ich ihn in dem Krach rufen: ‚...mit einem Zitat von Kurt Schumacher: Die Kommunisten sind gelenkt von einer feindlichen Macht...' der Rest ging in Pfeifen und Rufen unter. Aber richtig los ging es erst, als er schrie: ‚Rote Faschisten!' Die Saalordner wollten eine Schiebetür zuziehen, um unsere Leute, die hinten saßen, auszusperren. Da kam es zu Gedrängel, aber noch nicht zu Schlägerei. Platzlich sprang eine Tür auf, die Bullen stürzten 'rein und knüppelten auf alle, die hinten saßen und standen. Sie schlugen sofort auf Köpfe und Schultern der Demonstranten und trieben sie zur Saaltür raus. Wir schlugen die Fenster von außen ein und brachen die Terrassentür auf, damit einige auch da rauskonnten. Vor der Saaltür standen nämlich auch Bullen, die allen, die da rauskamen, noch einen auf den Kopf oder ins Kreuz verpaßten."*

Nach der Räumung des Saals durch die Bullen wurde vor dem Künstlerhaus Bilanz gezogen: ein Juso hatte eine klaffende Platzwunde am Kopf, ein etwa 60jähriger ÖTV-Kollege war als Rädelsführer bezeichnet und brutal geschlagen worden, ein Mädchen war auf der Treppe vor dem Künstlerhaus festgenommen, in einen Seitenraum gezerrt und dort brutal von zwei Bullen zusammengeschlagen worden.

Später zogen etwa 125 Mann im Demonstrationszug durch die Stadt zum Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße unter Rufparolen wie *„Löwenthal – Faschist! Raus aus Hannover!", „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!", „Polizei – SA – SS!"* und *„Demokraten – Kommunisten: einig gegen die Faschisten!"*

Im UJZ Kornstr. wurde über die Aktion diskutiert. Nachdem Zeugenaussagen aufgenommen wurden – eine Sache, der wir zu wenig Bedeutung beigemessen haben (!) – wurde versucht, die Ursachen des vorläufigen Mißerfolges zu erkennen und das Auftreten Löwenthals und die Rolle des CGD richtig einzuschätzen. Gerade in Hannover gelang es dem „Christlichen Metallarbeiterverband" bei VW einige Betriebsratsposten zu ergattern.

Es wurde der Vorschlag gemacht, die Aktion nicht einfach so im Sande verlaufen zu lassen, sondern diesen antifaschistischen Ansatz fortzuführen. Es wurde dazu eine weitere Diskussion angesetzt.

Zu dieser Diskussionsveranstaltung erschienen 24 Personen. Wichtigste Frage war: „Was tun, wenn Löwenthal wiederkommt?" Die Militanteren vertraten die Ansicht: „Faschisten haben kein Rederecht!"

Der gegensätzliche Standpunkt war relativ pazifistisch und prinzipiell dagegen, ein erneutes öffentliches Auftreten eines Faschisten nach Möglichkeit zu verhindern. Dieser Widerspruch konnte in der ersten Sitzung nicht geklärt werden.

Wir verstehen es als Aufgabe, innerhalb der Hannoverschen Linken für größere politische Klarheit über die Fragen des antifaschistischen Kampfes uns einzusetzen und nach Möglichkeit für den nächsten Löwenthal-Besuch in Hannover Ende Mai entsprechende Vorsorge zu tragen.

Am 3.Mai verkündete die „Hannoversche Presse", der DGB wolle prüfen, *„ob er möglicherweise Strafantrag gegen den CGB und unter Umständen auch gegen die hannoversche Polizei erhebt."* Das halten wir allerdings für bloßen Theater-Donner der Gewerkschaftsführer, wenn man z. B. bedenkt, daß ihre eigenen Partei-Kumpane (SPD) für den Polizei-Einsatz verantwortlich sind und Oberhetzer und Faschist Löwenthal nach wie vor Mitglied des DGB ist (und zu dessen Gründungsmitgliedern in Westberlin gehört). Der hannoversche DGB vermied auch, auf den provokatorischen und faschistischen Charakter der CGB-Veranstaltung hinzuweisen, sondern beklagte listig die „Unverhältnismäßigkeit der Mittel" des Bullen-Terrors gegen „vermeintliche Störer". ●

Sympathisanten des KB, Hannover

Maikundgebung des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB)

Gerhard Löwenthal: „Freiheit in Gefahr"

● Systemveränderer aller Schattierungen, linksradikale Agitatoren und Terroristen sind zum Kampf gegen die Freiheit in unserem Lande angetreten. Viele Verantwortliche reagieren auf diese Angriffe unsicher und oft sogar feige. Was noch schlimmer ist: Manche dulden die Unterhöhlung unseres demokratischen Staatswesens mit wohlwollendem Augenzwinkern. Eine Gruppe braucht nur entschlossen und rücksichtslos genug aufzutreten – es wird ihr gelingen ihre egoistischen Interessen auch auf Kosten des Gemeinwohls durchzusetzen.

Gerhard Löwenthal



Einer der bekanntesten deutschen Fernseh-Journalisten.

Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) seit 1946.

Gründungsmitglied des DGB in Berlin.

51 Jahre, verheiratet. Vater von zwei Kindern.

Radikale prügeln Professoren

● Eine Gruppe von Verantwortungslosen, eine Gesellschaft ohne Haftung, hat ihre Drahtzieher bereits in den wichtigsten Institutionen unseres Landes verankert. In Fernsehen und Rundfunk, in Presse und Literatur, in den Universitäten und – das ist das Bedrohlichste – längst auch in unseren niedersächsischen Schulen. Für sie ist Kritik zum Selbstzweck geworden. Ihre Methode ist die Manipulation: Sie verwirren die Geister, entstellen den Sinn unserer Sprache. Sie sagen Freiheit und meinen Krawall. Sie predigen Lehrfreiheit und prügeln Professoren.

Der DGB mißbraucht den 1. Mai

● Die Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes mißbrauchen den 1. Mai (Tag der Arbeit) für die Durchsetzung ihrer ureigenen verbandsegoistischen Interessen. Die DGB-Funktionäre wollen der Öffentlichkeit weismachen, daß die paritätische Mitbestimmung den Einzelnen am Arbeitsplatz freier machen wird. Der DGB verschweigt, daß das Gesetz in der jetzt vorliegenden Form lediglich den Verbandsfunktionären des DGB mehr Macht gibt. Der kleine Mann selber (und auf den sollte es doch eigentlich ankommen) wurde einfach ausgeschaltet. Wenn das SPD/DGB-Gesetz über die paritätische Mitbestimmung in der jetzigen Form im Bundestag verabschiedet wird, darf der Arbeitnehmer noch nicht einmal seine Aufsichtsräte selber wählen. Er kann lediglich ein gewerkschaftlich meist schon vorsortiertes Wahlmännergremium schlucken. Allein diese DGB-Wahlmänner können dann die Aufsichtsräte wählen. Der Hintergrund: Man schaukelt sich selber die hochbezahlten dicken Jobs zu. Gewerkschafts-Funktionäre, die zum Teil schon jetzt höhere Einkommen haben, als manch ein Arbeitgeberboß, würden dann noch reicher werden. Und so etwas nennt der DGB dann am kommenden 1. Mai noch fortschrittlich! Der DGB will mehr Macht. Sonst nichts. Es geht ihm nicht mehr um den kleinen Mann. Es geht ihm um sich selbst.

Gerhard Löwenthal, bekannter Fernsehjournalist und seit über 25 Jahren selber Gewerkschaftsmitglied, wird zu diesen und anderen Fragen am 1. Mai
um 9 Uhr in Wolfsburg, „Föhrenkrug", Pestalozziallee,
um 11 Uhr in Braunschweig, "Schützenhaus", Hamburger Straße und
um 19 Uhr in Hannover, „Künstlerhaus", Sophienstraße 2
sprechen.

Zu dieser Veranstaltung sind Sie eingeladen. Kommen Sie, damit wir uns über den Christlichen Gewerkschaftsbund dem gefährlichen Trend in unserem Lande widersetzen können. Kommen Sie, damit der Arbeitnehmer von mächtigen Verbands-Funktionären nicht entmündigt wird.

Christlicher Metallarbeiter-Verband (CMV) im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB), 3 Hannover, Dunkelberggang 1, Tel.: 05 11 / 44 82 33. Verantwortlich für den Inhalt: Horst Schwerdtfeger.

Dieses provokatorische Flugblatt verteilen die CGB-Leute auf der gewerkschaftlichen 1.Mai-Kundgebung in Hannover

Welch ein Gestank!

Kripo breitet ihre schmutzige Wäsche aus



Grunert begrüßt Strauß als Gast auf dem BDK-Kongreß im Dezember 1971.

In einem Vortrag vor leitenden Kripo-Leuten im September 1972 machte Hamburgs Kripo-Chef, Bertling, die launige Bemerkung: **„Es gibt bei uns Sachbearbeiter, die wissen alles besser. Die gehören am besten in den Gasofen."**

Diesen „Scherz" trug der Vorsitzende des „Bundes Deutscher Kriminalbeamter" (BDK), Grunert, an die Öffentlichkeit. *„Weil ihm sein Gewissen als Bürger keine Ruhe ließ"*, wie Springers „Hamburger Abendblatt" am 27./28.4.74 zu melden wußte.

Der BDK-Chef mit dem zarten demokratischen Gewissen ist uns allerdings kein Unbekannter mehr. Als im Dezember 1971 in Hamburg ein BDK-Kongreß stattfand, sagte Grunert in seiner Rede, daß die Gewerkschaften **„die Wurzel allen Übels"** und **„die Totengräber unseres Staates"** seien. Mit von der Partie war damals übrigens CSU-Boß F.J. Strauß. (Vgl. AK 14, S. 3)

Als Grunert Bertlings faschistoides „Witzchen" bekannt gemacht hatte, verließ sich Bertling zunächst auf die „Verschwiegenheit" seiner „Untergebenen" und die Unterstützung seines Vorgesetzten, Polizei-Präsident Redding (SPD): Bertling bestritt alles und klagte seinerseits den Grunert wegen Verleumdung an.

Redding gab Bertling zunächst ohne weiteres Recht, und Grunert bekam eine Disziplinarstrafe, weil er „das Ansehen der Polizei geschädigt" habe: er sollte ein Dreißigstel seines Bruttogehalts (rund 2000 DM monatlich) über ein Jahr hin verlieren.

Grunert (von Springer-Presse und CDU kräftig unterstützt!) ging vor Gericht und setzte sich durch. Die aufmarschierten Kripo-Zeugen machten zwar überwiegend eine klägliche Figur (von 50 Zeugen bestätigten nur neun die Äußerung Bertlings, 20 hatten „nichts gehört" und 20 meinten, die Äußerung sei „in ganz anderem Zusammenhang" gemeint gewesen) – jedoch war das Gericht, auch aufgrund eines Teilgeständnisses von Bertling, überzeugt, daß die Äußerung mit dem „Gasofen" so gefallen war. Grunert wurde freigesprochen.

Über disziplinarische Konsequenzen gegen Bertling wurde bisher nicht gesprochen. Grunert will sich nach Pressemeldungen 25.000 Mark „Schadenersatz" zahlen lassen. ●



So sehen Antifaschisten ihn besonders gern: „Gasofen-Bertling" (links unten) auf allen Vieren.

Mildes Urteil gegen faschistische Schläger

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt ging im Januar/Februar ein Prozeß gegen mehrere faschistische Schläger über die Bühne, die vor nunmehr gut drei Jahren an den Krawallen der „Aktion Widerstand" in Würzburg beteiligt waren. Am 31. Oktober 1970 hatten sich einige tausend Faschisten in Würzburg zu einer Kundgebung der „Aktion Widerstand" getroffen. Nach dieser Kundgebung waren faschistische Horden stundenlang durch Würzburg gezogen, um Jagd auf einige Gegendemonstranten und auf kritische Bürger der Stadt zu machen.

Die Bourgeoisie ist offensichtlich bemüht, die Würzburger Nazi-Krawalle in Vergessenheit ruhen zu lassen und die nun einmal notwendigen Prozesse so geräuschlos wie möglich durchzuziehen, um nach außen das demagogische Bild von den „gefährlichen Linksradikalen" und den „harmlosen Rechtsradikalen" aufrecht zu erhalten.

Vor Gericht standen Heinz Flöter, Hans Günther, Jürgen Rieger und dessen Bruder Peter Rieger. Jürgen Rieger ist von diesem braunen Kleeblatt der bekannteste: Als faschistischer Schläger in voller Kriegsbemalung bei fast jedem Nazi-Krawall dabei, führendes Mitglied faschistischer Grüppchen wie „AKON" und „Freundeskreis der CSU", Verfasser einer idiotischen rassistischen Broschüre. Er stand zuletzt im November vor Gericht, als Helfer des braunen Professors Rubin, der 1971 seine eigene „Entführung" inszeniert hatte, um die Schuld auf die „Baader-Meinhof-Gruppe" fallen zu lassen. (Rieger bekam in jenem Prozess drei Monate mit Bewährung - vgl. dazu AK 36, S. 26).



Die Urteile im jetzigen Prozeß: J. Rieger wegen Körperverletzung 3500 Mark, Flöter 3000 Mark wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (diese Geldstrafen tun den Faschisten nicht weh, weil irgendein wohlhabender Gönner diese Summen zweifellos aus dem Kleingeld-Portemonnaie zahlen wird), 100 Mark gegen Hans Günther, der gerufen hatte: „Brandt an die Wand"; Freispruch für P. Rieger.

Ein wesentlicher Teil der Anklagen auf Körperverletzung fiel offenbar unter den Tisch, da sich Polizisten fanden (hier einmal wirklich ganz „Freund und Helfer"!), die behaupteten, es habe gar keine Gewalttätigkeiten gegeben. Dies wird von der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten" (Ausg. vom 8.Februar), die wohl als einzige bürgerliche Zeitung ausführlicher über den Prozeß berichtete, weidlich ausgeschlachtet - während dasselbe Hetzblatt an anderer Stelle höhnisch zugibt, es habe damals in Würzburg „einige kleinere Zusammenstöße" gegeben.

Die Faschisten werden gegen das Urteil Berufung einlegen und es ist noch nicht einmal ausgeschlossen, daß die Justiz sie dann heimlich-still-und leise völlig freisprechen wird. ●

Faschisierung in der Bundeswehr — Leserbrief —

In einigen ARBEITERKAMPF-Artikeln der letzten Monate wurde verschiedentlich die zunehmende militärische, politische und ideologische Ausrichtung der Bundeswehr auf den Einsatz gegen die westdeutsche Arbeiterklasse analysiert. Diese Entwicklung reiht sich ein in die derzeit vom Kapital beschleunigt vorangetriebene Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft. Diese Maßnahmen zur brutalen Unterdrückung des Proletariats und seiner Verbündeten werden zu einem Zeitpunkt durchgeführt, wo die Arbeiterbewegung und damit auch die demokratische Bewegung unter den Soldaten nur verhältnismäßig schwach und spontan entwickelt ist und nur in sehr geringen Ansätzen politische Klarheit entwickelt hat.

Um die Bundeswehr wirklich zum Instrument der faschistischen Unterdrückung ausbauen zu können und im „Ernstfall" eine Solidarisierung zwischen Arbeitern und Soldaten von vornherein zu verhindern, ist seit etwa einem halben Jahr eine verschärfte ideologische Aufrüstung und eine stärkere Hervorhebung der formalen Disziplin und der militärischen Hierarchie in der Bundeswehr zu beobachten. Dazu einige Beispiele aus einer kleinen schleswig-holsteiner Luftwaffeneinheit und aus einigen Marineeinheiten:

1. Bei einer Parole in der Luftwaffeneinheit wurde die Grußpflicht erneut besonders hervorgehoben, auf die rechtlichen Grundlagen verwiesen und befohlen, dieser Pflicht „strenger Genüge zu tun". Besonders das Grüßen von Unteroffizieren sollte eingehalten werden. Bei den Kameraden erntete diese Verschärfung der bisher ziemlich lässig gehandhabten Grußpflicht nur teilnahmsloses Schulterzucken, ohne daß ihnen klar wurde, daß auch diese „Kleinigkeit" für das Offizierskorps ein Instrument der Disziplinierung ist.
2. Bei einer Unteroffiziersversammlung wurde den Uffzen bei Strafe das Duzen von Mannschaftsdienstgraden untersagt. Die Uffze wurden an ihre Vorgesetzenpflichten erinnert.
Auch dieser Verschärfung wurde weder von den Unteroffizieren noch von den Mannschaften irgendein Widerstand entgegengesetzt.
3. Einige Kameraden, die morgens fünf Minuten zu spät aufstanden, erhielten plötzlich ein 14-tägiges Nacht- und Wochenendausgangsverbot. Beschwerden gegen diese Maßnahme wurden sämtlich abgelehnt.
4. Für das um fünf Minuten verspätetete Abgeben einer Verlustmeldung erhielt ein Kamerad eine Disziplinarstrafe von 100.– DM (!).

Die 100.– DM wurden durch eine Sammlung unter den Kameraden zusammengebracht. Auf eine Beschwerde gegen das Diszi liegt noch keine Antwort vor. Nach dem Bekanntwerden des Diszis machten dann auch mehrere Kameraden den Vorschlag, sich abends unregelmäßig zusammenzusetzen, um über die anstehenden Disziplinierungsmaßnahmen und Gegenmaßnahmen zu beraten.

Soweit zu einigen Vorfällen der letzten Zeit in der Luftwaffeneinheit. Was hierbei recht gut zu sehen ist, ist die Tatsache, daß die verschärften Disziplinierungsmaßnahmen bei den unteren Dienstgraden keinen oder nur sehr wenig Widerstand hervorrufen, sondern meist lediglich ein teilnahmsloses Schulterzucken oder Resignation bewirken.

Ferner wird an diesen Beispielen deutlich, daß die Verschärfung der Disziplinierung innerhalb der Bundeswehr keiner neuen Gesetze und Vorschriften bedarf, sondern daß sie unter weitgehender Ausschöpfung bereits vorhandener gesetzlicher Mittel durchgeführt wird.

Ähnlich, wie oben beschrieben, ist die Reaktion der unteren Dienstgrade auch gegenüber offeneren Disziplinierungsmaßnahmen wie Tagesbefehlen oder Erlassen. So findet sich z.B. im „Flottentagesbefehl Nr. 3/74" folgender Absatz:

„Die Aufrechterhaltung der Ordnung im Betreuungsgebäude des Marinestützpunktes Kiel erfordert bis auf weiteres eine zusätzliche Wache. Diese Wache ist von allen in Kiel anwesenden schwimmenden Einheiten zu stellen.

Mit der Durchführung dieser Maßnahme habe ich den Kommandeur der Zerstörerflottille beauftragt."

Dazu muß gesagt werden, daß in den ganzen letzten Jahren vor allem die Mannschaftskantine in Kiel von Kameraden, die auf Zerstörern der „Fletcher"-Klasse fahren, regelmäßig „aufgeräumt" worden ist. (Die „Fletcher" sind aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen (z.B. schlafen dort bis zu 80 Mann auf einem Deck) mit die gefürchtetsten Kommandos bei der Marine). Interessant ist nur, daß diese Wache, die ja wohl nicht nur mit erhobenem Zeigefinger als Schlagstock herumlaufen soll, gerade zum jetzigen Zeitpunkt, im Zuge der allgemeinen Verschärfung der Disziplin in der Bundeswehr eingerichtet wird.

In dieselbe Richtung zielt der etwa zur gleichen Zeit erschienene Stützpunktbefehl des Marinestützpunktes Olpenitz, der besagt, daß in Fällen der Störung von „Ruhe und Ordnung im Stützpunktbereich" der Offizier vom Wachdienst des Stützpunktkommandos sich einen im Wachdienst befindlichen Mannschaftsdienstgrad zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" heranziehen darf. Derselbe Befehl erinnert nochmals daran, daß Soldaten, die als „Störer" aufgegriffen werden und keine Angaben über Person und Einheit machen wollen, sofort eingelocht werden dürfen.

Diese Beispiele zeigen überdies auch ganz deutlich den Sinn und Zweck der Wachen im Kasernengelände, nämlich die Disziplinierung der eigenen Kameraden. Heute sind es noch betrunkene Soldaten, gegen die härter durchgegriffen wird, demnächst sind es vielleicht schon „meuternde" Truppenteile.

Die zunehmend arbeiterfeindliche Ausrichtung der Bundeswehr schlägt sich bei Teilen der Soldaten heute schon in einer Übernahme von direkt faschistischen Verhaltensweisen und Ideologien nieder. So sind in letzter Zeit einige Fälle bekanntgeworden, in denen vornehmlich Unteroffiziersdienstgrade in braunen Hemden und mit Nazi-Armbinden Hitlers Geburtstag feierten: Im letzten Jahr auf dem Repräsentationsschiff der Bundesmarine, dem Schulschiff „Deutschland". In diesem Fall wurden die beteiligten Soldaten wegen „Schädigung des Ansehens der Bundeswehr in der Öffentlichkeit" belangt und nicht etwa wegen Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes. In diesem Jahr feierten am 20.4. Uffze des 5. Minensuchgeschwaders in Olpenitz ebenfalls „Führers Geburtstag". Obwohl diese Absicht vorher bekannt war, bekamen die Soldaten für diese Feier die Uffz-Messe zur Verfügung gestellt. Ein ähnlicher Fall wurde letztens aus Westerland bekannt, wo – laut „Welt" – „junge Leute" in einem öffentlichen Lokal diese Feier abhielten. Wer allerdings weiß, daß in Westerland und Umgebung mehrere Marineeinheiten liegen, kann sich in etwa vorstellen, was das für „junge Leute" gewesen sein mögen. Auch dieser Fall wurde nachher als „Gag" heruntergespielt.

Bezeichnend ist dabei, daß von der militärischen Führung in diesen Fällen nur die Form, die Offenheit derartiger Veranstaltungen, nicht aber deren Inhalte geahndet werden.

Wir haben diesen Brief geschrieben, weil unserer Meinung nach gerade diese Einzelbeispiele zeigen, wie weit und in welchem Maße sich die Organe des kapitalistischen Staates auch intern auf die offene und brutale Unterdrückung des Proletariats vorbereiten und wie wenig organisierter Widerstand, allen gegenteiligen Beteuerungen von DKP bis KPD/ML zum Trotz, dem derzeit entgegenzusetzen ist. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn im AK in Zukunft mehrere Erfahrungsberichte aus den Kasernen erscheinen würden, damit man sich ein möglichst genaues Bild von den Zuständen innerhalb der Kasernen machen kann. ●

Mit sozialistischem Gruß,
zwei sympathisierende Soldaten.

ISOLATIONSFOLTER UND FASCHISTISCHE KNASTÄRZTE

Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD

Ein weiterer Genosse, der wegen „Verdacht der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" (RAF) eingekerkert ist, ist durch die Isolationsfolter und durch Entzug ärztlicher Versorgung gesundheitlich schwer ruiniert. Klaus Jünschke, der seit knapp zwei Jahren (seit Juni 1972) in „Untersuchungs"-Haft in Zweibrücken gefangengehalten wird, hat am 1. Mai dieses Jahres einen lebensgefährlichen Kreislaufkollaps erlitten. Nachdem sich sein gesundheitlicher Zustand schon lange Zeit verschlechterte, wurde ihm erst jetzt gestattet, sich in einem Krankenhaus fachärztlich untersuchen zu lassen.

Vor anderthalb Jahren traten bei Klaus Jünschke die ersten Kreislaufstörungen auf, hervorgerufen durch die totale Isolation, mit der die politischen Gefangenen in den Haftanstalten der sozialdemokratisch regierten BRD gehalten werden: Einzelzelle, Einzelhofgang, Post- und Besuchsverbot, Fernhalten von Gemeinschaftsveranstaltungen mit anderen Häftlingen. Bei Klaus Jünschke wurde zudem das Zellenfenster völlig verkettet, wodurch die Frischluftzufuhr fast gänzlich abgeschnitten wurde.

Im März 1973 stellten die Rechtsanwälte von Klaus Jünschke den ersten Antrag auf Untersuchung durch einen Arzt seines Vertrauens. Dieser Antrag wurde zurückgewiesen, da bei Klaus Jünschke angeblich „kein Leiden ersichtlich" sei und „Sicherheitsgründe" dagegenstünden. Außerdem sei der Anstaltsarzt selbst aufgrund „seiner spezifischen Erfahrungen" in besonderer Weise geeignet, den Gefangenen zu behandeln. Was es mit dieser „spezifischen Erfahrung" auf sich hat, äußerte der Anstaltsarzt Dr. Julinek im Juni 73 gegenüber dem Genossen Jünschke: Leute wie ihn hätte er im Krieg abgeknallt; und wäre Jünschke außerhalb der Haftanstalt, hätte er ihn schon längst abgeknallt!

Es ist klar, daß Klaus Jünschke Widerstand gegen die „Behandlung" durch diesen Faschisten leistete: mehrfach schmiß er ihn aus der Zelle und richtete Dienstaufsichtsbeschwerden an das Justizministerium von Rheinland-Pfalz. Das Ministerium antwortete darauf nur zynisch, daß diese Äusserungen des Anstaltsarztes zwar „nicht gebilligt" werden, daß die „Gereiztheit des Arztes" aber von Jünschke „provoziert" worden sei und deshalb „keine Veranlassung" bestehe, daß er einen anderen Arzt erhalte. Immer wieder lehnten die Behörden Jünschkes Anträge auf ärztliche Versorgung ab, solange dieser „die Untersuchung durch einen Anstaltsarzt verweigert". Die letzte Ablehnung erfolgte am 13. März dieses Jahres – rund anderthalb Monate später erlitt Jünschke den schweren Kreislaufkollaps.

Die „Rote Hilfe"- Frankfurt schreibt in einem Flugblatt dazu:

„Die Justiz verfolgt ein ganz klares Ziel: die psychische und physische Vernichtung der politischen Gefangenen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sie sich geplanter, langfristiger Methoden. Die Urheber dieser Methoden sitzen im Bundesgerichtshof und *Methoden. Die Urheber dieser Methoden sitzen im Bundesgerichtshof und* *in der Bundesssicherungsgruppe Bonn. Erste Maßnahme: totale Isolation. Das heißt: totaler Entzug akustischer, optischer und sozialer Kontakte über Monate und Jahre hinweg. Unterbringung im sogenannten Toten Trakt, in den kein Geräusch, kein Sonnenstrahl, kein menschlicher Laut dringt. Diese moderne Folter führt schon innerhalb kurzer Zeit zu schweren gesundheitlichen Schäden. An diesem Punkt setzt die zweite Vernichtungsmaßnahme ein: sie besteht darin, daß jede ärztliche Behandlung der Gefangenen systematisch verhindert wird. Knastärzte sind die willigen Gehilfen der Justizmaschinerie."*

Die „Rote Hilfe" erinnert weiter daran, daß Jünschke nicht das einzige Opfer dieser „Rechtsstaatlichkeit" ist:

- *Bei* **Carmen Roll** *setzte der Arzt Dr. Weilacher die wegen ihrer Gefährlichkeit seit einem Jahrzehnt nicht mehr angewandte Äthernarkose ein, damit man ihre Fingerabdrücke nehmen konnte.*
- **Manfred Grashof** *wurde trotz lebensgefährlichen Lungen- und Kopfschußverletzungen mit Billigung des Knastarztes Dr. Mairose aus der Klinik in eine Sicherheitszelle verlegt.*
- **Andreas Baader** *wurde während seines Hungerstreiks jegliche Flüssigkeit verweigert. Diese Anweisung des Knastarztes Dr. Degenhardt führte zu einer Nierenschädigung.*
- **Monika Berberich** *ist aufgrund hochgradiger Kreislaufstörungen und stundenlang anhaltender Dämmerungszustände seit langem verhandlungsunfähig. (Ihr Fall wird inzwischen von der Menschenrechtskommission in Straßburg geprüft.)*
- **Katharina Hammerschmidt** *stellte sich im Juni 1972 freiwillig. Sie wurde sofort der Isolationshaft unterworfen. Eine Röntgenuntersuchung im August 1973 ergab ein eindeutiges Krankheitsbild. Aber sie wurde nicht behandelt. Obwohl sie und ihr Rechtsanwalt immer wieder versuchten, eine Behandlung oder wenigstens die Hinzuziehung eines Facharztes zu erreichen, wurde beides mit brutaler Regelmäßigkeit abgelehnt. Ihr Zustand verschlimmerte sich ständig: die Symptome (Schwellung des Halses, heftige Schluck- und Atembeschwerden, Schmerzen im Brust- und Halsbereich) zeigten sich immer deutlicher. Erst vier Monate später wurde schließlich ein Facharzt zugelassen, der eine lebensgefährliche Erkrankung vermutete und genauere Untersuchungen und Behandlung verlangte. Wieder verhinderte die Justiz die notwendigen Maßnahmen. Erst nach einem besonders schweren Erstikkungsanfall im November 1973 wurde Katharina mit einem kindskopfgroßen Tumor aus der Haft entlassen. Die Justiz hat vier Monate lang jede medizinische Behandlung abgelehnt und damit ihr Ziel erreicht: der Gesundheitszustand von Katharina ist inzwischen nahezu hoffnungslos – unterlassene Hilfeleistung oder Mord?*
- **Astrid Proll** *war zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung vollkommen gesund. Im Gefängnis Köln-Ossendorf saß sie in vollständiger Isolierhaft – im Toten Trakt. Die Folgen: nach 34 Monaten Untersuchungshaft „abnorm niedriger Blutdruck und höchstgradige Regulationsstörungen". Diese Folgen waren auch durch die etwas „liberaleren" Haftbedingungen in Frankfurt-Preungesheim nicht mehr abzufangen. Auch ihr wurde bis zuletzt ein Arzt ihres Vertrauens verweigert, weil man die Behandlung des Anstalts-* *ein Arzt ihres Vertrauens verweigert, weil man die Behandlung des Anstalts-* *arztes für „ausreichend" hielt. Astrid Proll war verhandlungsunfähig. Erst jetzt wurde ein neutraler Facharzt zugezogen. Anfang Januar dieses Jahres erreichte ihr Blutdruck einen Wert, den der gerichtlich bestellte Gutachter als akut lebensgefährlich bezeichnete. Die Justiz hatte ihr erstes Ziel erreicht: Astrid Proll war in einem bedrohlichen Zustand. Sie wurde aus der Haft entlassen und von einem Herz- und Kreislaufspezialisten behandelt. Ihr Zustand besserte sich etwas, und die Justiz sah ihr Ziel – die physische und psychische Vernichtung der Genossen – in Gefahr; sie wollte Astrid wieder einknasten. Sie entzog sich vernünftigerweise dieser mörderischen Justiz und beschloß, ihr weiteres Leben ohne ihren Zugriff zu verbringen. Die Justiz hat in ihrem Fall „versagt", d. h. ihr Ziel nicht erreicht.*

Es ist notwendig, Bedingungen zu schaffen, daß die Justiz, die nicht die unsere ist, auch in anderen Fällen „versagt"." ●

NAZI-MÖRDER FREIGESPROCHEN

Am Dienstag, dem 14.5.74, wurde vor dem Hamburger Schwurgericht das Urteil gegen zwei Faschisten gesprochen: wegen Mord angeklagt waren Felix Gruber (SS-Hauptscharführer und stellvertretender Gestapo-Referatsleiter der Abteilung IV 1942 in Oslo) und Gustav Barschdorf (SS-Hauptscharführer und 1. Mann im Referat IV AI (Kommunismus und Marxismus) ebenfalls bei der Gestapo Oslo).

Die Foltermethoden dieses Nazi-Bluthundes werden in Zeugenaussagen folgendermaßen beschrieben: Barschdorf, der „*Wadenschrauben an die nackten Beine seiner Opfer anbringt und sie langsam zudreht, bis sie sich ins Fleisch einschneiden und das Blut in den Schuhen überläuft*", der seinen Opfern „*mit einem Schlauch heißes Öl in den Magen gießen läßt und sie gleichzeitig mit Eiswasser abspritzt*" und dessen Verhörmethoden so bestialisch sind, daß Einige vor der Vernehmung ihrem Leben durch einen Sprung „*durch das geschlossene Fenster im 4. Stock*" selbst ein Ende setzen.

Im Mai 42 war die Norwegerin Brynhild Stroem von ihm verhaftet und neun Stunden lang systematisch zu Tode geprügelt worden. Die Namen ihrer Genossen verriet sie nicht.

Gruber wurde freigesprochen, ihm könne „*eine Beteiligung nicht nachgewiesen werden*". Barschdorf wurde zwar zu lebenslangem Freiheitsentzug „verurteilt", gleichzeitig wurde aber ein „Verschonungsbeschluß" erlassen. Er sei „*krank und nicht haftfähig*" (sein Verteidiger zur „Morgenpost").

Ein Faschist und Mörder läuft weiter in Freiheit umher. Sind das die ersten Ergebnisse der Kampagne für die Freilassung von Rudolf Hess, des Führer-„Stellvertreters"? Keineswegs – hier wurde nur der letzte Meilenstein in der Behandlung alter Nazi-Verbrecher gesetzt:

Im Mai 1950 wird im Bonner Bundestag das Gesetz zur Errichtung eines bundesdeutschen Verfassungsschutzes verabschiedet. Im selben Jahr wird Barschdorf in dessen Dienst aufgenommen; unter falschem Namen. 1952 werden ihm von der Polizei seine Papiere wieder auf seinen richtigen Namen ausgeschrieben. 1964 erhält er vom Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Schrübbers, eine Gratulation zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum, in dem ihm Dank für seine „*verdienstvolle Arbeit zum Wohle Deutschlands*" ausgesprochen wird. Noch am 20.12.73, nachdem das Verfahren gegen ihn wegen Mordes schon eröffnet ist, bedankt sich der Vizepräsident des BfV, CDU-Mitglied Bardenhewer, „*für die gute Zusammenarbeit auch im letzten Jahr*". Der „Extremistenbeschluß" für den Öffentlichen Dienst, angeblich gegen Linke und Rechte gleichermaßen, geht an ihm und zahlreichen seiner Nazi-Kameraden unbehelligt vorbei. Im Gegenteil, sie selber bespitzeln Linke heute, wie sie es auch vor 1945 getan haben. In dem in der DDR herausgegeben „Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der BRD" füllen die Namen von hohen Nazitieren, die heute im westdeutschen Staatsapparat tätig sind, hunderte von Seiten.

So Ex-Verfassungsschutzpräsident Schrübbers, der sich während des Faschismus als Staatsanwalt mit „Hochverratsprozessen" gegen Antifaschisten beschäftigte. So sein Vize-Präsident Albert Radke, der beim Sicherheitsdienst (SD) im Spionageapparat arbeitete und verantwortlicher Leiter der Judenverfolgung in der Slowakei war. So der Gründer des Bundesnachrichtendienstes (BND), Gehlen, der in der Wehrmachtsabteilung „Fremde Heere Ost" als Generalmajor tätig war, und 45 seine Spionageinformationen über die Rote Armee gleich den Amerikanern zur Verfügung stellt. Und ebenso sein heutiger Nachfolger Gerhard Wessel, der an gleicher Stelle tätig war.

Der heutige Staatsapparat hat also, wie sich schon an diesen wenigen Beispielen zeigt, ohne größeren Bruch, die alten faschistischen Kader wieder in sich aufgenommen, und setzt sie für die 'Säuberung' der Gesellschaft von fortschrittlichen und linken Kräften weiterhin ein. Daß dann auch selbst bekanntgewordene faschistische Verbrechen solcher Leute nicht bestraft werden, sie als „verjährt" erklärt oder nach einiger Zeit begnadigt werden, dürfte so auch kein Wunder sein.

Die ermordeten und gefolterten Antifaschisten werden wir dadurch rächen, daß wir der Arbeiterklasse diesen Charakter des Staates bewußt machen, damit sie ihn eines Tages zerschlagen wird. Auf der anderen Seite müssen wir heute den wieder aus ihren Rattenlöchern kriechenden Faschisten und Neofaschisten entschlossen entgegentreten! ●

ein Genosse aus St. Georg,
KB-Gruppe Hamburg

Bayern:

Alte Widerstandskämpfer warnen vor Neofaschismus

„Die Erwartungen, die nach der Befreiung aus den Konzentrationslagern des Dritten Reiches am 8. Mai 1945 die ehemaligen Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes in die künftige Entwicklung setzten, haben sich nicht erfüllt."

So kennzeichnete, laut Meldung der „Süddeutschen Zeitung" vom 3. Mai, die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Verfolgtenorganisationen (ABV) auf einer Pressekonferenz die Situation.

Vier verschiedene Verfolgtenorganisationen erhalten vom bayerischen Landtag ganze 20 000 Mark, die ausschließlich für Rechtsberatung bestimmt sind. Die größte derartige antifaschistische Organisation, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, bekommt keinen Pfennig.

Die ABV sehen „*Mit tiefer Sorge*", daß die BRD erneut von einer „*Welle nationalistischer und faschistischer Propaganda und Aktionen überschwemmt*" wird. Hitler-„Nostalgie", Begnadigungs-Welle für Kriegsverbrecher u.a. beweisen nach Ansicht der ABV, „*daß das Pendel immer weiter nach rechts ausschlägt*". Die „*Rechtsgefahr*" werde „*immer sichtbarer*" und „*ein neuer Faschismus in der Bundesrepublik*" sei möglich. Die ABV fordern das Verbot der NPD und überhaupt jeder Form faschistischer Propaganda und Organisierung. ●

Hamburg:

Faschistischer Mordanschlag auf türkische Arbeiter!

Am 5. Mai '74 wurde in Norderstedt bei Hamburg der türkische Arbeiter Danis Nesset von faschistischen Schlägern – im Auftrag des türkischen Generalkonsulats – lebensgefährlich verletzt.

Danis war zusammen mit einer größeren Gruppe türkischer Antifaschisten zur Versammlung der ‚türkischen Arbeitervereinigung' gekommen, um an den für diesen Tag angesetzten Vorstandswahlen teilzunehmen. Die Faschisten vom türkischen Konsulat, die bisher die ‚Arbeitervereinigung' vollkommen beherrscht hatten, fürchteten zu Recht, diesmal von ihren angemaßten Vorstandssitzen abgelöst zu werden.

Vom Konsulat bestellte und aufgehetzte Schlägertrupps verweigerten den Anti-Faschisten den Zugang zum Versammlungsraum – und stürzten sich schließlich, mit Stöcken und Totschlägern bewaffnet, auf Danis und seine Kollegen. Der Konsulatsattaché selbst hatte mit dem Ruf *„Jeder, der seinen Gott liebt, soll die Kommunisten töten"* – das Startzeichen für den faschistischen Überfall gegeben.

Die konsulatshörigen Türken schlugen daraufhin mit ihren Waffen auf alle türkischen Arbeiter, deren Frauen und Kinder ein (namentlich auf jene, die ihnen die Konsulatsvertreter vorher bezeichnet hatten!).

Danis Nesset wurde besonders übel zugerichtet: Die Faschisten zertrümmerten mit mehreren Schlägen seine Schädeldecke – und ließen nicht einmal von ihm ab, als er bereits zusammengebrochen am Boden lag.

Mehrere türkische Demokraten erlitten z.T. erhebliche Kopfverletzungen.

Als die Faschisten die Demokraten aus der Norderstedter Gaststätte getrieben hatten, rückte die Polizei an. Die Polizisten ließen sich von Konsulatsvertretern (den Faschisten also!) über die Ereignisse „informieren" – und verhafteten auf deren Geheiß hin fünf Anti-Faschisten, die wie Danis Nesset geschlagen worden waren.

Die faschistischen Schläger und Mörder aber wurden von den Bullen in der Gaststätte abgeschirmt – und schließlich sogar zu den Kleinbussen gelotst, mit denen man sie vorher herangekarrt hatte. Mit Hilfe der westdeutschen Polizei konnten die Faschisten entkommen, ohne daß die Namen der Mörder ermittelt werden konnten. Noch: Ein Rechtsanwalt, der korrekte Ermittlungen verlangte, wurde von den Polizisten geschlagen.

Die Vorgeschichte: Am 21. April wurden die Konsulatsvertreter abgewählt

In der ‚türkischen Arbeitervereinigung', die nur dem Namen nach etwas mit einer Interessenvertretung der Arbeiter zu tun hat, kann nach der Satzung jeder türkische Kollege Mitglied werden.

Bisher wurde jedoch der Verein als Einrichtung des faschistischen türkischen Konsulats in Hamburg geführt – mit der offenkundigen Funktion, die türkischen Arbeiter zu bespitzeln und gleichzeitig mit Hilfe einiger ‚Freizeit-Angebote' ruhig zu halten.

Der Vorstand wurde vom Konsulat eingesetzt und machte eine entsprechende ‚Politik': Ein bischen Musik, ein wenig Sport...etc.

Aufklärung und Unterstützung der türkischen Arbeiter bei den zahlreichen Problemen, die sich ihnen hierzulande stellen, wurde nicht gewährt.

Um diesen Zustand zu ändern, waren in den zurückliegenden Monaten zahlreiche fortschrittliche Kollegen dem Verein beigetreten.

Am 21.4.74 waren ca. 300 Kollegen im Haus der Jugend (in Hamburg-St.Georg) zur offiziellen Versammlung des ‚Arbeitervereins' zusammengekommen. Die türkischen Demokraten übten massive Kritik an der faschistischen Konsulatspolitik; sie forderten die demokratische Wahl eines neuen Vorstands, der aus ihren Reihen gestellt werden sollte; sie forderten, daß der Verein zu einer Organisation gemacht werden müßte, die sich konsequent für die Interessen der türkischen Arbeiter und ihrer Familien einsetzt (d.h., daß er sich um die Probleme des Arbeitsplatzes, der Wohnverhältnisse und der Schulausbildung der türkischen Kinder kümmert). Auf dieser Versammlung gelang es den Arbeitern einen Versammlungsleiter aus ihren eigenen Reihen zu bestimmen (auch das war bisher nicht Praxis: Regie führte immer das Konsulat).

Die Konsulatsvertreter erkannten recht bald, daß ihnen hier die Felle wegschwimmen würden. Stimmung und Kräfteverhältnis waren so, daß sich die Wahl eines anti-faschistischen Vorstandes und die Festlegung der oben skizzierten Aufgaben nicht mehr verhindern ließen.

Als Ausweg blieb den Faschisten nur die Provokation: Sie zettelten eine Schlägerei an, um unter diesem Vorwand die Polizei rufen zu können und die Versammlung auflösen zu lassen.

Obwohl die Schlägerei längst beendet war, als die Bullen eintrafen, ordneten die Konsulatsvertreter die Räumung des Saales an – was von der sozialdemokratisch geführten Polizei auch prompt ‚erledigt' wurde.

Für die nächste Sitzung der ‚Arbeitervereinigung' hatten sich die Konsulatsvertreter bewußt einen abgelegenen Ort (die Kneipe ‚Zum tiefen Brunnen' in Hamburg-Norderstedt) ausgesucht, wo sie die Radikalen von angeworbenen Schlägern fertigmachen lassen wollten.

Lügen in der bürgerlichen Presse-wie üblich

Während der sozialdemokratischen ‚Morgenpost' der faschistische Überfall von Norderstedt ganze 15 Zeilen wert war (siehe nebenstehender Abdruck), machten die Springer-Journalisten daraus eine rassistisch gefärbte Story:

Wie *„wilde Kampfhähne"* hätten sich *„ultralinke Kommunisten und gemäßigte (!) Rechte"* gegenübergestanden... *„Wenn einer schief guckt (!), gibt's Prügel."* ...Der pro – faschistische Polizei-Einsatz war nach dieser Darstellung geradezu geboten, da der durch zerschlagene Fensterscheiben pfeifende Wind *„die erregten Türkengemüter (!) nur unvollkommen ab(kühlte)."*
(„Hamburger Abendblatt", 6.5.74)

Da insgesamt die Vorgänge vom 5. Mai von der bürgerlichen Presse heruntergespielt und die Tatsachen völlig auf den Kopf gestellt worden waren, zum anderen immer noch fünf Antifaschisten inhaftiert und von Abschiebung bedroht waren, war eine rasche Öffentlichkeitsarbeit seitens der demokratischen und kommunistischen Organisationen zwingend geboten.

200 Türken prügelten sich

Norderstedt — Eine Massenschlägerei zwischen 200 türkischen Arbeitern gab es gestern nachmittag in Norderstedt. Vier Männer wurden krankenhausreif geschlagen, einer von ihnen schwebt in Lebensgefahr. Die Türken — Mitglieder des türkischen Arbeitnehmerverbandes e. V. Hamburg und Umgebung — hatten sich in einem Lokal versammelt, zu der Schlägerei kam es, als draußen 30 weitere Türken Flugblätter mit sozialistischen Parolen verteilten.

„MoPo", 6.5.74

Auf Initiative der türkischen Kollegen selbst kamen am 6. Mai Vertreter mehrerer fortschrittlicher westdeutscher und ausländischer Organisationen zusammen, um über geeignete Schritte zur gegenseitigen Unterstützung zu beraten.

Ein von türkischen Kollegen vorgelegter Flugblatt-Entwurf fand allgemein Zustimmung und wurde am darauffolgenden Tag (vom KB, KBW und der „KPD") in deutscher und türkischer Sprache verteilt. Von den (das Flugblatt) unterzeichnenden Organisationen wurde zugleich die Bereitschaft erklärt, „eine Aktionseinheit zur Unterstützung und Solidarität mit den türkischen Antifaschisten zu bilden." (Flugblatt vom 7.5.)

Während wir in den Gesprächen erfolglos vorschlugen, zunächst eine Informationsveranstaltung zu machen, führten KBW und „KPD/ML" eine Demonstration durch, die mit kaum 250 Teilnehmern (darunter etwa 100 ausländische Kollegen), selbst gemessen an der geringen ‚Stärke' dieser beiden Gruppen in Hamburg ein Reinfall war. ●

Metall-Komitee und Mitglieder der Bezirkszelle Harburg-Wilhelmsburg, KB - Gruppe Hamburg



Verletzte türkische Antifaschisten werden abtransportiert

Bremen: Mit den Faschisten diskutieren?

Im April fand in der Bremer Stadthalle eine Zusammenrottung der „Jungen Nationaldemokraten", Jugendorganisation der neofaschistischen NPD, statt.

Die Veranstaltung lief laut Lokalpresse „ohne ernstliche Zwischenfälle" ab: den etwa 200 erschienen Antifaschisten gelang es nicht, den Saal abzuriegeln und die faschistische Zusammenrottung zu verhindern. Dies, wie man sagen muß, maßgeblich als Ergebnis der Politik des KBW, der mit den Faschisten lieber über sein Programm diskutieren wollte, statt ihnen militant entgegenzutreten.

Die „KPD/ML" hatte zur Verhinderung der JN-Veranstaltung aufgerufen und stand mit etwa 50 Leuten vor der Stadthalle. Wenig später trafen noch etwa 150 KBW-Leute ein, die zuerst unschlüssig hin- und herliefen, weil ihre Führung sie bis dahin über das weitere Vorgehen im Unklaren gelassen hatte.

Während die „KPD/ML"-Leute und andere Antifaschisten sich formierten, um die Faschisten abzudrängen, fuhr der KBW einen Lautsprecher auf, um einen Vortrag über sein Programm und über das angeblich „richtige Vorgehen" gegen die Faschisten zu halten. Alles lief darauf hinaus, man dürfe die Veranstaltung der JN nicht verhindern, denn das wäre „undemokratisch": *„Wir dürfen uns nicht zum Schiedsrichter über die Massen (?!) aufspielen und durch Verhinderung einer faschistischen Veranstaltung den Massen die Entscheidung abnehmen."* Stattdessen möge man in die Veranstaltung hineingehen – was auch einige KBWler tatsächlich nach Entrichtung von einer DM Eintrittsgeld für die NPD-Kasse taten – und dort die Faschisten nach ihrer Meinung zur Wählbarkeit der Offiziere durch das Volk und zur Abschaffung der indirekten Steuern befragen.

Besonders groß scheint beim KBW das Interesse am antifaschistischen Kampf sowieso nicht zu sein, da nur 150 KBWler erschienen waren, während der KBW in Bremen sonst in der Regel 400 bis 500 Demonstranten auf die Beine bringt. Die geringe Beteiligung diesmal ist wohl Folge einer Politik, die mit penetranter Blindheit die faschistische Gefahr leugnet und selbst Wahlsiege der CDU noch als untrüglichen Beweis für die *„Linksentwicklung im Volk"* feiert.

Es wäre richtig und – vor allem bei stärkerer Mobilisierung – auch möglich gewesen, die faschistische Zusammenrottung zu verhindern und damit klar die Entschlossenheit zu zeigen, den Faschisten mit a l l e n Kampfmitteln den Weg zu verlegen statt durch Zahlung von Eintrittsgeldern auch noch die NPD zu stärken. ●

Bremer Sympathisanten des KB

Faschist im Öffentlichen Dienst

Dr. Wilhelm Stäglich, Richter am Finanzgericht in Hamburg, ist Mitglied der NPD. Von solchen Vögeln gibt es im Staatsapparat viele, und es ist bekannt, daß der „Extremistenerlaß" nicht gegen sie, sondern ausschließlich gegen Linke gemacht und angewandt wird.

Richter Stäglich allerdings zwang den Staat, sich öffentlich mit ihm zu beschäftigen. In der faschistischen Zeitung „Nation Europa" (von der italienische Genossen behaupten, daß sie Kontakt zu faschistischen Mord- und Terrorbanden in Italien hat) hatte Stäglich die KZ's und Todeslager der Nazis ins „rechte Licht" zu rücken versucht: das „Wachpersonal" – SS-Mörder! – sei „nachsichtig" gewesen, die Häftlinge seien mit Flaschenmilch wohlversorgt worden und die Verbrennungsöfen hätten nur zum Brotbacken gedient.

In einem Disziplinar-Verfahren wurde Stäglich „verurteilt", auf zwei Jahre 10% seines Lohns einzubüßen, was ihn wohl bei seiner Gehaltsklasse nur mäßig treffen dürfte.

Hexenjagd nach links, „Milde" nach rechts selbst gegenüber Beschönigern des faschistischen Massenmordes – das ist die Politik der von der SPD vertretenen „wehrhaften Demokratie". ●

„Antifaschisten, die Faust geballt — gegen Faschismus hilft nur Gewalt!"

Diese und andere antifaschistische Parolen riefen 400 bis 600 Demonstranten, die am 17. Mai durch hermetische Abriegelung des „Hamburg-Hauses" in Eimsbüttel (einem Hamburger Arbeiterviertel) eine geplante NPD-Veranstaltung zum Thema „Kommunismus – Kapitalismus? – Nationale Solidarität" verhinderten. Nach zweistündiger Belagerung formierten sich die Antifaschisten zu einer spontanen Demonstration durch den Stadtteil, wobei sich erstaunlich viele Anwohner mit einreihten (die „Rote Fahne" der „KPD" berichtet sogar von 800 Demonstranten).

Getragen wurde diese Aktion von der Eimsbütteler Bezirkszelle des KB, der Eimsbüttel-Gruppe des RBJ und des KJV (Jugendgruppe der „KPD"), zwischen denen es zuvor zu Absprachen kam. Mit von der Partie waren auch etwa 30-40 Leute von der „KPD/ML", eine kleine „Beobachtergruppe" der DKP (in sicherer Instanz – versteht sich), vom KBW ward niemand gesehen.

Zur Taktik: Es gab zur Veranstaltung keine öffentliche Mobilisierung im Stadtteil, stattdessen „von-Mund-zu-Mund-Propaganda", um das Überraschungsmoment auf unserer Seite zu haben. Die eigentlich geplante Sprengung der Veranstaltung „von innen", wurde kurzfristig zugunsten einer Abriegelung des gesamten Gebäudes aufgegeben, weil die Antifaschisten Eimsbüttels in viel zu großer Zahl erschienen waren (womit wir gar nicht gerechnet hatten).

Angesichts der massiven Abriegelung erschienen die Bullen in großer Besetzung: Hundertschaften der Bereitschaftspolizei in voller Kriegsbemalung, Wasserwerfer, Großraum-Gefängniswagen („Grüne Minna") und über 20 Streifenwagen.

Angesichts der breiten Öffentlichkeit – einige hundert Anwohner beobachteten das Geschehen von Balkonen, Fenstern und Gehsteigen her – wagten die Bullen offenbar nicht, die Abriegelung mit Brachialgewalt aufzubrechen. Stattdessen warteten sie auf die einbrechende Abenddämmerung und die Auflösung der Aktion, um dann – relativ ungestört – auf „Fischfang" zu gehen, d.h. zu knüppeln und zu verhaften. Das geschlossene „Abrücken" machte jedoch den Bullen einen Strich durch die Rechnung.

Die Bullen waren von der spontanen Demo derart überrascht, daß sie mit Martinshorn und Blaulicht kreuz und quer durch den Stadtteil flitzten und auf diese Weise für unsere Demo noch mehr Öffentlichkeit schafften.

Am U-Bahnhof Schlump gab es eine kurze Abschlußkundgebung. Mit dem Gesang der „Internationalen" wurde die Aktion beendet. Leider blieb noch ein Teil der Demonstranten eine Zeitlang vorm Bahnhof stehen, statt sich schnell zu verdünnisieren. So hatten die jetzt erst erscheinenden Bullen Gelegenheit, einen z.T. blutigen Knüppel-Überfall auf die Genossen zu machen. Es war ein böser taktischer Fehler unserer Genossen, nicht entschieden genug für eine schnelle und restlose Auflösung der Demo gesorgt zu haben.

Für einen politischen Fehler halten wir es, daß während der Absperrung die Faschisten-Häutlinge, die vor den Ketten herumlungerten, relativ ungeschoren bleiben – trotz eines für uns günstigen Kräfteverhältnis. Es ist blanker Liberalismus und Pazifismus, wenn die Genossen sich wegdrehen, während sie von den Faschisten angepöbelt werden. Diese Leute hätten einen anständigen Denkzettel verdient.

Die „Rote Fahne" (der „KPD") schrieb, daß KJV und „KPD" zur Aktion *„aufgerufen"* und RBJ und KB sich *„angeschlassen"* hätten. Auf der kurzen Schlußkundgebung der Aktion sprach ein KJV-Vertreter von der *„Initiative"* s e i n e r Organisation. Wir halten so etwas für eine unangebrachte und der tatsächlichen Einheit in der Aktion abträgliche, konkurrenzsüchtige „Aufwertung" der eigenen Organisation und meinen, daß die Genossen der „KPD", die solidarisch und entschlossen die Aktion mitgetragen haben, solche Eifersüchteleien eigentlich nicht nötig hätten .... zumal wenn es den Tatsachen (wie in diesem Fall) nicht mal entspricht. Eine solche „Berichterstattung" sollte man getrost der „KPD/ML" überlassen, die mit publizistischem Geschrei und Schwindeleien ihre tatsächliche Bedeutungslosigkeit kaschieren muß. ●

Bezirkszelle Eimsbüttel KB/Gruppe Hamburg

Kundgebung gegen Faschist von Thadden in Nordhorn – Zunehmende Faschistentätigkeit

Am 27. April trat der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD, Adolf von Thadden, zum Auftakt des niedersächsischen Wahlkampfes in Nordhorn auf. Das ist eine Provokation sowohl gegen die Nordhorner Bevölkerung als auch gegen die im zweiten Weltkrieg vom Hitler-Faschismus terrorisierte niederländische Bevölkerung. Im Bundestagswahlkampf 1969 erteilten Nordhorner und niederländische Antifaschisten der grenznahen Gebiete dem braunen Adolf eine tatkräftige Abfuhr: sie drangen in den Veranstaltungssaal ein und zwangen den Neofaschisten-Boß zur Flucht durch die Hintertür.

Gegen den Auftritt von Thaddens am 27.4. wurde eine Kundgebung vor dem Veranstaltungssaal organisiert, die allerdings nicht so erfolgreich verlief. Gegen die etwa hundert Kundgebungsteilnehmer waren vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei aufmarschiert. Zumindest eine Gruppe von zehn meist jugendlichen Faschisten versuchte, die Kundgebung mit dem Sprechchor: „Fegt hinweg den roten Dreck!" zu stören; später versuchten sie, ihren faschistischen Mist in Diskussionen an den Mann zu bringen. Bei allen Mängeln und der nicht sehr großen Teilnehmerzahl muß doch hervorgehoben werden, daß diese Nordhorner Genossen und demokratischen Jugendlichen nicht vor den Faschisten zurückgewichen sind. Dagegen spielten DKP- und SDAJ-Führer wieder eine erbärmliche Rolle: trotz anfänglicher Versprechungen der SDAJ, kräftig für die Kundgebung zu mobilisieren, beteiligte sie sich nicht an der Aktion, sondern ging ihren „eigenen Geschäften" (u.a. Wahlkampf) nach.

Faschistische Aktivität nimmt zu

Von Thadden witterte offenbar in Nordhorn die Chance, den Unmut breiter Teile der Bevölkerung mit den bürgerlichen Parteien und dem Staat (Kampf gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range, Polizeieinsatz usw.) und mit der sich verschlechternden Lebenssituation (vor allem auch vieler Bauern) wenigstens teilweise auf die faschistischen Mühlen zu lenken. Auch hier diente das NPD-Standard-Motto:

(vor allem auch vieler Bauern) wenigstens teilweise auf die faschistischen Mühlen zu lenken. Auch hier diente das NPD-Standard-Motto:

„Die Bonner Altparteien haben versagt, jetzt hilft nur noch die NPD!"

Wie die NPD und andere faschistische Horden „helfen", ezigen einige Beispiele aus der ungeheuer zunehmenden Faschistentätigkeit in Nordhorn:

Ein Nordhorner Jugendlicher berichtete, daß er am Sonnabend vor Ostern von einer Faschisten-Truppe verprügelt wurde, eine Strafanzeige gegen die Faschisten wurde abgewiesen, weil es ja „keinen Sachschaden gegeben habe".

Zwei linke Jugendliche bezeichneten ein paar Faschisten als Faschisten. Daraufhin reichten die Faschos eine Verleumdungsklage (!) ein, die natürlich behandelt wird.

Ein linker Schüler (KB-Sympathisant) wird von faschistischen Jugendlichen regelmäßig mit der Geste des Halsabschneidens und dem Ruf „A u s c h w i t z" „begrüßt". Die Faschisten lauerten ihm bereits einmal auf; der Genosse – rechtzeitig informiert – schützte sich durch gemeinsamen Heimweg mit ca. 20 weiteren Jugendlichen.

Außerdem gab es zahlreiche faschistische Schmierereien, u.a. an Freibad, Gymnasium, Betrieben, neuem Vechte-Wehr. Daraus eine Auswahl: *„Zick-Zack – Sozi-Pack!", „Königsberg heim ins Reich!", „Fegt hinweg den roten Dreck!", „Freiheit für Heß!"*

Schon bei den letzten Kommunalwahlen gab es ähnliche Angriffe: Der Eingang des DKP-Büros wurde mit NPD-Plakaten verkleistert, die Briefkästen mit NPD-Material vollgestopft. Der Nordhorner NPD-Boß unternahm damals einen jämmerlichen Versuch der Distanzierung, als er die ganze Aktion der DKP selbst in die Schuhe schieben wollte. Außerdem wurde mit einem Luftgewehr ein Anschlag auf die Wohnung des 2. DKP-Vorsitzenden Blumenstein verübt, wobei eine Scheibe zu Bruch ging.

Auch eine Plakatwand der „Jugendinitiative Nordhorn" wurde nicht von Schmierereien verschont.

Neueren Datums ist ein Flugblatt „Kampf dem Bolschewismus" des „Bundes Volkstreuer Jugend" in der für Nordhorn äußerst hohen Auflage von 4.000 Exemplaren. Diese offen faschistischen Vögel schreiben u.a. ganz ungeniert: **„1945 wurde der nordische Herrenmensch von den Hunnenhorden aus dem Osten besiegt".** In letzter Zeit sind auch mehrere Flugblätter der faschistischen Organisation „Deutsch-Völkische Gemeinschaft (DVG)" in Nordhorn verteilt worden.

Jüngst unternahm ein Jung-Faschist auch den vergeblichen Versuch, über eine Kandidatur in den Rat des Offenen Jugendzentrums zu kommen. Immerhin brachte er es aber auf 40 Stimmen.

Anonymer Hetzbrief gegen Genossen

Anonymer Hetzbrief gegen Genossen

Am Vormittag des 27.4. erhielt jener Genosse, dem die Faschisten schon einmal aufgelauert hatten und der sich an der Organisierung der antifaschistischen Aktion beteiligte, per Post einen anonymen Hetzbrief ins Haus. Aus diesem faschistischen Machwerk übelster Sorte zitieren wir im Folgenden einen Satz zur Kostprobe: *„Nur 1 Jahr Nationalsozialismus und die Unis sind frei vom Roten Unrat und die BE ER DE (Bundesrepublik Deutschland) wird von Untergrundarbeit gründlich gesäubert."* ●

KB/Gruppe Oldenburg mit Unterstützung Nordhorner Genossen

Aufruf des Schweizer Chile-Komitee

Chile-Komitee-Winterthur
Postfach 759
CH-8401-Winterthur/Schweiz
Tel. 052-223618(Di u. Do ab 18.00)

Winterthur, 12.5.1974

Kollegen,
Nachdem im vergangenen Jahr der Schah von Persien die „Erfolge" seiner „Weissen Revolution" präsentieren durfte, wird zur diesjährigen Tagung des
Internationalen Arbeitsamtes
Anfang Juni in Genf auch eine Delegation der chilenischen Faschisten erwartet. Diese Delegation wird dort auftreten als Vertreter der chilenischen Arbeiterklasse.

Dies ist nicht nur eine Provokation für die Kollegen in der Schweiz, sondern für die ganze Gewerkschaftsbewegung.

Die Chile-Komitees in der Schweiz verbreiten gegenwärtig eine Resolution zur Lage der Arbeiterbewegung in Chile und der Forderung:
SCHLUSS MIT DEN VERFOLGUNGEN! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN! KEINE VERTRETER DER MILITÄRJUNTA BEI DER TAGUNG DES INTERNATIONALEN ARBEITSAMTES!

Wir bitten Euch in Euren Publikationen darauf hinzuweisen, daß auch Delegierte des DGB an dieser Tagung teilnehmen werden. Wir hoffen, daß diese Delegierten eindeutig und unmißverständlich gegen den Auftritt der Faschisten Stellung nehmen werden.

Am 8. Juni wird in Genf eine Demonstration gegen die Anwesenheit der chilenischen und griechischen Delegation stattfinden, die das Ergebnis der anlaufenden Mobilisierung zusammenfassen soll.

Wir würden es begrüßen, wenn Ihr als Organisation, Betriebsgruppe, Vertrauensleutekörper oder Gewerkschaftssektion Eure Solidarität mit dieser Kampagne und unseren Forderungen ausdrücken würdet.

Korrespondenzen, Resolutionen usw. erreichen uns über die oben genannte Adresse. ●

Mit solidarischem Gruß
Chile-Komitee-Winterthur

Rechtsentwicklung des „Stern"

Interview mit einer entlassenen Redakteurin

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung berichteten wir ausführlich über die Rechtsentwicklung der auflagenstärksten Illustrierten der BRD, dem „Stern", über die Pläne zur weiteren Faschisierung der redaktionellen Beiträge dieser Zeitschrift, über die in diesem Zusammenhang erfolgten – und weiter geplanten – Kündigungen all der Redakteure, die die statutmäßig vorgeschriebene „sozial-liberale" Einstellung der „Stern"-Redakteure beim Wort nehmen und nicht nur als bloße Image-Pflege betrachten. Inzwischen gelang es uns, mit der gefeuerten Redakteurin, Ulla Küspert, ein Interview zu machen.

Bezirkszelle St. Pauli, KB/Gruppe Hamburg

Frage: *Wie der „Solidarität", einem Hamburger Journalisten-Info, sowie der letzten Ausgabe unserer Zeitung zu entnehmen ist, sind Sie wegen „einseitiger Manipulation" aus der „Stern"-Redaktion gekündigt worden. Wie beurteilen Sie diese Kündigung?*

uk: Man muß sie ganz sicher im Zusammenhang einer größeren politischen Flurbereinigung im „Stern" sehen. Es wurden nicht nur zehn weitere Entlassungen angekündigt, sondern vier Kollegen sind schon aktuell von Kündigung bedroht. Im „Stern" ist also eine regelrechte Säuberungswelle bereits in vollem Gang. Sie wird natürlich offiziell nicht als solche bezeichnet, sondern mit „redaktioneller Umstrukturierung" erklärt. Allerdings hat der Chefredakteur dem Blatt, das *sich selbst als „fortschrittlich-liberal"* charakterisiert, bei dieser Gelegenheit eine „differenziertere" Linie verordnet.

Ich galt in der Redaktion von jeher als Linke; das Blatt geht aber mehr und mehr nach rechts. Da sollte angesichts dieser Pläne ein Exempel statuiert werden.

Frage: *In dem schon erwähnten Journalisten-Info heißt es, Sie seien hauptsächlich wegen Ihres aktiven Einsatzes als gewerkschaftliche Vertrauensfrau gekündigt worden; in diesem Zusammenhang wird auch der Vergleich zu mehreren politischen Entlassungen bei verschiedenen Hamburger Großbetrieben gezogen ...*

Wie beurteilen Sie diese Frage?

uk: Bei diesen Entlassungen – konkret bei mir wie auch bei HSW, HDW, Texaco, Broschek usw. – sollte man jedoch nicht verkennen, daß es in diesen Fällen nicht um gewerkschaftliche Arbeit an sich geht.

Das Wesentliche ist der Charakter dieser gewerkschaftlichen Arbeit: konsequent die Interessen der Belegschaften zu vertreten, in diesem Zusammenhang auch Mängel in der jeweiligen Betriebsratsarbeit sowie der Praxis der eigenen Gewerkschaft aufzu-

sequent die Interessen der Belegschaften zu vertreten, in diesem Zusammenhang auch Mängel in der jeweiligen Betriebsratsarbeit sowie der Praxis der eigenen Gewerkschaft aufzu-

zeigen, das ist für die Unternehmen das Entscheidende.

Hier soll eine fortschrittliche und linke, an den Interessen der Kollegen orientierte gewerkschaftliche Arbeit liquidiert werden. In dem Bereich der Presse kommt dann noch der besondere Aspekt hinzu, daß Journalisten die im Gegensatz zu den Kollegen in den Industriebetrieben nicht Öl oder Stahl, sondern eben Meinung – und zwar eine ganz bestimmte – produzieren sollen – als „unzuverlässige Elemente" aus den Redaktionsstuben entfernt werden, wenn sie nicht widerspruchslos und ohne große Diskussion Meinung im Sinne derer machen, die sie bezahlen.

Gewerkschaftliche Aktivitäten spielen bei willkürlichen Maßregelungen oder Entlassungen von Journalisten erst in zweiter Linie eine Rolle.

Frage: *Es hat schon früher Entlassungen in Blättern mit ähnlichem Anspruch wie dem „Stern" gegeben. Und auch Ihre Kündigung hat eindeutig den Charakter politischer Zensur. Sehen Sie darin eine Entwicklung?*

uk: Der Rechtstrend im „Stern", der sich schon seit längerem ankündigte und jetzt systematisiert wird, ist natürlich kein Einzelfall. Gerade die sozialdemokratische oder der SPD wenigstens nahestehende Presse ist schon seit einiger Zeit dabei, ihren bisherigen noch fortschrittlichen politischen Standort aufzugeben (es sei da nur an die Berichterstattung zur RAF erinnert!). Bei dieser Bewegung „zur Mitte" – wie das so schön heißt – wurden in diesem Zusammenhang bereits eine ganze Reihe fortschrittlicher Kollegen gefeuert. So hat es im „Spiegel" regelrechte Entlassungswellen gegeben, aus denen ich nur mal das Beispiel Otto Köhler nennen will, der in seinen Kolumnen beispielsweise kritisierte, daß in der Sprachregelung der bürgerlichen Presse Streiks jeweils „drohen", während tatsächliche Angriffe auf die demokratischen Grundrechte stets verniedlicht werden.

Dann gab es auch so einen Fall, wie den von Eckart Spoo, Münchner Korrespondent der „Frankfurter Rundschau" („FR") und Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten Union (dju) in der IG Druck und Papier. Spoo sollte, sozusagen stellvertretend für alle Journalisten, die exemplarische Lektion erteilt werden, daß es geradezu „lebensgefährlich" ist, wenn man als Journalist auch nur dudet, daß die politisch-ökonomischen Wechselbeziehungen speziell des Pressebetriebes, für den man arbeitet, einer kritischen Darstellung unterzogen werden: er flog raus, weil er als Herausgeber des Buches „Die Tabus der bundesdeutschen Presse" einem der Co-Autoren eine entsprechende „FR"-kritische Fußnote nicht wegzensiert hatte! Spoo ging bis vors Bundesarbeitsgericht und muß jetzt von der „FR" wieder als Korrespondent beschäftigt werden. Er wurde jedoch bei dieser Gelegenheit in die Provinz nach Hannover abgeschoben.

Besonders bezeichnend aber finde ich den Fall Udo Leuschner, der Lokalreporter im „Mannheimer Morgen" war. Leuschner hatte zu offensicht-

Besonders bezeichnend aber finde ich den Fall Udo Leuschner, der Lokalreporter im „Mannheimer Morgen" war. Leuschner hatte zu offensicht-

lich auf demokratischen Positionen beharrt und zwar sowohl nach innen in bezug auf den Redaktionsbetrieb, wie auch nach außen in seiner Berichterstattung. Der „Mannheimer Morgen" feuerte ihn, wobei einer seiner Vorgesetzten – wenn auch „nur" mündlich – die Katze aus dem Sack ließ: Leuschner mußte weg, weil er „fast jedes Thema durch eine linke Brille" sähe und deshalb als Journalist „nur noch beschränkt einsetzbar" sei.

Das zeigt doch deutlich, wohin die Reise geht: als Journalist hat man „unbeschränkt einsetzbar", also so etwas ähnliches wie selbsttätiger Knet zu sein, der sich stets in die jeweils gewünschte politische Form bringt, wobei „links" unter Androhung von Kündigung verboten ist.

Inzwischen wird der Begriff „links" fast nur noch als politische Diffamierung mißbraucht, der man heute nicht nur in den Redaktionsstuben bereits dann ausgesetzt ist, wenn man „nur" auf die stets so lauthals verkündeten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, auf die „demokratischen Spielregeln" pocht. Viele, und ganz besonders meine Berufskollegen sehen in politischen Kündigungen wie den erwähnten – sofern sie sie überhaupt als solche begreifen – günstigstenfalls Einzelereignisse. Deshalb halte ich es für notwendig, jede Gelegenheit für den Hinweis zu nutzen, daß es sich hierbei um eine inhaltlich zusammenhängende Entwicklung handelt, die Ausdruck und Motor des politischen Klimas insgesamt ist und die jetzt spürbar an Tempo und Schärfe zunimmt.

Frage: *Wie sieht es denn mit dem „fortschrittlich-liberalen" Image nach innen aus? Blätter wie der „Stern" sind stolz darauf, daß sie Redaktionsbeiräte und Statute haben. Wie funktionieren diese Einrichtungen, wenn Entlassungen wie die Ihre anstehen?*

uk: Redaktionsstatut und Redaktionsbeirat verhindern Entlassungen ebensowenig wie den „kalten" Rechtsruck des Blattes.

Der Sprecher des Beirates erklärte auf einer öffentlichen dju-Versammlung einfach, es gäbe keine politische Säuberung des „Stern". Und in meinem Fall teilte der Beirat schriftlich mit, er habe die Inhalte der Kündigung gar nicht zu prüfen. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, hat der Beirat zwar zwei Gespräche mit dem Chefredakteur geführt, mich jedoch nicht angehört. Als das eingangs erwähnte Hamburger Journalisten-Info erschienen war, hatten die Beiräte es allerdings sehr eilig, nach mir zu rufen und mich mit einem hochnotpeinlichen Verhör zu unterziehen.

Auch wenn in anderen Fällen mehr Gesprächsaufwand betrieben und die Betroffenen bzw. von Kündigung bedrohten Kollegen sogar angehört wurden, ist der Redaktionsbeirat vom Grundsatz her stets seinem eigenen Selbstverständnis wie auch der ihm zugemessenen Funktion gefolgt: er fungiert als Instrument und public relation-Agentur von Chefredaktion und Verlag. Als Beleg mag ein Ausspruch des Beirat-Sprechers auf der öffentlichen dju-Versammlung gelten, der die versammelten Kollegen wissen ließ: „Die Chefredaktion ist des Diskutierens müde. Ein Naturschutzpark kann bei uns nicht errichtet werden."

Frage: *Welche Lehren sind Ihrer Meinung nach aus Ihrem „Fall" zu ziehen?*

uk: Obwohl ich meinen Job verloren

Frage: *Welche Lehren sind Ihrer Meinung nach aus Ihrem „Fall" zu ziehen?*

uk: Obwohl ich meinen Job verloren

habe und – da der Betriebsrat meiner Kündigung nicht widersprochen hat – am 30. Juni wahrscheinlich auf der Straße liegen werde, weil ich als Journalistin sicher so schnell keine Arbeit finde, ist mir klar geworden, daß es sich hier erst mal nicht um eine private, individuelle Sache handelt.

Deshalb habe ich auch von vornherein die Diskussion mit den Kollegen gesucht. „Fälle" wie den meinen kann man erst verstehen, wenn man den Zusammenhang untersucht, aus den Erfahrungen anderer lernt, eigene Erfahrungen mitteilt.

Ich halte es für richtig und notwendig, demokratische Positionen zu verteidigen – und zwar nicht vereinzelt und im stillen Kämmerlein oder der „inneren Emigration", sondern da, wo man arbeitet und gemeinsam mit den Kollegen. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen, auch wenn es schwer fällt.

Obwohl mit dieses Interview wahrscheinlich auf die Ohren gehauen wird, weil Sie eine kommunistische Zeitung sind, halte ich es für notwendig und legitim, jede Möglichkeit zu nutzen, auf die Gefahr von rechts aufmerksam zu machen und ihr entgegenzutreten. ●

LESERBRIEF

zur Hamburger Antifa-Aktion am 17. Mai

Nach einer Demonstration zum Schlump bin ich noch einmal ins Hamburg-Haus gegangen, wo ca. zehn bis zwölf NPD-Häuptlinge gerade beim Verlassen des Hauses waren. Zwischen den beiden Eingangstüren gab es ein kurzes Gespräch zwischen dem Einsatzleiter der Bullen und dem NPD-Oberhäuptling, das ich belauscht habe.

Sinngemäß etwa:

Faschist: *Heute vormittag hatte ich noch einmal ein Gespräch mit Dr. ...* (Name ist mir entfallen) *im Präsidium, der zwar auch mit Störungen rechnete, aber nicht in diesem Ausmaß.*

Einsatzleiter: *Ja, Sie müssen aber zugeben, daß Sie mit dieser Anzahl von Störern auch nicht gerechnet haben.*

Faschist: *Ja, das stimmt.*

Einsatzleiter: *Aber es steht Ihnen ja frei, alsbald wieder eine Veranstaltung zu machen.*

Faschist: *Ja, natürlich, wir haben sowieso noch mehrere geplant.*

Einsatzleiter: *Dann werden wir auch räumlich besser absperren* (er nannte hier noch einen „Fachausdruck", der mir aber auch entfallen ist – irgendwie eine flexiblere Taktik anwenden).

Faschist: *Für Ihren hervorragenden Einsatz nochmal herzlichen Dank.*

Andere Faschisten-Häuptlinge bedankten sich ebenfalls beim Einsatzleiter per Handschlag und lobenden Äußerungen über den Einsatz der Polizei. ●

Ein Genosse

Forts. Irland

halten": „Die Armee wird so lange und in solcher Stärke im Land bleiben, wie es die Situation erfordert". (Weißbuch, S.6). Wer entscheidet, wie lange die Situation eine Stationierung der Truppen erfordert, liegt auf der Hand. Erst im Februar dieses Jahres wurde das Truppenkontingent weiter erhöht.

Die Forderung nach Abschaffung der Special Power Act hat ebenfalls keinen Niederschlag im „Weißbuch" gefunden. Unter anderem Namen („Gesetz zur Inhaftierung von Terroristen") soll es in Zukunft sogar verstärkt angewendet werden. Weiterhin soll Nordirland eine Versammlung („Assembly") bekommen, die aber keine wesentlichen Rechte hat, denn alle wichtigen Ressorts wie: Außenpolitik, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Notstandsgesetze, Ernennung hoher Richter und Beamter etc. werden weiterhin von der Londoner Regierung verwaltet. (Weißbuch, S.8)

An diesen wenigen Punkten ist schon zu sehen, daß das „Weißbuch" nicht den Interessen des irischen Volkes, sondern der Erhaltung der britischen Herrschaft über Irland dient. Deshalb wurde das „Weißbuch" von der revolutionären Bewegung in allen Punkten abgelehnt.

Die im „Weißbuch" geplanten „Veränderungen" wurden z.T. schnell in die Tat umgesetzt. Am 1.1.74 übernahm die neugebildete „Exekutive" in Belfast die Regierungsgeschäfte. Die bürgerliche Presse feierte dies als den „*bisher bedeutendsten Schritt, die Unruhen, die das Land seit Jahrzehnten zerreißen, auf politischem Wege zu lösen.*" („Welt", 22.11.73). Zynisch wird „übersehen", daß es

Wege zu lösen." („Welt", 22.11.73).
Zynisch wird „übersehen", daß es

nicht die „Unruhen" sind, die das Land „zerreißen", **sondern der britische Imperialismus, und daß die „Unruhen" Ausdruck des Protests gegen den Imperialismus sind.**

„*Zum erstenmal in der 52-jährigen Geschichte wird Nordirland von einer Koalition protestantischer und katholischer Politiker geführt werden.*" („Welt", 22.11.73).

Doch regieren „Ulsters Katholiken" („Welt", 2.1.74) wirklich mit?

Sechs der insgesamt elf Sitze der neuen Regierung, also die absolute Mehrheit, werden von den protestantischen Unionisten gestellt. Vier Ressorts bekommt die katholische „sozialdemokratische Arbeiter Partei" (SDLP). Ein Ressort fällt der Allianz Partei (Partei des katholischen und protestantischen Mittelstandes) zu. „Ulsters Katholiken" regieren also nicht mit, sondern dienen in der neuen Regierung nur als Statisten. „*Um jedoch die zu erwartende Unruhe über eine neue protestantische Regierungsmehrheit zu dämpfen, handelte Whitelaw einen Kompromiß mit den Verhandlungspartnern aus, der die Einsetzung von vier weiteren – nicht stimmberechtigten – Exekutivmitgliedern vorsieht, von denen die SDLP zwei, die Unionisten und die Allianzpartei je einen stellen werden*". („Welt", 22.11.73).

Hier gibt selbst die bürgerliche Presse zu, daß es sich bei der „Erweiterung der Regierung" um nichts anderes als ein Täuschungsmanöver handelt.

Auch die im „Weißbuch" angesprochene Bildung eines „Gesamtirischen Rats" ist in der Zwischenzeit perfekte Sache. Nach „langen und schwierigen Verhandlungen" wurde im Dezember 73 von Cosgrave (Irische Republik), Faulkner (sechs Grafschaften = Nordirland) und Heath in Sunningdale die Bildung des „Gesamtirischen Rates" beschlossen. Auch dieses Abkommen war für die bürgerliche Presse unseres Landes ein „Zeichen der Hoffnung" („Welt", 12.12.73).

Und derselbe Gerry Fitt (Führer der Sozialdemokraten-SDLP), der noch im August 71 davon sprach, nicht mehr über die Rückkehr zu einer normalen Politik zu reden (!), dieser G. Fitt ist jetzt Vizepräsident einer neuen nordirischen „Exekutive" (s.o.) und sagte zu dem Sunningdale-Abkommen: „Wir haben in 55 Stunden 300 Jahre irischer Geschichte verändert" („Welt", 12.12.73). Und das, obwohl noch immer über 800 Menschen in Gefängnissen und KZs interniert sind. Der „Gesamtirische Rat" hat die Aufgabe, die „*vorwiegend katholische Republik Irland und das überwiegend protestantische Nordirland* (wirtschaftlich, AK) *einander näherzubringen, ohne sie untereinander zu verschmelzen*". („Welt", 10.12.73).

Die wirklichen Aufgaben des „Gesamtirischen Rates" faßt die „Zeit" vom 14.12.73 recht deutlich zusammen: „*Der Irische Rat soll aber harmonisierende Funktionen ... unter Wahrung der britischen Interessen ausüben*". Außerdem soll er „*den Extremisten beider Lager den Wind aus den Segeln nehmen*" („Zeit", 14.12.73).

Der „United Irishman", Organ der Official Sinn Fein, vom Januar 74 sieht in dem Ziel des Irischen Rates einen weiteren formalen Schritt, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den sechs und den 26 Grafschaften unter Führung der Kapitalisten und ihrer internationalen Verbündeten zu verbessern (Vergleichbar mit den bei uns so bejubelten Ostverträgen). Mit anderen Worten, die Ausbeutung der irischen Arbeiter und des irischen Reichtums, im Norden wie im Süden, soll koordiniert werden. „*Zu keiner Zeit werden die Internierungen erwähnt. Nirgends ein Wort über die Unterdrückungsgesetze der Briten, ... keinen Vorschlag, daß irgendetwas zur Verbesserung der Mehrheit des irischen Volkes getan werden sollte, ... überhaupt keine Erwähnung der Wiedergutmachung, der ungeheuren Schuld, die England dem Volk der sechs Grafschaften durch seine ungeheuerliche Einmischung in deren Angelegenheiten schuldet*". („United Irishman", Jan. 74)

Neben der offenen politischen und militärischen Unterdrückung entfaltet der britische Imperialismus auch faschistische Untergrundarbeit. Besonders bekanntgeworden ist hier die sogenannte „Littlejohn Affaire". Die Brüder Keith und Kenneth Littlejohn wurden vom britischen Geheimdienst nach Irland geschickt, um Terroraktionen im Namen der IRA gegen das Volk zu unternehmen. Sie hatten „schwarze Listen" mit Namen von zum Abschuß freigegebenen IRA-Führern. Auf ihr Konto geht der bisher größte Bankraub der irischen Geschichte, der der IRA angelastet werden sollte. Ein anderer Fall ist der Bombenanschlag auf die Transportarbeitergewerkschaft und eine Buskantine im Dezember 72 in Dublin. Gerade zu dieser Zeit lief die Debatte über die Notstandsgesetze (auch Anti-IRA-Gesetz genannt), nach denen jeder ohne Beweis festgenommen werden kann und dann seine Unschuld beweisen muß, im Parlament in Südirland. Der Anschlag forderte zwei Tote und 74 Verletzte und wurde der IRA angelastet. Anfangs gegen dieses Gesetz eingestellt, änderte die Opposition im Parlament nach diesem Anschlag ihre Meinung und stimmte dem Gesetz zu. Die Bourgeoisie hatte ihr Alibi und ihr Ziel erreicht.

Der britische Imperialismus nutzt also alle Mittel, um seine Macht in Irland zu halten. Er wird sich freiwillig nie zurückziehen.

Wirtschaftsimperialismus

Warum versucht der Imperialismus unter allen Umständen seine direkte Herrschaft über Nordirland, seinen Einfluß im Süden und die Spaltung der irischen Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten? Irland ist nicht, wie uns die bürgerliche Presse gern weismachen möchte, eine „grüne Insel" ohne jegliche Reichtümer. In Irland befindet sich die größte Zink- und Bleimine der Welt bei Navan, Europas größte Untertage-Zink/Bleimine bei Silvermines, eine der größten europäischen Kupferminen und die fünftgrößte Quecksilbermine bei Gortdrum. Die Minen befinden sich hauptsächlich in den Händen der kanadischen Firmen „Northgate Exploration" und der „Mogul International Ltd". Die Aktien der „Northgate Exploration" stiegen von 1958 bis 1970 um 2700 %, der Nettogewinn, den die Firma allein bis 1983 (dann ist die Mine voraussichtlich erschöpft) aus der Tynaghmine ziehen wird, beträgt 459 Mio. DM. Die „Mogul Mines Cooperation" hat z.B. in der Kupfer/Bleimine bei Avoca einen Gewinn von 81 % (!) des Umsatzes.

Vor Irlands Küsten lagert ein „breites Areal" (BP-Sprecher) von Erdöl und Erdgas, für das die zum größten Teil der britischen Regierung gehörende BP einen Antrag auf Explorationslizenz bei der irischen Regierung stellte.

Ein anderer „Naturschatz" sind die „*intelligenten, arbeitsamen und treuen Menschen dieses Landes*" (Broschüre des Ministry of Commerce).

„*Hohe Arbeitslosigkeit (durchschnittlich neun Prozent, in einigen Gegenden über 40 %), aber gute Schulbildung (zehn Schuljahre, kleine Klassen) garantieren reichlich vorhandene, billige, fleißige Arbeitskräfte, die, weil sie um ihre Arbeitsplätze bangen, nur selten krank feiern. Das ist eine Lage, wie sie sich die Unternehmer in aller Welt wünschen.*" (Anzeige des Ministry of Commerce/Belfast).

Die internationale Presse über Nord-Irland

„... in 11 Jahren keinen Tag Produktionsausfall."

US News & World Report - 14. August 1972

„Stichproben bei einigen der 37 amerikanischen Firmen in Ulster ergaben, daß keine von Terroristen angegriffen worden war oder einen Produktionsverlust infolge lokaler Unruhen gehabt hatte. Einige Unternehmen erweitern vielmehr ihre Produktion. Eine davon ist Bridgeport Brass, eine Niederlassung der National Distillers & Chemical Corp., die erst neulich eine britische Firma übernommen und jetzt ihre gesamte Produktion in ihr Hauptquartier nach Belfast verlegt hat. Sie behauptet, daß sie in 11 Jahren in Ulster nie einen einzigen Tag Produktionsausfall gehabt hat."

The Times - 23. Oktober 1972

„Trotz der Unruhen stieg die Produktion in Nord-Irland noch einmal um die Hälfte, gemessen an den seit 1963 vom Vereinigten Königreich als ganzem aufgestellten Indexziffern. 1971 stieg die Produktion in Ulster um 6% – im Gegensatz zu einem allgemeinen Anstieg von nur 1%. Auf dem industriellen Fertigungsgebiet betrug der Anstieg 6,1% im Vergleich zu 1,2% allgemein.

Die hervorragenden Leistungen der vergangenen Jahre waren es, die neue Industrien nach Nord-Irland lockten. Das führte 1971 zu insgesamt 7 200 neuen Arbeitsplätzen in den Fertigungsbetrieben – seit fünf Jahren die höchste Ziffer eines einzigen Jahres."

Der Spiegel – 25. Dezember 1972

„Mit einem in der Welt einmaligen Angebot von Sondervergünstigungen lockt die britische Regierung Investoren nach Nord-Irland."

„Hohe Arbeitslosigkeit (durchschnittlich neun Prozent, in einigen Gegenden über 40 Prozent), aber gute Schulbildung der Arbeitslosen (zehn Schuljahre, kleine Klassen) garantieren reichlich vorhandene, billige, fleißige Arbeitskräfte, die, weil sie um ihre Arbeitsplätze bangen, nur selten krank feiern.

Das ist eine Lage, wie sie sich Unternehmer in aller Welt wünschen.

Die vom Bürgerkrieg erschütterte Provinz hatte den stärksten industriellen Produktionszuwachs in Großbritannien. Der Index stieg in Schottland, England und Wales von 1969 bis 1971 auf 126, in Nord-Irland aber auf 154 Punkte (1963 = 100)."

Industry Week - 23. Oktober 1972

„Einer der Gründe, die seit Jahren ausländische Unternehmer dazu ermutigt haben, nach Ulster zu gehen, ist das günstige Arbeitsklima des Landes.

Obwohl mehr als 80% der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in Nord-Irland Gewerkschaften angehören, deren Hauptverwaltungen in England liegen, unterstehen sie einer Landeszentrale, dem Northern Ireland Committee of the Irish Congress of Trade Unions. Vertreter der Arbeitgeber ist die Confederation of British Industry's Regional Council.

Beide haben das Industrial Training Programme der Regierung weitgehend unterstützt. Es stellt einen der größten Anreize für neue Industrieansiedlungen dar."

Ministry of Commerce, Belfast

Wie in jeder Kolonie versuchte der

Wie in jeder Kolonie versuchte der

Imperialismus auch in Irland die industrielle Entwicklung möglichst gering zu halten, und das Land nur als Rohstoffquelle zu benutzen. Dagegen stand das Bemühen der irischen Bourgeoisie, eine nationale Industrie aufzubauen, wozu sie sich zeitweise mit den revolutionären Bauernmassen verbündete. (Den gleichen Widerspruch kann man auch in den Ländern der „3. Welt", z.B. im Nahen Osten beobachten.)

Durch die erzwungene Teilung Irlands 1921 trennte man die Industrie im Norden von der im Süden. Damit wurde den 26 Grafschaften zunächst jegliche Basis der industriellen Entwicklung entzogen. Die irische Bourgeoisie versuchte durch Schutzzölle und staatliche Subventionen die Industrie zu fördern. Diese Politik scheiterte aber an der völligen Abhängigkeit der Republik vom britischen Markt und den britischen Banken. Außerdem wurde durch die Teilung das weiter industrialisierte „Ulster" (Nordirland) von seinem Binnenmarkt abgeschnitten. Die daraus folgende Ausrichtung auf den britischen Markt hatte eine Spezialisierung zur Folge. Durch die Ansiedlung von neuer Industrie und das Verschwinden der traditionellen Industrie vergrößerte sich die Reservearmee an Arbeitskräften enorm.

Industrieansiedlung in Irland

Wenn die irische Bourgeoisie ausländisches Kapital nach Irland lockt, verfolgt sie damit mehrere Ziele:

- ▷ Die Modernisierung der irischen Wirtschaft wird voran getrieben.
- ▷ Der von den ausländischen Kapitalisten an die irischen Arbeiter gezahlte Lohn erhöht die Kaufkraft des Inlandmarktes.
- ▷ Die ausländischen Imperialisten werden an der Fortdauer der Ausbeutung des irischen Volkes beteiligt.

Da der „Arbeitskräftevorrat" zur Zeit noch unerschöpflich ist – die Landwirtschaft, in der noch 30 % der Beschäftigten arbeiten, kann noch 100.000e Arbeitskräfte „freisetzen" – machen sich in dieser Hinsicht die Kapitalisten untereinander in Irland kaum Konkurrenz.

Den ausländischen Kapitalisten wird bei der Industrieansiedlung eine „großzügige Unterstützung" gewährt:

1. Subventionen für Inudstrieland und Fabrikgebäude bis zu 100 %. Die ausländischen Kapitalisten brauchen also nur in die extra für sie erbauten Fabriken einzuziehen.
2. Subventionen für Maschinenparks bis zu 50 %.
3. 15 Jahre völlige Steuerfreiheit für Gewinne aus Exporten. Da die Kapitalisten fast 100 % der in Irland produzierten Waren auch wieder exportieren, heißt das 100 %ige Steuerfreiheit. Danach folgen fünf Jahre mit weiteren Steuererleichterungen. In einigen Gebieten (z.B. im Industrieansiedlungsgebiet Shannon) besteht bis 1990 völlige Steuerfreiheit. Dadurch spart ein Kapitalist, der in der BRD bei einem Gewinn von 27 Mio. Pfund etwa zwölf Mio. Pfund Körperschaftssteuern bezahlen müßte, diesen Betrag in Irland.
4. Kostenentschädigung für Personalschulung. Vor allem im Norden sind sogenannte „Trainingszentren" eingerichtet worden, wo die jugendlichen Arbieter speziell für eine Aufgabe in einer ausländischen Fabrik „getrimmt" werden. Die Kapitalisten bekommen fertig ausgebildete Arbeitskräfte, ohne auch nur einen Pfennig dafür zu bezahlen. Die Dummen sind einmal wieder die Arbeiter, die nämlich, verlieren sie ihren Arbeitsplatz, wegen der großen Spezialisierung keine neue Arbeitsstelle finden und damit völlig von der ausländischen Firma abhängig ist.
5. Die Maschinenparks sowie die für die Produktion benötigten Grundstoffe können zollfrei nach Irland eingeführt werden.

Im Süden Irlands werden für die Errichtung und Ausrüstung einer Fabrik 50 % Zuschüsse bezahlt. Hinzu kommen 20 % für Firmen, die „besonders arbeitsintensiv sind und irisches Rohmaterial verarbeiten" und „weitere 15 % können den Firmen in Form von Zinsinvestitionen verfügbar gemacht werden". Durchschnittlich ergibt das einen Zuschuß von 75 %, wobei, wie der ehemalige Handels- und Industrieminister G. Colley sagte, „selbst diese 75 % nicht als letzter und absoluter Plafond zu verstehen" sind. (Handelsblatt, 6.8.1968)

6. Die erzielten Dividenden können ohne Einschränkung in jenes Land transferiert werden, aus dem das Kapital zur Investition stammte.

Auswirkungen auf die irischen Arbeiter

Die Auswirkungen dieser „großzügigen Unterstützung" der Kapitalisten haben dann die Arbeiter zu spü-

Die Auswirkungen dieser „großzügigen Unterstützung" der Kapitalisten haben dann die Arbeiter zu spü-

ren.

Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts fiel von sieben Prozent (1968) auf vier Prozent (1969) und lag 1970 nur noch bei 1,5 %.

Die Lebenshaltungskosten stiegen dagegen von November 1970 bis November 1971 um zehn Prozent (Bundesstelle für Außenhandel). Diese Tendenz hat sich durch den EWG-Beitritt noch verscharft. 1972 lag die Steigerung bei 15 %.

Die Löhne liegen erheblich unter denen in der BRD. So betrug der Lohn eines ungelernten Arbeiters in Nordirland 1973 3,39 DM und der Frauenlohn 3,25 DM (!). An der Spitze liegt der Werkzeugmacher mit 4,96 DM Stundenlohn (lt. Broschüre des Ministry of Commerce/Belfast).

Die durch die Regierung gewährte Unterstützung, die niedrigen Löhne und die wenigen Streiks (1971 fielen auf 1000 Arbeiter 203 durch Streik „verlorene" Tage) zogen zwischen 1960 und 1970 350 neue Kapitalisten nach Irland, davon 40 % aus England, 25 % aus der BRD, 20 % aus den USA und weitere Firmen aus Holland, Frankreich, Kanada, Belgien und Schweden. Aus der BRD haben Unternehmen wie Farber Castell, Krupp, Siemens und VW Zweigwerke in Irland errichtet. 1969, als die Bürgerrechtsbewegung ihren Anfang nahm, und die Anzahl der Streiks sprunghaft anstieg, gingen auch die Investitionen der ausländischen Kapitalisten zurück. Damals wurden die Gewerkschaften an ihre „*Verpflichtungen*" (!) erinnert, die „*Industrie wettbewerbsfähig zu machen und zu erhalten*" (Nachrichten für Außenhandel, 11.2.71). In Anzeigen und Broschüren wurden (und werden) den Kapitalisten die Vorteile einer Industrieansiedlung angepriesen. Dies führte u.a. dazu, daß die Investitionen seit 1971 wieder ansteigen.

Es ist verständlich, daß die oben genannten Bedingungen der Industrieansiedlung nicht dazu beitragen, das Außenhandelsdefizit zu verringern. So betrugen 1970 die Exporte 3,8 Mrd. DM, die Importe 5,7 Mrd. DM. Auch die Abhängigkeit vom britischen Markt konnte nicht gelöst werden. Mehr als die Hälfte der Exporte und fast 2/3 der Importe werden mit den britischen Imperialisten getätigt. Die Einfuhr ausländischen Kapitals hat auch bisher nicht zum Aufbau einer nationalen Industrie geführt. 70 % der irischen Industrie gehören ausländischen Kapitalisten. Für die irische Arbeiterklasse hat dies alles hohe Arbeitslosigkeit und verschärfte Ausbeutung zur Folge, wobei sie von dem von ihr erwirtschafteten Gewinn keinen Pfennig wiedersieht.

Die einzigen Gründe, die die Briten schon seit 800 Jahren in dieses Land ziehen, sind also die ökonomischen Vorteile, und nicht der Vorwand, die „Unruhen" im Norden zu beseitigen (die überhaupt erst durch die britische Politik des „Teile und herrsche" entstanden). Und diese Gründe veranlassen den Imperialismus, seine Macht mit allen Mitteln zu halten, auch wenn er dabei sein ganzes brutales, widerwärtiges Gesicht zeigen muß. ●



Patrouille der Official IRA

Patrouille der Official IRA

Der Zeitpunkt ist richtig für den Aufbau einer revolutionären Führung.

Die ökonomischen Schwierigkeiten kommen unerbittlich auf uns zu. Hunderte von Arbeitern werden in jeder großen Fabrik überflüssig werden, dank der vollen Auswirkung des Freihandelsabkommens von 1965; Großbritannien hat die irische Industrie in seinen Händen und die kleinen und mittelgroßen Bauern werden durch sozialen Druck und niedriges Einkommen von ihren Gütern verdrängt.

Der Zeitpunkt ist also richtig, Arbeiter, Arbeitslose, Farmer und Obdachlose zu organisieren, sie über ihre Rechte aufzuklären und sie zu agitieren, den Wohlstand selbst zu beherrschen, den sie geschaffen haben.

Sie können dieses Recht nur ausüben, wenn sie denen konsequent die Macht wegnehmen, die sie jetzt ausbeuten.

Die IRA – von Ulster und ganz Irland – glaubt, daß die Masse der Arbeiter und Kleinbauern sich unter einer revolutionären Führung vereinigen müssen, wenn sie sich wirklich von dem System befreien wollen, innerhalb dessen die Massen immer ärmer und ausgebeuteter geworden sind.

Es ist die Überzeugung der Republikaner, daß die Tatsachen des sozialen Lebens um sie herum keine andere Sprache sprechen, als daß Kapitalismus und Imperialismus ein nahtloses System von Ausbeutung und Unterdrückung bedeuten, innerhalb dessen der Masse des Volkes kein Raum für Freiheit bleibt.

Die Irische Republikanische Armee glaubt, daß nur die Masse des irischen Volkes: Protestanten, Katholiken und Andersdenkende, Arbeiter und Ausgebeutete in ihrer gesellschaftlichen Rolle, unterstützt von einer bewußten revolutionären Organisation, die Kräfte der Repression und der Reaktion besiegen können.

Die Geschichte zeigt, daß jedes Regime, das seine Macht mit repressiven Maßnahmen wie Notstandsverfassungen aufrechtzuerhalten hofft, unweigerlich untergehen wird, so sicher, wie diejenigen, die um Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, unvermeidlich siegen werden. ○

(Quelle: Auszüge aus ‚Programmatische Erklärung' der IRA (O))

Forts. Portugal

sende sind aus der Armee ins Ausland desertiert oder haben sich ihrer Einziehung verweigert. Der vierjährige Militärdienst – zwei Jahre davon in den Kolonien – ist weit und breit verhaßt, die Armee und ihr mörderisches Treiben in den Kolonien, bei dem die Söhne der portugiesischen Arbeiterklasse verheizt werden, hatte jeden Rückhalt in der Bevölkerung verloren.

All diese Bedingungen haben die aufstrebende Industrie-Bourgeoisie Portugals veranlaßt, auf ein neues Pferd umzusatteln, das ihnen den Karren aus dem Dreck ziehen soll. Wir haben es bei der „Revolution" in Portugal tatsächlich nur mit einem Taktikwechsel der Bourgeoisie zu tun, dem allerdings eine Umschichtung innerhalb der herrschenden Klassen in Portugal und seinen Kolonien vorausging. Die portugiesische Kapitalistenklasse beabsichtigt weder die Kolonien aufzugeben noch sozialistische Verhältnisse in Portugal einzuführen. Es geht ihr darum, im Inland bei den Massen neuen Boden und neuen Kredit zu gewinnen für eine verstärkte Industrialisierung und Zusammenarbeit mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft. In den Kolonien will sie eine Entwaffnung und politische Desorientierung der Befreiungsbewegungen durch Scheinzugeständnisse (begrenzte Souveränität usw.) erreichen.

Die portugiesische Bourgeoisie muß, um ihre Linie durchzusetzen, eine beträchtliche Mobilisierung der Bevölkerung riskieren und zunächst auch erhebliche politische Freiheiten gewähren. Dies jedoch nur solange, bis die Gefahr eines Putsches der „Ultrarechten" gebannt ist (hinter denen vor allem der portugiesische Großgrundbesitz und die Mehrheit der weißen Siedler in den Kolonien stehen). Haben sich die Verhältnisse in Portugal erst einmal stabilisiert und sind die Stützen des alten Regimes (Geheimpolizei, reaktionäre Armeeführung usw.) entmachtet, so wird die portugiesische Bourgeoisie versuchen, daran zu gehen, die neuen Freiheiten auf das Maß zurechtzustutzen, das ihr genehm ist. Wie schnell und wie weitgehend ihr das allerdings gelingt, darüber entscheidet das konkrete Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, worüber derzeit nicht geurteilt werden kann.

Gegen einen „lusitanischen Staatenbund" – für den Sieg im Volkskrieg

„Die Überseegebiete sind eine notwendige Bedingung für unser Überleben als freie und unabhängige Nation. Ohne die afrikanischen Gebiete wird das Land (gemeint ist Portugal) *zu einer bedeutungslosen Ecke eines gigantischen Europas und es wird keine Trumpfkarte besitzen, die es ihm ermöglicht, sich im Konzert der Nationen zu behaupten."*

Dieses Zitat aus Spinolas Buch „Portugal und die Zukunft" zeigt wohl deutlich, daß die neuen Machthaber ebensowenig wie die alten wirklich Unabhängigkeit und Freiheit für die afrikanischen Völker wollen.

Die Sprecher der drei Befreiungsbewegungen haben deshalb zwar den Sturz Caetanos begrüßt, aber sie haben auch klargemacht, daß sie nicht mit den Plänen Spinolas für einen „lusitanischen Staatenbund" unter Führung Portugals einverstanden sind.

Francisco Mendes, ein Führer der PAIGC (Befreiungsbewegung von Guinea-Bissao) sagte, der Vorschlag Portugals liefe auf eine Kapitulation hinaus, *„das können wir nicht akzeptieren. Wir haben nicht elf Jahre lang gekämpft, nur um jetzt unsere Waffen auf einen bloßen Appell des neuen Regimes hin niederzulegen!"*

Die Befreiungsbewegungen haben einerseits ihren Kampf verstärkt, andererseits nehmen sie die Verhandlungsangebote der Militärjunta an, machen jedoch immer wieder unmißverständlich klar, daß ihr Ziel *„die vollständige Befreiung unseres Volkes"* bleibt. (Mendes)

Wer ist General Spinola?

Folgt man der bürgerlichen, insbesondere der sozialdemokratischen Presse, so hat dieser General einen erstaunlichen Gesinnungswandel hinter sich, von einem führenden Faschisten kam er *„unvermutet an die Spitze einer revolutionären Regierung, die Portugal auf den Weg der Demokratie zu führen verspricht"*. („Frankfurter Rundschau", 16.5.74) ... Frei nach dem Motto: Man hat schon Pferde kotzen sehen ...

Spinola stammt aus altem besitzendem Adel, seine Militärlaufbahn begann er bei der stinkvornehmen Kavallerie. Er nahm Urlaub von der Armee, um im spanischen Bürgerkrieg an der Seite Francos gegen die spanischen Antifaschisten zu kämpfen. Im 2. Weltkrieg war er „Beobachter" bei der großdeutschen Wehrmacht während der Invasion der Sowjetunion.

1961 meldete sich der Herr Oberstleutnant zum „Dienst" in die „gefährdete Kolonie" Angola. 1964 wurde er wegen seiner besonderen „Verdienste" um die „nationale Integrität" des portugiesischen Imperiums zum Brigadegeneral ernannt. 1968 war er dann Generalgouverneur und Oberbefehlshaber in Guinea-Bissao und versuchte dort bereits eine Politik der „Afrikanisierung" des Krieges, indem er Regimenter afrikanischer Söldner gegen die Befreiungsstreitkräfte aufstellte und auf politischem Gebiet versuchte, mit einigen Scheinreformen und begrenzten Autonomiebestrebungen der Unabhängigkeitsbewegung die Spitze abzubrechen.

Im zivilen Leben war und ist Spinola eine nicht unbedeutende Persönlichkeit. So gehört er z.B. dem Verwaltungsrat des größten portugiesischen Konzerns Champalimaud an. Dieser Konzern hat seinen Aktionsradius insbesondere auch in den drei Kolonien, ihm gehört praktisch die gesamte Stahlproduktion.

Auch zur CUF (Companhia Uniao Fabril), eine weitere große Finanzgruppe in Portugal, hat Spinola gute Beziehungen. So machte die CUF die Erfahrung, daß sie ihr Engagement in Guinea viel Geld kostete, bis Spinola den Oberbefehl über diese Region übernahm und eine „Befriedungspolitik" einleitete (größere Beteiligung einheimischer Gruppen an politischen Organen, Einsatz des Heeres zur Schaffung von Infrastruktur, „Liberalisierung" der lokalen Verwaltung). Die CUF bezeichnete das Resultat als „positiv". So kamen die großen portugiesischen Finanzgruppen zu der Überzeugung, daß die Fortsetzung der repressiven Form des Krieges ohne absehbares Ende nicht rentabel ist. – Und daß Spinola ihr Mann ist ... Spinolas Buch „Portugal und die Zukunft" erschien in einem Verlag, der zu diesem Konzern gehört.

Für die Finanz- und Industriekreise Portugals verspricht der „Frieden" mit den Kolonien größere Gewinne. Sie unterstützen daher die Konzeption des „lusitanischen Staatenbundes" (wozu Brasilien – Portugal – und ein „selbständiges" (portugiesisches) Afrika gerechnet werden). Die Ausbeutung der Bodenschätze (Erdöl, Diamanten, Kohle) und anderer Reichtümer der Kolonien, die bisher nicht in vollem Umfang geschieht, erfordert portugiesische und brasilianische Techniker und Kapitalinvestitionen beider Länder. Hinter dem Ganzen steckt das große Interesse der USA und ihre Unterstützung in allen Aspekten.

Außerdem wird befürchtet, daß bei einem Sieg oder auch nur bei weiteren Erfolgen der Befreiungsbewegungen der Einfluß der Sowjetunion und anderer sozialistischer oder revisionistischer Länder in diesem Gebiet wächst. Ein Eindringen der Sowjetunion in diesen Raum soll verhindert werden. Eine „harte" Politik konnte dieses im Fall des Nahen Ostens und des Mittelmeerraumes nicht verhindern.

Die Verträge Portugals mit der EG (von 1972) versprechen ein gutes Geschäft. Die Zollschranken sollen etwa 1977 sinken. Das Ziel der portugiesischen Kapitalistenklasse, wettbewerbs- und exportfähige Produkte herzustellen, scheiterte bisher an der völlig veralteten Industrie. Enorme Investitionen sind notwendig, die bisher in starkem Maße vom Kolonialkrieg verschlungen wurden.

Die „Bewegung der Offiziere"

Es scheint, als ob sich General Spinola quasi in letzter Minute an die Spitze einer demokratischen Bewegung in der Armee, die auch den Putsch geplant und durchgeführt hat, setzte, um die Bewegung unter Kontrolle zu halten; andererseits heißt es, daß die Soldaten beim Einmarsch in Lissabon eine „Galionsfigur" brauchten und dabei justament auf den General Spinola kamen. Gerade so als hätten sich zwei, die an sich nicht zusammengehören, zuletzt doch noch zusammengetan.

Richtig daran ist sicher, daß die Bewegung in den Streitkräften über die Zielsetzungen des General Spinola hinausgeht und zumal in den unteren Offiziersrängen und bei den einfachen Soldaten tatsächlioh eine ehrliche Empörung über den Kolonialkrieg besteht. Zum Teil wird es auch sozialistische Elemente in den Streitkräften geben. Jedoch weisen die verschiedenen Manifeste der „Bewegung der Offiziere", die schon vor dem Erscheinen von Spinolas Buch in den Garnisonen kursierten, nicht unbedingt in eine revolutionäre Richtung. In einem Manifest „Die Streitkräfte und die Nation" sagen die „mittleren Ränge", daß sie nicht aus Sold- oder Privilegiengründen unzufrieden sind, sondern daß es um die politische Frage



In Caldas da Reinha Jubel vor dem Gefängnis: Ein als Antifaschist eingekerkerter Hauptmann wird von seinen Kameraden befreit.

des Kolonialkrieges geht. Eine politische statt einer militärischen Lösung des Konfliktes soll die „Würde und Ehre der Nation" sowie die Interessen der in den Kolonien niedergelassenen Portugiesen sicherstellen, das Interesse der afrikanischen Bevölkerung an einer eigenen Regierung gewährleisten sowie eine Liberalisierung in Portugal herbeiführen. Kurz vor dem Putsch sollen etwa 40 % des Offizierskorps (= 1.000 Mann) zu dieser Bewegung gezählt haben.

Die Revisionisten aller Länder haben jedoch mit einer Interpretation der „Bewegung der Streitkräfte" aufgewartet, die wieder mehr ihrem Wunschdenken als der Wirklichkeit entspricht. Die „uz" (Zeitung der DKP) brachte ein Interview mit Alvaro Cunhal (Chef der portugiesischen KP), in dem dieser die gegenwärtige Situation in Portugal als *„demokratische Volksrevolution"* bezeichnet. Weiter sagt er: *„Die große Manifestation am 1.Mai zeigte sehr deutlich, daß unser ganzes Volk durch einen langen revolutionären Kampf gut vorbereitet war. Das hat der militärischen Erhebung eine Kraft gegeben, die es erlaubt, sehr schnell mit demokratischen Reformen zu beginnen. Die Erhebung selbst war größtenteils ein Reflex des Kampfes der Volksmassen."* („UZ", 10.5.74).

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" schließt sich einer Einschätzung der portugiesischen KP (PKP) an und warnt vor einer *„ultralinken Gefahr", "Trotzkistische und maoistische Elemente"* könnten durch *„scheinradikale Handlungen und Stiftung von Chaos eine erneute Entzweiung von Volk und Armee provozieren."* (zitiert nach FR, 6.5.74)

Die „Erhebung" der Militärs ist natürlich keineswegs ein Produkt des langjährigen revolutionären Volkskampfes, sie überraschte das portugiesische Volk im wahrsten Sinne im Schlaf. Außerdem muß man sich auch im klaren darüber sein, daß eine derart ausgedehnte oppositionelle Strömung im Herr, hätte sie sich grundlegend gegen die Interessen der Bourgeoisie gerichtet, mit ganz anderen Mitteln bekämpft worden wäre. Tatsache ist, daß die kritische Strömung in der Armee gewissen Absichten der Bourgeoisie entgegenkam und sie dieser Strömung bisher auch ohne große Gefahr freien Lauf lassen konnte.

Die völlig illusionistische Einschätzung der Lage durch die portugiesische KP zeigt nur, in welchem Maß sie sich mit dem bürgerlichen System identifiziert, daß die jeden Taktikwechsel der Bourgeoisie als „Revolution" bejubelt. Daß in der gegenwärtigen Entwicklung in Portugal für die herrschenden Klassen auch gewisse Gefahren liegen, bleibt damit unbestritten.

Inzwischen ist eine zivile Übergangsregierung gebildet worden, in die auch der KP-Chef Alvaro Cunhal aufgenommen wurde, als „Minister ohne Geschäftsbereich". Die sozialdemokratische Zeitung „Frankfurter Rundschau" vermutet: *„Die Absicht bei der Berufung sozialistischer und kommunistischer Politiker,.... dürfte die Eindämmung 'unerfüllbarer Forderungen' der Arbeiterschaft angesichts einer heftigen Streikwelle sein."* („FR", 17.5.74). Und damit dürfte sie so unrecht nicht haben...

Die Arbeiterklasse und die revolutionäre Linke

Die portugiesische Arbeiterklasse nutzt zur Zeit ihre neugewonnenen Freiheiten, um in einer breiten Streikbewegung seit langem fällige Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die Inflationsrate in Portugal betrug 1973 etwa 20%, und der Durchschnittslohn eines Arbeiters z.B. in der Textilindustrie beträgt DM 140,- bis DM 350,- monatlich („FR", 17.5.74).

Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen zwischen 50 und 70%. Gleichzeitig führt die Arbeiterbewegung eine politische Kampagne gegen die Anhänger des faschistischen Caetano-Regimes in den Direktionen und Verwaltungen, die zumeist erfolgreich ist. Dem Chef der portugiesischen Postverwaltung gestatteten die demonstrierenden Postbeamten z.B. nicht, schnell zu Spinola zu laufen und ihm Loyalität zu schwören, was dieser angeboten hatte, um seinen Posten zu behalten. Er wurde zum Rücktritt gezwungen.

Es scheint, daß es in Portugal derzeit keine politische Partei oder Gruppierung gibt, die mit einem kommunistischen Programm diesen Kämpfen eine sozialistische Stoßrichtung geben könnte. Sicherlich wird in der Arbeiterklasse über die Beseitigung der acht großen Familien des Landes, denen Portugal gehört, diskutiert werden. Doch der Taktikwechsel der Bourgeoisie, die Einbeziehung einst verfolgter und mit hohen Gefängnisstrafen belegter linker Politiker (Cunhal, Soares) in die neue Regierung wird eher gewisse Illusionen vom Charakter des derzeitigen Regimes bestärken.

Die revolutionäre Linke in Portugal ist sehr zersplittert und es ist aus unserer Sicht der Dinge nicht möglich, die einzelnen Gruppen einzuschätzen. Eine Gruppierung, die im Zusammenhang mit bestimmten Aktionen in der letzten Zeit in der bürgerlichen Presse häufiger erwähnt wurde ist die MRPP („Revolutionäre Bewegung des Volkes"). Als in den ersten Tagen nach dem Putsch die politischen Gefangenen aus dem Lissaboner Gefängnis befreit wurden, hatten sich Tausende von Menschen vor dem Gefängnis versammelt und die MRPP hatte die Parole „Alle oder keiner" ausgegeben, die massenhaft gerufen wurde. So kam es, daß auch die Gefangenen befreit wurden, die im Zusammenhang mit bewaffneten Aktionen gegen das Regime verhaftet worden waren und ursprünglich nicht freigelassen werden sollten.

Zu einem ersten Konflikt zwischen ebenfalls Tausenden von Demonstranten und der Polizei kam es, als jene den Abtransport von Soldaten in die Kolonien auf dem Lissaboner Flughafen verhindern wollten. Es kam zu einer Schlägerei, bei der 12 Soldaten „entführt" worden sein sollen. Zu dieser Aktion wurde allem Anschein nach von der MRPP mobilisiert. Natürlich kann die Zahl der Demonstranten nicht mit der Anhängerschaft der MRPP gleichgesetzt werden. Die spontane Bereitschaft zu solchen Aktionen ist zur Zeit aber besonders groß.

Die revolutionären Gruppen erfreuen sich zur Zeit einer relativ ungehinderten Betätigungsmöglichkeit. Das kann jedoch schnell wieder anders werden. Deswegen kommt vieles darauf an, die Zeitspanne zu nutzen, die das neue Regime zu seiner Festigung braucht. ●

Spanien-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Griechische Genossen verhaftet

Am 30. April veröffentlichte die EKKE, die ‚Revolutionäre Kommunistische Bewegung Griechenlands', die folgende Erklärung:

„Die US-hörige faschistische Junta hat nach dem Volksaufstand im vergangenen November, durch Verhaftungen, Deportationen und Folter in den Kerkern der Sicherheitspolizei, in ihrem vergeblichen Versuch, unserem Land durch blindwütige Schläge auf unsere Volksbewegung ihre „Normalisierung" aufzuzwingen, eine wilde Welle des Terrors entfesselt. In den letzten Tagen sind zusammen mit anderen Kämpfern auch die Genossen der EKKE, Bistis, Christos und Stangos, Petros verhaftet worden. Ihr Leben befindet sich in akuter Gefahr.

Die EKKE wendet sich an die fortschrittliche internationale öffentliche Meinung und ruft alle fortschrittlichen Kräfte auf, sich mit dem Kampf des griechischen Volkes zu solidarisieren und durch ihre Mobilisierung die faschistische Junta zu zwingen, die tatsächliche Zahl und die Namen der Verhafteten bekanntzugegen. Dadurch kann die physische Liquidierung verhindert und die körperliche Integrität der Kämpfer und der Genossen, die sich in ihren Händen befinden, bewahrt werden.

Das unwiderrufliche Ende des Terrors und die Befreiung der verhafteten Kämpfer wird ein Ergebnis des unversöhnlichen Kampfes unseres Volkes sein. Kein Terror ist imstande, den Kampf des griechischen Volkes, der durch den Volksaufstand im November in eine neue Phase eingetreten ist, aufzuhalten.

Kein Terror wird unser Volk daran hindern, sich um seine revolutionären Kräfte zusammenzuschließen, im Kampf um Brot, um Freiheit, um der faschistischen Gewalt entgegenzutreten, auf dem Weg zum Aufbau der Einheitlichen Antifaschistischen Antiimperialistischen Front. Kein Terror ist in der Lage, den Prozeß des Wiederaufbaus der revolutionären Kommunistischen Partei Griechenlands aufzuhalten, die die Arbeiterklasse und unser gesamtes Volk, durch den bewaffneten Volkskampf, bis zur endgültigen Ausrottung des Faschismus und des Imperialismus aus unserem Lande, bis zum endgültigen Sieg für das vom Volk beherrschte sozialistische Griechenland führen wird!

am 30. März 1974
die Zentrale Führung der EKKE

Erst Anfang Mai bestätigte die faschistische Junta Griechenlands, daß 36 Genossen festgenommen worden seien, darunter auch die Genossen Stangos und Bistis von der EKKE. Weitere 14 Genossen hätten sich ihrer geplanten Verhaftung durch Flucht entziehen können. Die Verhafteten seien verantwortlich für die Massendemonstrationen im letzten November.

Bereits im Februar hatte die Junta die Verhaftung von 35 angeblich führenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei bekanntgegeben. Im März war die Verhaftung von weiteren 42 Mitgliedern ‚kommunistischer Untergrundorganisationen' bekanntgegeben worden.

Wir unterstützten die Forderung nach unverzüglicher Veröffentlichung der Zahl und aller Namen verhafteter griechischer Antifaschisten und nach Freilassung aller inhaftierten Antifaschisten. ●

Stimmenanteil des Kandidaten der Links-Union in der französischen Präsidentenwahl fast 50%

Der Kampf geht weiter

Der neue Staatspräsident von Frankreich ist Giscard d'Estaing. Das letzte Ergebnis (Hochrechnung), das uns bis Redaktionsschluß vorlag, lautete auf 50,7% für Giscard d'Estaing und 49,3% für Mitterand, den Kandidaten der Links-Union. Der Stimmenunterschied beträgt damit nur knapp 400.000 Stimmen.

1965, als Mitterand gegen de Gaulle im zweiten Wahlgang antrat, vereinigte er 44,8% der Stimmen auf sich. Bei der jetzigen Präsidentenwahl hatte er im ersten Wahlgang am 6. Mai bereits 43,5% der Stimmen erhalten, und die beiden Kandidaten der revolutionären Linken (Krivine und Laguiller) zusammen knapp 3,5%. Die wichtigsten Organisationen der revolutionären Linken hatten dann im zweiten Wahlgang am 19. Mai ebenfalls zur Wahl Mitterands aufgerufen, ohne natürlich die Illusionstrommel für einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus mitzurühren. Der Stimmenanteil Mitterands im zweiten Wahlgang geht also noch über den aller Kandidaten der (reformistischen und revolutionären) Linken im ersten Wahlgang hinaus – und stellt überhaupt den größten Wahlsieg dar, den ein Linkskandidat seit 1945 in Frankreich erzielt hat.

Um Giscard d'Estaing hatte sich im zweiten Wahlgang die gesamte Rechte gesammelt – nicht nur die Unabhängigen Republikaner (seine eigene Partei) und die Gaullisten (die im ersten Wahlgang mit nur wenig über 14% für ihren Kandidaten Chaban-Delmas ihre größte Pleite seit Beginn der „gaullistischen Ära" 1958 erlebten), sondern weiter vom reaktionären „Demokratischen Zentrum" über „Nostalgiker" des nazi-treuen Vichy-Regimes bis hin zu den Faschisten der ehemaligen (?) Geheimarmee OAS, der „Ordre Neuveau" (Neue Ordnung) usw. Giscard d'Estaing hatte zahlreiche Schläger faschistischer Organisationen und der gaullistischen Parallelpolizei direkt als seine „Wahlhelfer" engagiert – und allein dafür täglich 20.000 Francs (etwas mehr als 10.000 DM) ausgegeben.

Giscard d'Estaing wird als zukünftiger Präsident Frankreichs nicht „nur" der eingesetzte Vollstrecker der Kapitalinteressen sein, sondern er entstammt selbst der Bourgeoisie und gehört selbst zu ihr: er und seine Familie partizipieren an der Handelsbank S.F.F.P.O.M., der „Kautschuk-Industrie des Fernen Ostens", der Reifenfabrik Klèber-Colombes, dem Elektrotechnik-Konzern Thomson-Houston-Hotchkiss-Brandt, der marokkanischen Zuckerraffinerie, der lothringischen Kohlenindustrie, der Vereinigten Industrieglasfabrik von Loing, dem Wasch- und Putzmittel-Konzern Trailer Gibbs et Hills France, der Pressegruppe Interfrance (die zahlreiche Provinzzeitungen kontrolliert) und dem Unternehmen Bergounan.

Der Wahlsieg Giscard d'Estaings ist durch eine schäumende Hetzkampagne gegen die Links-Union und Mitterand geebnet worden, in der alle traditionellen antikommunistischen Dämone (vom Wirtschafts-Chaos bis zur Auslieferung Frankreichs an die Sowjetunion) zum Tanzen gebracht wurden. Besonders vor diesem Hintergrund muß der hohe Stimmenanteil Mitterands als großer Erfolg angesehen werden, der das

daß dieser Wunsch durch das reformistische Programm der Links-Union nicht befriedigt werden könnte, und schon gar nicht durch Mitterand, der gewachsene Bewußtsein der Arbeiterklasse und anderer Bevölkerungsteile zeigt und ihren Wunsch nach einer gesellschaftlichen Änderung zum Ausdruck bringt – unabhängig davon, mit den angekündigten Maßnahmen für den erhofften Fall seiner Präsidentschaft noch weit hinter den sozialen und politischen Forderungen dieses Programms zurückgeblieben war.



Giscard d'Estaing, Präsident der Bourgeoisie mit geschultertem Gewehr

Bürgerliche Kommentatoren ha-

Bürgerliche Kommentatoren haben nach diesem Ausgang sofort davon gesprochen, daß man sich nun auf einen „dritten Wahlgang" einrichten müsse, auf einen s o z i a l e n „Wahlgang", auf eine „wachsende Unruhe in der Arbeiterschaft". Die Bourgeoisie ist sich durchaus darüber im Klaren, daß die französische Arbeiterklasse, aufbauend auf ihre Erfahrungen in den Kämpfen gegen das



Francois Mitterrand

gaullistische Regime, auch dem neuen Regime Giscard d'Estaing Widerstand entgegensetzen wird – und daß dieser Widerstand, wie das Wahlergebnis schon andeutet, wahrscheinlich erheblich wachsen wird und möglicherweise auch sehr schnell losschlagen kann. Zudem ist abzusehen,

daß das Regime Giscard d'Estaing wahrscheinlich nicht die Stabilität des „traditionellen" Gaullismus erreichen wird und die Auseinandersetzung innerhalb des Regierungslagers über die einzuschlagende Taktik nach dem Ende der „gaullistischen Ära" schärfer wird.

Nichtsdesto weniger haben die französischen Arbeiter unter Giscard d'Estaing nicht die geringste Besserung ihrer Lage zu erwarten, sondern eine sowohl wirtschaftlich wie auch politisch verstärkte Offensive der Bourgeoisie. Giscard d'Estaing ist der Mann, der im vorherigen Regime als Finanzminister ohnehin schon direkt für die enorme Verteuerung des Lebens der französischen Arbeiterklasse verantwortlich war (Inflationsrate z.Zt. über 15%).

Die Revisionisten und Reformisten der Linken-Union haben ihrerseits sofort nach dem Wahlausgang erklärt, daß sie dieses Ergebnis „respektieren werden – was bei ihnen immer so zu verstehen ist, daß sie nicht daran denken, die Arbeiter konsequent gegen dieses Regime zu mobilisieren, sondern lieber noch einen weiteren Rückzieher in den Sumpf des bürgerlichen Wahlfetischismus antreten: hat es diesmal wieder nicht ganz geklappt, so wartet man eben gefügig auf den nächsten Wahltermin. Vielleicht ein paar „Aktionstage", um die Fassade einer „Politik im Interesse der Arbeiterklasse" reinzuhalten – aber ja keine „Unruhe", über die man „die Kontrolle verlieren" könnte: das ist die Mentalität von Mitterand, Marchais & Co.

Ob diese Rechnungen allerdings aufgehen, ist eine andere Frage, die die kommenden Kämpfe der französischen Arbeiterklasse selbst beantworten werden. Immer wieder ist die Arbeiterklasse auf den Weg der bürgerlichen Wahlen vertröstet worden; und immer wieder hat sich gezeigt, daß sich so keine tiefgreifende Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeiführen läßt. Die Enttäuschung, die jetzt wiederum über die erneut verlorene Wahlschlacht in der Arbeiterklasse aufleben wird, kann auch ein guter Nährboden für eine zunehmende Abkehr von den reformistischen Illusionen werden – ein Nährboden allerdings nur, zu dem noch die politische Agitation und Propaganda der revolutionären Linken hinzutreten muß, um das Bewußtsein innerhalb der Arbeiterklasse für den einzig gangbaren Weg zu schärfen: das Vertrauen nicht in das Wechselspiel des bürgerlichen Parlamentarismus, sondern einzig und allein in die Kraft der eigenen Klasse.

In diesem Sinne hatte die OCR (Organisation Communiste Revolution!) in der letzten Ausgabe ihrer Zeitung vor der Wahl geschrieben: *„Wenn die Rechte gewinnt, ist nichts verloren. Wenn die Linke durchkommt, bleibt noch alles zu erobern. Die Arbeiter müssen wachsam bleiben und zum selbständigen Handeln übergehen – egal wie das Wahlergebnis ausfällt."* ●

Frankreich: 30.000 demonstrieren am 1. Mai in Paris

'Kein Waffenstillstand im Klassenkampf!'

Die reformistischen Gewerkschaftsführungen der CGT und CFDT sagten in diesem Jahr die traditionelle Demonstration am 1.Mai ab. Sie wollten damit ihr „Verantwortungsbewußtsein" angesichts der bevorstehenden Präsidentschafts-Wahlen zeigen, „nichts zu tun, was dem Ablauf und der Ruhe der Wahlkampagne schaden könnte" (so Sèguy, Vorsitzender der CGT und ZK-Mitglied der revisionistischen PCF).

Warum eine machtvolle proletarische Demonstration am 1.Mai schädlich sein soll, ist offenbar damit zu erklären, daß kleinbürgerliche Wähler Mitterands und der ‚Linksunion' es übel nehmen könnten, wenn die Arbeiterklasse demonstriert.

Diese erbärmliche rechtsopportunistische Philosophie läßt für die weitere Politik der ‚Linksunion' Schlimmes erwarten, nämlich die weitere Demobilisierung der Arbeiter, um die Kleinbürger nicht zu „erschrecken" und die Bourgeoisie (und ihre Armee) nicht zu „provozieren".

Jedoch: auch in Paris ließen sich nicht alle Arbeiter ihren Kampftag nehmen. Vorbereitet von einer Aktionseinheit verschiedener revolutionärer Organisationen (Rèvolution!, Lutte Ouvrière und Ligue Communiste) demonstrierten 30.000 trotz der Enthaltsamkeits-Verordnung der Gewerkschaftsführer durch die Strassen von Paris. 30.000 unter revolutionären Parolen – das war in der Tat eine Schlappe für die reformistischen Waffenstillstands-Fanatiker und ein Erfolg für die französische Arbeiterklasse. Vorneweg marschierte ein Block von Arbeitern aus gegenwärtig bestreikten und z.T. besetzten Betrieben: an der Spitze Arbeiter des Druckbetriebs Darboy, die seit drei Monaten im aktiven Kampf stehen und wie zuvor bei Lip die Produktion in eigene Regie übernommen haben. Dies verdeutlichte den Sinn der Demonstration: Weg mit dem sozialen Frieden! Kein Waffenstillstand im Klassenkampf! Das Transparent der Darboy-Arbeiter trug die Signatur: CGT. Daß ausgerechnet der Name der CGT auf dem ersten Transparent (und ebenso wie der Name der CFDT auch auf weiteren Transparenten) stand, brachte sehr deutlich zum Ausdruck, daß es i n n e r h a l b der Gewerkschaften bereits eine nicht unbedeutende Opposition gegen den auf das rein parlamentarische Wechselspiel orientierenden Kurs der Gewerkschaftsführungen gibt. Hinter den Arbeitern von Darboy marschierten dann die Arbeiter und Angestellten der Banken, Post und Versicherungen, die ebenfalls bis vor kurzem einen langen Streik geführt haben, sowie zahlreiche CFDT-Sektionen. Ferner beteiligten sich viele ausländische Arbeiter mit ihren Organisationen an dieser Demonstration; sowie die Frauenorganisation MLAC.

Als die revolutionären Organisationen das letzte Mal 1969 in Paris selbstständig eine Mai-Demonstration vorbereiteten, da ging die Zahl der Demonstranten kaum über die eigenen Reihen hinaus. Die diesjährige Mai-Demonstration zeigt zum einen die seitdem wiederbelebte Kampfbereitschaft in der französischen Arbeiterklasse. Und sie liefert zum anderen den Beweis, daß der Reformismus zwar eine Strömung in der Arbeiterklasse ist, die energisch bekämpft werden muß (und die ja auch in Frankreich noch die Hegemonie innerhalb der Arbeiterbewegung hat); – daß die revolutionären Organisationen diese Strömung aber nicht zu fürchten brauchen, w e n n sie es verstehen, „im Herzen" dieser Arbeiterbewegung eine Politik zu entwickeln, die einerseits die durch den Reformismus geförderte Mobilisierung mitträgt und ausnutzt, und andererseits dem Reformismus gegenüber eine klare politische Alternative stellt. Natürlich ist es so, daß die ‚Linksunion' in gewissem Umfang eine Mobilisierung der Arbeiterklasse nötig hat (die sie natürlich aber auch oft genug wieder bremst) – daß sie aber (und das ist ihr Wesen) diese Mobilisierung auf die Irrwege des bürgerlichen Parlamentarismus zu fesseln versucht. Es wäre unmaterialistisch und undialektisch, hier n u r die sich daraus ergebenden G e f a h r e n zu sehen – und nicht g l e i c h z e i t i g auch die C h a n c e n, die sich auf dieser Grundlage für die Entwicklung eines r e v o l u t i o n ä r e n B e w u ß t s e i n s der Arbeiterklasse eröffnen – wenn, wie gesagt, die revolutionären Organisationen die Kraft und die Fähigkeit herausbilden, in diesem „Zwischenraum" von reformistischer Mobilisierung und reformistischem Irrweg eine Politik zu entwickeln. Der 1.Mai in Paris ist ein Zeichen dafür, daß dies m ö g l i c h ist. ●



Übrigens:
Am Freitag den 24.5. findet um 19.00 Uhr im Audimax (Uni) eine

IRLANDVERANSTALTUNG
statt.

Rhodesien:

Die BRD-Konzerne sind immer dabei

Kurz nach Ostern drangen zaghafte Meldungen über ein „angebliches Engagement" westdeutscher Konzerne in Rhodesien auch in die Spalten der bürgerlichen Presse („Welt" 17.4.).

Tatsache ist, daß das rassistische weiße Minderheitenregime (von den 5 1/2 Millionen Einwohnern Rhodesiens sind etwa eine Viertelmillion Weiße) unter Ian Smith sich nur an der Macht halten kann, weil es die Unterstützung der großen Konzerne vor allem aus Großbritannien, den USA, der BRD und anderer EG-Staaten erhält. Die reichhaltigen Bodenschätze – u.a. Eisenerz, Uran, Platin, Nickel und Kupfer – sind Anreiz genug. Das Smith-Regime bietet eine große Zahl von Arbeitskräften und garantiert niedrige Löhne.

Die Kapitalisten sind aber bemüht, ihre Geschäfte mit den rhodesischen Rassisten geheim zu halten, denn offiziell hält man sich ja an den Beschluß, der Sanktionen gegen alle jene Staaten vorsieht, die Rhodesien unterstützen.

Jüngster bekannt gewordener Fall, in dem sich die kapitalistischen Konzerne einen Dreck um derlei Sanktionen kümmern, ist ein Kredit der „European – American Banking" in New York, die einen Investitionskredit von 12 Millionen Pfund Sterling an die „Rhodesian Iron and Steel Company" gab. Damit soll die Stahlproduktion im Lande wesentlich erweitert werden. 13 Unternehmen aus kapitalistischen Ländern beteiligen sich hieran, unter ihnen die Neunkirchener Eisenwerke (Otto Wolff-Konzern) und die Duisburger Klöckner AG, die über eine Schweizer Tarngesellschaft billigen rhodesischen Stahl beziehen will. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

SÜDAFRIKA – WEISSE MINDERHEIT SICHERT FASCHISTEN- MEHRHEIT IM PARLAMENT

Ende April fanden in Südafrika Parlamentswahlen statt. Da die schwarze Bevölkerung jeglicher politischer und kultureller Rechte beraubt ist, durfte nur die weiße Minderheit (4 von 24 Millionen Einwohnern) sich ihre Regierung wählen.

Zur Wahl standen drei Parteien:

- **die „Nationale Partei"**
- **die „Vereinigte Partei"**

beide vertreten die faschistische Apartheidspolitik (Rassentrennung und Unterdrückung der farbigen Bevölkerungsmehrheit) und unterscheiden sich nur durch die Namen der Kandidaten.

- **die „Progressive Partei"**

eine sozialdemokratische Variante der Apartheidspolitik. Sie vertritt die Ideologie der Klassenzusammenarbeit zwischen dem farbigen Proletariat und den weißen Unterdrückern. Die seit 1948 regierende „Nationale Partei" erreichte wieder die absolute Mehrheit im Parlament.

Ihr Vorsitzender, Ministerpräsident Vorster (er war während des 2. Weltkrieges wegen „pro-hitlerischer Aktivitäten" inhaftiert) kündigte einen noch schärferen Kurs der faschistischen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung an!

Kaum ein zweites Land der Erde bietet der nationalen und internationalen Bourgeoisie so viele Möglichkeiten, aus der Ausplünderung der Bodenschätze und der Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung gewaltige Profite zu erzielen. In Südafrika, sowie in dem von der Republik Südafrika besetzt gehaltenen UN-Mandat Namibia, befinden sich riesige Bodenschätze (die größten Diamanten- und Goldvorkommen der Welt, Kupfer, Zinn, Uran, Wolfram, Mangan etc.) und große Ländereien. Durch blutigen Terror – z.T. wurden ganze Stämme der schwarzen Bevölkerung ausgerottet – haben die weißen Siedler die Schwarzen von ihrem Land vertrieben.

Heute lebt die große Mehrheit der einheimischen Bevölkerung in Reservaten. Sie werden gezwungen, ihre Arbeitskraft an die weißen Siedler und Kapitalisten zu verkaufen. Eine von der weißen Regierung geschaffene „Zentralstelle für Eingeborenenarbeit" bestimmt dabei die Dauer des Arbeitsverhältnisses, den Lohn und andere Bestimmungen des Arbeitsvertrages. Außerdem ist es den schwarzen Arbeitern verboten, das Arbeitsverhältnis von sich aus zu kündigen!

Das durchschnittliche Verhältnis der Löhne zwischen den schwarzen und weißen Arbeitern ist in den Fabriken 1:5 und in den Bergwerken oft 1:16.

„Manche Farmarbeiter erhalten neben Unterkunft und Naturalien 20,- Mark monatlich." („Spiegel", Nr. 18/74)

Da die Afrikaner in Reservaten leben müssen, leben die Arbeiter oftmals jahrelang getrennt von ihren Familien in dafür geschaffenen Lagern der Kapitalisten.

„Das Ovambo-Lager in Kantutura bei Windhuk ist von einer hohen Mauer umgeben. Am Eingang filzen bewaffnete Polizisten alle Bewohner und Besucher. Die Arbeiter drängen sich in 16-Mann-Schlafräumen. Das Bett ist ein etwa 90 Zentimeter breiter Mauervorsprung. Johannesburgs „Financial Mail" urteilt denn auch: Eigentlich ein Konzentrationslager." („Spiegel", Nr. 18/74)

Die elementarsten Rechte der Arbeiterklasse, das Recht auf Streik, auf gewerkschaftliche und politische Organisierung und das Recht der freien Meinungsäußerung sind der einheimischen Bevölkerung genommen! Jede „Zuwiderhandlung" wird blutig unterdrückt:

- Am 11.9.73 wurden von 80 streikenden Arbeitern der Goldmine „Western Deep Level" 12 auf der Stelle erschossen, weil sie für ihre Forderungen demonstrierten.
- In den Reservaten von Namibia gibt es die Prügelstrafe für oppositionelle Äußerungen.
- Fast alle Führer schwarzer Oppositionsgruppen sitzen im Gefängnis oder sind ermordet.
- „Wie in Rhodesien haben sich viele Farmer zu Kommandos zusammengeschlossen. Sie halten regelmäßig Übungen ab." („Spiegel", Nr. 18/74)

Zur Vorbereitung der Bourgeoisie und ihres faschistischen Staatsapparats auf kommende Auseinandersetzungen schrieb die „Welt":

„Kein anderer Staat hat zudem seine Bevölkerung (die weiße Minderheit natürlich nur! - Anm. AK) *vergleichbar intensiv auf unkonventionelle Kriegsführung im eigenen Land vorbereitet.... Die beachtliche Lufttransportkapazität – auch ihr steht in Afrika nichts vergleichbares gegenüber – garantiert rasche Mobilität für den Fall, daß rebellierende Bevölkerungsteile niedergehalten werden müssen."*

Das genau ist die Politik, mit der sich Vorster's „Nationale Partei" der weißen Minderheit im eigenen Land und den Imperialisten im Ausland empfiehlt!

Die BRD-Imperialisten immer in vorderster Front

Entsprechend der Politik aller Imperialisten ist auch der BRD-Imperialismus an der Ausbeutung und Ausplünderung des afrikanischen Volkes beteiligt:

- nach den USA und England steht die BRD an dritter Stelle der ausländischen Investoren in Südafrika.
- ca. 300 Konzerne und Firmen aus der BRD investierten bis Anfang 74 ca. 1,75 Milliarden Mark in Südafrika.

Auch militärisch wird das faschistische Regime unterstützt:

- So betreiben die VFW-Fokker (Bremen) ein Werk zum Bau von Militärtransportflugzeugen (Lufttransportkapazität s.o. Zitat der „Welt")
- Die Siemens AG (Frankfurt) unterhält ein Institut für Raketenforschung in Südafrika.

Bester politischer Beziehungen zu den südafrikanischen Faschisten kann sich die CDU/CSU rühmen. Delegationen dieser Partei zählen zu den Stammgästen in Südafrika.

Einer der ersten Gratulanten nach Vorster's „Wahlsieg" war ihr CDU-Franktionsvorsitzender Carstens.

Daß die Ähnlichkeit zwischen den Faschisten Vorster und Strauß nicht nur äußerlich ist, macht folgendes Strauß-Zitat deutlich:

„Ich bin beeindruckt von der hohen religiösen und moralischen Verantwortung, mit der die Rassenpolitik ausgeführt wird ... **Als starker Eckpfeiler der westlichen Welt kann Südafrika in seiner politischen Struktur sogar zu einem Modellbeispiel für die gesamte westliche Welt werden."** (zitiert nach AK 35)

Die SPD/FDP-Regierung verhielt sich gegenüber dem faschistischen Regime so „neutral", daß sich in den letzten fünf Jahren die Investitionen aus der BRD in Südafrika mehr als verdoppelten.

Der ganze Zynismus sozialdemokratischer Regierungspolitik wird daran klar, daß sich die BRD-Regierung direkt an der Ausbeutung und Unterdrückung der Afrikaner beteiligt (über die VEBA, VW, VFW u.a.) und auf der anderen Seite die Verhinderung des Baus einer Sternwarte in Namibia als Unterstützung des schwarzen Widerstandes in Südafrika ausgibt!

Abbau radioaktiver Mineralien
Otavi Minen- & Eisenbahngesellsch.
BOTSWANA
Moçambique (port.)
Phalaborwa Mining Company
Uranoxyd
Vereinigte Flugtechnische Werke Bremen
Militärtransportflugzeuge
Pretoria
Faber-Werke
Namibia
Sasol Chemiekonzern
SWASILAND
Klöckner
Sishen
DEGUSSA Frankfurt/Main
Lithium Mines PTY
LESOTHO
URANKONZENTRATE
AEG
REW Essen
Siemens South Africa Ltd
Siemens AG Frankfurt/Main
Saldanha
Institut für Raketenforschung
Atomic Energy Board
Kapstadt
Klöckner
August Thyssen Hütte
Krupp
European American Corporation
BRD - SÜDAFRIKA

Der BRD-Imperialismus steht mit seinen Investitionen im faschistischen Suedafrika an vorderster Front.

Der Widerstand des schwarzen Proletariats nimmt zu

Trotz der festen Entschlossenheit der faschistischen Machthaber, das unmenschliche Ausbeutersystem aufrechtzuerhalten, hat der Widerstand der schwarzen Bevölkerung in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen:

- Im Dezember 1971 legten ca. 40.000 Afrikaner in Namibia Fabriken, Minen und Farmen lahm.

Der Streik dauerte fast sechs Monate. Während des Streiks wehrten sich Afrikaner z.T. mit Pfeil und Bogen gegen die Angriffe der Polizei. Neben kleineren ökonomischen Zugeständnissen war es ein wesentlicher Erfolg des Kampfes, daß die SWAPO (die politische Widerstandsorganisation der Schwarzen Namibia's) den Streik organisierte und ihm eine politische Stoßrichtung gab.

- Die SWAPO selbst räumte 1966 mit der Illusion auf, die Faschisten mit friedlichen, parlamentarischen Mitteln aus Namibia vertreiben zu können.

Sie ging daran, eine revolutionäre Organisation aufzubauen und den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Von den ca. 650.000 Schwarzen in Namibia sind heute schon ca. 100.000 in der SWAPO organisiert!

- In den Fabriken und Minen Südafrikas selbst nehmen die Auseinandersetzungen und Streiks zu.
- In allen Landesteilen schließen sich mehr und mehr Afrikaner dem Befreiungskampf unter der Führung der SWAPO an.

Der wachsende Widerstand der einheimischen Bevölkerung wurde von den faschistischen Parteien genutzt, um der weißen, privilegierten Minderheit das Bild von der „schwarzen Gefahr" recht gruselig an die Wand zu malen:

So schrieb der „Kölner Stadtanzeiger" vom 23.4.74:

„Südafrika versteht sich heute als eine der letzten kapitalistischen Bastionen auf dem schwarzen Kontinent und nichts zieht beim Volk (der weißen Minderheit – Anm. AK) *mehr, als die Panikmache vor kommunistisch unterwanderten schwarzen Horden, die den weißen Mann ins Meer treiben wollen."*

Der Kampf der schwarzen Bevölkerung hat aber auch bei einem Teil der weißen Bourgeoisie Überlegungen hervorgerufen, wie man das Ausbeutersystem eventuell auch ohne das Mittel des offenen Terrors langfristig sichern kann.

Vor allem weiße Intellektuelle sammeln sich in der „Progressiven Partei" (PP) und stellen ihr Wählerpotential. Ihnen geht es darum, auf die Fragen des Klassenkampfes mit der Ideologie der sozialen Partnerschaft zu antworten.

Ihr Ziel ist es, das schwarze Proletariat zu integrieren, indem man die schlimmsten Auswüchse der Unterdrückung „beseitigt" (mehr Lohn, Stimmrecht bei Wahlen, „freie" Gewerkschaften etc.). Hiervon versprechen sie sich, dem revolutionären Kampf die Spitze brechen zu können, um sich bei der Bourgeoisie und den Imperialisten als Sachverwalterin der Zukunft zu empfehlen!

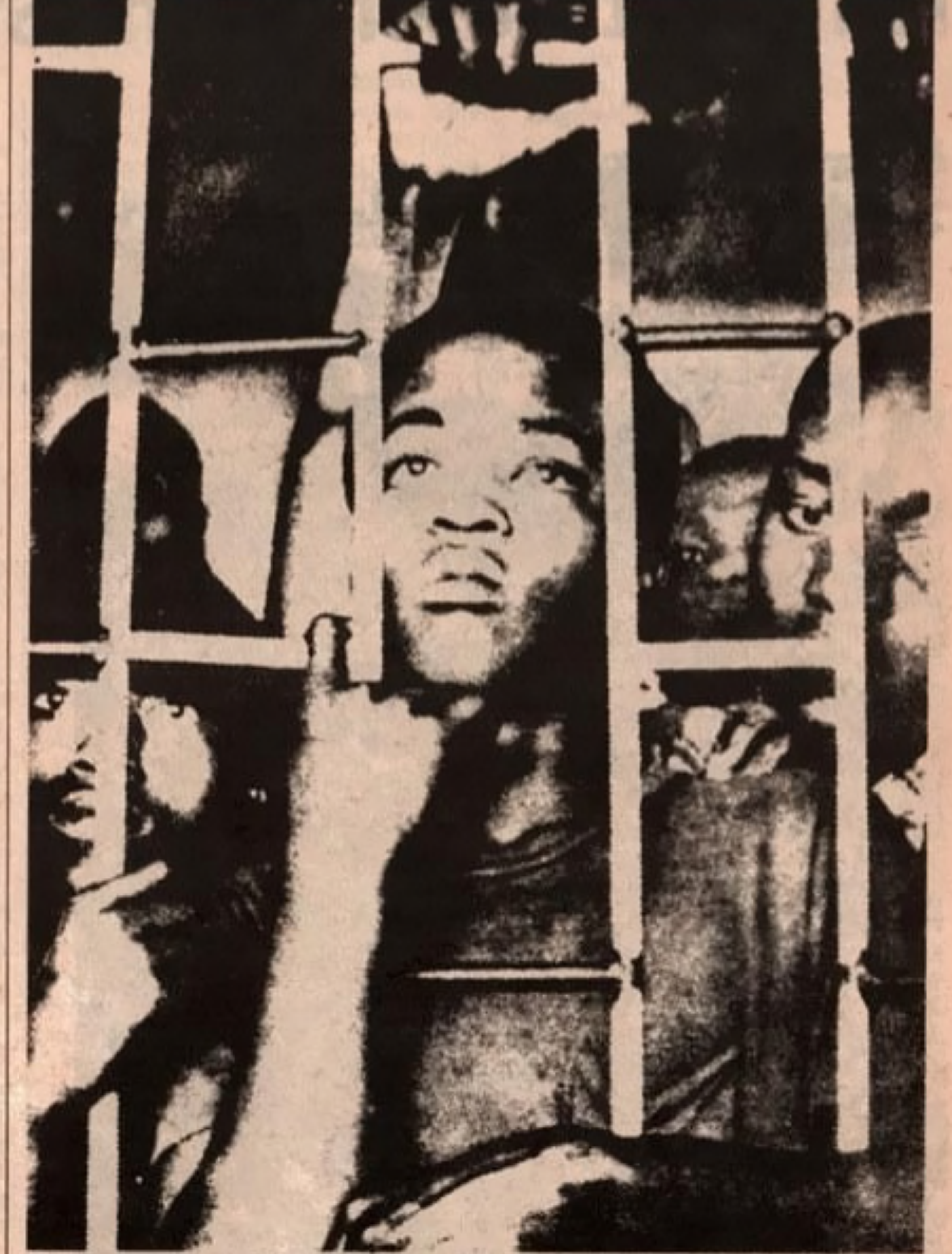
Das wurde von der einheimischen Bevölkerung schon richtig erkannt:

„Als Werber der Partei kürzlich in einem Wohnheim von afrikanischsprachigen Studenten über „Alternativen zur Apartheidspolitik" diskutieren wollten, wurden sie mit Eiern und Tomaten bombardiert."
(„Kölner Stadtanzeiger", 23.4.74)

Daran wird deutlich, daß es bei den Widersprüchen innerhalb der weißen Bevölkerung nur darum geht, wie die „Herrenvolksideologie" am besten durchgesetzt werden kann, wie die Herrschaft über das schwarze Proletariat am besten aufrechtzuerhalten ist!

Obwohl die PP ihre Sitzzahl im Parlament von 1 auf 6 erhöhen konnte, gilt nach wie vor die Feststellung: *„Vorster dürfte die wiedergewonnene Mehrheit als Auftrag zu noch entschiedenerem Durchgreifen auffassen."* („Kölner Stadtanzeiger", 26.4.74) ●

Betriebszelle HSW
KB/Gruppe Hamburg



Die Kerker des rassistischen Vorster-Regimes sind ueberfuellt mit Gefangenen aus der einheimischen Bevoelkerung.



Streikende südafrikanische Bergarbeiter einer Goldmine in Carltonville. Im August 1973 erschoss die faschistische Polizei 12 ihrer Kollegen während eines Streiks.

Italien

Ein 'No' zum Referendum – Ein 'No' zur Faschisierung!

Am 12. Mai fand in Italien nach monatelanger heißer politischer Auseinandersetzung die Volksabstimmung über das Scheidungsgesetz statt.

Die Christdemokratische Partei, die Neofaschisten und die Katholische Kirche hatten versucht, das vor einigen Jahren beschlossene – übrigens keineswegs sehr liberale! – Scheidungsgesetz durch eine Volksabstimmung zu Fall zu bringen.

59,1 % der Wähler stimmten mit 'Nein', gegen den Anschlag der Rechten, für die Beibehaltung des Gesetzes. Im traditionell 'roten' Mittelitalien waren es gar 65,2 %, die den Rechten ein klares 'No' entgegensetzten, in Mailand 67,5 %, in Turin 79,8 %. Selbst im „schwarzen" Süditalien konnten die Rechten nur in wenigen Gebieten eine Mehrheit gewinnen.

Bei dem Referendum ging es von Anfang an um mehr als das Scheidungsgesetz. Die DC, unterstützt von den Neofaschisten, suchte die gesellschaftliche Kraftprobe, und zwar auf einem Feld, wo es relativ leicht möglich schien, die italienischen Werktätigen – losgelöst von ihrer sozialen Lage – entlang einer klerikalen Fragestellung aufzuspalten, und wo die katholische Kirche das Gewicht von religiöser Verblendung, Aberglauben und Einschüchterung mit 'Höllen'-Angst etc. voll in die Waagschale werfen wollte.

Entsprechend nahm die revolutionäre Linke die Herausforderung an. Sie führte die Kampagne zum Referendum unter der Parole, der g e s a m t e n Politik der Bourgeoisie – und nicht nur dem Anschlag auf das Scheidungsrecht – ein 'No' entgegenzuschleudern.

Anders verhielten sich die Revisionisten, die in dem Referendum einen Anschlag auf ihr Lieblingskind, den „historischen Kompromiß" mit den Christdemokraten, sahen. „KP"-Chef Berlinguer verkündete jammernd, diese Volksabstimmung sei doch nicht nötig gewesen, man hätte sich doch auch anders einigen, einen Kompromiß finden können – die Revisionisten wären tatsächlich bereit gewesen, den Christdemokraten bei einer parlamentarischen Verschlechterung des Scheidungsgesetzes auf halbem Weg entgegenzukommen, wenn dadurch das Referendum hätte vermieden werden können.

Die Christdemokraten, vor allem aber ihre äußerste Rechte um Fanfani ('Fanfascismo'), mit Unterstützung der Neofaschisten des MSI, w o l l t e n jedoch gerade diese Kraftprobe durch das Referendum. Dieser Stein, den sie aufhoben, ist ihnen nun unversehens selbst auf den Fuß gefallen. ●

Hunderttausende im Streik



Die Werktätigen Dänemarks haben in den letzten Tagen mit zahlreichen Streiks und machtvollen Demonstrationen gegen das 'Sparprogramm' der Minderheitsregierung Hartling protestiert. Bereits am 8. Mai '74 hatte die Regierung des 'Liberalen' Hartling ein Steuergesetz im Folketing (dem dänischen Parlament) eingebracht, das Konsumgüter drastisch verteuern und damit die Abwärtsbewegung im Lebensstandard der dänischen Arbeiterklasse noch beschleunigen wird.

Durch die neuen Maßnahmen werden Autos um 25% und mehr teurer; Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger. Stark steigen auch die Preise von Zigaretten und Alkoholika.

Das Gesetz soll vor allem bewirken, daß das gegenwärtig bereits 25 Milliarden Kronen betragende (und täglich um 2o Millionen steigende!) Handelsbilanzdefizit der dänischen Bourgeoisie abgebaut wird. Die Importe von Konsumgütern werden durch eine Barriere erhöhter Steuern gedrosselt.

Die Zeche dieser Bourgeois-Politik soll allein die Arbeiterklasse tragen.

Im Folketing: 'Liberale' und Rechtsradikale gemeinsam

Die Regierung Hartling, die sich im Folketing nur auf eine Minderheit der Abgeordneten stützen kann, knüpfte ihr eigenes Schicksal an die Abstimmung über dieses 'Sparprogramm': Hätte sie die Gesetzesvorlage nicht durchgebracht, wäre sie zurückgetreten und hätte Neuwahlen ausschreiben müssen.

Als die Fraktion der Sozialdemokraten sich schließlich zur Ablehnung der Gesetzesvorlage durchgerungen hatte (unter dem Eindruck zunehmender Proteste der Arbeiterschaft !), blieb der Regierung nur noch das Bündnis mit dem faschistischen Provokateur Glistrup. Dieser Mann hatte sich bei den letzten Wahlen zum Folketing im Dezember 73 mit der demagogischen Parole „Abschaffung aller Steuern" die Stimmen zahlreicher sozialdemokratischer Wähler ergaunern können (16 Prozent!) und war mit seiner 'Fortschrittspartei' als zweitstärkste Fraktion ins dänische Parlament eingezogen.

Jetzt ermöglichten die Glistrup-Leute mit ihren Stimmen am 15. Mai die Verabschiedung der drastischen Steuer e r h ö h u n g e n ! Neben den Sozialdemokraten traten nur noch die revisionistische KP Dänemarks und die 'Volkssozialisten' gegen die arbeiterfeindliche Regierungsvorlage auf.

Die Arbeiter fordern: Weg mit der Gesetzesvorlage! Weg mit der Hartling-Regierung

Die Regierungspläne, den Lebensstandard der werktätigen Massen durch Steuererhöhungen drastisch zu senken, stießen vor allem natürlich bei den Hauptbetroffenen - den Arbeitern – auf stärksten Protest.

Ausgerichtet auf die entscheidenden Beratungen des Folketing führten die Werktätigen in ganz Dänemark Streiks, Demonstrationen und Protestkundgebungen durch. Bereits Ende letzter woche zogen über 50.000 Menschen vor das Parlament in Kopenhagen, um ihre Kampfbereitschaft zu demonstrieren – und Druck auf die Abgeordneten auszuüben, die gerade mit der 2. Lesung der Gesetzesvorlage befaßt waren. Parallel zu dieser Massenkundgebung streikten und demonstrierten in allen Teilen Dänemakrs die Arbeiter für die gleiche Sache.

Neben den unmittelbaren Zweck (Verhinderung der Steuererhöhungen) trat auch immer stärker die Forderung nach Rücktritt der Regierung Hartling und nach Durchführung von Neuwahlen.

Obwohl sich die Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse gegen die Politik der amtierenden Regierung auch zu Beginn dieser Woche fortsetzten, verabschiedete der Folketing am 15. Mai das Gesetz (womit die Steuererhöhungen noch am selben Tag wirksam wurden!)

Im gesamten Lande traten daraufhin hunderttausende von Arbeitern und Angestellten in den Streik Druckereien mußten am 16. Mai dicht machen; Werften, Häfen und Betriebe des Maschinenbaus lagen still Auch der Transportbereich war betroffen. In verschiedenen Städten versammelten sich erneut Zehntausende zu Kundgebungen und Demonstrationen (allein in Kopenhagen mehr als 60.000 Menschen).

Bleibt noch zu sagen, daß die Arbeiter bei der kämpferischen Verteitigung ihrer Positionen und der Durchsetzung ihrer Forderungen nicht nur nicht von den Führern der Gewerkschaften unterstützt wurden, sondern auch noch in übelster Weise beschimpft wurden: Gewerkschaftsboß Nielsen nannte die Streiks und Demonstrationen 'überzogen' und bezichtigte die Arbeiter der „kommunistischer Hysterie'(!)

Die Gewerkschaftsführer hatten nichts Eiligeres zu tun, als nach der ersten Welle spontaner Streiks mit den Kapitalistenverbänden zusammenzukommen (14.5.74), „um dem Konflikt die Schärfe zu nehmen" (FAZ, 17.5.1974).
(„Frankfurter Allgemeine Zeitung" 15.5.74)

Die Massenproteste dauerten bei Redaktionsschluß noch an. ●

17. Mai 1974
Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



In mehreren Städten kam es (wie hier in Kopenhagen) zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei

Generalstreik und Eisenbahnerstreik in Indien

Anfang Mai traten die indischen Eisenbahner in den Streik. Laut Berichten der bürgerlichen Presse wollen die 1,5 Mio indischen Eisenbahner 75 % mehr Lohn. Tatsächlich lautet ihre Forderung auf Gleichstellung in Lohn und Arbeitsbedingungen mit den Industriearbeitern der Staatsbetriebe.

Die reaktionäre indische Kongreßregierung, im zerschlissenen und ausgeblichenen Purpur der „Fortschrittlichkeit", reagierte mit Mobilisierung der Armee und Verhaftung tausender von Eisenbahnern. Dadurch dehnte sich der Eisenbahnerstreik aber noch weiter aus. Auch Elektrizitätsarbeiter traten in den Streik.



Streikende Eisenbahner in Indien

Die Kongreßregierung fuhr fort mit den Massenverhaftungen, sie ließ Streikende brutal von der Polizei an die Arbeit prügeln und sie warf die Familien streikender Arbeiter aus ihren Wohnungen. Mitte Mai gab das Streikkomitee der Eisenbahner bekannt, daß etwa 25.000 Kollegen inhaftiert sind.

Die Kongreß-Regierung hatte bei ihrem Vorgehen zunächst versucht, die revisionistische „KP" zu schonen, die bisher mit dem 'Kongreß' durch dick und dünn ging. Die Entwicklung zwang jedoch auch die Revisionisten, klar Stellung zu nehmen, wenn sie ihren Einfluß in der Arbeiterklasse nicht aufs Spiel setzen wollten gegenüber linkssozialistischen und revolutionären Gruppierungen, die sich an die Spitze des Eisenbahner-Streiks gestellt hatten.

So kam es, daß die revisionistische „KP" zum ersten Mal seit langen Jahren im indischen Parlament einen Mißtrauensantrag gegen die Kongreß-Regierung – die aber immer noch über eine klare Mehrheit verfügt – unterstütze.

Am 15. Mai stand Indiens Arbeiterklasse im Generalstreik aus Solidarität mit den Kollegen von der Eisenbahn. Am indischen Rundfunk, der völlig im Dienst einer zügellosen arbeiterfeindlichen Hetze steht (so wurden die streikenden Eisenbahner u.a. als „Feinde der Nation" beschimpft) drohen die Arbeiter ebenfalls mit Streik, falls die Hetze gegen ihre Klassenbrüder nicht eingestellt wird. Bereits im Februar und März hatten Demonstrationen, vor allem von linken Studenten, im indischen Staat Gujarat das verschärfte Klassenkampfklima in Indien gezeigt. Mehr als 80 Menschen wurden damals von der Polizei erschossen.

In Indien, das von den Revisionisten als ein besonders „fortschrittliches", ja fast schon sozialistisches Land gepriesen und von der Sowjetunion fieberhaft gegen die VR China aufgerüstet, wird, zeigt sich jetzt das wahre Gesicht dieses halbfeudalen Staates, seiner herrschenden Klasse und seiner herrschenden Partei ●

Ma'alot

Das Massaker im israelischen Ort Ma'alot, wo 28 Menschen – meist Kinder – getötet und weitere 74 verletzt wurden, hat auf tragische Weise erneut weltweite Aufmerksamkeit auf das palästinensische Problem gelenkt.

Es gibt für den Kampf des palästinensischen Volkes andere, wirksamere und respektablere Formen als die Gefährdung und Tötung von Kindern. Dennoch kommt die Verantwortung für die Toten von Ma'alot auf die israelische Regierung.

Die israelische Regierung hatte die Möglichkeit, durch die Freilassung von 20 politischen Gefangenen die Freilassung der Schüler zu erreichen. Dies aber hätte dem Prinzip des Zionismus widersprochen, sich keiner arabischen „Erpressung" zu beugen. Es gehört zur Ideologie des Zionismus, daß Einzelne (ungefragt!) für das „Interesse der Gemeinschaft" geopfert werden müssen. Deshalb mußten die Kinder sterben, die – obwohl die Schule in Grenznähe liegt und die Anwesenheit palästinensischer Kämpfer in dieser Gegend bekannt war – vom zionistischen Polizei- und Militärapparat nicht geschützt worden waren.

Ungewiß wird bleiben, ob die israelische Regierung am Ende den Tod der Kinder durch ihr Verhalten nicht nur verschuldet, sondern auch unmittelbar verursacht hat. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß zahlreiche Kinder von den wild und ungezielt durch die Fenster schießenden israelischen Soldaten und durch von israelischen Schüssen explodierendem Sprengstoff der drei Palästinenser getötet wurden.

Und schließlich, welcher Unterschied ist zwischen den toten Kindern von Ma'alot und den toten Kindern und Frauen, die einen Tag später bei Terrorangriffen der israelischen Luftwaffe auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon starben? Sie sind, Araber und Juden, in gleicher Weise Opfer des verbrecherischen zionistischen Unternehmens, einen Staat auf der Vertreibung eines anderen Volkes aufzubauen und diese Vertreibung zu verewigen.

Ein Unterschied allerdings ist für die bürgerlichen Politiker zwischen toten jüdischen Kindern und toten arabischen Kindern. Während nach dem Massaker von Ma'alot von einem „neuen Gipfel an Fanatismus und Unmenschlichkeit" (SPD-Geschäftsführer Börner) und von „Empörung der ganzen zivilisierten Menschheit" (CDU-Fraktionsvorsitzender Carstens) geschwafelt wurde, können diese „zivilisierten" Heuchler ihre Genugtuung über die israelischen „Vergeltungsangriffe" (mit Dutzenden von Toten unter der Zivilbevölkerung) kaum verbergen.

Für die 'Aktion' von Ma'alot hat die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) die Verantwortung übernommen.

Das ist bemerkenswert, da gerade diese Organisation in der Vergangenheit eine sehr heftige Kritik an den sogenannten „Außenaktionen" (Aktionen außerhalb Palästinas, wie z.B. die Geiselnahme während der Olympischen Spiele in Münschen 1972) z.B. des „Schwarzen September" und der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) geübt hat.

Diese Kritik hatte, besonders in den Interpretationen der linksliberalen Freunde der FPDLP in der BRD – vor allem der KBW! – einen stark demagogischen Zug angenommen: solche Aktionen würden „Unschuldige treffen" und würden ein schlechtes Licht auf den palästinensischen Widerstand werfen. Wir würden nun von den Freunden der FPDLP gern einmal hören, warum es „verbrecherisch" gewesen sein soll, in München israelische Sportler (die meist Reserveoffiziere der Armee sind) als Geiseln zu nehmen, aber richtig, das Leben von Schulkindern in Ma'alot aufs Spiel zu setzen, sie möglicherweise zu töten. Inwiefern sind israelische Sportler in München „unschuldiger" als Schulkinder in Ma'alot? ●

Vorverlegung der Berufsverbote Staatliche Willkür nimmt zu

In letzter Zeit sind am Pädagogischen Institut in Hamburg und auch anderswo verschiedene Fälle bekanntgeworden, bei denen mit „gut" oder mit „sehr gut" bewertete schriftliche Hausarbeiten für die erste Lehrerprüfung durch staatliche Kontrolle in fünfen oder sechsen, oder sogar, wie in Bayern geschehen, in die Note sieben verwandelt werden. Diese erstaunlichen „Leistungsabfälle" kamen durch von der Behörde bestellte Gutachter zustande.

Im Folgenden soll auf die Frage eingegangen werden, inwieweit diese verstärkten Eingriffe ein weiteres Mittel der Disziplinierung der fortschrittlichen Studenten darstellen und damit die Willkürmaßnahmen des Staates um eine Variante bereichern.

In diesem Fall setzte die Behörde ihre durch Herrn Jepsen (Vorsitzender des Lehrerprüfungsamtes) schon auf der Seminarleiterkonferenz vom 14.9.73 angekündigten Maßnahmen überraschend schnell in die Tat um: Jepsen hatte sich über die besonders schlimmen Verhältnisse an der Universität beklagt und Maßnahmen dagegen angekündigt. Jepsen sagte sinngemäß: Man müsse überlegen, wie man die Sache schon an der Universität angehe, z.B. bei Prüfungen. „Er habe in letzter Zeit mehrere Arbeiten zu Gesicht bekommen, in denen der Staat als faschistisch bezeichnet oder in übler Manier beschimpft werde. Zwei dieser Arbeiten habe er an Apel weitergeleitet. Er könne nicht verstehen, wie man solche Arbeiten mit „gut" bewerten könne. Zumindest wird man in Zukunft die Prüfungsarbeiten auswerten müssen, um handfeste Beweise für die Gesinnung der Radikalen zu haben." Im letzten Prüfungsdurchgang am Pädagogischen Institut kam es dann auch in verschiedenen Fällen zu behördlichen Kontrollen durch das Anfertigen von sog. Gutachten zu den schriftlichen Hausarbeiten. In einem Fall wurde eine Arbeit von zwei auf fünf gesetzt, in anderen Fällen die Zensuren „gedrückt". Dabei verfahren die zuständigen Behörden, nicht nur in Hamburg, in der Begründung für solche erstaunlichen „Leistungsabfälle", ähnlich wie bei anderen zunehmenden Disziplinierungsmaßnahmen – wie etwa der Versetzung mißliebiger Lehrer an andere Schulen – zweigleisig: Ein Teil der beurteilten Arbeiten wird offen als verfassungsfeindlich bezeichnet, so geschehen z.B. beim DKP-Mitglied F. Behrens, dessen Arbeit durch den Einspruch eines Oberschulrates von „sehr gut" auf „ungenügend" rutschte, mit der Begründung, daß die „als Konsequenz der theoretischen Überlegungen des Verfassers undifferenziert geforderte Überführung der Produktionsmittel in sozialistisches Eigentum nicht den Bestimmungen des Grundgesetzes und der Bremer Verfassung entspreche." („Rote Robe" 5/73, S. 193). In anderen Fällen firmiert die politische Zensierung bzw. Disziplinierung unter dem Deckmantel der „Nichtbeachtung wissenschaftlicher Kriterien", so geschehen z.B. in Hamburg in diesem Semester. Nachdem die Prüfung mit dem Stattfinden der mündlichen Prüfung bereits abgeschlossen war – die schriftliche Arbeit war mit „gut" bewertet worden – wurden im Nachhinein von Jepsen drei weitere Gutachten, die alle zu dem Ergebnis „mangelhaft" kamen, eingeholt und die Prüfung für nicht bestanden erklärt. Allein die Auswahl der Gutachter beweist, was die Behörde meint, wenn sie ständig im Zusammenhang mit Prüfungen von „Objektivität" redet: Herr Tausch, seines Zeichens Psychologe, wurde von Herrn Jepsen als Gutachter für eine Arbeit eingesetzt, die den Bereich der Psychologie auch nicht mit einem Wort berührt. Der Hintergrund: Der die Arbeit betreuende Professor hat seinen Doktor in Psychologie gemacht, auch für die Behörde ist es kein Geheimnis, daß zwischen den beiden Professoren schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, was „Wissenschaftlichkeit" bedeutet. Hieran wird auch deutlich, daß die Behörde mit der Methode des Einsatzes bestimmter Gutachter versucht, ihr nicht genehme Professoren einzuschüchtern und unter Druck zu setzen, damit sie beim nächsten Mal von sich aus die Zensuren „drücken". In anderen überprüften Arbeiten wurden Begriffe, deren Anwendung selbst in der bürgerlichen Wissenschaft geläufig sind, wie etwa der „Schicht"-Begriff moniert und dem Verfasser „Einseitigkeit", „ideologische Befangenheit" usw. vorgeworfen.

Neben die Verschärfung der Berufsverbote insgesamt durch die Ministerpräsidentenkonferenz vom 20.9.73, die mit der angeblich demokratischen „Präzisierung" in Wirklichkeit eine Ausdehnung der staatlichen Willkür auf alle Mitglieder des öffentlichen Dienstes bedeutet, reiht sich diese zusätzliche Disziplinierungsmaßnahme ohne weiteres ein.

Neben dem gezielten Verteilen von fünfen bei Einzelnen hat die Behörde die Methode der „Stichprobenkontrolle" verstärkt eingesetzt, um bewußt ein Klima der Unsicherheit zu erzeugen; denn die „Stichprobe" kann schließlich jeden treffen. Hier wird nach dem Motto, wenige treffen, um viele einzuschüchtern, versucht, obrigkeitsstaatlichen Gehorsam und Untertanengeist zu verankern.

Spiel mit verteilten Rollen zwischen Gewerkschaftsführung und Schulbehörde

Die Bedeutung, die der reibungslosen Verankerung dieser Willkürmaßnahmen seitens der Behörde beigemessen wird, belegt die intensiv geführte „Diskussion" in der „HLZ" („Hamburger Lehrer Zeitung" der GEW), wo sich die SPD-Oberen der Schulpolitik, Landesschulrat Neckel, Schulsenator Apel und Jepsen s.o. die Hand reichen; der GEW-Vorsitzende Wunder gewährt Flankenschutz. Wunder übernimmt in diesem Spiel mit verteilten Rollen die Aufgabe, „Besorgnis" über die zunehmende staatliche Kontrolle bei Prüfungen zu äußern, scheindemokratische Forderungen aufzustellen (z.B. soll die Behörde einen öffentlichen Rechenschaftsbericht vorlegen, wo sie u.a. darstellen soll: „Wie viele Arbeiten wurden überprüft? Nach welchen Kriterien wurden diese Arbeiten ausgewählt? usw." „HLZ" 2/74, S.44) um sich in der nächsten Runde von Apel und Jepsen darüber „aufklären" zu lassen, daß es sowas wie politische Kontrolle gar nicht gibt. *„Ein Streitpunkt bei „Kontrollen" ist er (der Marxismus – d. Verf.) bisher nicht gewesen und wird er auch nicht sein."* („HLZ" 4/74, S. 153) behauptet Jespsen. Zudem gehöre es zu der *„bei jeder Staatsprüfung selbstverständlichen Pflicht des Vertreters der zuständigen Behörde, jede Hausarbeit zu bewerten – und nicht zu kontrollieren", ... „daher besteht keine Notwendigkeit, regelmäßige Rechenschaftsberichte über die Ausübung staatlicher Kontrolle bei der Bewertung von schriftlichen Hausarbeiten zu verfassen."* („HLZ", a.a.O.) Und wer sich trotz allem an die Tatsachen hält, die die politische Disziplinierung beweisen, der hat es nach Jepsens Meinung nur noch verdient, als Spinner hingestellt zu werden. *„Bisher haben sich in jedem Fall die Gerüchte über „zweifelhafte Verfahren", „ungerechte Behandlung politisch mißliebiger Personen", „politische Bewertung von schriftlichen Arbeiten" u.a. m. als das herausgestellt, was sie sind: Wunschträume von „Frustrierten" (!), Entschuldigungen für schlechte Leistungen und Hetze (!) gegen die Beachtung der Rechtsverordnungen."* („HLZ", a.a.O., S. 154) Um das Zynische dieser Aussage richtig zu würdigen, muß man sich noch einmal den Hintergrund vergegenwärtigen: Apel und Jepsen waren es u.a. selbst, die auf der Seminarleiterkonferenz s.o. eine schärfere politische Kontrolle der Prüfungsarbeiten gefordert hatten und sie – nur wenige Monate später – auch in die Tat umsetzen; diejenigen, die die Sache nun beim Namen nennen, werden als frustrierte Spinner hingestellt.

Zweitgutachten für alle Studenten

Die Behörde hat nun die von ihr selbst initiierten Fälle zum Anlaß genommen, die Bestimmungen der Prüfungsordnung wieder anzuwenden und bei jeder Arbeit einen zweiten Gutachter zu fordern. Dabei soll sich der Student „nach Möglichkeit" den zweiten Gutachter an der Universität selbst aussuchen dürfen. Mit diesem Vorgehen werden mehrere Ziele zugleich erreicht: Bessere Kontrolle der Professoren untereinander, das Erwecken der Illusion bei den Studenten, daß zwei Gutachter größere „Objektivität" bedeuten, und daß man sich damit praktisch erkaufen kann, daß die Behörde auf weitere Gutachten verzichten wird, wenn man auf diese Forderung eingeht. Die DKP nimmt gegenüber diesen Angriffen eine völlig kapitulantenhafte Haltung ein und sagt, dagegen könne man nichts machen, weil das Vorgehen der Behörde ja „rechtlich" durch die Prüfungsordnung abgesichert sei. Die SSG dagegen witterte schon wieder die Möglichkeit für eine neue Aktion und wollte einen Boykott organisieren, d.h. die Studenten sollten keinen Gutachter von der Universität angeben. Dieses Vorgehen würde beim gegenwärtigen Stand des Bewußtseins unter den Studenten nur dazu führen, daß die fortschrittlichsten sich der Behörde ausliefern. Es kommt jetzt erstmal darauf an, überhaupt über die von der Behörde beabsichtigten Ziele bei den Studenten Klarheit zu schaffen und diese Disziplinierungsmaßnahmen als einen Bestandteil umfassenderer Pläne der Bourgeoisie zu begreifen, alle fortschrittlichen Kräfte aus dem öffentlichen Dienst 'rauszusäubern und ein Bündnis der fortschrittlichen Intelligenz mit der Arbeiterklasse zu verhindern. ●

Genossen des SSB/Hamburg (Sozialistischer Studentenbund)

„Lehrerausbildung" im Dienst der Bourgeoisie

Die Maßnahmen der Schulbehörde gegen fortschrittliche Lehrer nehmen an Schärfe und Umfang zu. Kritische und diskussionsbereite Lehrer werden zur Behörde zitiert und einem politischen Vehör unterzogen, sie werden an andere Schulen versetzt oder ganz aus dem Schuldienst entlassen. Ziel dieser Maßnahmen ist, alle fortschrittlichen Lehrer mundtot zu machen und Lehrer, Eltern und Schüler nachhaltig einzuschüchtern.

Konsequenterweise setzt dieses Vorgehen bereits an der Ausbildung der Lehrer an.

Schon bei den Examen der Lehrerstudenten an der Universität greift die Schulbehörde immer massiver ein. Hausarbeiten mit politischen Inhalten, die von liberalen Professoren gut benotet werden, läßt die Behörde nicht mehr durchgehen. Erst vor kurzem wurde in Hamburg eine pädagogische Arbeit von der Uni mit Eins, von der Behörde mit Fünf beurteilt – natürlich wurde die Fünf durchgesetzt. Nach der Universitätsprüfung, wo bereits nach politischen Kriterien gesiebt wird, müssen die Lehrerstudenten eine schulpraktische Ausbildung ableisten, die von Kursen am sogenannten Studienseminar begleitet wird. In diesen Seminaren werden die Referendare dann genauestens auf ihre politische Gesinnung hin beobachtet. Die Seminarleiter haben von der Schulbehörde den offiziellen Auftrag, linke, „radikalenverdächtige" Äußerungen von Referendaren zu protokollieren und der Behörde zur Verfügung zu stellen.

Referendare, die auf diese Weise als politisch verdächtig ermittelt wurden, lassen sich dann ohne große Schwierigkeiten durch die zweite Lehrerprüfung aussortieren. Entweder man läßt sie gleich durch die Prüfung fallen, oder sie erhalten so schlechte Noten (auch wenn diese völlig von den bisherigen Zensuren und Leistungen der Referendare abweichen), daß man ihnen jederzeit die pädagogische Qualifikation absprechen und so einen Rausschmiß vorbereiten kann. Dies ist ein wesentlich „eleganteres" Vorgehen, als es bei der Entlassung von fertigen Lehrern mit politischer Begründung möglich ist, wo häufig Proteste von Schülern und Eltern oder zumindest öffentliches Aufsehen nicht zu vermeiden sind.

Bekannt geworden ist dieses Vorgehen auch bei dem Münchener Studienrat Rainer Offergeld, der seine Prüfungen tadellos bestanden hatte; an seinen pädagogischen Leistungen zweifelte niemand bis zu dem Augenblick, als seine Aktivität in der Lehrergewerkschaft und sein Einsatz für eine fortschrittliche gewerkschaftliche Politik bekannt wurden. Inzwischen wurde Rainer Offergeld aus dem Schuldienst entlassen, Begründung: „Er genüge den pädagogischen Anforderungen nicht" („Welt", 18.4.74).

Aber nicht nur gegen Referendare, die politisch aktive, kritische Lehrer zu werden drohen, wendet sich die Behörde. Sie will insgesamt einen Apparat von „gestandenen Lehrern" aufbauen. D.h. auch Referendare, die wenig selbstbewußt und sicher auftreten können, die etwas hilflos sind, läßt man durch die Prüfungen fallen. Diese Leute sind ebensowenig wie linke Referendare im Sinne der Behörde zu gebrauchen. Denn dieser Staat braucht Lehrer, die die Schulmisere individuell bewältigen können, ohne Kritik zu üben und Mißstände offenkundig zu machen. Er braucht Lehrer, die die Nerven haben, ständig die Schüler in den überfüllten Klassen zu disziplinieren, die in der Lage sind, Eltern in ihre Schranken zu verweisen, wenn diese massiver für ihre Rechte und die Rechte ihrer Kinder eintreten.

Auf die Schaffung von Lehrern mit diesen „Qualitäten" ist die Ausbildung ausgerichtet. Zum einen wird jedem Referendar durch systematisch geschürte Prüfungsangst, ständigen Druck und Kontrolle von Anfang an klargemacht, daß er sich anzupassen und keine kritischen Vorstellungen zu entwickeln hat. Zum anderen führen auch die Inhalte der Ausbildung in diese Richtung:

Da werden die Referendare in ihrem – leider zum Teil sowieso angelegten – Bewußtsein, eine besondere gesellschaftliche Stellung zu haben, bestärkt; da werden die Eltern als Leute mit merkwürdigen Ansichten und Interessen hingestellt, die in Ausbildung und Erziehung der Kinder reinreden wollen, obwohl sie doch völlig unqualifizierte Laien sind; da wird den Referendaren eingeschärft, daß sie die Fachleute sind, diejenigen, die überhaupt nur etwas von Erziehung verstehen, daß sie sich auf keinen Fall von den Eltern etwas vormachen und vor ihnen zurückstecken dürfen; da wird dann betont, wie taktvoll und diplomatisch der Lehrer vorgehen muß, um überhaupt mit Eltern klarzukommen. Hier wird ganz deutlich, worauf die angeblich so fortschrittliche Hamburger Lehrerausbildung wieder hinausläuft: Eltern werden weiterhin nur mit Herzklopfen in die Schule gehen, um dann von einem sich seiner Stellung bewußten Lehrer zwischen Tür und Angel abgekanzelt zu werden. Andererseits sind die ehrlich zur Zusammenarbeit mit Schülern und Eltern bereiten Lehrer auf Grund der miserablen Bedingungen an der Schule so überlastet, daß sie kaum Zeit und Kraft finden, um sich mit den Problemen der Eltern intensiv auseinanderzusetzen.

Derjenige, der nicht bereit ist, diese Zustände einfach hinzunehmen, wird entweder gefeuert oder soll so eingeschüchtert werden, daß er resigniert und aufgibt. Die Eltern müssen begreifen, daß sie die wesentliche Kraft sind, die durch ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen Verbesserungen an den Schulen erkämpfen kann. Alle fortschrittlichen Lehrer müssen sich entscheiden, ob sie sich auf die Seite dieser Eltern und ihrer Kinder stellen, oder ob sie verlängerter Arm der Behörde sein und bleiben wollen. ●

Bezirkszelle Harburg-Wilhelmsburg KB/Gruppe Hamburg

Gesetz gegen Sozialarbeiter in Nordrhein-Westfalen

Aufgrund des seit einigen Wochen vorliegenden Gesetzes „Über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen" und der ersten Lesung im nordrhein-westfälischen Landtag am 9. Mai, haben die Studenten fast aller Fachhochschulen und Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen die Durchführung von Warnstreiks beschlossen. Diese fanden und finden zwischen dem 7. und 22. Mai statt.

In dem Gesetz heißt es:

„Die staatliche Anerkennung wird auf Antrag von dem Regierungspräsidenten erteilt, in dessen Bezirk sich das Seminar befindet, wenn der Bewerber
1. das Kolloquium erfolgreich abgeschlossen hat,
2. nicht wegen Schwäche seiner geistigen Kräfte oder Sucht außerstande ist, die Aufgaben eines Sozialarbeiters oder Sozialpädagogen eigenverantwortlich wahrzunehmen,
3. sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich die Unzuverlässigkeit zur Ausübung des Berufs ergibt."
(§ 4, Abs. 1).

Mit solcherlei Kriterien, deren inhaltliche Füllung dann den Behörden überlassen bleibt (man kennt deren Praxis von den Berufsverboten!), soll die Zahl der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen drastisch eingeschränkt werden. Leidtragende sind wiederum hauptsächlich Kinder und Jugendliche in Kindergärten, Vorschulen und Jugendheimen.

Mehr noch soll aber durch dieses Gesetz eine gesicherte Auswahl „zuverlässiger" Erzieher garantiert werden. Kritische und fortschrittliche Sozialarbeiter sollen auf diesem Wege ausgeschaltet werden. Dazu ist in dem Gesetz noch eine zusätzliche Sicherung eingebaut. Es heißt weiter:

„Dem erfolgreichen Abschluß des Kolloquiums steht die Befreiung vom Berufspraktikum nach § 2 Abs. 1 gleich.
(2) Die staatliche Anerkennung ist zurückzunehmen, wenn die Voraussetzung für ihre Erteilung nicht vorgelegen haben.
(3) Die staatliche Anerkennung kann widerrufen werden, wenn nachträglich eine der Voraussetzungen nach Absatz 1, Nr. 2 oder Nr. 3 weggefallen ist (siehe oben)."

Ein Beispiel für die Anwendung des Gesetzes in der Praxis:

Ende letzten Jahres fanden in Dortmund Aktionen von Jugendlichen statt, die ein freies Jugendzentrum forderten. Als sie dies über Verhandlungen mit der Stadt nicht erreichen konnten, besetzten sie ein leerstehendes Haus, das dann von der Polizei gewaltsam geräumt wurde. Den Sozialarbeitern aus den städtischen Jugendheimen, die die damaligen Aktionen unterstützten, wurde gekündigt. Nach dem neuen Gesetz würden sie nicht nur gekündigt, sondern man könnte ihnen auch ihre Graduierung aberkennen, was einem Berufsverbot gleichkommt.

Hier lassen sich eindeutig Parallelen zu den Berufsverboten im öffentlichen Dienst, zu den politischen Entlassungen und Jugendvertreterrausschmissen ziehen. Der bürgerliche Staat verschärft im Einklang mit dem Vorgehen der Kapitalisten in den Betrieben seine Maßnahmen, um fortschrittliche Regungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu unterdrücken.

Zu den Streiktagen ist zu sagen, daß die einzelnen Fach- und Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen in ständigem Kontakt zueinander stehen und langfristig einen unbefristeten Streik und eine gemeinsame Demonstration geplant haben. Die Bemühung geht dahin, die Aktionstage nicht isoliert durchzuführen. Erste Erfolge sind dabei die Beschlüsse anderer Fachbereiche, die sich solidarisch erklärt haben und ebenfalls Streiktage beschlossen haben. Sie haben erkannt, daß dieses Gesetz nur ein weiterer Schritt auf dem Wege zu einer verschärften Prüfungsordnung und zum Landeshochschulgesetz ist. ●

Ein Genosse von der Fachhochschule Hagen

Hannover

MEK räumt Jugendzentrum

In Hannover gibt es in fast jedem Stadtteil eine Gruppe, die sich um die Errichtung eines Unabhängigen Jugendzentrums (UJZ) bemüht. Diese Arbeit hat in mehreren Fällen auch schon zum Erfolg geführt.

Im Stadtteil Oststadt/List bildete sich vor ca. eineinhalb Jahren eine Initiativgruppe. Dieser Stadtteil ist zur Zeit für die Kapitalisten von besonderem Interesse. Er liegt nämlich in direkter Nähe zur eigentlichen Innenstadt, die jetzt auf diesen Stadtteil ausgedehnt werden soll. Seit dieser Plan der Stadt bekannt ist, hat eine ungeheure Welle von Bodenspekulation, Mietwucher und Wohnraumzerstörung eingesetzt. Ein Quadratmeter Boden in Oststadt/List kostet heute schon bis zu 1.500,- DM.



Bullen verhaften Jugendliche, die sich in einem zum Jugendzentrum umgebauten Bunker aufhielten.

Um eine Abbruchgenehmigung zu erhalten, die Voraussetzung ist für den profitträchtigen Bau von Bürohäusern, lassen viele Hausbesitzer die Häuser nicht mehr reparieren, damit die Häuser möglichst schnell zerwohnt und baufällig werden. Außerdem werden die Häuser völlig überbelegt, um bis zum Abbruch noch möglichst viel herauszuschinden.

5 % der Bewohner des Stadtteils sind Ausländer, die besonders auf billige Wohnungen angewiesen sind.

Die Initiativgruppe hatte das geforderte Jugendzentrum als politisches Zentrum für den Stadtteil geplant. Man wollte sich besonders mit der kapitalistischen „Sanierung", Verkehrs- und Ausländerproblemen beschäftigen. Die Initiativgruppe verhandelte zunächst mit der Stadt, die aber die Forderungen der Jugendlichen ablehnte. Als Begründung wurde angegeben, daß die Stadt schon zwei UJZ's finanziell unterstütze und erst nach einigen Erfahrungen mit diesen beiden Projekten entscheiden könne, ob weitere UJZ's unterstützt werden.

Am 30.3.74 veranstaltete die Gruppe ein Straßenfest, zu dem etwa 200 Jugendliche kamen. Im Anschluß daran besetzten die Jugendlichen nach einer Demonstration einen leerstehenden Bunker, der der Bundesvermögensstelle gehört. In den nächsten Tagen wurde sofort die praktische Arbeit angegangen, hauptsächlich Instandsetzung des Bunkers und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch die Bildung von Arbeitsgruppen (Kinder-, Theater- und Musikgruppe). Die Bevölkerung unterstützte das Jugendzentrum durch zahlreiche Spenden.

In der bürgerlichen Presse wurde die „Unzulänglichkeit der sanitären Anlagen" im Bunker bemängelt. Dies „Argument" diente dann auch als Vorwand, als der Bunker geräumt wurde. Am Morgen des 4.4. schlichen sich mehrere Spezialisten des Mobilen Einsatzkommandos (MEK), getarnt als Installateure oder Passanten, in den Bunker. Sie zerstörten das gespendete Mobiliar (Sofas, Plattenspieler, Lampen) und verprügelten die Besetzer. Ein achtjähriger Junge wurde geschlagen, ein Mädchen gegen Stacheldraht geworfen und an den Haaren die Treppe heruntergezerrt, ein vor dem Bunker nichtsahnend sitzender Jugendlicher mit einem Knüppel niedergeschlagen. Und Dr. Minnier, stellvertretender Polizeipräsident von Hannover, freut sich darüber: *„Mir fällt ein Stein vom Herzen, daß alles so gut geklappt hat und es keine Konfrontation gegeben hat."* („Neue Hannoversche Presse" vom 5.4.74)



Kurz nach der Räumung des Bunkers werden dessen Eingänge zugemauert — damit die Räume wieder nutzlos vergammeln können.

Insgesamt würden bei dieser Aktion, die der erste Einsatz von MEK-Einheiten in Hannover war, 13 Besetzer verhaftet. Gegen sie wurde inzwischen von der Bundesvermögensstelle Anzeige erstattet wegen *„Hausfriedensbruch, unerlaubter Abnahme von elektrischem Strom und Sachbeschädigung."* Am Nachmittag nach der Räumung wurde eine Demonstration durchgeführt, an der sich ca. 400 Jugendliche beteiligten — für hannoversche Verhältnisse eine große Demonstration. ●

Sympathisanten des KB in Hannover

Kinderschule Grünhöfe (Bremerhaven):

KIRCHENBÜROKRATIE ENTLARVT SICH ENDGÜLTIG

Am 6. Mai faßte der Kirchenvorstand der Petruskirche in Bremerhaven-Grünhöfe den Beschluß, das „Projekt Kinderschule-Finkenstraße" endgültig einzustellen. Zwar fehlt diesem Beschluß, um ihn „rechtskräftig" werden zu lassen — noch die Zustimmung des „Ausschußes des ev.-luth. Gesamtverbandes Bremerhaven", die aber angesichts der bisherigen Politik des Gesamtverbandes lediglich noch ein formaler Akt sein dürfte.

Diesem Beschluß vorausgegangen war der Beschluß des Gesamtverbandes vom 4. März, die Kinderschule „vorübergehend" stillzulegen, um — wie es hieß — eine Renovierung der Räume und Erweiterung des Personals vorzunehmen. Daraufhin besetzten Mitarbeiter und Eltern die Räume, denn sie erkannten zurecht dahinter die wahre Absicht: die politisch unliebsame Initiative abzuwürgen.

Nach sieben Wochen Besetzung und nach mehreren Gesprächen mit Vertretern der Kirchenbürokratie, in denen diese eine mögliche Einigung, die Einrichtung viertelparitätisch besetzter Verhandlungsgremien und den vorläufigen Verbleib aller Mitarbeiter zusagten (Kirchenvorsteher Schulze: „Das ist offiziell"), falls die Besetzung aufgegeben würde, beschlossen die Mitarbeiter und Eltern, die Besetzung als solche aufzugeben, um den Weg für Verhandlungen und für eine Renovierung der Räume zu ebnen und die Kirche in Zugzwang zu bringen. In einem Brief an den Kirchenvorstand betonten sie noch einmal ihre Entschlossenheit und bezeichneten den Schritt, die Besetzung einzustellen, als Ausdruck ihres Willens, im Interesse der Kinder zu einer baldigen, akzeptablen Einigung zu kommen, da vor allem die Kinder unter den jetzigen Arbeitsbedingungen (keine finanzielle Unterstützung, keine hauptamtliche Kraft mehr) zu leiden haben.

Gleichzeitig wurde in dem Brief hervorgehoben, daß die Mitarbeiter einer Besichtigung und Renovierung der Räumlichkeiten durch die Kirche nicht im Wege stehen würden.

Auf ihrer Sitzung am 6.5. stellten die Kirchenvorsteher dann das Ultimatum auf, daß die Mitarbeiter binnen einer halben Stunde (!) den Schlüssel für die Kinderschule abliefern sollten.

Dies würde bedeuten, daß die Mitarbeiter die Kinderarbeit einstellen und daß die Kinder dann endgültig auf der Straße sitzen würden, was die Besetzung ja gerade verhindern sollte. Als auf dieses Ultimatium hin zwei Mitarbeiter zu der Sitzung des Kirchenvorstandes gingen und dort nochmals die im Brief vertretene Position darlegten, u. a. daß man entschlossen sei, mit den Kindern bis zur Renovierung weiterzumachen, und erklärten, daß der Schlüssel an dem Tage nicht mehr besorgt werden könne, soll die Mehrheit der Kirchenvorstands-Mitglieder in ein schallendes Gelächter ausgebrochen sein, das in der Bemerkung gipfelte: *„Haha, dann ist ja alles gelaufen!"* (!!!) Der Kirchenvorstand gab die Einstellung seiner „sozialen" Arbeit im 'Vogelstraßenviertel' bekannt.

Die nächste Zukunft wird zeigen, zu welchen Mitteln die Kirche noch zu greifen bereit ist, um ihre menschenfeindliche Politik gegen den Widerstand der Betroffenen durchzuführen.

Für Mitarbeiter, Bewohner und Freunde der Kinderschule Finkenstraße kommt es jetzt darauf an, zu diskutieren, wie die Kinderarbeit auch ohne finanzielle Unterstützung des Staates oder der Kirchenbürokratie weiterzuführen ist. ●

Vertriebsorganisation des KB/Gruppe Bremerhaven

CDU und SPD Hand in Hand Angriff auf fortschrittlichen Schulunterricht in Bremerhaven

Am Schulpraktischen Institut in Bremerhaven (SPI) wurde im Rahmen eines Geographie-Seminars das Unterrichtsprojekt „Wohnen in Bremerhaven" entwickelt. Ziel dieses Projekts war es unter anderem, die ‚Ungleichheit der Wohnumwelten' festzustellen und die Ursachen dieser Ungleichheiten aufzudecken — so die Sprecher der betreffenden Lehrer.

Um am praktischen Beispiel festzustellen, wie sich die gesellschaftliche Stellung verschiedener Bremerhavener Einwohner auch auf ihre Wohnsituation auswirkt, wurden zwei Adressenlisten erstellt. Die eine enthielt Namen „wohlhabender" Bremerhavener, deren Einkommen sich von DM 10.000,; bis zu DM 50.000,- monatlich bewegt. In der anderen Liste sind Werftarbeiter aufgeführt.

Liste sind Werftarbeiter aufgeführt.

Das Bekanntwerden dieses Projekts löste sofort Gegenmaßnahmen der Schulbehörde aus. SPD-Oberschulrat Ryfisch verbot die Verwendung der Liste mit den Namen der Kapitalisten, da sie die „Privatsphäre der Genannten" berühre und „Emotionen gegen sie auslösen" könne.

Die örtliche Presse nutzte die Gelegenheit, um gegen ‚umstürzlerische Unterrichtsmethoden' im Allgemeinen zu Felde zu ziehen.

Nach Ansicht der „Nordseezeitung" (CDU-orientiert) vermischen sich in dem Unterrichtsprojekt *„schlecht verdaute Soziologie, verkleidet in die Sprache von Fachidioten, mit marxistischen Uralt-Theorien zu einer Klippschulvorstellung unserer Gesellschaft, die haarsträubend und lächerlich zugleich ist."* (4.4.) Der Verfasser hat sich hier augenscheinlich größte Mühe gegeben, alle möglichen Vorurteile über „Linke, Soziologen, Intellektuelle" usw. in einem Satz unterzubringen, um sie gegen das Unterrichtsprojekt und seine Initiatoren zu moblilisieren.

Es wird gefordert: *„Es ist an der Zeit, daß sich die Schulbehörde energisch einschaltet und solchen Unsinn stoppt..., vor allem aber das Schulpraktische Institut genauer unter die Lupe nimmt."*

Die „Bremerhavener Bürgerzeitung" (SPD-orientiert) schlug in dieselbe Kerbe: *„Wie großer Aufmerksamkeit pseudowissenschaftliche Experimente mit Kinder bedürfen, beweisen die Vorfälle im Bereich der Kinderschule...... Wachsamkeit und*

weisen die Vorfälle im Bereich der Kinderschule...... Wachsamkeit und

rasches Handeln ist vonnöten, um eine den Prinzipien unserer freiheitlichen Grundordnung zuwider laufenden Emotionalisierung und Indoktri - nation von Schulkindern im Keim zu ersticken!" (Rehberg SPD-Stadtverordneter in der „Bremerhavener Bürgerzeitung" vom 29.3.)

Wie das konkret aussieht, haben wir am Beispiel der ‚Kinderschule' im AK gezeigt (zuletzt AK 42).

So wird schwerstes Geschütz gegen diejenigen aufgefahren, die als Lehrer ihre Aufgabe darin sehen, den Kindern etwas mehr Bewußtheit gegenüber ihrer Lage zu vermitteln. Die Bourgeoisie bleibt nicht bei der Forderung stehen, „den Unsinn zu stoppen" (also den unmittelbaren Stein des Anstoßes zu beseitigen), sondern fordert zugleich, daß die ganze 'unterwanderte' Einrichtung (in diesem Fall das SPI) „genauer unter die Lupe" genommen wird, auf weitere „Systemfeinde" durchgeschnüffelt wird.

Die Bourgeoisie will die proletarischen Eltern aufhetzen, indem sie gegen „Indoktrination" und „Experimente mit Kindern" polemisiert. Wo: in Wahrheit nur eine Handvoll Lehrer sich mutig gegen die reaktionäre Flut stemmt, malt die Bourgeoisie das Bild einer Schule, die von „kommunistischen Agitatoren" beherrscht wird.

Jawohl, es ist ein V e r b r e c h e n, kleine Kinder zu 'indoktrinieren'! Und dieses Verbrechen begeht die bürgerliche Schule.

Das klarste Beispiel dafür ist der „Religionsunterricht", oft schon an den (sich immer mehr ausbreitenden) kirchlichen Kindergärten betrieben. Oder ist es keine Indoktrination, wenn da den Kindern Geschichten

Oder ist es keine Indoktrination, wenn da den Kindern Geschichten

von „Gottes Sohn", von der „Auferstehung", von „Hölle" und „Fegefeuer" aufgetischt werden, mit dem Ziel, das Kind zur Anpassung und „Folgsamkeit" zu drillen?

Aber es ist auch nicht viel besser, wenn den Kindern im politischen Unterricht erzählt wird, daß „jeder durch Arbeit etwas werden kann", daß „alle die gleichen Chancen haben", daß „die Staatsgewalt vom Volk ausgeht", daß „Reichtum das Ergebnis fleißiger Arbeit ist", usw. usf.

Wenn die Bourgeoisie gegen „Indoktrination" zetert, dann meint sie in Wahrheit, daß sie ihr „Recht" verteidigt, die Kinder in i h r e m 'Sinn erziehen zu lassen, zu „guten Staatsbürgern" und angepaßten Arbeitern. ●

Vertriebsorganisation des KB, Gruppe Bremerhaven

GEW Hamburg:

KNAPPE MEHRHEIT FÜR GEWERKSCHAFTSFÜHRER

Auf der ordentlichen Jahreshauptversammlung der GEW vom 25.4. konnte der Hamburger GEW-Vorstand für seinen bereits im Januar (!) gefaßten „Unvereinbarkeitsbeschluß" (gegen „KPD/ML", „KPD" und KBW) eine knappe Mehrheit von 1144 Stimmen bei 1059 Gegenstimmen finden.

Allein durch Manipulation der vorherigen HV und durch Verweigerung einer von über 400 GEW-Mitgliedern satzungsgemäß geforderten a.o. HV zu diesem Thema gelang es dem Vorstand, eine Entscheidung solange zu verhindern, bis sich ein für ihn günstiges Kräfteverhältnis ergab (Mobilisierung rechter Mitglieder zur Jahres-HV). Das beweist, welche Haltung die Gewerkschaftsführer gegenüber der Satzung einnehmen, wenn Mitglieder ihre wenigen darin enthaltenen Rechte wahrnehmen wollen.

De facto hatte der Vorstand diesen „Unvereinbarkeitsbeschluß" bereits vorher praktiziert. Die GEW-Mitglieder Mayr, Bühler, Hauswald und Laux waren von ihm ausgeschlossen worden, weil sie nicht bereit waren, eine antikommunistische Abgrenzung von einem Flugblatt des Kommitee „Kampf den Berufsverboten gegen fortschrittliche und kommunistische Lehrer" vorzunehmen. Der Ausschluß wurde von der Vertrauensleuteversammlung bei Mayr und Bühler — offensichtlich mit den Stimmen der DKP — bestätigt. Bei Hauswald und Laux, die sich schließlich doch „kritisch" zu besagtem Flugblatt äußerten, stimmten die Revisionisten dagegen. Dennoch konnte lediglich Laux eine Mehrheit für sich gewinnen, während auch der Ausschluß von Hauswald mit hauchdünnem Stimmenvorsprung besiegelt wurde.

Zynisch berichtet die „Hamburger Lehrerzeitung" (6/74): *„Hauswald befand zwar den Inhalt des Flugblattes „nicht für gut", eine ausdrückliche Distanzierung war jedoch seinen Ausführungen nicht zu entnehmen. Lediglich Laux gelang es, den Eindruck zu erwecken (!), sich inhaltlich vom Flugblatt distanziert zu haben."*

Das zeigt noch einmal, daß diese Maßnahmen nichts anderes als Gesinnungsterror sind, daß sie durch und durch undemokratisch, willkürlich und demütigend sind. Mehr als beschämend ist aber auch die Haltung der DKP. Kein ehrlicher Demokrat würde es fertigbringen, eine Haltung einzunehmen, die darin besteht, Andersdenkende zum Widerruf zu zwingen. ●



Hamburg-Eimsbüttel

SPEKULATIVE WOHNRAUM-ZERSTÖRUNG

Mieterin wird Haus über dem Kopf abgerissen und abgebrannt

Im Hermann-Behn-Weg 13/15 wird seit einer Woche ein bewohntes Haus „schwarz" abgerissen.

Es liegt zwar eine Abbruchgenehmigung vor, diese ist aber seit einem gerichtlichen Ortstermin vom 6.5.74 ausgesetzt – bis eine statische Berechnung über die Tragfähigkeit der Zwischenwand vorliegt. Der Eigentümer (Bauunternehmer A. Möhring) legte seine – ihm von der Behörde automatisch erteilte – Abbruchgenehmigung bis dahin so aus, daß der rechte Teil von Hermann-Behn Weg 13/15, der bereits unbewohnt ist, abgerissen werden kann, ohne daß der linke Teil, der noch von einer alten Mieterin bewohnt wird, ebenfalls zusammenfällt. Bis dahin verließ sich die Behörde restlos auf die vom Eigentümer vorgeleg-ten „Gutachten". Der von der Mieterinitiative Eimsbüttel gestellte Rechtsschutz erzwang mit der Mieterin diesen Ortstermin, bei dem auch dem Gericht und der Behörde offensichtlich wurde, daß die nur einen halben Stein starke Zwischenwand nicht tragfähig ist.

Trotzdem sind die von Möhring gekauften Abbruchtrupps dabei abzureißen. Sie werden zwar von der immer wieder gerufenen Polizei zu kurzen Verschnaufpausen veran-laßt, dann geht der Abbruch weiter.

Am 10.5., 20 Uhr, eine halbe Stunde nach Abrücken der Abbruchtrupps, schlugen meterhohe Flammen aus dem Dachstuhl. Nur das Eingreifen der Feuerwehr verhinderte, daß Möhring sein Ziel schon an diesem Tag erreicht. Dafür wurde mit den Zerstörungen durch den Brand und durch die Löscharbeiten das Haus weiter ruiniert.

Die Mieterinitiative Eimsbüttel (unterstützt von der Mi.Eppendorf) reagierte sofort. Noch in der Nacht wurde der Bauzaun – wie vorher

Die Mieterinitiative Eimsbüttel (unterstützt von der Mi.Eppendorf) reagierte sofort. Noch in der Nacht wurde der Bauzaun – wie vorher

schon das ganze Haus – mit Parolen „markiert". Am nächsten Morgen wurde die Bevölkerung des Stadtteils mit einem Flugblatt über diesen kriminellen Abbruch informiert.

Hermann-Behn-Weg 13/15 ist ein plastisches Beispiel für die Zusammenarbeit von Spekulant, Behörde und Polizei. Was in anderen Städten schon gang und gebe ist (z.B. in Frankfurt) soll auch in Hamburg allgemeine Praxis werden: Illegal werden Häuser abgerissen, Wohnungen demoliert, Mieter schikaniert; „versehentlich" wurde am vergangenen Freitag nun auch die Telefonleitung der alten Mieterin vom Bulldozer zerstört...Alles unter den Augen und oft genug unter ausdrücklicher Duldung von Behörde und Polizei.

Dies ist die kurzgefaßte Geschichte des Hauses Hermann-Behn-Weg 13/15:

Möhring, der das Haus mit Abbruchabsicht gekauft hatte, erhielt im Sommer 73 vom Bezirksamt Eimsbüttel ohne weiteres die wohnungswirtschaftliche Abbruchgenehmigung. Möhrings Begründung seines Abbruchantrages für das völlig intakte Haus: Der Ertragswert stehe in keinem Verhältnis zu den notwendigen Renovierungskosten; und: die elektrischen Leitungen seien defekt.

Die Begründung der Behörde für die Genehmigung des Abbruchs: Das Haus sei überaltert, das Leitungsnetz sei nicht mehr in Ordnung, das Haus entspräche mit seiner „störenden" Hinterhofbebauung nicht mehr den heutigen Wohnbedürfnissen. – Mit dieser Begründung könnte man Altona, weite Teile von Eimsbüttel und andere Hamburger Stadtteile abreissen.

Möhring gelang es, den Bewohnern zu kündigen, sie einzuschüchtern, rauszukaufen. Bis auf eine alte Mieterin, die seit 30 Jahren hier wohnt. A. Möhring ließ die leer werdenden Wohnungen sofort demolieren und legte auch selbst Hand mit an, angeblich, um sie vor der Zerstörung durch Hausbesetzer zu bewahren. (!) Gegen die Mieterin läuft eine Räumungsklage, erster Verhandlungstermin ist der 30.5.74. (Es ist sehr zweifelhaft, ob das Haus dann noch steht) Bis dahin versucht er, sie mit massiver Gewalt zu vertreiben. Dies sind nur einige Beispiele seiner Schikanen:

- Im Winter ließ er für einige Wochen die Haustür entfernen, – und setzte sie erst aufgrund einer einstweiligen Verfügung wieder ein.
- er veranstaltete Wasserüberschwemmungen (dagegen wurde Mietminderung beantragt)
- er beschädigte elektrische Leitungen und versperrte anschließend den Zugang zu den Sicherungen
- er vermietete den Hinterhof an den NDR (!), der dort Filmaufnahmen für einen Streifen „Ein Haus brennt" mit nächtlichem, wochenlangem Abriß und Abbrennen des Hinterhofgebäudes machte
- Neben der Demolierung leerstehender Wohnungen wurden Gas- und elektrische Leitungen ausgebaut (dagegen: Einstweilige Verfügung)
- Von Möhring angeheuerte Abbrucharbeiter filzen die Dachböden und lassen dabei Sachen der Mieterin „mitgehen" (dagegen Anzeige) usw.

Übrigens: Möhring will anstelle der bisherigen Mietwohnungen, die 3 DM je qm kosten, Eigentumswohnungen nicht unter 3000 DM je qm bauen und verkaufen ! (die dann – bei der augenblicklichen Marktlage – sehr wahrscheinlich eine längere Zeit leerstehen.)

augenblicklichen Marktlage – sehr wahrscheinlich eine längere Zeit leerstehen.)

Hermann-Behn-Weg 13/15 ist nur eines der vielen vom Abbruch akut bedrohten Häuser in Eimsbüttel.

Diese Abbruchsbedrohung für viele Häuser (nicht nur für Altbauten) ergibt sich notwendig aus der kapitalistischen Wohnungsbau- und Städtebaupolitik. Vom Abbruch bedroht sind viele Häuser deswegen, weil die Eigentümer statt der bisherigen Mietwohnungen mit einem Neubau mit Büronutzung oder mit teuren Eigentumsappartements einen vielfach höheren Ertrag erwirtschaften können.

Dazu werden die Abrisse systematisch vorbereitet:

Jahrzehntelang werden sowieso keine Investitionen, d.h. Instandhaltungsarbeiten vorgenommen, es werden lediglich die Mieten rausgepreßt. Zum Schluß werden die Wohnungen leerstehen gelassen oder werden sogar demoliert oder es wird an die von der Wohnungsnot besonders hart betroffenen ausländischen Kollegen vermietet, die dem Eigentümer die Zeit bis zum Abbruch mit Wuchermieten überbrücken helfen und die dann leichter rausgesetzt werden können. Dann wird der Behörde gegenüber behauptet, daß die notwendigen Reparaturaufwendungen in keinem Verhältnis mehr zum „Ertragswert" stehen, und die Behörde erteilt nahezu automatisch die baupolizeiliche Abbruchgenehmigung.

Ein besonderes Beispiel für die Willfährigkeit der Behörde gegenüber den Spekulanten ist das Haus Heinrich-Barth-Straße 32/34. Hier wurde dem Eigentümer (Firma J. Krech & Co., 2 HH 1, Lindenstr.9) – die Firma hatte das Haus 1972 zwecks Abbruch gekauft – , die behördliche Abbruchgenehmigung praktisch hinterhergeworfen. Obwohl die Abbruchgenehmigung seit Anfang April 74 stillschweigend erteilt worden war, wurde das den Mietern gegenüber (das Haus ist noch zur Hälfte bewohnt), die sich bei der Behörde die Hacken abliefen, bewußt verschwiegen. Krech & Co. will jedoch inzwischen die Finger von diesem Projekt lassen. Das Haus wurde einem Makler zum Verkauf angeboten. Für Krech & Co. immer noch gewinnbringend, da er ja eine behördliche Abbruchgenehmigung mitverkaufen kann. Der Firma selbst ist der Boden hier zu heiß geworden. Es sei *„zu viel Öffentlichkeit entstanden", „die Mieter und die Mieterinitiative machten zu viel Schwierigkeiten"*...

Weitere Beispiele für die Wohnraumzerstörung in Eimsbüttel, für die Zerstörung dieses Stadtteils, der Vertreibung der Altmieter, der Abbruchdrohungen, dem Leerstehen notwendig benötigten Wohnraums und des Mietwuchers sind:

- Eichenstr. 48: hier preßt der „Kölner Althauskönig" Kaußen aus den rd. 150 Ausländern 500 DM für ein Zimmer heraus
- Nonnenstieg 30/Ecke Isestr. Gegen den Protest der Mieterinitiative wurde das Haus inzwischen abgerissen. Die Millionenfirma Anna M. Vogel will hier mit Eigentumappartements („Wohnklos mit Kochnische") eine höhere Rendite erzielen
- Kunhardtstr. 4 - 6 (Eigentümer Ruppert, der über 50 Häuser in Eppendorf hat) läßt die Wohnungen wegen angeblichen Umbau seit Jahren leerstehen
- Lehmweg 7b und 8: vom Abbruch bedroht, die Bundespost hat die Häuser von der 'Saga' ('Neue Heimat') gekauft, will sie niederreißen und die 50 Mieter vertreiben, weil sie das Gelände für eine Zufahrt zu einem geplanten Post- und Fernmeldeamt braucht, und hat auch schon Wohnungen demoliert
- Hansastr. 1-3: seit Jahren leerstehend
- Haynstr. 1+3, Hegestr. 41: Vom Abbruch bedroht, (Eigentümer: IHA Hausbau GmbH), die Mieter befinden sich in 2. Instanz des Räumungsprozesses
- Falkenried: (vgl. Artikel dazu)
- Bornstr. 31: (Eigentümer: Bauunternehmer Düshop) Abbruchgenehmigung bereits erteilt; das Haus ist akut gefährdet, weil es bis auf ein älteres Ehepaar und einige ausländische Kollegen bereits leersteht.
- Moltkestr. 20: hier stehen drei große Wohnungen (insges. 250 qm) seit 6 Jahren leer. Der Eigentümer – E. Pascheit, der alleine in dem Haus wohnt, muß einen besonders guten Draht zur Behörde haben: Obwohl das Äußere des Hauses miserabel aussieht, herunterfallende Fensterscheiben Nachbarn gefährden und heute noch kaputt sind, obwohl Wohnraum leersteht, obwohl sich die Anwohner in unzähligen Beschwerden seit Jahren an die Behörde wenden, bisher ist nichts passiert.

ren an die Behörden wenden, bisher ist nichts passiert.

Leerstehen von Wohnraum ist an sich durch die „Zweckentfremdungsverordnung" verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite wirk-

verordnung" verboten, trotzdem ist bei den genannten leerstehenden Wohnungen von behördlicher Seite wirk-

sam nichts dagegen unternommen worden.

Die aufgezählten Fälle stellen nur die Spitze des Eisberges dar, sind Beispiele kapitalistischer Wohnungspolitik.

Die Mieterinitiative Eimsbüttel und die Mieterinitiative Eppendorf haben mit aktiven Mietern den Kampf aufgenommen. Sie arbeiten bereits seit einem Jahr, machen Informationsstände, verteilen Flugblätter, organisieren Häuser- und Stadtteilversammlungen und helfen den Mietern mit Rechtsbeistand.

Die Mieterinitiative hat folgende Forderungen aufgestellt, die bereits von über 1000 Unterschriften unterstützt wurden:

- *Gegen Mietwucher und Bodenspekulation*
- *Erhaltung menschenwürdigen, preiswerten und zentral gelegenen Wohnraums*
- *Keine Vertreibung in Trabantenstädte und Wohnsilos*
- *Keine Genehmigung für spekulative Abrisse*
- *Bei systematischem Verfallenlassen von Häusern müssen diese unter Zwangsverwaltung gestellt werden.*
- *Sofortige Rücknahme der Abbruchgenehmigung Heinrich-Barth-Str. 32/34 und Hermann-Behn-Weg 13/15*
- *Sofortige Renovierung und Belegung der Häuser Bornstr. 31 und Moltkestr. 20*
- *Leerstehende Wohnungen müssen bedürftigen Wohnungssuchenden vermietet werden*
- *Häuser sind zum Wohnen da, nicht zum Spekulieren* ●

Bezirkszelle Eimsbüttel,
KB-Gruppe Hamburg

HAMBURG St. Pauli–Süd: SAGA im Angriff

Seit Mitte März lassen die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft SAGA und die Bezirksämter Mitte und Altona in St. Pauli-Süd eine sogenannte „Voruntersuchung nach dem Städtebauförderungsgesetz" durchführen. Die Untersuchung wird als „erster Schritt" einer „städtebaulichen Erneuerung" bezeichnet und „ausdrücklich" betont, es ginge z.Zt. nur darum, *„die Grundlage für eine Entscheidung zusammenzutragen. Niemand braucht zu befürchten, daß schon jetzt in die baulichen oder sozialen Verhältnisse eingegriffen wird."*

Die SAGA versichert darüber hinaus, es gehe darum, die „Mitwirkung" der Betroffenen zu „gewinnen", die notwendig sei, „um einwandfreie Ergebnisse zu erzielen". Nach ersten „Grobauswertungen" soll dann zu „Informations- und Diskussionsabenden" eingeladen und „Vorschläge für die Entwicklung des Viertels kritisch besprochen" werden.

SAGA und Bezirksämter möchten den St. Pauli-Mietern weismachen, die Sanierung werde die Interessen jedes einzelnen Mieters berücksichtigen, unter ihrer Mitwirkung kämen die Pläne für die Sanierung erst zustande. Um diesen Eindruck, daß um jedes Haus im Interesse der Mieter gerungen wird, zu verstärken, werden schon seit Wochen verschiedene Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Im jetzigen Ankündigungsschreiben für die Untersuchung wurden darüber hinaus Modernisierungen (Bad, Heizung) in Aussicht gestellt..

Tatsächlich aber betreibt die SAGA schon seit Jahren in St. Pauli-Süd eine Politik der „Stadterneuerung der kleinen Schritte" – planmäßig und ohne die Betroffenen um ihre „Mitwirkung" gebeten zu haben

— südlich des Pinnas wurde bereits gekündigt, geräumt, z.T. schon abgerissen

— rund um den Hein Köllisch-Platz wurden „Empfehlungen" von der SAGA verschickt, sich nach neuen Wohnungen umzusehen

— in verschiedene Wohnungen werden nur noch Mieter mit sogenannten Nutzungsverträgen aufgenommen, die unter Umgehung des Mieterschutzes praktisch von heut auf morgen kündbar sind. Dabei handelt es sich meist um Studenten, ausländische Arbeiter, neuerdings Obdachlose aus dem Lager Eggerstedtstraße.

Hinter diesem Vorgehen steht der Plan, das Gebiet südlich des Pinnas völlig abzureißen und durch ein Ge-

Hinter diesem Vorgehen steht der Plan, das Gebiet südlich des Pinnas völlig abzureißen und durch ein Ge-

schäftsviertel zu ersetzen. Die heutige Pinnasberg/Bernhard-Nochtstrasse soll zum Zubringer ausgebaut werden etc. Entgegen allen Beteuerungen erstrecken sich die praktischen Sanierungsvorbereitungen auch schon in den Teil nördlich des Pinnas. Mehrere Häuser stehen bereits leer, das Haus Langstraße 52 soll z.B. in ca. drei Wochen abgerissen werden. – Wer wurde bisher danach gefragt? Laut Bebauungsplan soll die Sanierung St. Pauli-Süds hauptsächlich drei Interessensgruppen zugute kommen: dem Groß- und Kleinfischhandel durch Ausbau der Kai-Mauer und Verlegung des Fischmarkts, dem Einzelhandel durch Errichtung eines Einkaufszentrums und Pflege des touristenwirksamen „Lokalcolorits", dem Großunternehmen Tschibo bzw. einem vergleichbar „potenten Bauherrn". Wessen Interessen die stadtplanerischen Überlegungen des Senats bestimmen, hat Bausenator und Vorstandsvorsitzender der SAGA, C. Meister unverhüllt in der Bürgerschaft dargelegt: *„....für die Planung konkreter werdend ergibt sich aber doch wohl sehr deutlich, daß es zuerst darauf ankommt, sicherzustellen, daß Hafen, Handel, Dienstleistungsgewerbe und Industrie aller Art – kurz: die Wirtschaft – sich tatsächlich in umfassendem Sinne in unserer Stadt entwickeln können..."* (Bürgerschaftsdrucksache 4607 B)

Das gesamte städtebaupolitische Konzept, innerhalb dessen die Sanierung St. Paulis nur ein Teil ist, richtet sich langfristig an dem Ziel aus, Hamburg und Umgebung zu einem zusammenhängenden Groß-Industrie-Gebiet auszubauen. Hamburg wird dabei die Funktion des Management-Zentrums zugedacht. D.h. grob gesagt: Geschäfts-, Verwaltungs- und öffentliche Gebäude rein in die Stadt – Wohngebiete raus an den Stadtrand, wo auch die neuen Industrien angesiedelt werden.

Wie wenig ernstzunehmen die Instandhaltungs- und Modernisierungsversprechen der SAGA sind , bzw. wie oberflächlich die Instandhaltungen etc. bleiben, wird aus der Tatsache deutlich, daß der Senat für „dringende Instandhaltung" ganze 6,2 Mio DM über einen Zeitraum von drei (!) Jahren für alle (!) Sanierungsgebiete Hamburgs – mit besonderem Schwerpunkt (?) St. Pauli – Süd zur Verfügung gestellt hat! Davon könnten nicht einmal die notwendigen Arbeiten in einem Viertel bestritten werden – sondern lediglich Einzelreparaturen, die die SAGA nach irgendwelchen nur ihr bekannten Maßstäben durchführt.

So wenig den Beteuerungen der SAGA und des Senats zu glauben ist, es werde „nicht in die baulichen Verhältnisse eingegriffen", so wenig ernst ist das Interesse der SAGA an der „Bestandsaufnahme" des Viertels durch die Befragung, soweit es den „Baubestand, die Nutzung, persönliche und geschäftliche Bindungen" an den Stadtteil angeht. Die SAGA besitzt mindestens 87 % des Bodens und der Häuser in St.-Pauli-Süd. Sie braucht also nur in ihren eigenen Miet-, Pacht- und Nutzungsverträgen nachzublättern. Fragen, die sie stellen ließ, nach: Mietvertrag, Datum des Einzugs, Name des Hauptmieters, Höhe der Miete (!), Anzahl der qm, hat die Wohnung Bad, Heizung etc.? – sind einfach ein Hohn! Allenfalls zeugen sie davon, wie wenig sich die SAGA bisher um den Zustand der Häuser gekümmert hat.

Die wirkliche Absicht der Befragung wird aus den letzten Fragen klar: Sind sie mit der Wohnung zufrieden? Wieviel Miete könnten sie zahlen, wenn eine neue Wohnung nötig wird? Ob eine Neubauwohnung bevorzugt wird? Ob man in der Gegend wohnen bleiben will. Und schließlich: ob sich die Mieter an öffentlichen Veranstaltungen zum Sanierungsproblem beteiligen, ob sie dort nur zuhören oder ob sie auch aktiv mitreden!

dort nur zuhören oder ob sie auch aktiv mitreden!

Die Befragung ist eine politische Schnüffelei mit dem Ziel zu testen, welchen Widerstand die SAGA bei der beabsichtigten Beschleunigung ihrer Sanierungsmaßnahmen zu erwarten hat, und wo evtl. „Querulanten" stecken. Gegebenenfalls kann sie versuchen, durch Zugeständnisse wie individuelle Behandlung bei der Instandsetzung oder Druck den möglichen Widerstand einzuschläfern und zu spalten.

Die Bevölkerung St. Paulis muß sich darauf gefaßt machen, daß die SAGA jetzt sehr zügig an die Verwirklichung ihrer Pläne in St. Pauli herangeht. Das bedeutet erheblich schärferen Druck auf die Mieter.

Eine offizielle Erklärung von St. Pauli-Süd zum Sanierungsgebiet würde der Bevölkerung die Möglichkeit geben, die Bestimmungen des Städtebauförderunggesetzes (Ersatzwohnungen, Umzugshilfen) zur Abwehr der übelsten Folgen der Sanierung auszunutzen. Darüberhinaus aber wird es entscheidend darauf ankommen, in diesen Abwehrkämpfen den grundsätzlichen menschenfeindlichen Charakter dieser Sanierungspolitik zu enthüllen, um die Einsicht in die Notwendigkeit eines über die Sanierung hinausgehenden grundsätzlichen Kampfes gegen eine Gesellschaftsordnung zu entwickeln, die eine solche Sanierungspolitik immer wieder hervorbringen wird, wenn sie nicht von Grund auf geändert wird. ●

Genossen des KB im Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH)

„Von Beginn an war der Gesellschaft ausschließlich gemeinnütziges Wirken zugedacht" (Nr. 1 der Informationen der Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen - ABG).

ABG/Frankfurt

ein Beispiel für die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus

Vor zwei Jahren bildeten sich aufgrund einer Mieterhöhung (bis zu 50 %) der „Gemeinnützigen" „Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen" (ABG) in verschiedenen Stadtteilen Frankfurts Mieterräte. 1500 Mieter traten in den Mietstreik. 3000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration zum Unterbezirksparteitag der SPD. In den Stadtteilen trafen sich hunderte empörter Mieter, um sich gegen die ABG organisiert zur Wehr zu setzen. Der „zentrale Mieterrat" brachte eine Dokumentation zur Wohnungssituation der ABG-Mieter heraus. Der erste Teil dieses Artikels beschäftigt sich mit der Entwicklung der ABG. Hier wird anlaysiert, wie die „Gemeinnützigkeit" immer wieder hinter Profitinteressen zurücktrat. In einem 2. Teil (voraussichtlich im nächsten AK) sollen die politischen Angriffe der ABG auf die Mieter und die Abwehrbewegung dagegen untersucht werden. Da die ABG zu 98 % der Stadt Frankfurt gehört, wird ein kennzeichnendes Licht auf die Wohnungspolitik der SPD geworfen.

Als die Industrialisierung Deutschlands begann, zogen Tausende verarmter Bauern und Landarbeiter in die Städte, wo sie sich Arbeit erhofften. Bauunternehmer, Grundbesitzer und andere Kapitalisten nutzten die sich verschärfende Wohnungsnot aus, indem sie profitträchtige Mietskasernen aus dem Boden stampfen ließen. Daneben bildeten sich „gemeinnützige" Wohnungsbaugesellschaften, die angeblich nicht dem Profitinteresse dienen sollten. Dies waren Genossenschaften, zumeist aber Aktiengesellschaften, die einen Großteil ihres Kapitals von „reformbewußten" Reichen erhielten. Leuten wie Karl Flesch, der „in richtiger Erkenntnis der Lage den benachteiligten (!) Volksschichten erklärt (hat), daß ihre Wohnungsnot nicht eine Raumnot, sondern eine Preisnot ist..." (Denkschrift der Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen, ABG, zum 70-jährigen Bestehen der ABG (1960), deren Verwalter Karl Flesch 25 Jahre war). Daß diese Preisnot für die Mehrheit der Arbeiter trotz 'gemeinnützigen Wohnungsbaus' aber bestehen bleibt, verschweigen die „Reformbewußten". In unserem Gesellschaftssystem, wo nur die Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung die Macht der Unterdrücker und Ausbeuter aufrecht erhält, wird als oberstes Prinzip immer das Gewinnstreben Vorrang haben. Der Kapitalismus kümmert sich nur soweit um die Bedürfnisse der Bevölkerung, wie er seinen Nutzen daraus ziehen kann. In diesem Sinn dient auch der 'gemeinnützige Wohnungsbau' als Deckmäntelchen, mit dem man die Arbeiter beschwichtigen will. Am 16. Januar 1890 wurde die ABG gegründet. Ihre Gewinnausschüttung war auf 4 % des Eigenkapitals begrenzt, so daß die Mieten relativ niedrig gehalten werden konnten. Die Entwicklung der ABG zeigt beispielhaft, wie es mit diesen „gemeinnützigen" Gesellschaften weiterging. Nach dem 1. Weltkrieg, so berichtet die Denkschrift, war der Aktienbau in finanziellen Schwierigkeiten. *„Das Mißverhältnis zwischen niedrig gehaltenen Mieten und gestiegenen Bewirtschaftungskosten - diese allein schon wegen des großen Reparaturnachholbedarfs - bot keinen Anreiz zu rentabler (!)*

- bot keinen Anreiz zu rentabler (!)
Kapitalanlage in der Wohnungswirtschaft. Nur der öffentlichen Hand konnte es vorbehalten bleiben, helfend einzuspringen. So kam es, daß durch die Ausgabe neuer Aktien im Jahre 1924 das Grundkapital der Gesellschaft zunächst zu 76 % und in den folgenden Jahren zu fast 100 % in die Hände der Stadtgemeinde Frankfurt (Main) gelangte, die Aktienbaugesellschaft also zum städtischen Wohnungsunternehmen geworden ist."

Im 2. Weltkrieg wurde rund die Hälfte der Wohnungen der ABG zerstört bzw. beschädigt. Der Wiederaufbau, an dem sich die Mieter mit eigenem Geld und viel Zeitaufwand beteiligten, war bis 1948 abgeschlossen. Im Jahre 1952 kaufte die ABG im Stadtteil Bockenheim 100 Grundstücke, *„auf denen im Verlauf der drei folgenden Jahre mehr als 700 neue Wohnungen erstellt wurden."* (Denkschrift) Die Frage ist, ob von der ABG! Denn 1945 wies die ABG einen Wohnungsbestand von 11.100 Wohnungen aus, 1960 hatte sie nur 238 Wohnungen mehr, also insgesamt 11.338: Wo sind die ca. 450 restlichen Wohnungen geblieben, die doch angeblich in Bockenheim gebaut wurden?? Die Vermutung liegt nahe, daß die ABG den Großteil der Grundstücke an private Bauträger weiterverkauft hat und damit spekulative Gewinne machte. Diese wurden dann bestimmt nicht im Wohnungsbau, sondern *„im Interesse der Wirtschaftsförderung, der Industrieansiedlung und der Förderung der Wissenschaft"* angelegt. Hier rühmt sich die ABG in ihrer Denkschrift auch tätig geworden zu sein! Hier wird sie wohl überhaupt einen Großteil ihrer Gewinne anlegen („offiziell' 3,75 Mill. DM für 1972). Wenn gemeinnützige Gesellschaften auch nur 4 % Dividende ausschütten dürfen, so heißt das nicht, daß der Gewinn nur 4 % ausmacht. So hat die ABG z.B. im U-Bahn-Bau investiert (!!). Durch solche Transaktionen steht der Gewinn der ABG zu einem Großteil der SPD-Regierung in Frankfurt zur Verfügung und nicht nur in Gestalt von Vorstandsgehältern (5 - 6000 DM)! Wie kommt diese ach so „soziale" Wohnungsgesellschaft dazu, die Mietgelder trotz der bestehenden Wohnungsnot in andere Bereiche zu investieren? Ein Umstand, der auch darauf hinweist, daß die Aktienbau nicht so sehr im Wohnungsbau investiert, ist der ausgewiesene Bestand an Mietobjekten. Heute bewirtschaftet die ABG ca. 19.000 eigene Wohnungen, von denen über 11.000 vor dem Krieg die meisten in den 20er und 30er-Jahren, gebaut wurden. Vergleicht man die Bautätigkeit mit dem Bevölkerungswachstum in Frankfurt, so stellt man einen erheblichen relativen Rückgang fest. Da die ABG allein seit 1960 sechsmal die Mieten erhöht hat, 1972 die Bilanz offiziell (!) mit einer Summe von 290,8 Mill. DM abschloß, wäre genug Geld vorhanden gewesen, den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben.

Aber noch eine andere Begründung für das eingeschränkte Bauprogramm drängt sich auf. Die ABG hatte 1945 einen Bestand von 11.100 Wohnungen, bis 1960 erst auf 11.338 Einheiten angewachsen war. Das heißt doch, daß seit den 60er Jahren die Neubautätigkeit wesentlich höher war als nach dem Krieg. Denn heute verfügt die ABG über 19.000 Wohnungen. Waren vorher nicht genügend Mittel vorhanden, trotz öffentlicher Gelder? Oder liegt es daran, daß 1960 die CDU ihr „Lückegesetz" vorlegte, das Mietenbegrenzung, Wohnraumbewirtschaftung und Kündigungsschutz abschaffte? (vgl. hierzu die Wohnungsbroschüre des KB, S. 4ff) Man wartete mit dem Bauen, bis höhere Mieten verlangt werden konnten und investierte dann auch auf dem „freien" Wohnungsmarkt. Dazu heißt es in der Denkschrift: *„Die Gesellschaft sieht sich daher genötigt, für nicht öffentlich geförderte Wohnungen Mietpreise zu fordern, die an drei Deutsche Mark je Quadratmeter Wohnfläche heranreichen und dies selbst bei nennenswerten Finanzierungsbeiträgen der Mieter in Form von Baudarlehen. Die Entwicklung geht bedauerlicherweise dahin, daß sich die Frage aufwirft, ob die Forderung von Mietpreisen in Hö-*

die Forderung von Mietpreisen in Hö-
he von mehr als drei Deutsche Mark je Quadratmeter Wohnfläche und Monat überhaupt noch mit den Zielen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft vereinbar und das Bauen noch sinnvoll ist. Die Zeiten des Wohnungsbaues um jeden Preis sind vorbei." Die Zeiten des Wohnungsbaues um jeden Preis sind vorbei! Denn nicht die 20.000 Wohnungssuchenden in Frankfurt bestimmen die Wohnungspolitik der Aktienbau, sondern nicht die „Preisnot", wie es uns K. Flesch weismachen wollte. Auch für die Gemeinnützigen gilt als erstes Gebot, den Profit zu steigern. Zumal, wenn sie mit der SPD verbunden sind, die maßgeblich das Geschäft mit der Wohnungsnot gefördert hat und sich zugute halten kann, daß in Frankfurt 5.000 Wohnungen leerstehen „Luxuswohnungen für die „oberen Zehntausend"!

Die Mieter, die in den 20er und 30er Jahren bei der ABG einzogen, mußten zwischen 600 und 1.000 Mark Baukostenzuschuß zahlen. Viel Geld für die damalige Zeit! Die ABG hatte sich verpflichtet, für die Schönheitsreparaturen aufzukommen:
Jedes Jahr ein Raum pro Wohnung. Diese für die ABG-Mieter recht günstige Regelung wurde in den 60er Jahren von der Gesellschaft abgeschafft. Es wurden die alten Mietverträge eingezogen und gegen neue ausgetauscht. Nur in der Römerstadt hatten es die Mieter erreicht, die alten Verträge zu behalten. Nach der neuen Regelung mußte bei Auszug die Wohnung renoviert werden. Ca. 50% der ABG-Mieter sind Rentner, dazu kommen viele minderbemittelte, kinderreiche Familien. Vor allem Erstere können die Renovierungskosten von ca. 1.300 DM bei oft nur 350,- DM Rente nicht bezahlen. Folge: Alleinstehende Rentner müssen eine 3-Zimmer Wohnung bewirtschaften, weil das für sie immer noch billiger ist als auszuziehen. Eine 3-Zimmer Wohnung kostete 1950 bei der Aktienbau 80,-DM. Infolge 70%iger Mieterhöhung allein seit 1965/66 kostet diese Wohnung heute 175,-DM. Bei diesem recht günstigen Preis muß allerdings berücksichtigt werden, daß sich die Wohnungen teilweise in einem katastrophalen Zustand befanden und die Mieter Unsummen in die Instandsetzung stecken mußten. Die ABG hat in den letzten Jahren oft nur das Allernotwendigste hergerichtet. So muß sie denn auch selber zugeben, daß viele ihrer Wohnungen den heute geforderten Ausstattungsstandard nicht aufweisen (vergl. Kasten aus der Dokumentation die S. 17 über Gallus.)

Zum Jahreswechsel 72/73 kündigten die Aktienbau- und eine weitere gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, die Hellerhof AG (98% Stadt Ffm) eine Mieterhöhung bis zu 55% für den 1.1.74 an. Dadurch würde sich die 175,- Grundmiete auf 255,- DM erhöhen. Eine sowieso schon durch die schlechten Renovierungsarbeiten angestaute Welle der Empörung und von Protesten breitete sich aus. Das führte zu einer von der ABG einberufenen Versammlung am 28.1.73 im Volksbildungsheim. Es war offensichtlich geplant, die Mieter von der „Notwendigkeit" der Mieterhöhung zu überzeugen. Diese Versammlung von 1500 Mietern - mehr gingen nicht in den Saal - verlief aber anders, als es sich die Herren auf der Bühne vorgestellt hatten. Bei der Selbstdarstellung der ABG-Verantwortlichen erhob sich mehr als einmal ein orkanartiges Hohngelächter. Die Veranstaltung wurde zum Tribunal gegen die 'Gemeinnützige'.

In dieser ersten Versammlung wurde immer wieder Einsichtnahme und Offenlegung der Praktiken der „Gemeinnützigen" gefordert. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung traten über 1500 Mieter in den Mietstreik. Die Aktienbau konterte mit Klagen gegen die Mieter.

In allen Stadtteilen mit hohem Anteil von Altbauhäusern der ABG und Hellerhof versammelten sich auf Aufruf hunderte von empörten Mietern. Man war nicht gewillt, bei den dürftigen Leistungen der ABG die sechste Mieterhöhung bei der ABG die sechste Mieterhöhung nach dem Kriege widerspruchslos hinzunehmen. Die Mieter diskutierten zusammen, brachten ihre Klagen vor, stellten ihre Lage und die Wohnungspolitik der ABG aus ihrer Sicht dar. Jeweils sechs Mietervertreter aus den Stadtteilen Bornheim, Nordend, Gallus, Niederrad und Bokkenheim trafen sich als zentraler Mieterrat, um ihre weitere Arbeit und Zielsetzung zu beraten (über die Arbeit der Mieterräte siehe 2. Teil des Artikels).

Die ABG begründete ihre Erhöhung, wie es ihr Vorstandsmitglied Eick ausdrückte, damit, daß in den Jahren 1938-1972 die Löhne und Gehälter um das 7-fache gestiegen seien und die bisherigen Mieten gerade eben die Kosten deckten. „Diese Kosten setzen sich zu einem Drittel aus Bewirtschaftungskosten, einem Drittel Renovierungskosten und einem Drittel Verwaltungskosten zusammen." Hinsichtlich letzterer gibt Herr Eick zu, „daß die Verwaltungskosten durch Rationalisierung erheblich gesenkt werden können," ebenso, „daß er das Problem noch nicht richtig durchdacht habe." Diesen hohen Anteil bestreitet allerdings OB Arndt: „Die Verwaltungskostenanteile seien durch Gesetz eng begrenzt." Hat hier die ABG am Ende eine Milchmädchenrechnung aufgestellt, wo zwar „selbstkritisch" die hohen Verwaltungskosten zugestanden werden, die in Wirklichkeit aber gar nicht vorhanden sind, sondern anderweitige Investitionen verschleiern sollen?

Auch die Höhe der Bewirtschaftungskosten von einem Drittel der Mieteinnahmen dürfte nicht haltbar sein. Hinsichtlich der Renovierungskosten haben die Mieterräte selbst versucht, sich ein Bild zu machen, indem sie systematisch die Mieter in mehreren Stadtteilen über die Leistungen der ABG in den letzten 44 Jahren befragt haben: „Wir können mit Bestimmtheit sagen, daß die Leistungen in der Vergangenheit niemals ein Drittel der Mieteinnahmen betragen haben ..." Des Weiteren wurde die Mieterhöhung damit begründet, daß man in den nächsten Jahren rund 70 Mio. Mark in dringliche Renovierungsarbeiten investieren müsse. Eine Renovierung von über 11 000 Wohnungen würde sich über Jahre hinausziehen. Selbst ohne Mieterhöhung erhält die ABG bei einer durchschnittlichen Monatsmiete von 200.- in einem Zeitraum von 10 Jahren 250.- Mio. DM. Die erforderlichen Renovierungskosten betrügen somit nicht einmal das Drittel der Mieteinnahmen, das die ABG angeblich für Renovierung ausgibt. Der Verdacht liegt nahe, daß es der ABG gar nicht um die Kostendeckung, sondern um einen weiteren Einnahmeüberschuß geht, der für den Bau neuer (Büro? -) Projekte verwandt werden kann. So wurde nach den Protesten der Mieter die Erhöhung um 0,30 DM/m² heruntergesetzt, für die Mieter in Höchst sogar um weitere 0,15 DM. Der Aufsichtsratsvorsitzende Berg erklärte hierzu: *„Bei der ABG ist die geforderte Überprüfung inzwischen erfolgt. Sie hat ergeben, daß eine Minderung der vorgesehenen Erhöhung um 0,30 DM je m² gerade noch verantwortbar sei, wenn man die Wohnsubstanz der oft über 50 Jahre alten Häuser erhalten und das notwendige Reparatur- und Instandsetzungsprogramm nicht gefährden will."* Wie hoch die Renovierungskosten sind, hängt also mehr von der Bereitschaft der Mieter ab, sich dagegen zur Wehr zu setzen, als von tatsächlichen Erfordernissen. Das beweist, daß es der ABG ausschließlich darum geht, den größtmöglichen Betrag aus den Mietern herauszupressen, um damit unkontrollierbare, aber dafür um so profitträchtigere Bauvorhaben realisieren zu können.

In der ersten Instanz verloren ABG und Hellerhof die Prozesse gegen die Mieter. Das Gericht bestätigte, daß es die Pflicht des Vermieters sei, werterhaltende Reparaturen durchzuführen. Die Begründung der ABG, sie benötige die Erhöhung zur Deckung der anfallenden Reparaturen, treffen nicht zu, weil die Instandhaltungskosten sowieso in der Miete enthalten sind. Auf den Mieterversammlungen war festgestellt worden, daß die für die Erhöhung angegebenen Vergleichswohungen hinten und vorne nicht stimmten. Teilweise handelte es sich um Läden, oder die Wohnungen existierten überhaupt nicht, bzw. waren wesentlich teurer als angegeben. Das Gericht bestätigte das und hob hervor, daß es unzulässig sei, Wohnungen aus dem profitorientierten „freien" Wohnungsmarkt zum Vergleich heranzuziehen. Mit diesem Urteil ist allerdings noch nichts entschieden, und in die entscheidende 2. Instanz, geht die ABG/Hellerhof mit wesentlich besseren Voraussetzungen. Die spontane Empörung bei Bekanntgabe der Mieterhöhung ist wieder eingeschlafen. Aktiv ist nur noch der Mieterrat Bornheim (zur politischen Bewegung der Mieterräte und zur Wohnungspolitik von SPD/ABG und ihren Angriffen über die bürgerliche Presse gegen Mieter vergl. den zweiten Teil des Artikels im nächsten AK).

Vor allem hat es die ABG nicht versäumt, weitere Angriffe gegen die Mieter vorzubereiten. So erhöhte sie zum 1.2.74 „wegen der Erhöhung der Ölpreise" die Heizkostenpauschale um 200 %. Für die betroffenen Mieter bedeutet das eine Mieterhöhung von umgerechnet 40 %. Über ihren Geschäftsführer Eick ließ die ABG zu den spontanen Protesten der Mieter erklären: Wahrscheinlich müßten die Mieter bei der Endabrechnung sogar noch mit Nachzahlungen rechnen. „Aber wir haben keine Lust, uns mit den Mietern rumzustreiten. Wenn sie jetzt nicht bezahlen wollen, müssen sie eben im Oktober bei der Jahresabrechnung bezahlen." Die ABG versucht hier den Eindruck zu verbreiten, daß man gegen ihre Forderungen ja doch nichts ausrichten könne. Dies zwei Monate vor der entscheidenden zweiten Instanz, in der endgültig über das Erhöhungsverlangen der ABG entschieden werden soll! ●

Mitglieder der Vertriebsorganisation, KB/Gruppe Frankfurt

Hamburg:

Kapitalistische Wohnungspolitik

Zur sogenannten „Sanierung" am Falkenried

Vor einiger Zeit berichtete die hamburger Presse über eine geplante „Sanierung" im Wohngebiet Falkenried/Löwenstraße (Eppendorf). Hier befinden sich eine Reihe von Wohnhäusern mit engen kleinen Wohnungen, die vor ca. 100 Jahren als Unterkünfte für Industrie- und Hafenarbeiter gebaut wurden. Seit einiger Zeit kauft hier die Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat" systematisch die Grundstücke und Häuser auf: insgesamt rund 250 Wohnungen. Geht es nach den Plänen der „Neuen Heimat" und des Hamburger Senats, dann entstehen am Falkenried Geschäfts- und Bürohäuser und teure Neubauwohnungen, die Mieten für diese Wohnungen werden die heutigen Bewohner des Viertels nicht aufbringen können. Das bedeutet, daß die hier lebenden Arbeiter und Angestellten aus diesem Gebiet vertrieben und in „Arbeiterreservaten" am Standtrand angesiedelt werden sollen.

Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde das damals noch ländliche Eimsbüttel von Spekulanten billig aufgekauft, um hier Arbeiterwohnungen zu errichten.

Auch heute noch beträgt der Anteil von Arbeitern und einfachen Angestellten im Kerngebiet 75%.

Genauso ist es auch in einigen Teilen Eppendorfs: ein typisches Beispiel ist das Wohngebiet zwischen Falkenried und Löwenstraße an der Hoheluftchaussee.

Dieses Gebiet ist seit vielen Jahren als „Sanierungsgebiet" ausgewiesen. Am Rande stehen zum Teil relativ gut erhaltene hohe Altbauten mit etwas größeren Wohnungen. Im Inneren stehen zweistöckige Terrassenhäuser mit kleinen, engen Wohnungen, die von den Eigentümern seit 100 Jahren kaum in Stand gehalten wurden.

Die Wohnungen sind in einem menschenunwürdigen Zustand.

- Sie sind von oben, unten und den Seiten feucht, da Dächer, Wände und Fußböden beschädigt oder vermodert sind.
- Die schmalen Räume zwischen den Häusern sind teilweise stark verkommen und von Ratten bewohnt.
- Elektrische Leitungen und sanitäre Einrichtungen sind veraltet, sodaß den Bewohnern häufig der Strom ausfällt.
- Fensterläden sind undicht, Wohnungstüren verzogen und die Treppenhäuser verfallen.

Diese Mängel sind im Falkenried durchaus nicht neu - schon im „Hamburger Stadtanzeiger" vom 27.6.1923 (!) stand zu lesen:

„Seit Jahren kämpfen die Mieter der Grundstücke 14 - 20 (einschließlich Hinterhäuser) gegen den völligen Verfall ihrer Wohnungen. Es hatte sich in Abwesenheit des Eigentümers, der sich nicht um die Grundstücke kümmerte, eine Mietervertretung gebildet, die gegen verfaulte Dächer, durch Nässe eingestürzte Decken und Wände, gegen den Modergeruch in den Toiletten durch fehlende Lüftungsrohre, gegen zum Teil 15 - 20 cm durchhängende Fußböden versuchte sich zur Wehr zu setzen."

Als Folge der Verrottung der Wohnungen sind in den letzten Jahren zunehmend ausländische Familien in die „Terassen" angesiedelt worden, die Mühe hatten überhaupt Wohnungen zu bekommen. Außerdem sind einige Studenten in die billigen und recht uninah gelegenen Wohnungen eingezogen.

Bewohner Falkenrieds sollen vertrieben werden

Geht es nach den Plänen des Hamburger Senats für dieses Gebiet, dann sollen in den nächsten Jahren die hier lebenden Menschen vertrieben werden. In der vorliegenden Planung nach dem „Flächennutzungsplan für die Freie und Hansestadt Hamburg" - der eine allgemeine unverbindliche Darstellung der Hauplanung des Senats ist - ist dieses Gebiet als Bezirkszentrum mit „gemischter Baufläche" vorgesehen. Hier sollen Geschäfts- und Bürohäuser, z.T. aber auch Neubauwohnungen entstehen: das ist gemischt, wenn im „Flächennutzungsplan" vom 6.6.1972 steht:

„Die Disposition gemischter Bauflächen folgt dem Leitgedanken, Wohnungen mit zentralen Funktionen des Handels, der Verwaltung, der Bildung und der Freizeit sowie mit nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben zu mischen, um die in den letzten Jahren erkannten Nachteile einer strengen Trennung zu vermeiden. Dem angestrebten Vorteil einer belebten Wohnumgebung - interessante Einrichtungen in der Nähe, Verkehr, Menschen, Kontakte - steht für die Bewohner der Nachteil gegenüber. Ein Teil der Bevölkerung strebt aber diese Wohnform an."

Daß dieser „Teil der Bevölkerung" nicht identisch ist mit den jetzigen Bewohnern des Viertels, wird deutlich wenn man sich die Wohngebiete der Hamburger „Schickeria" Pöseldorf und Havestehude ansieht.

Auch Teile von Eppendorf entwickeln sich heute schon in diese Richtung. Wo zahlreiche kleine Händler ihren Laden dicht machen mußten, sind Antiquitäten-Läden, Bilder-Galerien und Boutiquen eingezogen.

Die Menschen am Falkenried/Löwenstraße werden allerdings über die „Sanierungsplanung" in diesem Gebiet im Unklaren gelassen.

Der „Neuen Heimat" gehören seit 1971 ein großer Teil der Wohnungen und Grundstücke am Falkenried 10, 22, 24, 34, 38, 44a, b, c, Löwenstraße Nr. 9 - 35 außer Nr. 29 (es handelt sich dabei im wesentlichen um die „Terassenhäuser" zwischen den beiden Parallelstraßen).

Die „Neue Heimat" konnte hier Grundstückskäufe in größerem Maßstab tätigen, nachdem der Hamburger Senat auf sein gesetzlich verankertes Vorkaufsrecht (nach § 26 des Bundesbaugesetz) zugunsten dieser „gewerkschaftlichen" Wohnungsbaugesellschaft verzichtete. Über die „Neue Heimat" hinaus verwaltet hier die SAGA (Tochtergesellschaft der „Neuen Heimat") die Häuser Falkenried 14 - 16, 16d - g, 18, 18a - g und Nr. 20.

Zu der Sanierung, die hier vorgenommen werden soll, erschien am 22.2.74 eine Pressemitteilung der „Staatlichen Pressestelle Hamburg", in der es lapidar heißt:

„Planungsziel im einzelnen ist:

- *die Sanierung des Innenblocks mit den erwähnten Terassenwohnungen;*
- *Modernisierung der erhaltenswerten höhergeschossigen Wohngebäude;*
- *eine verdichtete innenstadtnahe gemischte Bebauung ... auf dem Gelände des ehemaligen Straßenbahndepots.*

Mit keinem Wort wird erwähnt, was mit den heutigen Bewohnern dieses Gebietes geschehen soll.

Durch die Pressemitteilungen über die geplante „Sanierung" und durch die widersprüchlichen Aussagen der „Neuen Heimat" (zuerst wurde von Erhaltung und Modernisierung gesprochen und die Terrassenwohnungen sollten angeblich erst in 10 - 15 Jahren abgerissen werden) wurden die Mieter systematisch verunsichert.

Die bis jetzt getroffenen Aussagen zur „Sanierung" stehen scheinbar zu den im Dezember 73 begonnenen Ausbesserungsarbeiten am Haus Falkenried 24 im Widerspruch. Weitergehende Versprechungen über Innenausstattungsarbeiten an den Häusern der „Neuen Heimat" sollen Illusionen erzeugen, um einen einheitlichen Kampf der Mieter von vornherein abzublocken.

Dementsprechend ist die Unsicherheit unter den Mietern noch recht groß. Einerseits wagen viele Mieter nicht mehr, noch Geld für die Erhaltung ihrer Wohnungen auszugeben, da sie befürchten, morgen schon aus ihren Wohnungen rausgeschmissen zu werden. Andererseits glauben noch viele Mieter fest daran, daß sie, wenn überhaupt saniert wird, von der „Neuen Heimat" oder vom sozialdemokratischen Senat eine Ersatzwohnung in diesem Gebiet gestellt bekommen. ●

Bezirkszelle Eimsbüttel, KB/Gruppe Hamburg

Uni Hamburg: „Demokratischer Kampf" schlägt Revisionisten

Die Wahl des Fachschaftsrats (FSR) am Pädagogischen Institut in Hamburg am 9. Mai endete mit einem Sieg der „Liste demokratischer Kampf" über die Revisionisten von MSB (Studentenverband der DKP) und SHB (ehemaliger, inzwischen verstoßener Studentenverband der SPD), die mehrere Jahre lang den FSR hielten. Die „Liste Demokratischer Kampf" wurde vom SSB (Sympathisanten des KB) und vom KSV (Studentenverband der „KPD") getragen.

Der FSR ist ein Organ studentischer Interessenvertretung und wird von der Vollversammlung der Studenten des betreffenden Fachbereichs direkt gewählt. Der FSR am Pädagogischen Institut (PI) ist der wichtigste an der ganzen Uni – nicht nur weil das PI mit ca. 9.000 Studenten der größte Fachbereich ist, sondern auch, weil hier die Widersprüche zwischen der kapitalistischen Hochschulformierung und der breiten Masse der Studenten am schärfsten zutage treten.

Der Bereich der Lehrerausbildung ist in den letzten Jahren unter immer stärkeren politischen Druck gebracht worden. Die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst, ein paralleler „Radikalenerlaß" auch in der Lehrergewerkschaft GEW, politische Bespitzelung schon in der Zeit der Ausbildung, politische Bewertung von Prüfungsarbeiten – all das erfordert dringend den geschlossenen Kampf der Studenten am PI.

MSB/SHB aber sind am Kampf gegen die politische Repression nur interessiert, soweit ihre eigenen Mitglieder von Verfolgungsmaßnahmen betroffen sind. Sie wollen die vom Berufsverbot bedrohten Lehrer spalten in gute Demokraten (das sind MSB/SHB) und in böse Chaoten, denen ganz recht geschieht, wenn sie nicht Lehrer werden dürfen. Der Kampf gegen mehrere Angriffe auf Lehrer wurde vom MSB/SHB sabotiert, weil die Angegriffenen „Chaoten" waren. In der GEW setzen sich die Revisionisten aktiv für den Ausschluß von „Chaoten" ein. Ein DKPler schlug auf einer GEW-Versammlung sogar vor, auch den KB ausdrücklich in den „Unvereinbarkeitsbeschluß" aufzunehmen (was bisher noch nicht der Fall ist).

Gegen die Einführung des sogenannten „Zweitgutachten", das einer schärferen politischen Zensierung der Prüfungsarbeiten dienen soll, mochten MSB/SHB ebenfalls keinen Kampf führen.

Um der zunehmenden Unzufriedenheit mit dieser Politik unter den PI-Studenten eine Alternative zu geben, einigten sich SSB und KSV auf eine gemeinsame Kandidatur zu den FSR-Wahlen. In diese Liste sollte auch die SSG (Gruppe des KBW) einbezogen werden, die bisher am PI ihre „Hochburg" hatte. Die SSG lehnte aber die Forderungen der Liste „Gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes" und „Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf" mit den üblichen schwachsinnigen „Begründungen" ab. Stattdessen sei die Forderung nach „Wahl der Lehrer durch das Volk" die einzige richtige Antwort auf das Berufsverbot – eine Forderung, die absurd ist und aus gutem Grund in keinem sozialistischen Land verwirklicht ist!

Da die SSG diese Forderung zur Vorbedingung einer gemeinsamen Liste machte und damit nicht durchkam, standen schließlich am 9. Mai drei Listen zur Wahl: „Demokratischer Kampf" (SSB und KSV), MSB/SHB und SSG. Im ersten Wahlgang bekamen MSB/SHB etwa 400 Stimmen, die Liste „Demokratischer Kampf" 250 und die SSG 180 Stimmen. Dadurch wurde, wie vorher festgelegt, eine Stichwahl zwischen den beiden stärksten Listen, also zwischen MSB/SHB und „Demokratischer Kampf" notwendig. Die SSG unterstützte in der Stichwahl die „Liste Demokratischer Kampf". Als bei der Auszählung durch „Hammelsprung" die Stimmen der Revisionisten bereits ausgezählt waren, während an der anderen Tür noch eine lange Schlange stand, kam Stimmung im Audimax auf. Das Ergebnis von 497 zu 444 Stimmen für die „Liste Demokratischer Kampf" wurde begeistert gefeiert.

Dieses Wahlergebnis ist auch für die SSG eine peinliche Schlappe, die bisher nach den Revisionisten die zweitstärkste politische Tendenz am PI war. Aber nur mit Sprücheklopferei und wirklichkeitsfremden Schnacks ist eben auch unter den Studenten auf die Dauer keine Politik zu machen.

Der neue FSR hat in seinem ersten „Info" betont, daß er in dem Wahlergebnis nicht nur Zustimmung für sein Programm sieht, sondern mehr noch ein klares Votum der PI-Studenten für die demokratische Aktionseinheit und für eine Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Studentenorganisationen gegen Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen und politische Repression. In diesem Sinn richtete der neue FSR eine Aufforderung zur Zusammenarbeit an alle PI-Studenten, im besonderen auch an die anderen demokratischen Studentenorganisationen.

Der MSB zeigte sich gleich nach der Wahl als besonders schlechter Verlierer. Er hinterließ seinen Nachfolgern im FSR-Raum einen Schweinestall, verzögerte die Übergabe von Material, Akten etc. und noch in der Nacht nach der Wahl wurde der MSB-Oberdemagoge Knickrehm von wachsamen Studenten dabei ertappt, als er in den FSR-Raum eindringen wollte, um dort Dinge zu entwenden. Der von MSB/SHB gestellte AStA (Gesamtvertretung der Studenten) will dem neuen PI-FSR die Zusammenarbeit verweigern. In einem Flugblatt giftet der MSB die FSR-Wahl als „Show" und „politischen Betrug" an. Der KSV wurde als „Rathausstürmer" bezeichnet, der KB als „Haufen von Aufklärern, dem praktische Politik fremd ist". Der neue FSR werde, so verkünden die MSB-Führer rachsüchtig, in den nächsten Wochen gestürzt werden. ●

Westeuropäische Chile-Konferenz in Frankfurt

Vom 23.-26. April fand in der Nähe von Frankfurt eine Chile-Konferenz statt, an der Delegationen von rund 30 politischen Organisationen Westeuropas sowie verschiedener Chile-Solidaritätskomitees teilnahmen. Der chilenische Widerstand war durch Genossen des MAPU, der Sozialistischen Partei und der „Christen für den Sozialismus" vertreten. Der MIR, der nicht mit eigenen Genossen an der Konferenz teilnehmen konnte, hatte eine Grußbotschaft und einen schriftlichen Diskussionsbeitrag geschickt.

Die Themen der Konferenz waren, eine Analyse der chilenischen Entwicklung unter der Unidad Popular und des heutigen Widerstands nach dem faschistischen Militärputsch vorzunehmen, die Lehren daraus für den Klassenkampf in Westeuropa zu ziehen und die Weiterentwicklung der Solidarität mit dem revolutionären Widerstand des chilenischen Volkes zu diskutieren. Insgesamt ist zu sagen, daß eine tatsächliche Auseinandersetzung über diese Fragen nur sehr ungenügend zustande kam. Das hängt zum einen mit der sehr heterogenen Zusammensetzung der Konferenz und den unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Organisationen über eine solche Auseinandersetzung zusammen, wo vom Versuch einer präziseren und weitgreifenderen Analyse des chilenischen Prozesses (insbesondere durch die italienischen Genossen von „Lotta Continua"), über weitgehend oberflächlich-plakative „Positionsparaden" bis hin zum Nachbeten der reformistischen Rechtfertigungsversuche (vor allem durch das „Sozialistische Büro") ein ziemlich breites Spektrum vertreten war. Zum anderen sind die Schwierigkeiten der Auseinandersetzung auf dieser Konferenz auch darauf zurückzuführen, daß es das erste Mal war, daß sich verschiedene Organisationen der westeuropäischen Linken in dieser Weise zusammengefunden haben. Was unsere Organisation betrifft, so haben wir es auf dieser Konferenz auch nicht verstanden, eine solche Diskussion um die tatsächlich wichtigsten Fragen der chilenischen Erfahrung zu fördern, sondern mit unserem mündlichen Beitrag auch eher den Ausdruck einer noch sehr mangelhaften und plakativen Diskussion geliefert.

In einer Schlußresolution der Konferenz wurde auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und die Notwendigkeit betont, angesichts der Gemeinsamkeit im Kampf gegen den Imperialismus in allen westeuropäischen Ländern zukünftig stärker einen Erfahrungsaustausch und eine politische Diskussion unter den verschiedenen Organisationen zu führen. Gleichfalls wurde einhellig kritisiert, daß eine große Anzahl von Organisationen (insbesondere die zur „IV. Internationale" zählenden trotzkistischen Gruppen, verschiedene dem Namen nach „marxistisch-leninistische Parteien", und hierzulande beispielsweise auch der KBW) sich selbst aus diesem internationalen Erfahrungsaustausch und der internationalen Auseinandersetzung ausgeschlossen und gegen die Chile-Konferenz polemisiert haben, statt das ihrige zu tun, um diese Diskussion möglichst fruchtbar und lehrreich zu machen.

Wir werden in den nächsten Ausgaben unserer Zeitung UNSER WEG und DIE INTERNATIONALE ausführlicher Dokumente von der Konferenz abdrucken und über die Diskussion berichten.

Neben der Arbeitstagung der Delegationen fanden in der Frankfurter Universität an zwei Tagen Diskussionsveranstaltungen statt, sowie ein Solidaritätsabend mit lateinamerikanischen Liedern in der Offenbacher Stadthalle. Die Konferenz wurde am 27. April durch eine Demonstration und Kundgebung beendet, an der über 3.000 Menschen teilnahmen. ●

schlug auf einer GEW-Versammlung | auf. Das Ergebnis von 497 zu 444 | werden.

Politische Auseinandersetzung à la DKP

In letzter Zeit hat die DKP in Flensburg offener ihr wahres Gesicht gezeigt. Das Verhalten von DKP- bzw. SDAJ-Mitgliedern zeigt, was von diesen Leuten zu halten ist.

Denunziation...

Derselbe Thomsen (Jugendvertreter an der FSG), der schon eine vom Gewerkschaftsausschluß bedrohte Vertrauensfrau von Danfoss als angebliche Verteilerin des METALLARBEITER denunzierte, ließ sich nicht beirren und betätigte sich konsequent weiter in dieser Richtung des Denunziantentums.

Dies wurde zuerst deutlich daran, wie Thomsen den Wahlkampf zur Jugendvertreterwahl bei der FSG auf seine Weise führte. Er als angeblicher „Kommunist" lief mit dem kommunistischen „Schreckgespenst" durch den Betrieb und erzählte fast jedem Lehrling (und bestimmt auch einigen älteren Kollegen), daß zwei der acht Kandidaten zur Jugendvertreterwahl im KB seien, und daß diese „bewußt die Spaltung der Lehrlinge herbeiführen wollen" („Rotstift").

Doch das war nur der Anfang. Der (vorläufige?) Höhepunkt wurde auf einer Jugendversammlung erreicht. Hier behauptete Thomsen öffentlich, die beiden oben angesprochenen Kandidaten seien Mitglieder des KB.

Bei dieser „Enthüllung" von Thomsen handelt es sich um eine Denunziation, die glasklar auf gewerkschaftlichen Ausschluß und Entlassung zielt.

... Pöbeleien und Drohungen

Am Morgen der Jugendvertreterwahl wurde von uns der METALLARBEITER verteilt, in dem auch die Resolution der Kieler HDW-Lehrlinge über die SDAJ-Politik abgedruckt war. (Die SDAJ hatte u.a. von einem Jugendvertreter bei HDW behauptet, er würde seine „Denkanstöße" im „schön gemachten Bett einer Studentin" erhalten, und war deswegen von den Lehrlingen verurteilt worden – siehe AK 37 und 38.)

Am besagten Morgen nun wurde auch der „Rotstift" bei der FSG verteilt, u.a. von Bernd Sorge, Mitglied des SDAJ-Landesvorstandes Schleswig-Holstein. Dieser ließ nun gegenüber den Verteilern des KB folgende Drohung los: *„Gib mal her das Schmierblatt!"* (Er meint den METALLARBEITER.) **„Wenn da was drinsteht über saubergemachte Betten und du nicht abhaust, hau ich dir was aufs Maul!" „Wenn du nicht gleich abhaust, siehst du mal, wie es ist, wenn ein Maschinenschlosser dir was aufs Maul haut, du Rotznase!" „Es ist besser, wenn ihr abhaut!"**

Als sich unsere Genossen nicht einschüchtern ließen, forderte Sorge die Kollegen auf, den METALLARBEITER wegzuwerfen, womit er allerdings auch keinen Erfolg hatte. ●

KB/Gruppe Flensburg

KBW – Koloß auf tönernen Füßen

Der KBW, der so stark ist, daß er Aktionseinheit und sachliche politische Auseinandersetzung mit anderen Organisationen schon nicht mehr nötig zu haben glaubt, hat in einem Rechenschaftsbericht des ZK aufschlußreiche Zahlen über seine „betriebliche Verankerung" bekanntgegeben.

Der KBW kann auf die stolze Zahl von 120 ‚Betriebszellen' im Gebiet der BRD blicken – es sind hier nur Zellen im industriellen Bereich gemeint; dazu kommen noch 39 Zellen im Öffentlichen Dienst und vier im Bereich von Handel, Banken, Versicherungen.

Von den genannten 120 ‚Betriebszellen' bleiben 90, die überhaupt ‚Zellen' i m Betrieb sind. Die übrigen 30 sind offenbar, wie der KBW es nennt, ‚Zellen a m Betrieb' – also ‚Zellen', die keinen einzigen Genossen im Betrieb haben. Von den verbleibenden 90 ‚Zellen' sind 29 Ein-Mann-‚Zellen', die bei uns auch nicht als Zellen bezeichnet werden, da ein Genosse allein noch keine Zelle ist. Es bleiben 61 Betriebszellen. Etwa die Hälfte davon, nämlich 32, haben nur zwei Genossen im Betrieb, wofür u.E. die Bezeichnung ‚Zelle' gleichfalls Humbug ist. 13 haben drei, und 16 Zellen haben mehr als drei Genossen im Betrieb. Hieraus dürfte sich, um einmal eine Vergleichszahl zu nennen, ergeben, daß wir allein im Bereich der Hamburger Metallindustrie mehr Genossen in Betriebszellen mit – selbstverständlich! – mehr als drei Mitgliedern organisiert haben als der KBW in der gesamten Industrie der BRD.



Zur Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"

Brief eines Genossen an die AK-Redaktion

Liebe Genossen!

Nach Lesen der „Roten Fahne" Nr. 19 („KPD") „Zur Hamburger Aktionseinheit" möchte ich Euch spontan bitten, möglichst bald einen fundierten, sachlichen (d.h. wenig Polemik) und deutlichen Artikel zu den Unterstellungen einerseits und andererseits zu den tatsächlichen Differenzen zu verfassen! D.h. ja nicht, daß Ihr alle Eure Positionen grundsätzlich darstellt, sondern daß Ihr die Verdrehungen richtig stellt und einige zentrale Punkte der „KPD/AO"-„Linie" kritisiert, aber möglichst genau!! Ihr habt vieles zur „KPD/ML" gebracht; ich meine, daß die „KPD/AO" eine ernster zu nehmende Gruppe als die „ML" ist. Von daher bietet sich auch eine Auseinandersetzung an.

Sozialistische Grüße
M.H.,14.5.74, Bielefeld

Antwort der Redaktion

Lieber Genosse,

herzlichen Dank für Deinen Hinweis. Es ist geplant, einen ausführlicheren Artikel zur „KPD" in der nächsten Nummer von ‚UNSER WEG' zu bringen. Es ist ja so, daß wir die Zusammenarbeit mit der „KPD" nicht als kurzfristige Sache betrachten, sondern hoffen, daß es längerfristig zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit kommt. Das setzt natürlich eine in der Sache scharfe, aber in der Form sachliche Auseinandersetzung von beiden Seiten voraus. Der von Dir angesprochene Artikel der „Roten Fahne" ist in dieser Hinsicht sogar ein relativer Fortschritt gegenüber früher, ist aber doch, wie Du richtig schreibst, nicht ohne Unterstellungen, mit denen die Genossen vom „KPD"-ZK offenbar hoffen, die Zusammenarbeit mit uns in ihrem Sinn ausschlachten zu können und uns Dinge zu unterstellen, die wir nicht vertreten, z.B. in der Gewerkschaftsfrage, oder auch die kühne Behauptung, wir hätten wegen unserem Wahlaufruf für die SPD 1972 Selbstkritik geübt. Es muß sicher noch einiges Wasser die Spree runterfließen, bevor es zu einer wirklich gefestigten, solidarischen Zusammenarbeit und Auseinandersetzung kommt.

mit herzlichem ROTFRONT !
AK-Red.

Leserbriefe zum Artikel ‚Kommunisten und „deutsche Wiedervereinigung"' in AK 43

Am 6.4.74 hat die KPD/ML (RM) in einer Kreuzberger Kneipe eine Veranstaltung mit dem Thema: „Deutschland dem deutschen Volke" durchgezogen, auf der sich die „Genossen" zu der Bemerkung verstiegen, in der BRD herrsche „Parlamentarische Demokratie", in der DDR herrsche „Faschismus". Auf einer Straßendiskussion in Kreuzberg stimmte ein RM-Verkäufer einem rechten SPD-Mann eifrig zu, der behauptete, in der „Ostzone" sei es schlimmer als bei Hitler...

Im Arbeiterkampf 43 habt ihr die KPD/ML angegriffen, weil der Rote Morgen geschrieben hat, daß sich die Wesensart der Deutschen durch Fleiß und Ordnungssinn auszeichnet. Wie dem beiliegenden Zeitungsausschnitt aus der Frankfurter Rundschau vom 9.5. zu entnehmen ist, entspricht die KPD/ML mit dieser Feststellung aber genau den Wünschen der Massen. Aber von den Massen haltet ihr wohl nicht viel!

Deutsche halten Deutsche für fleißig

Der Deutsche sieht den „typischen Bundesbürger" vor allem als fleißig, pflichtbewußt und sauber an. Dies geht aus einer Repräsentativbefragung eines Hamburger Marktforschungsinstituts hervor, die der Bundesverband Deutscher Marktforscher anläßlich seiner Jahrestagung am Mittwoch in Frankfurt veröffentlichte. Befragt über die Eigenschaften der Deutschen nannten die meisten — 75 Prozent der knapp 2000 Befragten — „fleißig", gefolgt von „pflichtbewußt" (72 Prozent), „sauber" (56 Prozent) und „praktisch" (54 Prozent), „Heimatliebend" und „kultiviert" führten knapp die Hälfte an, während so schlechte Züge wie „primitiv" oder „unzuverlässig" unter den Deutschen offenbar kaum vorkommen. Denn nur zwei Prozent der Befragten fanden solche Eigenschaften bei den Bundesbürgern. dpa

Texaco – ein Gewerkschaftsführer als „Schlichter" in eigener Sache

Im ARBEITERKAMPF, zuletzt in AK 42, haben wir darüber berichtet, wie bei der Hamburger Texaco drei linke Gewerkschafter aus dem Vertrauenskörper im Werk Grasbrook ausgeschlossen wurden, von denen dann einem gekündigt wurde; wie dann der Betriebsratsvorsitzende der Hauptverwaltung (HV), der sich für die drei Vertrauensleute einsetzte, Gegenstand einer Hetzkampagne wurde; wie schließlich von Rechten, offensichtlich aus dem Bereich der Hamburger IG-Chemie-Führung drei anonyme Hetzschriften verteilt wurden, in denen der BR-Vorsitzende der HV als geisteskrank beschimpft wurde usw.

Dann aber trat plötzlich die IG-Chemie-Führung scheinheilig als „Schlichter" in eigener Sache auf. Mit einem Schreiben vom 1.2. wurden alle Texaco-Vertrauensleute aufgefordert, *„ab sofort alle Formen öffentlicher Auseinandersetzungen zu unterlassen"*, speziell *„die Verbreitung von Flugblättern"*, das *„Abfassen von Resolutionen"* (!!), *„die Einleitung gerichtlicher Schritte"* (der BR-Vorsitzende hat gegen die anonymen Verleumdungs-Schriften Strafantrag gestellt) und last not least *„Veröffentlichungen in Blättern des sogenannten ‚KB' und ‚KBW'* (?)".

Der Zweck liegt auf der Hand: nachdem die IG-Chemie-Führung die linken Vertrauensleute bei Texaco angegriffen hatte, sollte diesen das Recht abgesprochen werden, sich durch ‚Resolutionen', ‚Flugblättern' etc. gegen politische Angriffe und persönliche Verleumdungen zur Wehr zu setzen.

Im Schreiben der IG-Chemie-Führung vom 1.2. wurden dann *„zur Beilegung des Streites zwischen Mitgliedern bei Texaco...umgehend geeignete Schritte"* angekündigt.

Dies waren dann zwei ‚Schlichtungsverfahren' (nach § 9 der Satzung) und eine ‚Aussprache'.

Im ersten ‚Schlichtungsverfahren' waren die drei linken Vertrauensleute vom Werk Grasbrook eingeladen. Ihnen wurde noch einmal zynisch vorgehalten, sie seien ja nie Vertrauensleute gewesen, sondern nur ‚Gäste' auf den Sitzungen des VK. Der Tatsache, daß die drei an allen, teilweise sehr knappen Abstimmungen im VK teilgenommen hatten, wollte der Vorstand „keine Bedeutung beimessen". Die Protokolle, die die rechtmäßige Nachwahl der drei bewiesen hätten, existierten angeblich „leider" nicht mehr (verschwunden wie gewisse Tonbänder Nixons? !).

Daß die Rechten auf der ‚Rausschmißsitzung' des VK die drei Kollegen als „Kojoten" beschimpft hatten, „denen man stundenlang in den Arsch treten müßte" usw. fiel bei dieser seltsamen „Schlichtung" natürlich nicht ins Gewicht. Die „Schlichter" bemängelten nur, daß diese drei Kollegen über diese Vorgänge mit einer Erklärung informiert hatten, „da dies (und nicht etwa die Anpöbelei von linken Gewerkschaftern als ‚Kojoten' und ‚Geisteskranke'! – Anm. AK) dem Ansehen der Gewerkschaft schadet".

Als einer der drei darauf hin richtig feststellte, daß dies kein ‚neutrales Schlichtungsverfahren', sondern „Teil einer Kampagne gegen Linke" ist, wurde die Sitzung abgebrochen, da der Vorstand ‚jetzt völlige Klarheit über den politischen Standort von euch drei" habe.

Im zweiten ‚Schlichtungsverfahren' war der BR-Vorsitzende der HV vorgeladen. Er sollte gezwungen werden, ein Flugblatt des Vertrauenskörpers (!) der Texaco-Hauptverwaltung zu „bedauern", in dem die übelsten Angriffe von rechts zuzurückgewiesen worden waren. Über die Berechtigung des Inhalts wollten die „Schlichter" nicht diskutieren, sondern nur, „daß innergewerkschaftliche Dinge nicht veröffentlicht werden dürfen". Der BR-Vorsitzende verwies dagegen darauf, daß 1. der Angriff (z.T. mit übelsten persönlichen Verleumdungen) von den Rechten ausgegangen war; daß 2. er prinzipiell eine sachliche öffentliche Auseinandersetzung, wie im Flugblatt des VK, für legitim hält, und daß 3. das Flugblatt des VK natürlich nur in diesem Gremium diskutiert (und allenfalls dort zurückgenommen) werden kann.

Damit war auch dieses „Schlichtungsverfahren" gescheitert.

Im Anschluß daran versuchten die anwesenden IG-Chemie-Funktionäre noch, den BR-Vorsitzenden einzuschüchtern: der Verwaltungsstellenvorstand beobachte „schon seit langem mit Sorge", daß der BR-Vorsitzende „den Chaoten-Gruppen sehr, sehr nahe steht". Es sei zu befürchten, daß er den Chaoten „praktisch schon verfallen" sei und „nicht mehr die Kraft" habe, „sich von ihnen zu lösen".

Am 21.2. war Termin der „Aussprache" zwischen dem gesamten VK der HV und dem Verwaltungsstellenvorstand. Aus Hannover war Plumeyer, Mitglied des Hauptvorstands der IG Chemie, angereist.

Dem VK wurden vor allem die beiden Resolutionen vorgehalten, in denen er sich mit den gemaßregelten und ausgeschlossenen gewerkschaftlichen Vertrauensleuten von Reichold und Texaco solidarisiert hatte.

Als die Diskussion dann aber darauf gelenkt wurde, daß der IG Chemie-Führer „Lügenbaron" von Kodolitsch in seinen Schriften und Äußerungen deutlichste Parallelen zu Hitlers „Mein Kampf" und zum Nazi-„Stürmer" aufweist, meinte ein Vorstandsmitglied, daß „das Verhör falsch herum läuft". Um die politische Diskussion vom Tisch zu bringen, griff der geschulte Mann vom Hauptvorstand, Plumeyer, ein. Er meinte, es komme nicht auf „Details" an, sondern auf den „Kern" – und das sei die „mangelnde Zusammenarbeit" des VK der Texaco-HV mit dem Verwaltungsstellenvorstand. Wer sich „in eine andere Richtung entwickeln (will) als die vorgegebene (!!) „muß sich entfernen und eine neue Gewerkschaft gründen". **„Und ein für allemal, gewerkschaftsschädigendes Verhalten stellt allein der Hauptvorstand fest, sonst keiner."**

Diese „Aussprache" sei, so Plumeyer, „die letzte Chance" für den VK der Texaco-HV.

Die „Aussprache" endete ohne konkretes Ergebnis. Offenbar wollen die IG Chemie-Führer zunächst einmal die Einschüchterung wirken lassen, in der Hoffnung, „auf die weiche Tour" noch einige Vertrauensleute „rumzukriegen", um dann später einen harten Schlag wie bei Reichold (Auflösung des VK und Gewerkschaftsausschlüsse) gegen den Rest führen zu können. ●

Betriebszelle Texaco, KB-Gruppe Hamburg

Texaco, Hamburg: Einstweilige Verfügung gegen IG-Chemie-Sekretär v. Kodolitsch

Das 'Landgericht Hamburg hat per Einstweiliger Verfügung am 14. Mai dem IG-Chemie-Sekretär und stadtbekannten Antikommunisten, Philipp Freiherr von Kodolitsch, verboten, seine bisherigen Verleumdungen gegen den Betriebsratsvorsitzenden Kynast aufrecht zu erhalten oder zu wiederholen.

Wie wir im AK 42 berichteten, tauchten in den Hamburger Texaco-Werken eine Reihe anonymer Flugblätter auf mit eindeutig rechtsradikaler, faschistischer Stoßrichtung und der Aufgabe einer Verleumdung und Verächtlichmachung profilierter linker Vertrauensleute und Betriebsräte. In zumindest einem Fall konnte die Urheberschaft nachgewiesen werden: Trotz anfänglichen Leugnens war Kodolitsch schließlich geständig, um aber gleich wieder abzuwiegeln: Das Flugblatt sei nicht ernst gemeint, „bloß ein Späß", es sei doch eindeutig „satirisch" usw.

Kynast ist gegen Kodolitsch auch gerichtlich vorgegangen, ist aber offensichtlich im ersten Anlauf nicht durchgekommen. Jetzt allerdings konnte er – aufgrund einer ausführlich formulierten Antragsschrift – dem Gericht „glaubhaft machen", daß dies Flugblatt durchaus „kein Scherz" war und „von Eingeweihten durchaus ernstgenommen wird" (Einstw. Verfg.), als auch, daß „Wiederholungsgefahr" (Einstw. Verfg.) bestehe, der man vorbeugen müsse.

Der politische Wert dieser Einstweiligen Verfügung besteht nicht darin, daß hiermit womöglich die Flut antikommunistischer und rechtsradikaler Provokationen gestoppt würde (Kodolitsch hat viele Strohmänner!), sondern daß die Schweinereien des notorisch antikommunistischen Schmierfinken Kodolitsch öffentlich-gerichtlich gebrandmarkt wurden. Ein Urteil, auf das jeder Gewerkschafter in der Auseinandersetzung mit Kodolitsch & Co. seelenruhig zurückgreifen kann.

Bleibt anzumerken, daß Kodolitsch die Gerichtskosten zu tragen hat. Wir sind gespannt, ob er dies aus eigener Tasche besorgt (genug bekommt er ja als freigestellter Sekretär), oder ob's ein Griff in die Gewerkschaftskasse auch tut. Diese Einstweilige Verfügung kann durchaus interessant werden im Zusammenhang mit den anrollenden Prozessen gegen die Reichhold-Linken. ●

Betriebszelle Texaco KB/Gruppe Hamburg

Westberlin:

Prozeß gegen vier Palästinenser

Unter extrem scharfen „Sicherheitsvorkehrungen," – vor dem Gericht elf Mannschaftswagen der Polizei, im ganzen Haus wimmelte es von z.T. mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten und Verfassungsschützern; Ausweiskontrolle und Abtasten nach Waffen bei den Besuchern –, begann am 11. März ein Schauprozeß gegen vier Palästinenser im Kriminalgericht West - Berlin.

Ali Salem, Salem Hamdem, Ali Hassan Chehade und Mohammed Zaher, von denen behauptet wird, sie seien Mitglieder der palästinensischen Organisation „Schwarzer September", sind angeklagt wegen „geplanter Verbrechen mit Sprengstoffverwendung" und Sprengstoffbesitz.

Gleichzeitig setzte eine massive Heztkampagne der bürgerlichen Presse ein. Die Tatsache, daß bei dem 17jährigen Zaher 4,75 kg Sprengstoff gefunden wurde, walzte sie in einer Manier breit, die uns schon bekannt ist aus Zeiten der Baader-Meinhof-Hysterie. Axel Cäsar Springer erfand extra ein in West-Berlin bislang unbekanntes Hotel mit dem exotisch klingenden Namen ‚Haifa', das laut „BZ" vom 26.3. von den Palästinensern in die Luft gesprengt werden sollte. Mit ihrem Geschrei vom „Mordkomplott" („BZ" vom 26.3.) und „Befreiungsaktion mit viel Blut" („BZ" 19.4.), versuchte Springer die Bevölkerung in Panik zu versetzen und den Ruf nach dem starken Mann zu.wecken.

Am 22.4. endete der Prozeß mit der Verurteilung von Ali Salem und Mohammed Zaher wegen „Besitz von Explosivstoffen und Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen". Dabei konnte im Prozeß nur bewiesen werden, daß Zaher Sprengstoff mit sich führte und diesen Sprengstoff an einen Kontaktmann ablieferte. Die anderen drei wußten nicht einmal etwas von dem Sprengstoff. Trotzdem wurde Ali Salem zu vier Jahren Haft verurteilt, Zaher bekam drei Jahre.!! Salem Hamdem und Ali Hassan Chehade wurden freigesprochen.

Im Prozeß zeigte sich wieder einmal die hervorragende Zusammenarbeit von Ausländerpolizei und Verfassungsschutz. Zwei der gefangenen Palästinenser waren von einem gebrochen arabisch sprechenden Mann telefonisch verhört worden. Laut „Extra Dienst" (ED) 24 vom 22.3. ist dieser Unbekannte in Palästinenserkreisen ein Begriff: Er arbeitet in einer dubiosen „zentralen Registrierungsstelle", wohin öfter Asylsuchende von der Ausländerpolizei zum Verhör geschickt werden. *„Man munkelt, diese „Stelle" sei dem amerikanischen Geheimdienst mindestens genauso nahe wie dem deutschen."* (ED 24) An dieser Stelle tauchte eines Tages auch der asylsuchende Syrer Thome – heute Hauptbelastungszeuge im Palästinenserprozeß – auf. Hier wurde er zum bezahlten Agenten des Verfassungsschutzes. Während der Verhandlung saß er hinter kugelsicheren Scheiben und wurde zudem noch von einem Angehörigen der Anti-Terroristen-Brigade der Polizei schärfstens bewacht. Während des Prozesses stellte sich heraus, daß er nicht nur für den bundesrepublikanischen Verfassungsschutz arbeitete, sondern auch nach Siegen und Kaiserslautern zum US - Geheimdienst geschickt wurde, um dort über die Palästinenser auszupacken.

Schon im AK 20 berichteten wir, daß nach einer Gesetzesänderung im Juni 1972 die „Überwachungstätigkeit" des Verfassungsschutzes sich nun **offiziell** auch auf ausländische Organisationen oder auch einzelne Ausländer in der BRD ausdehnte. Schon damals zeigten wir, daß Ausländer auch gerade an Regimes ausgeliefert wurden, die ihren Tod verlangten. Diese ausländischen Arbeiter und Studenten, die sich in der BRD für den Freiheitskampf ihrer Völker einsetzen, werden gerade deshalb ausgeliefert, weil dieser Befreiungskampf natürlich eine **„Belastung der Beziehungen"** zwischen dem westdeutschen Imperialismus und seinen reaktionären und auch faschistischen Helfershelfern in Jordanien, Libanon u.a. bedeutet.

Speziell im Nahen Osten wollen die westdeutschen Imperialisten ihren Einfluß erweitern und da ist der gemeinsame Feind des westdeutschen Imperialismus wie des Zionismus und der raktionären, faschistisch geprägten Regimes im Nahen Osten die palästinensische Befreiungsbewegung, die für ein Palästina kämpft, das als volksdemokratischer Staat von Arabern und Juden unabhängig ist von Kapitalismus und Imperialismus. ●

Bezirksorganisation des KB/Westberlin

Inhalt